Nr. 188 März/April '93 DM 6,00 M 3477 F

informationszentrum dritte welt



Umbruch in Zentralasien

außerdem:

Debatte **Weltmarktintegration** II
Perspektiven für **Kuba** ?

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
NEU : Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Uwe Göde, Stephan Günther, Daniela Heuberger, Hilmar Höhn, Uwe Jungfer, Sebastian Kasack, Michael Knüfer, Dirk Kohn, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Später, Ulrike Steckkönig, Frank Sträter, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (06 41) 4 30 71

Redaktionsschluß für Nr. 189:
13.4.1993

Anzeigenschluß für Nr. 189:
(Druckfertige Vorlagen) 20.4.1993

Bildnachweis:
José Luis Verdes negativos (1973)

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland:
DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Entschuldigung 1:
Ob es viele Abonnentinnen und Abonnenten bemerkt haben, wissen wir nicht. Die Aktion Dritte Welt stand jedenfalls Kopf. Auf dem Weg von Hannover (dort sitzt unsere Druckerei SOAK) nach Freiburg ist ein Großteil unserer Hefte beim Umkippen einer Palette kaputt gegangen. Wir mußten also die Hefte neu drucken. Dadurch hat etwa die Hälfte der Leserinnen und Leser die Ausgabe Nr.187 eine Woche später als geplant erhalten.

Entschuldigung 2:
Außerdem ist beim Vorwort zum Themenschwerpunkt ein halber Satz beim Lay-Out 'verschwunden'. Der vollständige Satz lautete: Gemeinsam machten wir uns an die Planung eines Heftes, das gerade rechtzeitig zur Didacta 93 in Stuttgart erscheinen sollte.

Inhaltsverzeichnis:

Guatemala
Die Flüchtlinge kehren aus dem Exil zurück Seite3
Aufbau in Polígono 14 .... Seite 5

Debatte Weltmarkt-/Binnenindustrialisierung
Antwort von Elmar Altvater auf Klaus Eßer .... Seite 6

Cuba
Perspektiven des cubanischen Entwicklungsweges .... Seite 10

Bolivien
Nationale Souveränität und Hilfe .... Seite 14

UN-Flüchtlingshilfswerk
Flucht und Asyl aus der Sicht der UNHCR .... Seite 16

Weltbank
Umweltaktionspläne in Afrika .... Seite 19

Register 1992 .... Seite 33

Themenschwerpunkt Umbruch in Zentralasien
Vorwort .... Seite 23
Das Erbe der sowjetischen Nationalitätenpolitik .... Seite 24
Nationalistische Denk- und Handlungsformen in der ehemaligen Sowjetunion .... Seite 28
Realisierungsmöglichkeiten eines zweiten Marshall-Plans .... Seite 37
Usbekistan steht vor fast unlösbaren Problemen .... Seite 42
Kasachstan: Vom Atomtestgelände zur grünen Republik? .... Seite 46
Die Stellung der Frauen in den Zentralasiatischen Republiken .... Seite 49
Der Einfluß Irans und der Türkei in Aserbaidschan und Zentralasien .... Seite 53

Pädagogische Verwüstungen
Ein Restaurant für Straßenkinder in Manila .... Seite 58

Kurzrezensionen .... Seite 60

Rezensionen .... Seite 62

Kurz belichtet .... Seite 64

Zeitschriftenschau, Neue Bücher, Tagungshinweise .... Seite 66

Schwerpunkt 189
Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank

Die Weltbank gibt in ihren Schuldentabellen 1992/93 die Auslandsschulden der Entwicklungsländer mit 1.700 Milliarden Dollar an. Dies sind rund 100 Milliarden Dollar mehr als in 1991. Das Schuldenmanagement hat also auf breiter Front versagt. Dennoch halten die beiden Internationalen Finanzinstitutionen und andere Apologeten der klassischen Außenhandelstheorie an der Verschreibung der gleichen 'Medizin' - totale Integration in einen vom Norden dominierten Weltmarkt - fest. Das Konzept mit dem süffisanten Titel 'Strukturanpassung' (1980 wurde das erste Programm für die Türkei erstellt) wurde zwar auf Drängen vieler Kritiker nachgebessert, 'sozial abgefedert' und neuerdings durch 'Umweltaktionspläne' auch mit einem blauen Engel versehen, doch Stoßrichtung und Konditionen haben sich nicht geändert: Abwertung, Exportförderung, Privatisierung. Dabei liegen die eigentlichen 'Krankheitsherde' meist woanders: in einer ungerechten Landverteilung, in der drückenden Last der Altschulden oder bei despotischen Staatseliten. Solange nicht an den Ursachen, sondern nur an den Symptomen herumgedoktort wird, ist es wichtig, das Miß-Management immer wieder erneut aufs Tapet zu bringen.
Beiträge von Leserinnen und/oder Lesern, die zu dieser Thematik arbeiten, sind natürlich erwünscht.

'Blätter des IZ3W'
Postfach 5328
7800 Freiburg



Nachdem im Oktober letzten Jahres die Entscheidung verkündet wurde, daß Rigoberta Menchu den Friedensnobelpreis erhält, kommentierte sie: "Dieser Preis ist eine Anerkennung für alle, die nichts haben, für die Straßenkinder, die Frauen, die Indígenas und alle zum Schweigen gebrachten Stimmen." Dazu zählen selbstverständlich die guatemaltekischen Flüchtlinge in Mexiko, die sich Mitte Januar auf die mit vielen Hindernissen verbundene Rückkehr nach Guatemala begeben haben. Die Auszeichnung Rigobertas durch das Nobelpreiskomitee ist für die RückkehrerInnen von enormer Bedeutung, da sie sich intensiv für ihre Landsleute einsetzt. Für Rigoberta, die die Geschichte der Flüchtlinge als ihre eigene bezeichnen kann, ist es "einer der glücklichsten Momente für einen Menschen, in sein Land zurückkehren zu können."

Am 24. Januar 1993 müssen sich die Flüchtlinge in einer solchen Stimmung befunden haben: nach mehr als zehnjährigem Vertriebenen-Sein im Exil sind die ersten 2.390 von insgesamt 45.000 Flüchtlingen mit großer Freude von den Volksorganisationen auf der Plaza Central von Guatemala-Stadt empfangen worden. Zu ihren Ehren wurde auf dem Platz eine große katholische Messe gefeiert.

Mit einer Karawane von 63 Autobussen sind die Flüchtlinge in Comitán/Südmexiko aufgebrochen. Dort hatten sie sich aus drei Bundesstaaten kommend versammelt, um sich auf die "gemeinsame, freiwillige und organisierte Rückkehr" zu begeben. Nach Mexiko mußten sie flüchten, weil die Armee Anfang der 80er Jahre in der Hochphase des internen bewaffneten Konflikts in Guatemala gegen die Guerilla zur 'Politik der verbrannten Erde' griff, d.h. mindestens 440 Dörfer völlig zerstörte (u.a. das Geburtsdorf Rigobertas, Chimel) und allein in der Zeit von März bis August 1982 über 12.000 Zivilpersonen tötete. Die Flüchtlinge sind in erster Linie Campesinos/as aus dem Hochland.

Die Zielorte der Rückkehr sind der Ixcán, eine Regenwaldregion im Norden der Provinz El Quiché sowie das gebirgige Nentón in der Provinz Huehuetenango. Beide Orte sind hunderte von Kilometern von der Hauptstadt entfernt, aber relativ nah den Ursprungsorten, aus denen die RückkehrerInnen vertrieben worden sind. Auch heute gibt es dort noch bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Bürgerkriegsparteien.

Eigentlich hatte die Rückkehr am 13. Januar 1993 beginnen sollen. Aber Regierung und Armee waren mit der Rückkehrroute nicht einverstanden. Sie wollten, daß die Flüchtlinge direkt über die mexikanisch-guatemaltekische Grenze in ihre neuen Ansiedlungsorte gehen sollten, damit von der Rückkehr niemand Notiz nehmen würde. Die Flüchtlinge ihrerseits hatten ein vitales Interesse daran, daß auch in der Hauptstadt ihre Rückkehr bekannt würde. Einerseits sollten die Repressionsorgane mit den Folgen ihrer Politik (der Vertreibung) konfrontiert werden und andererseits wollten die HeimkehrerInnen und die Ständigen Kommissionen der Flüchtlinge (CCPP) die solidarischen Bande mit der Volksbewegung wiederherstellen.

Das lange Tauziehen um ein Abkommen für die Rückkehr

Die konkreten Grundlagen für die Rückkehr sind in einem Vertrag zwischen der Regierungbehörde für Flüchtlingsbetreuung (CEAR) und den CCPP ausgehandelt und am 8. Oktober 1992 unterschrieben worden. Während der feierlichen Vertragsunterzeichnung fungierte Präsident Serrano als Ehrenzeuge für die Umsetzung des Abkommens.

Dieser Vertrag ist der Endpunkt einer unsäglich langwierigen Prozedur, mit der die Rahmenbedingungen für die Rückkehr geschaffen wurden. Mit der Entspannung des Regionalkonflikts in Mittelamerika, d.h. seit der Unterzeichnung des Esquipulas-II-Friedensabkommens[1] der mittelamerikanischen Präsidenten vom 7.8.87, haben sich die Flüchtlingsinteressen artikulieren können. Die Flüchtlingsvertretung (CCPP) hat 1989 an dem zaghaften Prozeß des 'Nationalen Dialogs' in Guatemala teilgenommen. Dadurch haben sie die Möglichkeit genutzt, auf sich und ihre Forderungen aufmerksam zu machen.

Unter Einfluß der katholischen Kirche wurde 1991 eine Vermittlungskommission zwischen den CCPP und der Regierungsbehörde CEAR eingerichtet. Sie steht unter dem Vorsitz von Bischof Avila. Die Bildung der Vermittlungsinstanz war hilfreich, um bei der Regierung eine Akzeptanz der Flüchtlinge als Verhandlungspartner zu erzielen.

Erst all diese Vorkehrungen machten das Abkommen vom 8. Oktober 1992 möglich. In dem Vertrag verpflichtet sich die Regierung, den Dialog mit den CCPP auch nach Rückkehr der ExilantInnen fortzuführen, um dann auftretende Probleme zu lösen. Die Vermittlungskommission soll ihre Funktion weiter wahrnehmen. Ferner soll ein Verifizierungsgremium gebildet werden, das aus dem Menschenrechtsprokurator (Bundesanwalt für Menschenrechte), einem Bischof und dem UN-Experten Tomuschat bzw. seinem Stellvertreter bestehen soll. In dem Abkommen wurde des weiteren das Recht auf Organisations- und Vereinigungsfreiheit, auf Freizügigkeit, auf physische Integrität sowie auf Begleitung durch nationale und internationale Organisationen garantiert. Die RückkehrerInnen bekommen an der Grenze Ausweispapiere, mit denen sie für drei Jahre von der Wehrpflicht und dem Dienst in den berüchtigten paramilitäri-

schen Zivilpatrouillen befreit werden.

Bei dem Abkommen vom 8. Oktober ist besonders wichtig, daß die Flüchtlinge in der Landfrage eine Vereinbarung erzielten, die den Interessen von Agraroligarchie und Militärs diametral entgegengesetzt ist. Noch im Juni 1992 hatte sich der Unternehmerverband CACIF gegen jede Form der Landverteilung ausgesprochen. Jetzt wurde vereinbart, daß die Campesinos/as, die ihre Landtitel mit Urkunden, Kopien oder dergleichen nachweisen können, ihren Besitz zurückbekommen. Vor allem erhalten aber darüberhinaus alle Erwachsenen ohne Land von der Regierung Grundstücke aus Staatsländereien, die sie mit Krediten erwerben können, für die nur geringe Zinssätze zu bezahlen sind und die lange Laufzeiten haben. Für Guatemala, wo zwei Prozent der Bevölkerung über 65% der landwirtschaftlichen Nutzfläche verfügen und jede noch so kleine Landverteilung bisher erfolgreich abgewendet wurde, ist das Erreichte eine Art Mini- Agrarreform.

Die Erschwernisse auf dem letzten Teilstück

Die Flüchtlinge hatten durchgesetzt, daß ihre Rückkehrroute über die Panamericana nach Guatemala-Stadt im Süden verlief und dann in den Nordwesten, nach Coban in der Kaffeeprovinz Alta Verapaz ging. Um an den vorläufigen Zielort im Ixcán, dem als 'Polígono 14' (Parzelle 14) bezeichneten 4.500 ha großen Gebiet anzugelangen, fehlten noch 184 km. 'Polígono 14' liegt nahe der mexikanischen Grenze und ist nur durch wenige Kilometer dichtgewachsenen Regenwald von Mexiko getrennt.

Auf den letzten 184 km tauchten - wegen anhaltender Regenfälle - die größten Transportprobleme auf. Die Fortsetzung des Trecks wurde für Kranke, Alte und Schwangere über eine Luftbrücke arrangiert. Die 'Hilfsbereitschaft' von Regierung und Armee beschränkte sich auf solche Fälle, die publizistisch gut auszuschlachten waren. Das Angebot, eine Luftbrücke zwischen Cobán und 'Polígono 14' mit Militärflugzeugen einzurichten, schlugen die CCPP aus. Statt dessen wurde auf vom UN-Flüchtlingshochkommissariat gecharterte Zivilmaschinen zurückgegriffen, wodurch der dortige Luftraum für kurze Zeit entmilitarisiert war.

Die Regierungsbehörde "CEAR hat die Rückkehr verzögert, indem die Reparatur der beschädigten Straßenabschnitte zwischen Cobán und Polígono 14 nicht in Angriff genommen wurde, dies geschah nur um die Erschöpfung der Bevölkerung zu vergrößern", so lautete der Vorwurf der Flüchtlinge, und in diesem Sinne kritisierte auch Rigoberta Menchú das ungenügende Engagement der Regierung. Diese hatte im Vorfeld der Rückkehr öffentlichkeitswirksam eine Reihe von Verlautbarungen an die Medien gegeben, daß alles für den Empfang der ersten Flüchtlingsgruppen vorbereitet sei. Die einzigen Vorarbeiten wurden aber von den Flüchtlingen selbst getroffen. Im Dezember hatte ein Vortrupp für etwa dreihundert Flüchtlinge zwei offene Holzbaracken gebaut, die für die erste Zeit als Notunterkünfte dienen sollen.

Was steht den RückkehrerInnen bevor ?

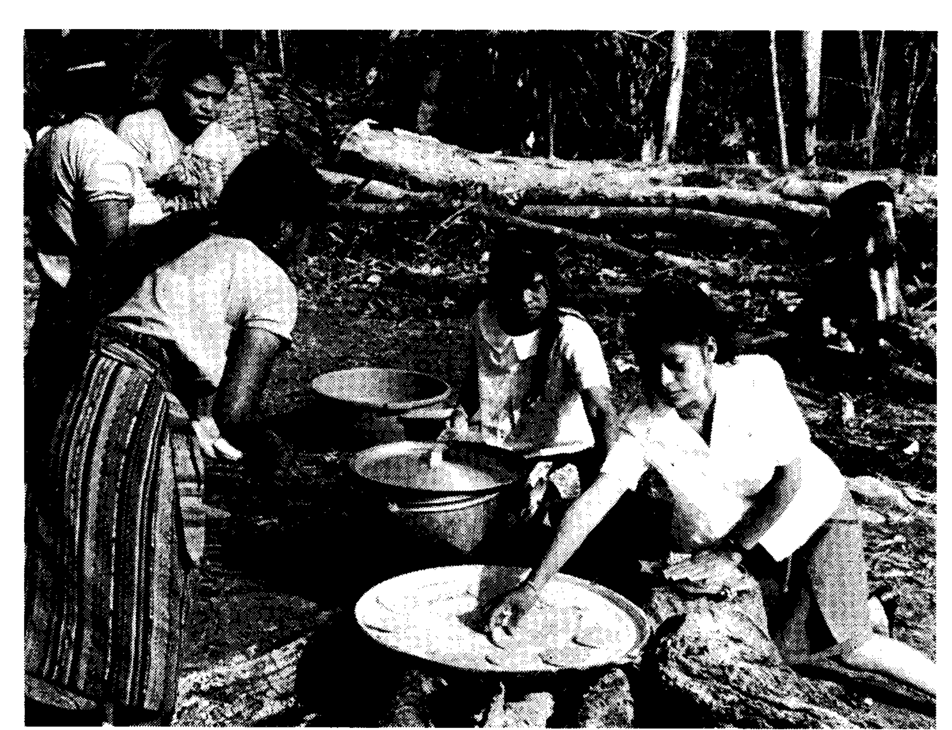
Da die Campesinos/as sich ihrer Erde und ihren Ethnien verbunden fühlen, haben sie nach zehn Jahren den Entschluß zur Rückkehr gefaßt. Sie wollen ihr Leben im eigenen Land gestalten und dazu beitragen, daß Guatemala sich aus dem Griff der Militärherrschaft befreien kann. Sie sehen sich allerdings widrigen Umständen gegenüber. So wurde noch am 30. November Zivilbevölkerung im Ixcán bombardiert, eine eindeutige Botschaft an die Flüchtlinge in Mexiko, nicht zurückzukehren. Die RückkehrerInnen haben zwar für 'Polígono 14' im Ixcán erreicht, daß dort kein Militärstützpunkt mehr existiert, aber in der näheren Umgebung befinden sich weiterhin militärische Basen. UN-Experte Tomuschat vermerkt in seinem diesjährigen Menschenrechtsbericht: "Vor allem auf dem Land können die Personen nicht den Eindruck haben, daß ihr Leben ausreichend sicher ist". Tomuschat weist darauf hin, daß die paramilitärischen Zivilpatrouillen höchstwahrscheinlich für außergerichtliche Hinrichtungen verantwortlich sind.

Vier Aspekte der Flüchtlingsrückkehr sind für eine künftig zivilere guatemaltekische Gesellschaft bedeutungsvoll:

1. Es haben Verhandlungen zwischen zwei Vertragsparteien mit unterschiedlichen Interessen stattgefunden, die zu von beiden Seiten anerkannten Ergebnissen geführt haben. Dies ist in einem Land, in dem Verhandlungslösungen eher eine Rarität sind, bemerkenswert.
2. Es ist eine Vertragsverifizierung unter Beteiligung der UNO vereinbart worden. Hier haben die Flüchtlinge den Militärs ein Zugeständnis abringen können, das ein Präzendenzfall für die Friedensgespräche zwischen Regierung und Guerilla sein könnte.
3. Es sind entmilitarisierende Maßnahmen wie die temporäre Befreiung von der Wehrpflicht und vom Zivilpatrouillendienst beschlossen worden.
4. In den Verhandlungen ist eine Regelung zur Landvergabe erzielt worden, die zwar auf der Respektierung privatwirtschaftlicher Eigentumsordnung beruht, aber eine Landzuteilung auch für diejenigen vorsieht, die bisher kein Land besaßen.

Diese Erfolge müssen auch international Unterstützung finden. Positive Auswirkungen könnten sich aus den in der letzten Februar-Woche wiederaufgenommenen Friedensgesprächen zwischen Regierung und URNG-Guerilla ergeben, wenn diese endlich aus der Sackgasse insbesondere beim Menschenrechtsthema kämen.

Albrecht Schwarzkopf
Christliche Initiative Romero



Indianische Frauen beim Zubereiten von Tortillas in Polígono 14 **Fotos: Dorothea Schütze/transparent**

Anmerkung:

1) Dieses Abkommen wurde am 7.8.87 von den fünf mittelamerikanischen Staatschefs (Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Costa Rica und Honduras) unterzeichnet. In dem Vertrag wurde der politische Wille der fünf mittelamerikanischen Länder zur internen Friedensfindung (durch Gespräche mit der Guerilla bzw. der Contra [in Nicaragua]) und gegen Einmischung von außen artikuliert.

Aufbau in Polígono 14



Über zehn Jahre waren sie im mexikanischen Exil. Nun sind die Flüchtlinge, im Januar 1993, in die guatemaltekische Urwaldregion zurückgekehrt. Dorothea Schütze, die Autorin des folgenden Beitrags, begleitete den Troß von der mexikanischen Grenze bis nach Polígono 14, dem Ziel der ersten Rückkehrergruppe. Sie schildert die allererste Aufbauphase der neuen Siedlungen, die trotz vertraglicher Vereinbarung von der guatemaltekischen Regierung keine Unterstützung erhalten.

Eine Delegation der Flüchtlinge hatte bereits im Dezember 1992 Latrinas (Toiletten) und Galeras (Wellblechdächer auf Holzpfählen), ausreichend für die Unterbringung von etwa dreihundert Personen, aufgebaut. Um die Aufbereitung des Trinkwassers kümmern sich die 'Medicos del Mundo', eine kollektive Küche ist auch schon errichtet. Doch die eigentliche Phase des Aufbaus beginnt erst jetzt.

Fast täglich kommen neue Flüchtlinge im Lager an, der Platz unter den Galeras reicht trotz Anbauten längst nicht mehr aus. Aber sehr bald schon entstehen um die Galeras herum schnell sich vergrößernde Ansiedlungen.

Die ehemaligen Bewohner der verschiedenen Flüchtlingslager in den drei mexikanischen Bundesstaaten Chiapas, Campeche und Quintana Roo finden sich gezielt an bestimmten Plätzen im Polígono 14 erneut zusammen. So entstehen wiederum regelrechte kleine Siedlungen, die vorsorglich Platz für die noch erwarteten Flüchtlinge bereithalten und mittlerweile erste Dorfschulen aufbauen.

Die Organisierung des Alltags beginnt. Täglich auftretende Probleme und Aufgaben wie Müllentsorgung, der Umgang mit Trinkwasser oder die Nutzung der Maismühlen, aber auch längerfristige gemeinsame Projekte werden in den morgendlichen Arbeitskomitees in jeder Siedlung besprochen und geplant.

Ein Berg von Problemen baut sich vor den Zurückgekehrten auf, der zu einem Großteil bereits abgetragen wäre, würde sich die Regierung Guatemalas an die vertraglich festgelegten Abmachungen halten und ihren Verpflichtungen nachkommen. Das Gegenteil ist der Fall.

Noch immer fehlt die jeder Familie zugesicherte Mindestausrüstung für den Bau von einfachsten Unterkünften wie zum Beispiel Wellblech für die Dächer, Bretter und Werkzeug. Nur aufgrund von Hilfslieferungen durch katholische Basisgemeinden und nicht religiös gebundene Nichtregierungsorganisationen erhielten sie pro Siedlung eine Anzahl Macheten zur kollektiven Nutzung, um zumindest Äste hauen, Wege freilegen zu können. Läßt die Mindestausrüstung noch lange auf sich warten, so werden in wenigen Wochen die einfachen Astkonstruktionen mit Plastik-Dächern mitsamt dem wenigen Hab und Gut vom monatelang andauernden Regen weggespült. Die erste Ration der einjährigen Lebensmittelversorgung mit Grundnahrungsmitteln wie Bohnen und Mais ist inzwischen eingetroffen. Sie soll für 48 Tage genügen, entspricht mengenmäßig allerdings den Rationen für 16 Tage, die in den Flüchtlingslagern Mexikos zugeteilt wurden.

Außerdem ist der Mais alt und keimt teilweise schon. "Die behandeln uns wie Tiere, nicht wie Menschen. Wir sind denen nicht willkommen", ist die naheliegende Einschätzung von Franzisco, die von allen Flüchtlingen geteilt wird.

Das Militär ist präsent

Die ablehnende, ja feindselige Haltung der Regierung zeigt sich allerdings nicht nur an der Verweigerung von einfachsten Hilfsmitteln zur Gestaltung eines halbwegs menschenwürdigen Daseins der Zurückgekehrten. Zusätzlich sind Verunsicherung und Einschüchterung durch das guatemaltekische Militär an der Tagesordnung. Auf der gesamten Rückkehrroute quer durch Guatemala hielten sich die Streitkräfte dezent im Hintergrund. Doch nachdem nun die internationale Presse ihre Bilder und Stories an die Redaktionen geschickt und sich aus dem Ansiedlungsgebiet zurückgezogen hat, tritt das Militär immer häufiger in Erscheinung.

Schon bald nach der Ankunft in Polígono treffen Flüchtlinge beim Holzfällen auf Soldaten. Wiederholt tauchen auf dem Gelände Einsatzkräfte der Nationalpolizei und Militärs auf. Hubschrauber der Streitkräfte fliegen bei Tag und Nacht über das Camp, was bei den Zurückgekehrten jedesmal das Trauma der erlebten Massaker und Verfolgungsjagden vor und während ihrer Flucht wieder aufleben läßt. Selbst Bombardierungen nur zwei Stunden Fußmarsch von den Ansiedlungen entfernt, waren eines Nachts Anfang Februar zu hören.

Diese Vorfälle zeigen, daß die (internationale) Begleitung und Beobachtung des Rückkehrprozesses an Intensität nicht verlieren darf. Besonders in den nächsten Monaten (und vielleicht sogar Jahren) wird die Präsenz internationaler Beobachterdelegationen in den neuen Ansiedlungsgebieten von existentieller Bedeutung für die Flüchtlinge sein. Die Angst der indianischen Bevölkerung Guatemalas, vergessen zu werden und unter Ausschluß der internationalen Öffentlichkeit erneut der staatlichen Repression zum Opfer zu fallen, ist trotz ihrer bewundernswerten Geduld, Stärke und Entschlossenheit sehr ernst zu nehmen.

Dorothea Schütze

Industrialisierung, wenn die Claims abgesteckt sind

Eine Antwort auf Esser

Die Möglichkeiten nachholender Industrialisierung unter heutigen (Weltmarkt-)Bedingungen waren das Thema eines Beitrages von Klaus Eßer, DIE-Mitarbeiter und Lateinamerikaspezialist, den wir in der Februarausgabe der "blätter" unseren LeserInnen zur Diskussion stellten. Nur auf einem Weg, der zwischen den ausgetretenen Pfaden der ungeschützten Öffnung zum Weltmarkt (nach IWF-Rezept) und der Importsubstitution verläuft und der durch die Stichworte "aktive Weltmarktintegration " und "Nischensuche" kenntlich gemacht ist, kann Eßer zufolge heute eine nachholende Industrialisierung zum Erfolg führen. Elmar Altvater kontert in seiner nachfolgend abgedruckten Replik mit der These, daß das ganze Projekt Industrialisierung ohne jede Zukunft ist, egal welcher Weg gewählt wird. Für die Entwicklungsländer, weil die besten Plätze auf dem Weltmarkt schon besetzt sind, - für die Menschheit überhaupt, weil sie sich im Zuge fortschreitenden Industriewachstums die physischen Lebensgrundlagen entzieht.

Eßer hat Recht; die Industrialisierung Lateinamerikas ist ohne Vision und Perspektive. In der Vergangenheit sind die Strategien der Modernisierung lateinamerikanischer Ökonomien, um den Anschluß an die entwickelteren nationalen Ökonomien Europas und Nordamerikas zu finden, gescheitert: an den Verkrustungen des Verbandskorporatismus, der Einkommens- und Vermögenskonzentration, der Abschirmung heimischer Industrien vor der Konkurrenz, an der chaotischen, korruptionsfördernden Überregulierung autoritärer Staaten und inkompetenter Bürokratien etc.. Importsubstitution ist heute ein altbackenes, verstaubtes Konzept, das allenfalls in Universitätsseminaren vorübergehendes Interesse weckt. Mit der Exportorientierung ist es nicht besser; der Duft ist verflogen wie von einem Parfüm in offener Flasche. Die neoliberalen Schockrezepte haben zwar eine vorübergehende Dynamisierung der Ökonomien erzwungen, aber Wachstumspotentiale zerstört, soziales Kapital entwertet und die Umwelt vernutzt, so daß damit keine nachhaltige Entwicklung begründet werden kann. "Aktive Weltmarktintegration" ist statt dessen angesagt; jedenfalls kommt die CEPAL zu diesem Ergebnis, das auch aus Eßers Überlegungen folgt[1]. Er nennt es die Herstellung "systemischer Wettbewerbsfähigkeit" in einer offenen Volkswirtschaft. Die Wegmarken aus dem "verlorenen Jahrzehnt" in freundlichere Zukünfte sind aufgestellt.

Eßer hat Unrecht; das Projekt Industrialisierung ist ohne Zukunft und nicht nur in Lateinamerika, sondern auch dort ohne Perspektive, wo es seine letzten Triumphe feiert, bei uns in Westeuropa, in den "newly industrializing countries", in der dynamischsten Wirtschaftsregion unserer Tage, in Südchina. Doch vielleicht ist es am Ende des 20. Jahrhunderts, knapp acht Generationen nach der "industriellen Revolution" in Europa, ausgeschlossen, das Modell in allen anderen Weltregionen nachahmen zu wollen. Es macht nur Sinn, Industrialisierung "nachzuholen" und die "systemische Wettbewerbsfähigkeit" auf das Niveau der Vorreiter zu heben, wenn man von der Machbarkeit und Sinnhaftigkeit des Industrialisierungsprojekts überzeugt ist. Wenn nicht, ist auch der "nuevo Cepalismo", sind die industriepolitischen Ziele Eßers der Einstieg in die nächste "verlorene Dekade".

Mit Höchstgeschwindigkeit in die Sackgasse

Doch Eßer hat recht; Industrialisierung ist in der heutigen Welt ein nicht hinterfragtes Ziel. Also wird es akzeptiert, ohne viel Federlesens. Denn ohne effiziente Industrie sind die Insignien und Annehmlichkeiten der Moderne nicht zu gewinnen, und selbst die "Postmoderne" der individuellen Lebensstile gründet auf der Varietät von Konsumgütern, die nur industriell hergestellt werden können. Der Schnellweg in die Dienstleistungs- oder Informationsgesellschaft führt durch Industrielandschaften und nicht an ihnen vorbei. Auch die historisch siegreiche Marktwirtschaft wäre ohne den materiellen Unterbau der Industriegesellschaft ein harmloses Regelwerk, wie in den vielen Jahrhunderten vor der Neuzeit, als trotz Warenproduktion, Austausch auf dem Markt und Geldbeziehungen die menschlichen Gesellschaften nur langsam vorankamen und bis zum Ende des "dunklen Mittelalters" eher stagnierten. Erst als die Umwandlung der fossilen Energien die räumliche Reichweite des menschlichen Tuns enorm auszuweiten vermochte und gleichzeitig alle Prozesse ebenso enorm beschleunigen half, konnte der Markt seine stimulierende Wirkung, die von Aristoteles so bezeichnete "chresthomatische Spirale"[2] der schier unendlichen Steigerung so recht entfalten.

Was wäre schließlich die gepriesene Dynamik der Marktwirtschaft ohne Dampfschiff, Auto, Flugzeug und globale Kommunikationsnetzwerke? Wie könnte die Produktivität der Arbeit von Jahr zu Jahr gesteigert werden, wenn nicht die geringen und beschränkten biotischen Energien von Mensch und Tier durch den fast unbegrenzt steigerbaren Wirkungsgrad der fossilen

Energien ersetzt werden könnten? Wie könnte die von der Marktlogik geforderte quantitative Ausdehnung des Sozialprodukts zustandekommen, ohne immer intelligentere Stoff- und Energiewandlungssysteme, die wir als "Industrie" bezeichnen? Wer also am "Ende der Geschichte", zu Beginn der "neuen Weltordnung" vom Sieg des marktwirtschaftlichen Prinzips redet, meint auch die historische Alternativlosigkeit der Industrialisierung, auch wenn der Marktwirtschaft das Attribut "sozial" oder "ökologisch" angefügt und vom "postindustriellen Zeitalter" geredet wird.

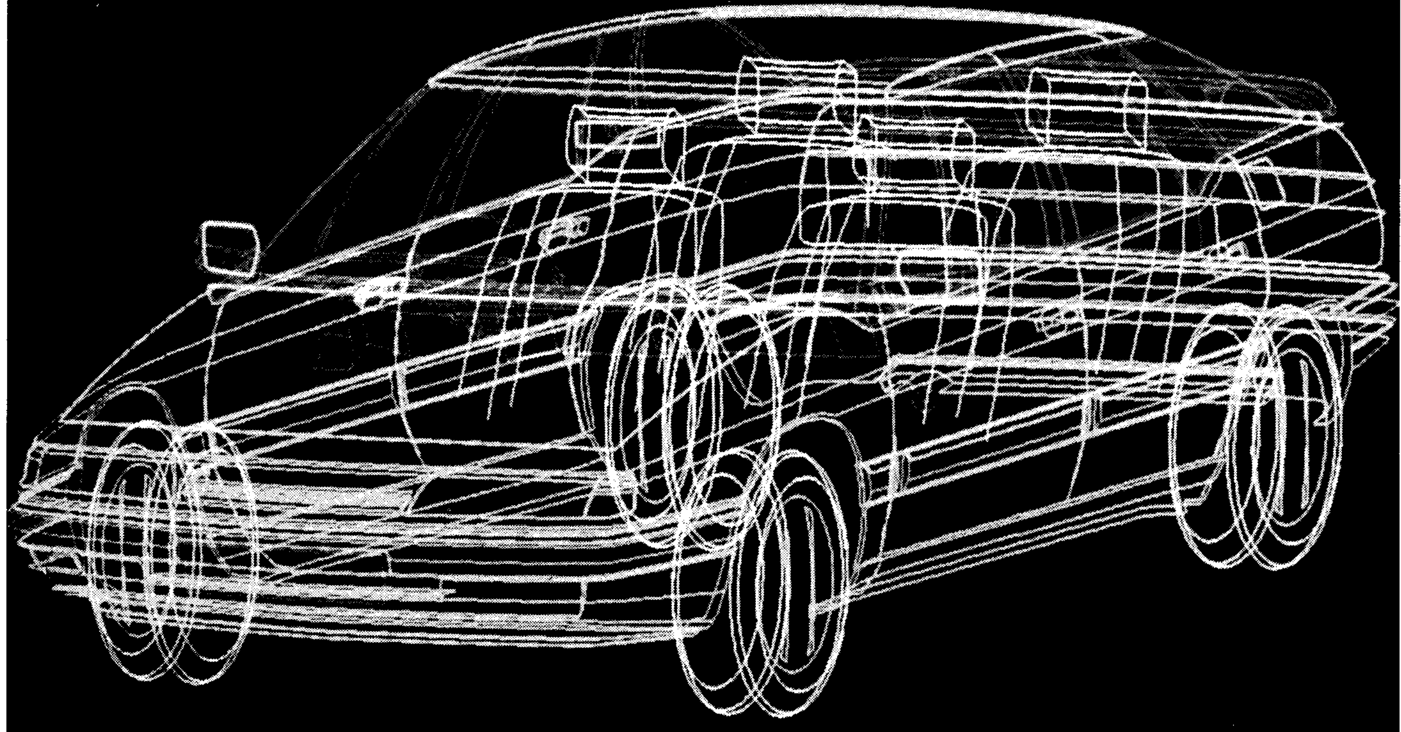
Daher kommt es, daß mit der Marktwirtschaft nicht nur deren informationelle Effizienzkriterien (monetäre Restriktionen, nämlich Preise, Zinsen; die "Logik ist das Geld des Geistes", sagt Hegel; umgekehrt gilt daher auch, daß das Geld mit seinem Preis, den Zinsen, die "Logik des Marktes" ist) sondern auch die materiellen Methoden übernommen werden, mit denen allein diese erfüllt werden können: das moderne, effiziente und kompetitive Industriesystem. Eßer liegt folglich mit allen anderen Analytikern der Voraussetzungen von Wettbewerbsfähigkeit richtig, wenn er die Notwendigkeit der Industrialisierung ganz selbstverständlich unterstellt und nur noch nach Wegen sucht, auf denen das, was in Westeuropa oder Japan gang und gäbe ist, auch nach Lateinamerika oder Osteuropa verpflanzt werden kann: durch (kontrollierte) Integration in den Weltmarkt, mit Hilfe der Erzeugung von Qualifikationen und der Institutionalisierung des technischen Fortschritts, durch die Verbesserung der Infrastruktur, um der vom Markt verlangten Beschleunigung und Expansion Hindernisse aus dem Weg zu räumen, mit kompetenten Institutionen im Meso-Bereich[3], um den Akteuren auf der Mikroebene die Anpassung an die makroökonomischen Vorgaben des Weltmarkts zu erleichtern.

Wer also heute die vom Markt verlangte Entwicklung beschleunigen will, der muß eine Strategie der weltmarktgängigen Industrialisierung betreiben. Das ist die Prämisse, auf der die Konzepte der CEPAL ebenso aufbauen wie die industriepolitischen Pläne in den neuen Bundesländern oder die Transformationsstrategien in Osteuropa - von den vielen Konzepten der "diversified quality production" in den hochindustrialisierten OECD-Ländern à la "Terza Italia"[4], Baden Württembergs produktiven Netzwerken, japanischer lean production oder Silicon Valley ganz abgesehen. Walesa will aus Polen ein "katholisches Japan" machen, die Brasilianer wollen das koreanische Wirtschaftswunder wiederholen. Doch die Bedingungen der Wettbewerbserfolge zu diagnostizieren, ist nicht dasselbe wie diese Bedingungen als Normen aufzustellen, die eine Therapie anleiten. Um die koreanische Erfolgsstory zu wiederholen, müßten die Brasilianer zumindest eine Insel herstellen und zwischen São Paulo und Rio de Janeiro eine Art Berliner Mauer errichten.

Ein Platz in der Glitzerwelt für alle?

Angesichts der alternativlosen, fast ehernen Sachzwanghaftigkeit der Industrialisierung verschwindet die sehr kleine Frage danach, ob das, was so dräuend notwendig ist, historisch überhaupt möglich, machbar ist. Die siegreiche Durchsetzung des Marktprinzips auf dem gesamten Globus ist ja gleichbedeutend mit der Einbeziehung aller Weltregionen in die Glitzerwelt der fordistisch-industriellen Regulations- und Produktionsweise. Infolgedessen ist die den Industrialisierungsstrategien zugrundeliegende Vorstellung von der Existenz "nationaler Ökonomien" oder "Volkswirtschaften" eine grande illusion. Jede Industrialisierung findet von vornherein im Medium des ausgebildeten Weltmarkts statt. Die "Volkswirtschaft" gibt es nur noch als Relikt an deutschen Universitäten, wo StudentInnen immer noch wie in der Romantik "Volkswirtschaftslehre" studieren müssen. Der Weltmarkt verlangt auf der einen Seite die Industrialisierung, auf der anderen Seite setzt er ihr aber sehr harte Grenzen in einer nicht grenzenlosen Welt.

Die neoliberal/neoklassischen Markttheoretiker sind sich intuitiv dieses Dilemmas bewußt: sie modellieren ihre Theorien für eine raum- und zeitlose Welt, in der obendrein Geld "neutral" und keine systemische Restriktion[5] ist. Dies hat den unzweifelhaften Vorteil, daß man sich über Grenzen der Welt um uns herum keine Gedanken machen muß, und den ebenso unbezweifelbaren Nachteil, daß man mit den so entmaterialisierten und entmonetarisierten Kategorien die wirkliche Welt nicht begreift und daher Rezepte ausschreibt, die dem Patienten mit tödlicher Sicherheit den Garaus machen. Die für industrielle Produktionsprozesse verfügbaren materiellen und energetischen Ressourcen sind ebensowenig grenzenlos wie die Kapazität zur Senkung der Emissionen. Wer wüßte dies heute nicht; spätestens seit Rio 1992 ist der ökologische Diskurs globalisiert worden. Am Beginn der "pathways to industrialization"



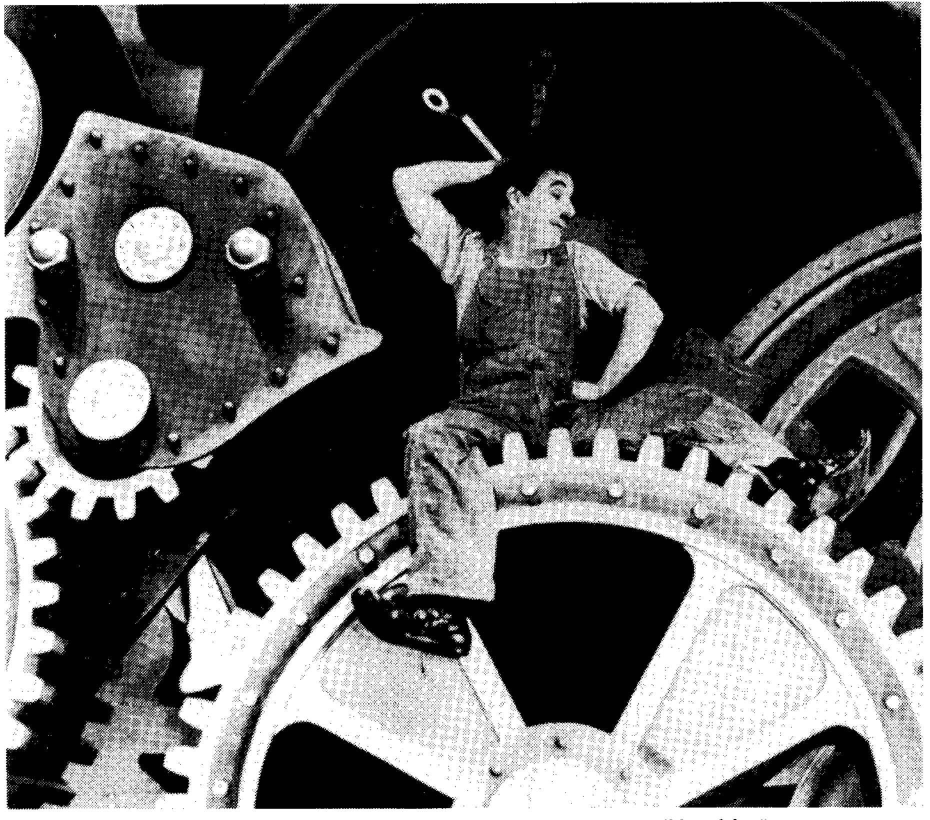
"Für eine halbe Milliarde Menschen ist das Auto wunderbar, aber für sechs Milliarden?"

steht also das Schild "Sackgasse". Bevor man aber an deren Ende gerät, wo der Tankstelle der Sprit und den automatischen Fabriken der Stoff und uns allen die Luft zum Atmen ausgehen, stellt es sich heraus, daß Industrialisierung ein "positionelles Gut" [6] ist, das nicht alle Regionen und Nationen auf dem Globus erwerben können. Und wenn sie es denn erwerben sollten, dann verringert sich sein Gebrauchswert für alle. Die Industrialisierung Lateinamerikas, Osteuropas, Afrikas ist für die Menschen in den Industrieländern eine Horrorvorstellung. Umgekehrt natürlich auch: Unsere Industrialisierung ist ein Alptraum für die Menschen in der südlichen Hemisphäre, jedenfalls so lange sie nicht selbst über die materiellen Gratifikationen der industriellen Wohlstandsgesellschaft verfügen können und im wesentlichen mit unserem Müll in verschiedener Aggregatform vom toxic waste bis zum Massentourismus bedacht werden.

Was für das Automobil gilt, trifft auf die Gesamtheit der mit fossiler Energie erzeugten Produkte zu: Es handelt sich dabei um aristokratische oder besser plutokratische Produkte. Für eine halbe Milliarde Menschen ist das Auto wunderbar, aber für sechs Milliarden Menschen? Wieviel Stahl braucht die Menschheit und wieviel Stahlhütten sind daher genug? Wenn alle Menschen so viel Fleisch verzehren wie die Westeuropäer und Nordamerikaner, dann ist Überweidung unvermeidlich und in absehbarer Zeit werden auch die Europäer keine Hamburger mehr essen können, ganz abgesehen davon, daß die Rindviecher andere Arten verdrängen und so die Artenvielfalt übersichtlicher gestalten - so übersichtlich wie eine Capim-Weide[7] im Vergleich zur "grünen Hölle" des Regenwalddschungels.

Dies leuchtet unmittelbar ein, und dennoch ist der Sachverhalt merkwürdig konsequenzenlos. Im Brundtland-Bericht oder in den Rio-Deklarationen und sogar in Weltbank-Publikationen ist von "sustainability" die Rede. So auch in den neueren Schriften der CEPAL und bei Eßer, der Umweltschutz nur gewährleistet sieht, wenn das wirtschaftliche Wachstum "wiederbelebt" wird. Es ist richtig, daß moderne und effiziente Industriesysteme "Verschwendungsemissionen" reduzieren helfen. Daran klammern sich ja die Versöhnler von Ökonomie und Ökologie. Doch der Abbau der unnötigen Vergeudung von Umweltgütern bewegt sich auf der von Marx erwähnten Folie der "Ökonomie des konstanten Kapitals", ist also innerhalb des kapitalistischen Systems mit entsprechenden Regularien verhältnismäßig leicht durchsetzbar. Allerdings gibt es auch die viel bedeutsameren, dem "Lebensstil" geschuldeten Umweltbelastungen, und die nehmen im Zuge von Industrialisierung, Modernisierung und Individualisierung beträchtlich zu. Industrialisierung ist geradezu gleichbedeutend mit gesteigertem Umweltverbrauch.

Für positionelle Güter ist der marktwirtschaftliche, geldförmige Regulationsmodus ungeeignet. Doch gibt es ökonomische Mechanismen, die die Nutzungsgrenzen positioneller Gebrauchswerte in marktförmige Restriktionen übersetzen. Die Ungleichgewichtsökonomie hat gezeigt, daß die Vorsprünge, die Konkurrenten bereits erreicht haben, mit marktkonformen Mitteln uneinholbar werden können. Selbst auf einem bereits ausgetretenen Pfad der Industrialisierung kommen Nachzügler nur voran, indem sich der Abstand zu den forerunners vergrößert. Die von der CEPAL und auch von Eßer erwähnten Strategien der Qualifikationsförderung, der Verbesserung von Infrastruktur und Forschung, der Herstellung von Netzwerken zwischen kompetenter Administration und innovativen Unternehmern etc. werden ja auch von bereits entwickelten Ländern verfolgt, und zwar viel massiver als in Entwicklungsgesellschaften. Der Abstand wird nicht kleiner sondern größer, wenn das Niveau insgesamt gehoben wird. Paradoxerweise mag die Industrialisierung gelingen, doch die Wettbewerbsfähigkeit ist passé. Gute Erfolgsaussichten also - für Industrieruinen.



"Das Modell der Industrialisierung funktioniert nicht, obwohl alle Welt seinen Bildern folgt."

Die center courts auf dem Weltmarkt sind schon besetzt

Obendrein muß für die erfolgreiche Industrialisierung hard- und sofware importiert werden. Dafür sind Kredite notwendig, die die Verwundbarkeit des Modernisierungsprojekts extrem steigern können, wie die Schuldenkrise zeigt. Geld ist eine harte Restriktion jeder ökonomischen Aktivität und sie verlangt nicht einfach Industrialisierung, sondern wettbewerbsfähige Industrialisierung. Wenn zur Bezahlung Rohstoffe verwendet werden, dürfte in aller Regel dreierlei passieren: Erstens werden die Rohstoffpreise und mit ihnen die terms of trade gedrückt. Zweitens muß sich ein Land nicht auf die industrielle Produktion, sondern auf die Extraktion der devisenbringenden Rohstoffe konzentrieren, also einen nicht-industriellen Entwicklungspfad einschlagen. Drittens erhalten die bereits industrialisierten Länder die materiellen und energetischen Inputs, um ihre bereits fungierenden Systeme am Laufen zu erhalten und ständig zu verbessern. Die Länder, die eine Industrie zu errichten versuchen, liefern also den Stoff, mit dem die bereits industrialisierten Länder den Abstand halten und - wie in den vergangenen Jahrzehnten - vergrößern können. Rohstoffländer haben gerade wegen ihres natürlichen Reichtums geringere Chancen der erfolgreichen Industrialisierung als rohstoffarme Länder (natürlich unter der Voraussetzung ansonsten gleicher Umstände).

Dagegen wird regelmäßig, auch von Eßer, das Argument von den "Nischen" des Weltmarkts vorgebracht. Nischen gibt es, und darin können auch Newcomer erfolgreich sein. Ob es ihnen aber gelingt, vom Nebenplatz (z.B. nicht-traditioneller Agrarprodukte) auf den "center court" des Wett-

bewerbs mit High-Tech-Produkten zu gelangen, ist zweifelhaft. Alle können sowieso nicht dahin. Und wenn sie Erfolg haben sollten, dann nur, indem andere abgedrängt werden. Es wirken also ökonomische Mechanismen, die verhindern, daß ein Positivsummenspiel in der Weltwirtschaft gespielt werden kann, auch wenn weltwirtschaftliche Entwicklung nicht immer ein Negativsummenspiel sein muß. Dazu kann auch die von Eßer befürwortete regionale Kooperation einen Beitrag leisten. Die Idee ist gut, doch schwer zu realisieren. Die Andenpaktländer wickeln nur 4,6% ihres Außenhandels untereinander ab, in der lateinamerikanischen Freihandelszone sind es 1990 gerade 10,6%. Am Mercosur beteiligen sich eine Schmuggelökonomie (Paraguay), eine völlig deregulierte Ökonomie (Argentinien), wo der Staat gar nicht mehr die Kapazität hat, um die Weltmarktintegration zu kontrollieren, eine derangierte Miniökonomie (Uruguay) und eine chaotisierte Ökonomie (Brasilien). Wer wagt da für dieses Projekt eine positive Prognose? Ganz Lateinamerika (einschließlich Mexiko) kommt auf 4,2% der OECD-Importe, die vier NIC's in Asien bringen es immerhin auf 5,9% (im Durchschnitt der Jahre 1988-91).

Schleichwege aus der Sackgasse

Das Resultat umschreibt das Szenario einer klassischen Tragödie. Industrialisierungsanstrengungen werden - von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen (zu denen China im nächsten Jahrhundert gehören könnte) - scheitern müssen. Das Modell funktioniert nicht, obwohl alle Welt seinen Bildern folgt und sich nach seinen Regeln richtet. Was folgt daraus? Es gibt nur drei Schleichwege aus der Sackgasse der "pathways to industrialization".

Der erste hat den Straßennahmen "Eindämmung". Wenn bei den gegebenen ökonomischen und politischen Machtverhältnissen Industrialisierung aller Gesellschaften ausgeschlossen ist, dann werden Vorkehrungen gegen die Negativfolgen der Nicht-Entwicklung getroffen: Gegen Armuts- und Umweltmigration, die Verschwendungsemissionen und Armutszerstörungen, die die globale Umwelt gefährden, gegen die virulenten ethnischen Konflikte etc. Die industrialisierte Welt bereitet sich auf die Eindämmung der Folgen eines Scheiterns des Industrialisierungsversprechens vor, auch wenn auf Konferenzen immer noch Entwicklung und (industrieller) Wohlstand für alle propagiert wird. Der plutokratische Lebensstil wappnet sich militärisch (Weltpolizei), politisch (Asylrechtsänderung), ideologisch (Wohlstandschauvinismus) und karitativ (Hungerhilfen) gegen die Zumutungen der dauerhaft Ausgeschlossenen, wenn die ökonomischen Sachzwänge (die Restriktionen des Geldes) nicht mehr wirkungsvoll genug sein sollten.

Die zweite Straße heißt "Umvermeidung". Spielraum für Industrialisierung in Lateinamerika entsteht erst dann, wenn die Industrieländer ihre Industrie teilweise demontieren. So wird der ökologische Spielraum für Nachfolger erweitert und so werden zugleich Märkte für in anderen Weltgegenden erzeugte Industrieprodukte geöffnet. Stihls Motorsäge sägt also nur noch in deutschen Wäldern und nicht mehr im Amazonas den Ast ab, auf dem wir sitzen. "Selbstbeschränkung", mehr Langsamkeit wären also angesagt, um die Nachzügler im Wettbewerb passieren zu lassen.

Der dritte Ausweg ist die "Straße der solaren Revolution". Die Stoff- und Energiewandlungssysteme werden nicht mehr mit den endlichen Beständen der fossilen Energien angetrieben, sondern aus dem beständigen Fluß der solaren Energie gespeist. Dauerhafte Entwicklung ist auf dem Globus nur möglich, wenn der Verbrauch fossiler Energieträger radikal reduziert wird. So wie sich die Gesellschaften in den Jahrzehnten und Jahrhunderten der Industrialisierung revolutionierten, werden sich die Gesellschaften erneut revolutionieren, wenn die Grenzen des Energieflusses der Sonne und die Möglichkeiten seiner Speicherung, Konzentration und Umwandlung zu einer Restriktion der Entwicklung werden.

Vielleicht ist es an der Zeit, aus den entwicklungspolitischen Debakeln der vergangenen Jahrzehnte die Schlußfolgerung zu ziehen, daß nachholende industrielle Entwicklung im Rahmen des Weltmarkts kein aussichtsreiches Projekt für Lateinamerika ist. Wie die CEPAL so moniert auch Eßer die Grenzen von lateinamerikanischen Entwicklungsstrategien, wenn die Industrieländer nicht "mitspielen", also beispielsweise ihren Protektionismus nicht aufgeben. Doch die Industrieländer werden sich schwer hüten, die Strategie der "Umvermeidung" zu praktizieren. Sie werden auch nicht freiwillig den Weg in das solare Zeitalter suchen. Das würde derzeit zu heftige soziale und politische Konflikte provozieren. Am "Ende der Geschichte in der neuen Welt(un)ordnung" bleiben Entwicklungsstrategien in der Sackgasse der Eindämmung. Schlechte Aussichten also für alle jene, die erst auf Industrialisierung setzen können, nachdem die begrenzten Claims auf dem Globus verteilt sind.

Elmar Altvater

Anmerkungen:

1) Zur aktiven Weltmarktintegration vgl. Eßer, Klaus; Hillebrand, Wolfgang; Messner, Dirk; Meyer-Stamer, Jörg (1992): Neue Determinanten internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Erfahrungen aus Lateinamerika und Ostasien, in: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin November 1992. Zur lateinamerikanischen Debatte vgl. Fajnzylber, Fernando (1991): Sobre la Impostergable Transformación Productiva de América Latina, in: Análisis Económico, No 16, Jan-Apr. 1991, Vol IX, Mexico, S. 97-138

2) "Chresthomathie" ist im Unterschied zur "Oikonomie" nicht an das "menschliche Maß" der begrenzten Bedürfnisse gebunden. Der ökonomische Prozeß folgt der Rationalität von monetär bewerteter Steigerung, Beschleunigung, Expansion und ist daher im Prinzip grenzenlos, vom menschlichen Maß losgelöst. Heute wissen wir, daß diese Grenzenlosigkeit bei begrenzten Ressourcen eine Illusion ist und daher der "chresthomathische" Prozeß an ein "oikonomisches" Maß zurückgebunden werden muß.

3) Der Mesobereich umfaßt den gesamten halbstaatlichen Bereich, also z.B. FuE-Institute, Hochschulen sowie sämtliche intermediäre Organisationen wie Verbände, Gewerk- und Genossenschaften.

4) Damit sind jene Regionen Italiens gemeint, in denen seit der Strukturkrise der 70er Jahre Klein- und Mittelunternehmen im internationalen Wettbewerb dank der regionalen Vernetzungen zwischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, "Zivilgesellschaft" erfolgreich haben mithalten können. Beispielhaft für das "Terza Italia" sind die Emilia Romagna, Friuli und Venezia sowie Teile der Toscana, Lazios oder der Marche.

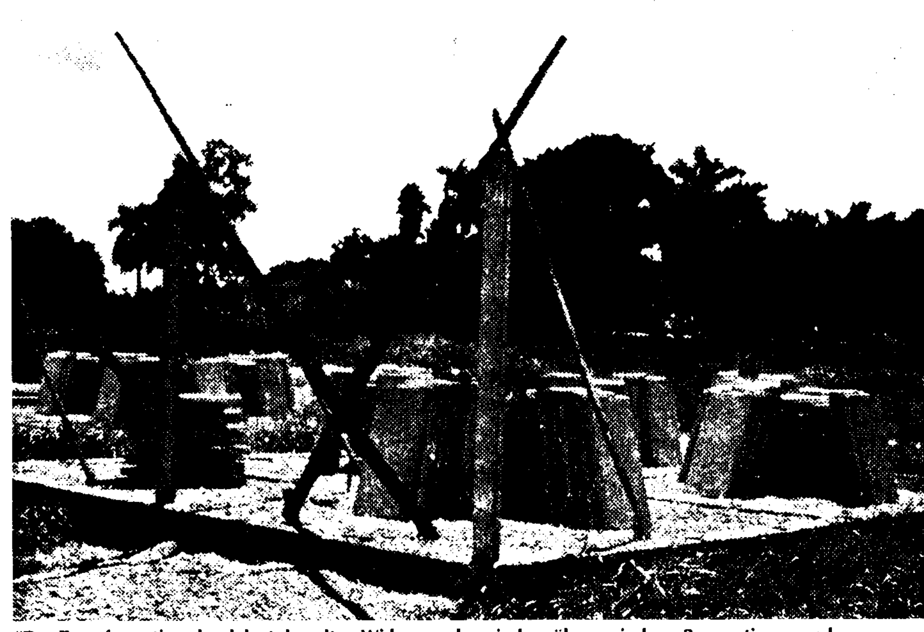
5) Geld ist in Markt- und Geldwirtschaften die "harte" Budgetrestriktion. Es begrenzt die Optionen der Akteure in der Wirtschaft. Denn diese müssen den "Preis des Geldes", den Zins erwirtschaften, um nicht zu scheitern. Infolgedessen steuert der Preis des Geldes den Produktionsprozeß, die Technikwahl ebenso wie die Kapitalintensität oder die Arbeitsorganisation. Geld ist also alles andere als neutral.

6) Der Begriff wurde von Fred Hirsch eingeführt (Hirsch, Fred (1980): Die sozialen Grenzen des Wachstums, Reinbek) und umschreibt einen Sachverhalt, auf den bereits Torstein Veblen und Eugen von Böhm-Bawerk beiläufig hingewisesen haben: daß Waren über Märkte nur getauscht werden können, wenn sie isolierbar sind. Viele Waren aber sind "sphärisch" gebunden, d.h. ihre Produktion und Konsumtion verändert die natürlichen Medien, die daher Teil des Gebrauchswerts der Ware sind. Der Gebrauchswert des Autos, Entfernungen in kurzer Zeit bequem zu überwinden, wäre ohne Straßen, ohne Luft für die Verbrennung des Benzins etc. gleich Null. Da aber die natürlichen Medien begrenzt sind, ist die Nutzung des Autos durch die einen davon abhängig, ob die anderen es ebenfalls nutzen wollen. Der Stau ist der banale Ausdruck dieses Sachverhalts; der Treibhauseffekt der dramatische.

7) Capim ist das Gras, das per Flugzeug auf den abgebrannten Regenwaldflächen des Amazonas-Gebiets ausgesät wird, um den Rindern so lange Nahrung zu geben, wie der Boden nicht erodiert. Die "Übersichtlichkeit" ist Moment der ökologischen Degradation; die Capim-Weide ist kein stabiles Öko-System.

Transformation wohin?

Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus ist nach der Schweinebucht-Krise von 1963 gewiß die schwerste Herausforderung an die kubanische Revolution seit 1959. Vor allem für die Wirtschaft sind die Folgen verheerend. Die Wurzeln der Wirtschaftskrise, die Kuba derzeit durchmacht, reichen allerdings mindestens ins Jahr 1960 zurück, als infolge der amerikanischen Blockade Kuba sich in Abhängigkeit von der sowjetischen Wirtschaft begab. Unter entwicklungsstrategischem Blickwinkel ist die Krise eine Konsequenz der spezifischen Integration Kubas in die internationale sozialistische Arbeitsteilung.



"Der Transformationsdruck legt den alten Widerspruch zwischen ökonomischem Pragmatismus und sozialistischen Tugenden bloß."

Perspektiven des kubanischen Entwicklungsweges

Fünfundachtzig Prozent der kubanischen Importe stammten in den Jahren 1987-1989 aus dem Ostblock - 70% aus der UdSSR und 15% aus den übrigen RGW-Staaten. Die Umwälzungen in Osteuropa führten 1990 und 1991 zu einer Halbierung der Einfuhren aus diesen Ländern auf eine mittlerweile unbedeutende Größenordnung und zu einem Rückgang der Importe aus der UdSSR um 70% im Jahr 1990. Nach dem Staatsstreich in Rußland und dem sich daraus ergebenden Zerfall der Sowjetunion war Rußland nicht mehr in der Lage, seinen Handelsverpflichtungen nachzukommen; die Exporte nach Kuba erreichten nur 38,8% der für 1991 vereinbarten Warenlieferungen. Die Erdölimporte, die zu annähernd 99% aus Rußland stammen, gingen im August 1990 um 20% zurück und sanken im Dezember desselben Jahres nochmals um 25%. Diese Erdöllieferungen sind aber unverzichtbar für die kubanische Wirtschaft, deren Energieversorgung in hohem Grade vom Erdöl abhängig ist. Außerdem verschaffte sich Kuba in den achtziger Jahren durch Energiesparprogramme Spielraum, um einen Teil des aus der Sowjetunion importierten Rohöls zum jeweiligen Weltmarktpreis gegen harte Währung weiter zu exportieren. Lange Zeit war diese Praxis eine wichtige Devisenquelle des Landes. [1]

Der Niedergang des Weltmarktpreises für Zucker verschärfte die Lage. Kubas Deviseneinnahmen schrumpften allerdings nicht nur infolge des Preisverfalls. Mangels ausreichender Importe von Vorprodukten fiel auch die Zuckerproduktion und damit das Exportvolumen von 8,1 Mio. t im Jahr 1989-90 auf 7,6 Mio. t im folgenden Jahr. Zusammengenommen bedeutete dieser Preis- und Mengeneffekt für Kuba einen empfindlichen Verlust an Deviseneinnahmen in Höhe von $100 Mio.

Infolge des Zusammenbruchs der osteuropäischen Planwirtschaften ist Kuba nun mit dem Problem eines unerwarteten und abrupten Zusammenbruchs seiner außenwirtschaftlichen Beziehungen konfrontiert. Der Verlust bislang sicherer Exportmärkte und das Ausbleiben unverzichtbarer Vorprodukt- und Maschinenlieferungen, ohne die der kubanischen Wirtschaft der Kollaps droht, zwangen das Land, sich unverzüglich neue Absatzmärkte zu erschließen. Dies setzte und setzt die kubanische Ökonomie unter extremen Anpassungsdruck, umso mehr, als zeitlich gesehen wenig Spielraum für einen allmählichen Strukturwandel besteht. Die neue Konstellation zwingt insbesondere zu einer Politik der strikten Devisenbewirtschaftung. Da nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Exportmärkte wesentliche Importe nur gegen harte Währung zu haben sind, wurden drastische Einfuhrbeschränkungen auferlegt, um die Devisenabflüsse zu minimieren, während im Exportsektor eine Politik der Devisenmaximierung notwendig wird.

In der aktuellen Lage wird der kubanischen Wirtschaft zum Hindernis, was bisher ihren relativen Erfolg ausmachte. Denn die günstigen Handelsbeziehungen Kubas zu den osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion ermöglichten in der Vergangenheit zwar hohe Wachstumsraten, wiesen dem Land aber auch eine Stellung in der Arbeitsteilung innerhalb des sozialistischen Lagers zu, die dazu beitrug, die Rolle Kubas als Rohstoffexporteur zu verfestigen.

Die Krisenlösung der kubanischen Führung

Der kubanische Staat reagierte auf die neue Lage mit einem Bündel von Maßnahmen, die eine neue Phase der Wirtschaftspolitik einleiten. Von Castro Ende 1990 als "Ausnahmezustand in Friedenszeiten" bezeichnet, knüpft die neue Politik an die 1986 verkündete Phase der Rektifikation (Rectificación de Errores - Korrektur von Fehlern) an, die wiederum der zuvor betriebenen Politik einer Einführung von Marktmechanismen in Form freier Bauernmärkte zwischen 1980-86 ein Ende bereitet hatte. Die Maßnahmen betreffen vor allem den Energieverbrauch, der im staatlichen Sektor auf 50%, im Privatsektor auf 30% gedrosselt wurde. Außerdem wurden die Bautätigkeit des Staates, Aktivitäten auf dem Transportsektor sowie der Import energieverbrau-

	1980	1982	1984	1986	1987
Zucker					
Importe					
Preis (US-$/Pfund)	0,287	0,04	0,052	0,060	0,066
CU-$/mt[a]	454	159	103	110	146
Gesamtwert (CU-$/Mio.)		14,1	101,0	89,6	138,0
Umfang (in Tsd. mt)		88,8	975,0	812,8	945,0
Reexporte					
Preis (CU-$/mt)	759	658	868	850	850
Umfang (in Tsd. mt)		88,8	975,0	812,8	945,0
Gewinn pro mt (CU-$)		499	765	740	704
Gesamtgewinn (CU-$/Mio.)		44,3	745,9	601,5	665,2
Petroleum					
Importe (aus USSR)					
Preis (CU-$/mt)	83,20	125,80	174,2	175	175
Gesamtwert (CU-$/Mio.)	876,6	1468,0	269,7		
Umfang (in Tsd. mt)	10564	11668	12458		
Reexporte					
Preis (US-$/barrel)	28,50	33,48	27,53	13,54	17,43
CU-$/mt	150,00	210,80	181,60	82,40	127,80
Umfang (in Tsd. mt)		1243,3	2666,9	3016,6	3000,0
Gesamtgewinn (CU-$/Mio.)		262,1	484,4	248,5	383,4

1980-1987 Kubas Öl- und Zucker-Reexporte. Preise, Mengen und geschätzte Gewinne.
Quelle: A.R.M. Ritter, in: CEPAL Review 36, 1990, The Cuban Economy in the 1990s

chender Haushaltsgeräte eingeschränkt. Die Rationierung lebensnotwendiger Güter wurde verschärft.

Mittel- und langfristig beinhaltet das Programm die Neuformulierung der Wirtschaftsstrategie auf der Grundlage von Exportdiversifizierung und Importsubstitution. Im Exportsektor liegt die Betonung auf der Förderung von Biotechnologie und pharmazeutischer Industrie. In diesen Produktionszweigen rechnet sich Kuba komparative Vorteile aus.

Eine Reihe von Maßnahmen im Rahmen der neuen Exportstrategie richtet sich auf die Erleichterung ausländischer Direktinvestitionen. So können ausländische Investoren nach einer entsprechenden Verfassungsänderung inländisches Eigentum erwerben. Von Bedeutung in diesem Zusammenhang sind auch eine Vielzahl von Betrieben, die außerhalb des staatlichen Sektors unter marktwirtschaftlichen Budgetrestriktionen arbeiten sowie die in den vergangenen Jahren gegründeten Handelsgesellschaften, deren Zahl sich allein im Jahr 1991 von 30 auf 70 erhöhte. In all diesen Betrieben und Unternehmen wurden kapitalistische Formen des Managements eingeführt. Die Joint-Venture-Verträge mit ausländischen Firmen sehen zudem Fortbildung für Führungskräfte in kapitalistischen Managementtechniken vor. Der dritte Wachstumspol, auf den die neue Strategie setzt, ist der Tourismussektor, der als eine der Hauptdevisenquellen ihre Erfolgsbedingungen absichern soll.

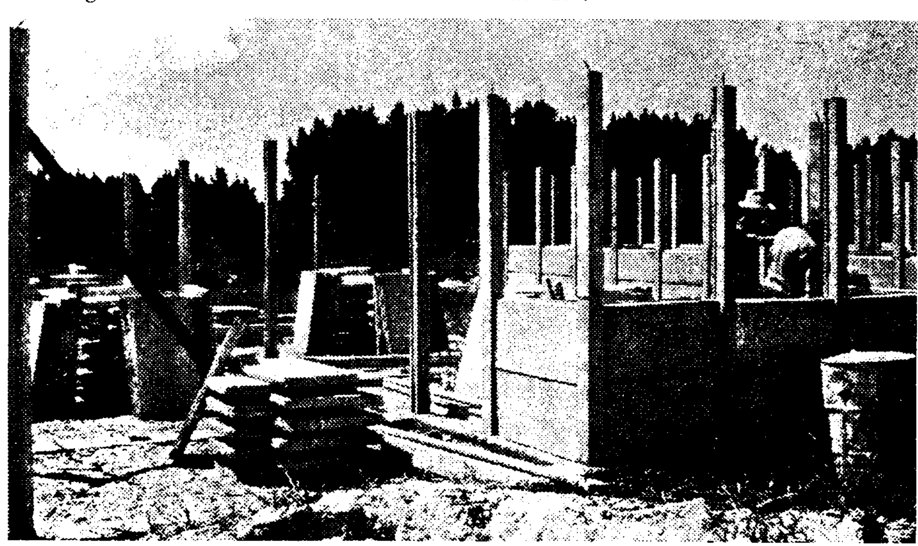
Einige Erfolge bezüglich der Diversifizierung seiner Handelspartner kann Kuba schon verbuchen. Der krisenhafte Transformationsprozeß in Osteuropa und insbesondere in Rußland hat dazu geführt, daß die ehemaligen sozialistischen Länder vom Güteraustausch auf der Basis konvertibler Währung zum Teil schon wieder abrücken.

In dieser Konstellation verfügt Kuba über einige Vorteile, die paradoxerweise aus seiner bisherigen Stellung innerhalb der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung herrühren. Denn die Natur der kubanischen Exporte, vor allem Rohstoffe wie Zucker oder Mineralien, erleichtert es dem Land, diese Güter auf dem Weltmarkt abzusetzen, wenngleich um den Preis einer möglichen Verschlechterung der terms of trade. Dagegen sind die Maschinen, die Kuba aus den sozialistischen Ländern bezogen hat, von geringer Qualität und können kaum der Konkurrenz auf dem Weltmarkt standhalten. So verfügt Kuba in seinen Handelsbeziehungen mit diesen Ländern über einen gewissen Verhandlungsspielraum, der erklärt, warum sie - unter dem Druck des Devisenmangels - die alten Außenhandelsbeziehungen auf der Basis des direkten Gütertausches mit Kuba nicht völlig abbauen.

Der Kooperationsvertrag, den die russische Regierung im Dezember '92 mit Kuba unterzeichnet hat, erklärt sich unter anderem aus diesem Kalkül. Mit diesem Vertrag garantiert Rußland den Kubanern für das Jahr 1993 Öllieferungen in Höhe von 3,3 Mio. Tonnen - erheblich weniger als die 13 Mio. t vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion, aber deutlich mehr als die Öllieferungen der letzten Jahre. Als Gegenleistung soll Kuba für 1993 1,5 Mio. Tonnen Zucker an Rußland liefern. Einen ähnlichen Kooperationsvertrag hat Kuba auch mit der Republik Kasachstan abgeschlossen, der dem Land für 1993 eine Öllieferung von 1,5 Mio. Tonnen sichert. Die Führung in Kuba hofft, damit die Energiekrise einigermaßen in den Griff zu bekommen. Kuba profitiert außerdem vom relativen Machtverlust der Reformisten um Boris Jelzin und verfügt über starke Unterstützung seitens konservativer Politiker im Zentrum des russischen Machtapparats. Die Konservativen in Moskau wollen u.a. aus strategischen Erwägungen ihre alten Beziehungen zu Havanna nicht völlig aufgeben und drängen die russische Regierung, ihr altes Telekommunikations- und Spionagesystem auf Kuba zu erhalten. Ein weiterer wichtiger Grund für das Wiederaufleben der Beziehungen zwischen Moskau und Havanna dürfte das Bestehen Rußlands auf der Rückzahlung der kubanischen Schulden in Höhe von $20 Milliarden sein.

Auch einige europäische Länder sind an neuartigen und intensiveren Beziehungen zu Kuba interessiert: Spanien etwa, das sich eine gewisse Vorrangstellung in Lateinamerika zu sichern beabsichtigt. Frankreich hat mehrere Joint-Venture-Projekte mit Kuba unterzeichnet und beabsichtigt, sich an der Fertigstellung des Atomkraftwerks von Cienfuegos, das vorher von Rußland finanziert wurde, zu beteiligen.

In Lateinamerika haben Länder wie



"Die kubanische Führung scheint die Gefahr der wachsenden Heterogenität der Wirtschaft zu unterschätzen."

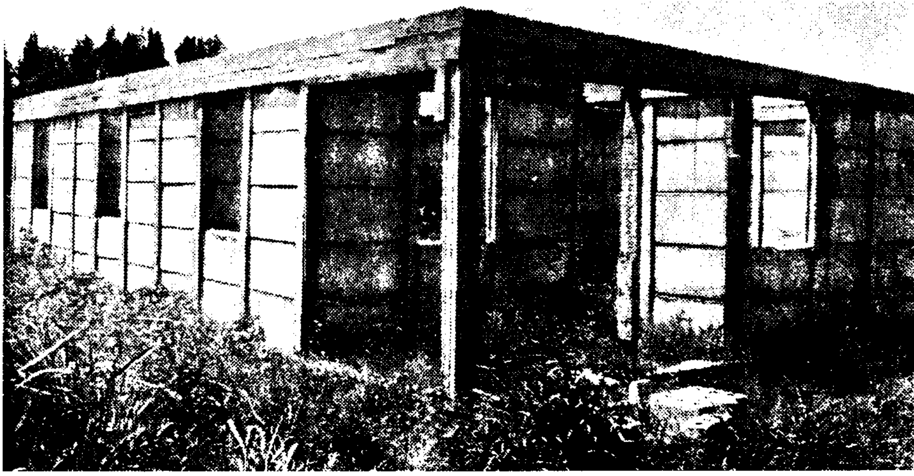
Erfahrungsaustausch von Ost- und West-Basisgruppen in der Internationalismus-/'Dritte-Welt'-Arbeit

(K)ein Seminar zu Perspektiven einer künftigen Zusammenarbeit

WANN und WO: 22.-25. April in Lehnitz bei Oranienburg (S-Bahn-Anschluß von Berlin). Wir haben aber ein Programm überlegt, in das man/frau auch am Freitagabend problemlos einsteigen kann.

WAS WIR WOLLEN: Wir wollen die unterschiedlichen Bedingungen und Erfahrungen in der Solidaritäts- und Internationalismusarbeit von Basisgruppen in der DDR und der Alt-BRD auszutauschen und darüber zu reden, wo heute Probleme bestehen, die einer gleichberechtigten Zusammenarbeit von Ost- und Westgruppen bisher im Wege stehen.

WAS IHR TUN SOLLT: Euch anmelden, und zwar bis spätestens 5.4. (am besten früher, denn wir haben nur 60 Plätze) schriftlich bei: BAOBAB-Infoladen Eine Welt, Winsstr. 53, O-1055 Berlin (030-4269451). Die Teilnahmegebühr beträgt DM 21.- (Ost) bzw. 30.- (West), enthalten sind Unterkunft und Verpflegung, Fahrtkosten werden zu ca. 80% erstattet!



"Eine Lösung der jetzigen Wirtschaftskrise in Cuba ist ohne das sozialistische Regime zur Zeit nicht möglich."

Mexiko, Venezuela und Kolumbien - die sogenannte "Dreier-Gruppe", die von ihrem Anspruch als Regionalmächte her nicht ganz auf eine eigenständige Handelspolitik gegenüber den USA verzichten wollen, Kuba bereits neue Erdöllieferungen in Aussicht gestellt und entsprechende Verträge zum Teil schon unterzeichnet. Exemplarisch dafür ist das Abkommen, das die kubanische und die venezolanische Zentralbank im November 1992 unterzeichnet haben. Es räumt Kuba eine Kreditlinie für 1993 ein und beinhaltet die Ausfuhr venezolanischer Exportprodukte (u.a. Düngemittel, Rohstoffe für die chemische Industrie), die für die kubanische Wirtschaft einen hohen Stellenwert haben. Mit Brasilien wurden wichtige Handelsverträge über die Lieferung von Medikamenten abgeschlossen und Kontakte mit der staatlichen Ölgesellschaft Petrobras geknüpft.

Die relativen Erfolge, die Kuba mit der Diversifizierung seiner Handelspartner erzielt hat, dürfen nicht die Tatsache verdecken, daß dies nur eine Kompensation für den Zusammenbruch seiner traditionellen Exportmärkte darstellt. Denn bei einem Handelsdefizit, das 1989 17% des Nationaleinkommens ausmachte, gibt die Entwicklung der kubanischen Außenwirtschaft weniger Anlaß zu Optimismus, als der aktuelle Wirtschaftsplan glauben machen möchte. Ein Großteil der Projekte wird eine Anlaufphase benötigen, und es ist außerdem keineswegs sicher, ob für die neuen Exportprodukte, auf die Kuba künftig setzen will (Computerteile sowie pharmazeutische und biotechnologische Erzeugnisse) sich eine ausreichende Nachfrage auf dem Weltmarkt finden wird.

Eingebettet in die von Kuba verfolgte Austeritätspolitik und Importsubstitutionsstrategie ist außerdem eine großangelegte Reform des Agrarsektors, deren Ziel vor allem in der Verbesserung des Versorgungssystems und in der Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion besteht. Hohe Investitionen in Bewässerungsprogramme, in die Fischerei und in die Fleischproduktion sollen den Versorgungsgrad Kubas mit Nahrungsmitteln deutlich erhöhen und den Druck der Devisenbewirtschaftung zur Zahlung notwendiger Nahrungsmittelimporte mindern.

Kuba ist weiterhin mit einem "Trade-off" konfrontiert zwischen einerseits der Erhöhung der Binnenmarktproduktion und anderseits der Notwendigkeit, die dazu benötigten Maschinen und Inputs zu importieren und dafür Devisen bereitzustellen. Für viele Produkte ist die Importabhängigkeit noch zu groß. Noch muß Kuba zum Beispiel 50% seines Reisbedarfs importieren. Das Land verfügt nicht, wie viele lateinamerikanische Ökonomien, über einen starken Subsistenzsektor, der die Versorgungskrise auffangen könnte. Zwar ist es notwendig, Devisen einzusparen, aber der Staat kann es sich nicht leisten, durch zu hohe Importkürzungen den Lebensstandard zu sehr anzutasten, der immerhin eine entscheidende Legitimationsgrundlage der kubanischen Revolution ist.

Kritik der Strategie

Für die Einschätzung der Perspektiven des kubanischen Entwicklungsweges ist es notwendig zu fragen, inwiefern die neue Wirtschaftsstrategie sich mit der Fortsetzung der Hegemonie der Planwirtschaft vereinbaren läßt. Sicher ist, daß die kubanische Wirtschaft einem starken Transformationsdruck ausgesetzt ist, der Politik und Partei, insbesondere deren Definitionsmacht im Bereich der Wirtschaftspolitik, stark herausfordert. Dieser Druck zwingt zur Einführung neuer Regulierungsmechanismen in der Wirtschaft, die den Staatsapparat und die politische Orientierung des Landes nicht unberührt lassen wird.

Der Transformationsdruck legt den Widerspruch zwischen zwei Positionen innerhalb der kubanischen Führung bloß. Auf der einen Seite ist da die Linie des ökonomischen Pragmatismus, die sich als Reaktion auf den Zwang zur aktiven Integration Kubas in den kapitalistischen Weltmarkt herausgebildet hat. Auf der anderen Seite die alte Politik, die mit dem anhaltenden Appell an die Tugenden sozialistischen Engagements die Gesetze des Marktes "auszutricksen" versucht. In Kuba ist diese Dichotomie eine historische Konstante innerhalb der Revolution gewesen. Die Trennungslinie verläuft zwischen Befürwortern eines Marktsozialismus, die auch in der sozialistischen Ökonomie die Existenz von Ware-Geld-Beziehungen erkennen und den Fidelistas und Guevaristas. Das Verhältnis zwischen diesen beiden Lagern wird auch in Zukunft die Entwicklung der kubanischen Revolution bestimmen. Es geht dabei vor allem darum, ob die Kohärenz der Planökonomie noch zu sichern ist, indem diese die Herausbildung privaten Eigentums und die Dominanz mikroökonomischer Kalküle erfolgreich unterbindet, oder aber ob sie letzteres zuläßt und sich als Planwirtschaft damit über kurz oder lang zum Scheitern und zur Selbstauflösung verurteilt.

Die neue Wirtschaftsstrategie zeichnet sich dadurch aus, daß eine Liberalisierung im Exportsektor mit einer äußerst restriktiven Handhabung der Binnenwirtschaftspolitik, die an eine Kriegswirtschaft erinnert, korrespondiert. Die globale Strategie zielt auf die Integration von Effizienzenklaven mit Hilfe von Joint-Venture-Abkommen mit ausländischen Unternehmen. Jedoch kann die strikte Trennung zwischen Außen- und Binnenwirtschaft entwicklungspolitisch gesehen ein gravierendes Handikap darstellen. Denn die Steigerung der Exportproduktion kann eine geringe gesamtwirtschaftliche Wirkung haben, vor allem, wenn sie nicht von einer Strategie der Binnenmarktförderung beglei-

tet ist.

Im Falle des Tourismussektors treten die Gefahren der Segmentierung der kubanischen Wirtschaft besonders deutlich hervor. Der Tourismus ist gewiß als Devisenerwirtschafter unverzichtbar, doch zweigt er einen erheblichen Teil der internen Produktion ab, für die auf dem Binnenmarkt eine große ungedeckte Nachfrage besteht.

Die Bevorzugung und Begünstigung der Dollarsektoren, von denen sich eine Politik der Devisenmaximierung abhängig macht, leistet der Erweiterung und Ausdehnung des Parallelmarktes[2] Vorschub, der umso attraktiver ist, als er hohe Dollarrenten garantiert, während zugleich die Kaufkraft des kubanischen Peso wegen des Geldüberhangs in der Wirtschaft nach und nach verfällt. Ergebnis dieser Entwicklung ist eine schleichende Dollarisierung der Wirtschaft sowie die Ausdehnung der Schwarzmarktaktivitäten und die kontinuierliche Aushöhlung der Planwirtschaft. Die kapitalistischen "Inseln" bieten den dort Beschäftigten Vorteile wie deutlich höhere Löhne als in den Sektoren der Planwirtschaft und außerdem einen leichteren und billigeren Zugang zu Gütern, die auf dem kubanischen Markt ansonsten nahezu unerschwinglich sind.

Obgleich sich die Logik der Zweitökonomie immer stärker in Kuba durchsetzt, unternimmt der Staat bislang wenig, um der wachsenden Heterogenität der Wirtschaft entgegenzuwirken. Dabei ist diese Heterogenität eine der größten Bedrohungen für die kubanische Revolution, da sie die wesentliche Legitimitätsgrundlage des Regimes, den Vorsprung an sozialer Gerechtigkeit gegenüber anderen Ökonomien der Region untergräbt und in Frage stellt. Der kubanische Staat scheint diese Gefahr der Aushöhlung der Errungenschaften der Revolution zu unterschätzen oder zumindest seinen Handlungsspielraum für die Zeit nach dem Übergang zur Integration in den kapitalistischen Weltmarkt zu überschätzen. Denn Kuba hofft, den binnenorientierten Planungssektor nach Abschluß erfolgter Weltmarktintegration durch Erhöhung seiner Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Exportsektor stärken zu können und auf diesem Weg die Vereinheitlichung der Gesamtwirtschaft wiederherzustellen.

Perspektiven des kubanischen Entwicklungsweges

Ein mögliches Szenario, das sich aus der jetzigen Wirtschaftsstrategie ableiten läßt, ist mittelfristig der Wandel von einem sozialistischen Regime zu einem distributiven Regime, das darauf abzielen würde, durch Umleitung der aus dem marktwirtschaftlichen Exportsektor abgeschöpften Rente in den Binnensektor die sozialen Errungenschaften der Revolution zu retten. Die Erfahrung mit dieser Strategie in Lateinamerika hat aber gezeigt, daß sie trotz der hohen Wachstumsraten, die sie im Binnenmarkt hervorbringen kann, keine Entwicklungsdynamik induziert hat. Im Fall Kubas müßte die Umverteilung auf einem viel höheren Niveau stattfinden, als es in den lateinamerikanischen Ländern der Fall gewesen ist, wo eine mit der Exportrente finanzierte populistisch-reformistische Wirtschaftspolitik sich auf eine dünne Schicht der städtischen Bevölkerung konzentriert hat.

Eine andere Alternative ist das Katastrophenszenario einer wilden Transformation der Ökonomie nach dem Zusammenbruch des kubanischen Sozialismus. Diese Position wird vor allem von den Exilkubanern in den USA vertreten. Ihr liegt die Vorstellung zugrunde, die USA werden, analog zum "Anschluß" der ehemaligen DDR an die Bundesrepublik, eine "Treuhandanstalt" zur Privatisierung der kubanischen Ökonomie einsetzen. In diesem Szenario müßten die Exilkubaner bzw. die USA eine Währungsreform durchsetzen, die Schulden Kubas übernehmen und den Transformationsprozeß in Kuba vorantreiben. Die Beispiele Nikaraguas und Panamas haben gezeigt, wie gering die Bereitschaft der USA - u.a. wegen ihrer eigenen Fiskalkrise - ist, eine solche Politik zu finanzieren. Es ist ebenso unwahrscheinlich, daß die kubanischen Kapitalisten in den USA nach dem Zusammenbruch des Sozialismus mit großzügigen Investitionsprojekten nach Kuba zurückströmen und auch noch das soziale Netz finanzieren würden. Last but not least besteht in Kuba selbst heute ein breiter Konsens darüber, daß eine Rückkehr der kubanischen Bourgeoisie in die alten Positionen das Land möglicherweise in einen Bürgerkrieg stürzen würde.

Die oben genannte Perspektive zeigt, daß eine Lösung der jetzigen Wirtschaftskrise in Kuba ohne die kubanische Führung zur Zeit nicht möglich ist. Kuba hätte auch bei einem wilden Transformationsprozeß viel mehr zu verlieren als bei einer sanften Umgestaltung. Dazu bedarf es aber nicht einer ideologischen Rettung der Revolution nach dem Motto "Sozialismus oder Tod", sondern der Rettung ihrer Errungenschaften durch eine von der kubanischen Führung selbst eingeleiteten Transformationsstrategie, die der veränderten Weltmarktkonstellation stärker Rechnung trägt.

Entgegen der orthodoxen Transformationstheorie und angesichts der Mißerfolge bei ihrer Umsetzung in den osteuropäischen Ländern besteht für Kuba jedoch kein Grund, den neoklassischen Maßnahmenkatalog einfach anzuwenden und auf einen eigenen Weg zu verzichten. Forderungen, wie eine totale Privatisierung und Öffnung der Ökonomie, haben in den osteuropäischen Wirtschaften nicht die erhofften positiven Wirkungen auf den Akkumulationsprozeß gezeigt. Im Gegenteil: diese Länder haben sich in den letzten Jahren weitgehend "lateinamerikanisiert", d.h. sie sind mit zunehmender Inflation, Kapitalflucht und Dollarisierung ("DMarkisierung") konfrontiert.

Alrich Nicolas

Anmerkungen:

1) Aktuellere Zahlen sind derzeit nicht erhältlich. Die kubanische Regierung hat seit 1990 keine Statistiken mehr herausgegeben.

2) Der Parallelmarkt hat im Unterschied zum Schwarzmarkt einen legalen Status. Er existiert neben dem staatlichen Vertriebssystem, das rationierte Güter umsetzt.

Literatur:

Deere, C.D. : Cuba's Struggle for Self-Sufficiency, in Monthly Review, July-August 1991, S.55-73

Zimbalist, A. : Teetering on the Brink : Cuba's Current Economic and Political Crisis, in Journal of Latin American Studies, Vol. 24, May 1992, S.407-418

Nationale Souveränität und Hilfe

Am 15. Juni 1992 traf der Oberste Gerichtshof der USA eine Entscheidung, derzufolge es als rechtmäßig gilt, Personen, die in den USA angeklagt sind, im Ausland zu entführen und in den USA vor Gericht zu stellen. Dieses Urteil löste einen Proteststurm in Lateinamerika aus. Es bezog sich auf den Präzedenzfall eines in den USA angeklagten Mexikaners, der von den USA entführt worden war. Trotz der allgemeinen Empörung blieb es bei ohnmächtigen Erklärungen der Politiker. Auf ihrem Gipfeltreffen in Madrid beschlossen die lateinamerikanischen Staatschefs am 24. Juli, die UNO-Vollversammlung zu bitten, die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der USA vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu bringen.

Angesichts der flagranten Mißachtung staatlicher Souveränität, die in der Entscheidung der US-Bundesrichter zum Ausdruck kommt, gewannen einige Ereignisse der Beziehungen zwischen den USA und Bolivien eine besondere Bedeutung in der innerbolivianischen Diskussion.

Der Bischof von Pando (im bolivianischen Amazonasgebiet) beklagte sich öffentlich darüber, daß zwei Bolivianer und ein nordamerikanischer Priester seines Bistums auf einer Reise per Boot von nordamerikanischen Militärs angehalten worden seien. Die US-Militärs wollten die Ausweise der Reisenden und die Papiere für ihr Boot und ihr Sprechfunkgerät sehen und fragten nach dem Motiv der Reise und nach Waffen.

Der Bischof von Pando, anschließend auch der Erzbischof von La Paz, protestierten energisch gegen die bewaffneten Kontrollen der US-Militärs auf bolivianischem Territorium. Die Reaktion der Bischöfe ist von besonderer Bedeutung, da die katholische Kirche über eigene Radiosender und Zeitungen die öffentliche Meinung entscheidend beeinflußt.

Auch im sozialen Bereich machen sich die 'einflußreichen Freunde' nützlich: Mitte Juli letzten Jahres wurde aufgrund der Ankunft großer Transportflugzeuge (Galaxy, Herkules) und der starken Präsenz nordamerikanischer Militärs spekuliert, "die Weltmeister der freien Welt" (La Razon) würden eine Atommülldeponie oder einen Militärstützpunkt bauen. Die Erklärungen der US-Botschaft, die Militärs arbeiteten in einem 'Zivilprogramm' und bauten eine Schule, und die Erklärung der bolivianischen Regierung, die Militärmaschinen brächten große Mengen Lebensmittel, klangen der bolivianischen Öffentlichkeit wie Hohn. Ursprünglich war nämlich vorgesehen, einen Flugplatz in Pando auszubauen, doch dieses Vorhaben hat der US-Kongreß zu Fall gebracht. So hat man kurzfristig für die Militärübung ein anderes - ziviles - Alibi gesucht.

Angesichts der Proteste gegen die allzu offensichtliche Verletzung der staatlichen Souveränität sah sich die Regierung gezwungen, die Bitte der USA, neue Truppen nach Bolivien zu entsenden, zurückzustellen, bis das Parlament sich mit den 'Zivilaktionen' beschäftigt habe.

Die Beispiele bestätigen die Lehren aus dem Golfkrieg, daß die USA keineswegs ihre Interventionspolitik aufgegeben haben, nachdem die Ost-West-Konfrontation überwunden ist. Jetzt werden Drogenhandel und Terrorismus zum Anlaß genommen, die Politik mit militärischen Mitteln fortzusetzen und den lateinamerikanischen Hinterhof zu säubern, wenn man es im Weißen Haus für nötig hält. Die Verletzung staatlicher Souveränität und internationalen Rechts ist dabei nicht neu. Beunruhigend ist vor allem, daß die Rambo-Politik nun nicht mehr nur von CIA und Pentagon de facto betrieben, sondern auch von der Justiz als legal anerkannt wird. Internationales Recht, das die Schwächeren schützen soll, wird ausgehöhlt; die USA diskreditieren sich in der Rolle des "Friedenspolizisten" der UNO (wie in Somalia) und schwächen die Legitimität von UN-Friedensaktionen. Dies ist umso bedauerlicher, als nach Ende des Kalten Krieges regionale und innerstaatliche Kriege aufgeflammt sind und internationales Recht der Stärkung bedarf.

Nationale Souveränität der politischen Klasse

Die bolivianische Regierung nimmt Einschränkungen ihrer Hoheitsbefugnisse offensichtlich hin. Der US-Botschafter benotete öffentlich die den USA wichtigen Regierungsbereiche wie Wirtschaft und Bekämpfung des Kokaanbaus. Durch gezielte Indiskretionen, z.B. des US-Außenministeriums an die Presse, übte die US-Regierung sogar großen Einfluß auf Personalentscheidungen aus. Auf diese Weise wurde der erste Innenminister der jetzigen Regierung gestürzt nachdem diplomatischere Interventionen nicht die gewünschte Wirkung zeigten.

Zuckerbrot ist bekanntlich das Komplement zur Peitsche: Für erfolgreiche Politik im Sinne der USA (während der Bush-Regierung stand die Kokavernichtung an erster Stelle), gibt es Zahlungsbilanzhilfe, Projekthilfe und Lebensmittellieferungen, ohne die keine bolivianische Regierung zurechtkommt.

Schließlich ist die Regierung aber auch ganz freiwillig bereit ihre Souveränität zurückzustecken. So bei der Auslieferung von Personen, die in den USA wegen Rauschgiftdelikten gesucht werden. Der Innenminister der Meza-Diktatur (1980-1982), Arce Gómez, wurde durch einen nicht verfassungskonformen Beschluß des Präsidenten sofort nach seiner Verhaftung (1990) in die USA abgeschoben, obwohl er in Bolivien wegen Mord und Sturz der Regierung angeklagt war. Offenbar traute der Staatspräsident seinen Richtern, Polizisten und Militärs im Umgang mit ihrem

früheren Chef so wenig, daß er die verfassungswidrige Verfrachtung hinter die Mauern eines US-Gefängnisses für das kleinere Übel hielt.

In der Zwangslage von Zuckerbrot, Peitsche und Einsicht in die eigene Schwäche hat die Regierung Paz Zamora die griffige Formel 'Koka für Entwicklung' kreiert. Das heißt, in dem Maße, wie Entwicklungsalternativen eröffnet werden, soll die Kokaproduktion reduziert werden. Oder: wer möchte, daß Bolivien weniger Koka produziert, soll dafür bezahlen; oder auch: für materielle Hilfe wird eine Einschränkung der Souveränität hingenommen.

Abhängigkeiten aller Art

Und was sagt das Volk? Die amerikanischen Militärs wurden beim Ausbau des Flughafens von Potosi oder bei Reihenuntersuchungen von Kindern von der jeweils betroffenen Bevölkerung geschlossen willkommen geheißen. Selbst militärische Einsätze wie die Säuberung eines von der Rauschgiftmafia kontrollierten Dorfes im Tiefland oder politische Eingriffe wie der Sturz des ehemaligen Innenministers oder die Selbstbegrenzung der Souveränität bei der Abschiebung von Arce Gómes finden hinter einer kritischen Fassade breite Zustimmung. Denn bei aller Rhetorik sieht der 'kleine Mann', genau wie der Präsident, die Begrenztheit der eigenen Möglichkeiten angesichts der Macht der Drogenmafia und der verbreiteten Korruptheit.

Die heftigen Reaktionen Mitte letzten Jahres waren eher eine Ausnahme, provoziert durch eine Kombination von Ereignissen und tölpelhaften Reaktionen bolivianischer Politiker und des amerikanischen Botschafters. Zwar ist antiimperialistische Rhetorik in Gewerkschaften und Oppositionsparteien immer noch ein beliebter Ersatz für die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen, aber die Realität wird von Abhängigkeiten aller Art bestimmt, auf die kaum jemand verzichten möchte. Lebensmittellieferungen gelangen bis in die abgelegensten Winkel des Landes und der Elendsviertel der Städte. Bauern erhalten sie unter anderem dafür, daß sie ihre Bewässerungskanäle instand halten, Bäuerinnen dafür, daß sie sich zum Häkeln zusammensetzen, die Bewohner der Elendsviertel dafür, daß sie ihre Straßen pflastern.

Die untere Mittelschicht verdient an der Hilfe, da zu ihrer Verteilung Personal und Fahrzeuge benötigt werden. Organisationserfahrene Personen wie Funktionäre der Gewerkschaften und Parteien finden oft eine Anstellung bei der Verteilung der Lebensmittel und den damit verbundenen Projekten. Wie in den höheren Ebenen von Politik und Wirtschaft sind auch bei der Verteilung der Nahrungsmittelhilfe Schiebereien, Veruntreuung und Korruption an der Tagesordnung, so daß die Angestellten doppelt verdienen.

Der Vormachtstellung der USA - die nur der sichtbarste und unverstellteste Ausdruck konditionierter internationaler Hilfe ist - steht ein Mangel an Entschlossenheit der bolivianischen Politiker und großer Teile der Gesellschaft gegenüber, das Heft selbst in die Hand zu nehmen. Zu verlockend sind kurzfristige Lösungen und der Poker mit internationaler Unterstützung.

Es geht dabei nicht nur um den Verkauf der Souveränität gegen Hilfe, sondern auch um Korruption und Erpressung, die um die Hilfsmaßnahmen wuchern. Während Politiker international 'Koka gegen Entwicklung' als Ersatz für eigene Anstrengungen vermarkten, drohen Gewerkschaftsführer gelegentlich mit Repressalien gegen Projekte, wenn diese nicht bestimmte Bedingungen, oft Zahlungen an sie und ihre Klientel, erfüllen. Ebenso haben Bauerngemeinden und ihre Amtsträger herausgefunden, daß man einige Hilfsorganisationen aufgrund ihrer Konkurrenz untereinander noch mit der Erlaubnis, Hilfe leisten zu dürfen, erpressen kann.

Das Bettlerleben auf internationaler Bühne schließt die Zustimmung der Bettler zu ihrer Rolle ein - einschließlich ihrer Tricks, moralisch Druck auszuüben und die existenzielle Abhängigkeit der Helfer von der Ausübung ihrer Hilfsfunktion auszuschlachten.

Gegenläufige Entwicklungen

Nach zehn Jahren Demokratisierung - zwar mit Schwierigkeiten und Rückschlägen - entwickelt sich nun eine Bewegung, die versucht, die Abhängigkeit eines korrupten Bettlers zu überwinden, einen Staat zu konstruieren, der das Bettlerdasein überwindet, indem er im Innern Partizipation ermöglicht und nach außen mehr Respekt verlangt. Zu den Protagonisten dieser Bewegung zählen die Medien, die beispielsweise großen Anteil daran hatten, daß die Übungen der US-Militärs im letzten Jahr nicht unter stillschweigender Duldung der Politiker über die Bühne gingen. Dazu zählen die Regionalbewegungen, die über eine Dezentralisierung des Staates tendenziell eine stärkere Beteiligung der Bürger ermöglichen, auch wenn sie selbst oft nur den Zugang zu den vom Staat monopolisierten Ressourcen anstreben. Aber es gibt auch in allen größeren Parteien Politiker, die zumindest Effektivität der staatlichen Funktionen anstreben, das heißt, sie versuchen den Staat von der Käuflichkeit seiner Politiker und Bürokraten zu befreien. Unter dem Druck der Öffentlichkeit kamen so parteiübergreifende Grundsatzvereinbarungen über wichtige Reformen (Wahlgesetz, Justizreform und Dezentralisierung) zustande.

Aus der Perspektive dieser Reformbemühungen ist Souveränität mehr als Selbstbehauptung gegenüber allen Eingriffen von außen. Massiver Druck aus dem Ausland gegen korrupte Politiker - und sogar militärische Unterstützung beim Vorgehen gegen bewaffnete und finanzstarke 'Privatstaaten', wie z.B. die der Drogenbosse - können bei der Herstellung staatlicher Souveränität hilfreich sein, vorausgesetzt, sie werden von demokratischen Instanzen genehmigt und kontrolliert und unterstützen so die Beteiligung des Volkes an der Ausübung dieser Souveränität. Die unter dem Mantel der Hilfe eingeschleusten Interessen der Industrieländer (von Militärmanövern über die Bekämpfung der Kokabauern statt der Bekämpfung der Nachfrage in den Konsumentenländern bis zum Agrarkrieg zwischen den USA und der EG, der mit Nahrungsmittellieferungen geführt wird) zerstören dagegen das Fundament der Souveränität bei den Bürgern und staatlichen Institutionen.

Michael Schulte



Eine umfassende Flüchtlingspolitik ist an der Zeit

Flucht und Asyl aus der Sicht der UNHCR

Der UNHCR ist das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen. Hans ten Feld, Mitarbeiter beim UNHCR, kritisiert in seinem Vortrag diejenigen Maßnahmen bundesdeutscher Asylrechtspolitik, die die Schutzbedürfnisse von Flüchtlingen ignorieren (Zurückweisung an den Grenzen, Abschiebung ohne Anhörung, Länderlisten) und oft nicht mit der Genfer Flüchtlingskonvention zu vereinbaren sind.

Der Verlust des vertrauten politischen Weltgefüges, die Auflösung der bipolaren Welt in ein unübersichtliches multipolares Geflecht, dessen Ordnungstrukturen höchstens in Umrissen zu erkennen sind, hat auch zu jenen Ängsten beigetragen, die heute mit dem Begriff der neuen Völkerwanderung verbunden sind. Fakten und Spekulationen, Prognosen und Behauptungen sind in einer kaum zu entwirrenden Weise vermischt. Vielleicht hat dieses Wirrwarr auch dazu beigetragen, daß sich latente Fremdenfeindlichkeit nun in solch eruptiven Gewalttaten entlädt. Die Furcht als Triebkraft für rücksichtsloses, gewalttätiges Auftreten darf nicht unterschätzt werden.

Unbestreitbar ist, daß nicht Europa, sondern die Länder des Südens die wirkliche Hauptlast der Weltflüchtlingsproblematik zu tragen haben. Unbestreitbar aber auch, daß das Flüchtlingsproblem mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien endgültig nach Europa zurückgekehrt ist. Es liegt auf der Hand, daß man globalpolitischen Entwicklungen nicht mit einem juristisch fixierten Instrumentarium asylrechtlicher Maßnahmen auf Verwaltungsebene beikommen kann. Um die Hohe Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen, Sadako Ogata, zu zitieren: "Solange die Regierungen und humanitären Organisationen zögern, sich ernsthaft und koordiniert mit der derzeitigen Flüchtlingsproblematik zu befassen, laufen sie Gefahr, die Chancen für Frieden und Fortschritt, die das neue politische Klima bietet, wieder zunichte zu machen".

Dreißig Millionen auf der Flucht

Sich ernsthaft mit dieser Thematik zu befassen, dies heißt zunächst einmal auch zur Kenntnis zu nehmen, welche Dimension die Flüchtlingsproblematik angenommen hat. Diese Frage kennt viele Antworten, je nach dem, wen man als Flüchtling bezeichnet. 18 Millionen Menschen stehen zur Zeit weltweit unter dem Mandat von UNHCR (die Behörde der Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen d.Red.). Mit anderen Worten: Diese Menschen stehen unter dem Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention oder anderer regionaler Vertragswerke, z. B. der Flüchtlingskonvention der Organisation für afrikanische Staaten (OAU).

Zwei wichtige Flüchtlingsgruppen sind hierbei nicht erfaßt. Die weit über zwei Millionen palästinensischen Flüchtlinge, die von einem eigens gegründeten UN-Hilfswerk (UNRWA) unterstützt werden, und die Vertriebenen im eigenen Land, sogenannte Binnenflüchtlinge, die aufgrund von Bürgerkriegen aus ihrer heimatlichen Umgebung gerissen wurden. Für sie ist formell keine internationale Hilfsorganisation zuständig. Man schätzt ihre Zahl weltweit auf 15-20 Millionen.

Auch die in Europa, in den USA und Kanada lebenden Asylbewerber finden Sie in der UNHCR-Statistik nicht wieder, da sie formell nicht als Flüchtlinge anerkannt wurden. Dies gilt auch für viele der sogenannten de facto Flüchtlinge, über 500.000 allein in der Bundesrepublik, die keinen Flüchtlingspaß besitzen.

Zur Zeit sind mithin mindestens dreißig Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Kriegen, Bürgerkriegen, aus Furcht vor Verfolgung und Unterdrückung. Daß ihre Zahl steigt, beweist ein Blick auf die UNHCR-Statistik: Danach hat sich allein die Zahl der unter UNHCR-Mandat stehenden Flüchtlinge seit 1980 verdoppelt. Es ist, meine ich, nicht abwegig, diese Entwicklung mit dem Dekolonisierungsprozeß in der Dritten Welt zu vergleichen. Nicht zuletzt diese Erkenntnis müßte all jenen zu denken geben, die glauben, die gesamte Flüchtlingsproblematik unter dem Gesichtspunkt der Einwanderungskontrolle lösen zu können.

Die Hoffnung hat sich als Trugschluß erwiesen, mit der Einleitung eines neuen

politischen Zeitalters seien die Fluchtursachen ausgeräumt worden. Insofern bleibt die Aufrechterhaltung der humanitären Tradition des Asylrechts in Europa eine Verpflichtung, die sich nicht aus der Vergangenheit, sondern aus der Gegenwart ergibt. So wenig eine Asylpolitik eine umfassende Flüchtlingspolitik ersetzen kann, so wenig macht es Sinn, flüchtlingspolitische Konzeptionen ohne ein liberales Asylrecht zu gestalten.

Fünf Prinzipien des internationalen Schutzes für Flüchtlinge

Ich möchte deshalb an dieser Stelle - und auch vor dem Hintergrund der aktuellen Asyldiskussion, in der die Genfer Flüchtlingskonvention keine unwesentliche Rolle spielt - einige wichtige zentrale Prinzipien des internationalen Rechtsschutzes für Flüchtlinge benennen, die aus Sicht des UNHCR unverzichtbar sind:

1. Legitime Grenzkontrollmaßnahmen müssen mit dem Recht des Einzelnen, um Asyl nachzusuchen und der Verpflichtung der Staaten, Flüchtlinge nicht zurückzuweisen, in Einklang gebracht werden. Aus diesem Grund lehnt UNHCR die Einrichtung sogenannten "internationaler Zonen" an Flughäfen ebenso ab wie Sanktionen gegen Beförderungsunternehmen, die Asylbewerber ohne gültiges Visum transportieren. UNHCR sieht in solchen Maßnahmen eine Gefährdung für die Grundprinzipien des Schutzes von Flüchtlingen, für die Durchführung eines Asylverfahrens und - unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte - eine Erschwernis für die internationale Zusammenarbeit bei der Lösung von Flüchtlingsproblemen.

2. UNHCR unterstützt beschleunigte Verfahren für "offensichtlich unbegründete" Anträge. Bei allen Asylbewerbern sollte jedoch eine umfassende Beratung vor der ersten Befragung stattfinden. Vom Ausgang dieser Befragung sollte es abhängen, ob sofort eine Anerkennung als Flüchtling erfolgt, ob ein humanitärer Status erteilt wird, ob ein normales Verfahren angestrengt wird, um eine ausführlichere Überprüfung der Fluchtgründe zu ermöglichen oder ob ein beschleunigtes Verfahren notwendig wird. Auf jeden Fall aber muß eine unabhängige Überprüfung des Asylgesuchs bei erstmaliger Ablehnung des Antrags möglich sein.

Für die aktuelle Diskussion hierzulande heißt dies: Selbst bei einer Abschaffung des Grundrechts auf Asyl gibt es eine Pflicht zur Überprüfung des Asylgesuchs. Mit dem Verweis auf die Genfer Flüchtlingskonvention kann man nicht den Zugang zum Asylverfahren versperren. (...) Entscheidend hierbei ist das Kernstück der Konvention, der Artikel 33, mit dem die Unterzeichnerstaaten sich verpflichtet haben, keinen Flüchtling in ein Land zurückzuschicken, in dem ihm Gefahr für Leib und Leben aufgrund seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung droht.

Gegen die Auffassung, dieses Abschiebungsverbot gelte nur für Asylsuchende, die sich bereits in dem jeweiligen Asylland aufhalten bzw. es gelte gar nur für anerkannte Flüchtlinge, steht die überwiegend geübte Staatenpraxis, steht aber auch ein Beschluß des UNHCR-Exekutiv-Komitees[1] aus dem Jahre 1983 über verfahrensrechtliche Garantien bei der Prüfung "offensichtlich unbegründeter" Anträge.

3. UNHCR ist deshalb auch gegen die Einführung einer sogenannten Länderliste verfolgungsfreier Länder, mit der der Zugang zum Asylverfahren für Staatsangehörige bestimmter Herkunftsländer versperrt werden soll. Diese Maßnahme ist nach unserer Auffassung mit dem Inhalt der Genfer Flüchtlingskonvention nicht zu vereinbaren. Eine solche Liste würde eine geographische Einschränkung des Abkommens bedeuten und zudem die Gefahr mit sich bringen, gegen das Abschiebungsverbot der Konvention zu verstoßen.

Eine solche Liste kann hingegen als Orientierungshilfe für beschleunigte Verfahren bei "offensichtlich unbegründeten" Anträgen sinnvoll sein. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Definition des Begriffs "sicheres Herkunftsland". Hierzu muß nach Auffassung von UNHCR ein umfassender Kriterienkatalog erstellt werden. Mindestanforderungen wären z. B. die Ratifizierung und Einhaltung von internationalen Menschenrechtsabkommen, vor allem in bezug auf Rechte von Minderheiten und Rechtsstaatlichkeit, eine Garantie für unabhängige nationale und internationale Organisationen, sich ein eigenes Bild von der Menschenrechtssituation machen zu können, - die Mitgliedschaft in Weltorganisationen oder regionalen Organisationen, die zum internationalen Schutz von Menschenrechten gegründet worden sind, und schließlich eine flexibel gehandhabte, periodische Überprüfung der Liste, die auch aktuellen Geschehnissen oder neuen Erkenntnissen Rechnung trägt.

4. Vom Begriff des sicheren Herkunftslandes ist derjenige des sicheren Erstasyllandes zu unterscheiden. UNHCR ist der Auffassung, daß von einer Prüfung des Asylantrags nur dann abgesehen werden könne, wenn der Asylsuchende bereits in einem anderen Land sicher vor Verfolgung gewesen sei und dorthin auch zurückkehren könne.

Ein Erstasylland muß deshalb einige Mindestanforderungen erfüllen. Ich nenne z.B. die Ratifizierung und Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention, vor allem ihres Abschiebungsverbots, die Ratifizierung und Einhaltung von internationalen Menschen-

rechtsabkommen, die Bereitschaft eines Staates, Asylbewerbern den Aufenthalt für die Dauer eines Asylverfahrens zu gestatten, die Bereitschaft eines Staates, Flüchtlingen den Aufenthalt zu erlauben, bis eine dauerhafte Lösung für sie gefunden ist. Auch im Fall des sicheren Erstasyllandes ist eine periodische Überprüfung der Kriterien wohl sinnvoll.

5. UNHCR plädiert nachdrücklich für eine liberale Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention. Das Abkommen eignet sich nicht als bloßes Mittel zur Ausgrenzung. In der Schlußakte der Konvention haben sich die Unterzeichnerstaaten zu einer großzügigen Interpretation des Abkommens verpflichtet. Generell sollten Menschenrechte und humanitäre Belange deshalb Vorrang haben vor jenen der Einwanderungskontrolle. (...) Zweifel an der Glaubwürdigkeit eines Asylbewerbers sollten nicht zum alleinigen Maßstab für eine Entscheidung herangezogen werden. Es liegt leider in der Natur der Sache, daß Flüchtlinge in der Regel nicht Dokumente zur Hand haben, die beweisen, daß sie in ihrer Heimat verfolgt werden. Eine illegale Einreise der Asylbewerber oder Formfehler bei der Antragstellung sollten ebenfalls nicht ausschlaggebend für den Ausgang eines Verfahrens sein. Schließlich: Bürgerkriegsflüchtlingen darf nicht automatisch der Konventionsstatus verweigert werden, da allgemeine Gewalt die Verfolgung des Einzelnen eben nicht ausschließt.

Europaweite Harmonisierung der Asylpolitik

In diesem Zusammenhang erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen zum aktuellen Thema "Europäische Harmonisierung der Asylpolitik". Wie Sie wissen, bemüht man sich innerhalb der Europäischen Gemeinschaft schon seit längerer Zeit, eine gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik zu formulieren. Die Mitgliedsstaaten konzentrieren sich seit Mitte der 80er Jahre auf die Frage, wie im Zuge des Abbaus der Grenzkontrollen bis 1993 die Einreise von Bürgern aus Drittstaaten kontrolliert werden kann.

Mit dem Stichwort von der Harmonisierung der europäischen Asylpolitik fand man hierfür eine griffige Formel. Deren Elemente bilden drei Vertragswerke, die allerdings bis heute noch nicht in Kraft getreten sind: das Schengener Zusatzabkommen, die Dubliner Asylkonvention und ein Abkommen zur Sicherung der Außengrenzen, das bislang allerdings noch nicht einmal von den Staaten unterzeichnet worden ist. Schengen legte die Marschrichtung fest. Der Vertrag vom Juni 1985 regelte zunächst lediglich den freien Personen- und Warenverkehr innerhalb der Benelux-Staaten, Frankreich und der Bundesrepublik. Inzwischen schlossen sich Spanien, Portugal und Italien an. Sie alle unterzeichneten ein Zusatzabkommen zu dem ursprünglichen Vertragswerk. Neben der Einrichtung eines Informationssystems über Asylsuchende wird dort u.a. mittels einer Kriterien-Liste festgelegt, welcher Staat für die Überprüfung und die mögliche Abschiebung eines Asylsuchenden zuständig ist.

Dies ist auch das Herzstück einer Asylkonvention, die ebenfalls Juni 1990 von den EG-Mitgliedsstaaten in Dublin unterzeichnet wurde. Erklärtes Ziel: Einen Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens zu verpflichten und damit Mehrfachanträge zu vermeiden. Ferner streben die EG-Staaten eine Harmonisierung der Einreisebestimmungen, der Grenzkontrollen und der Visumspolitik an. Im Schengener Abkommen wurde bereits eine Liste von über neunzig Staaten festgelegt, deren Bürgern ein Sichtvermerk im Reisepaß abverlangt wird. Auf EG-Ebene gibt es entsprechende Pläne. Die dazu notwendige Konvention ist - wie bereits gesagt - bislang über einen Entwurf nicht hinausgekommen.

Zeiten nationaler Alleingänge sind vorbei

Als vorläufiges Fazit läßt sich deshalb feststellen: Wenn in der Europäischen Gemeinschaft von der Harmonisierung der Asylpolitik die Rede ist, sind fast ausschließlich technische Fragen gemeint, vor allem jene, die mit dem Zugang zu einem Asylverfahren zu tun haben. Ausgeklammert bleiben hingegen alle Probleme, die mit dem materiellen Asylrecht zu tun haben. Bei dem Maastrichter EG-Gipfel hat man sich lediglich darauf geeinigt, auch auf diesem Gebiet eine Vereinheitlichung anzustreben. Ob dies gelingt, ist unklar, da die Rechtstraditionen der EG-Staaten sehr unterschiedlich sind.

So bleibt es auf absehbare Zeit bei unterschiedlichen Kriterien für die Anerkennung von Flüchtlingen im Asylverfahren, obwohl sich alle EG-Mitgliedsstaaten auf die Genfer Flüchtlingskonvention berufen. Die Folgen lassen sich an einem Beispiel illustrieren. In Deutschland ist die Anerkennungsquote für Tamilen aus Sri Lanka oder Menschen aus Somalia verschwindend gering, in Frankreich hingegen beträgt sie seit einigen Jahren immer zwischen fünfzig und sechzig Prozent, bei Somaliern jüngst sogar über siebzig Prozent. Es versteht sich von selbst, daß UNHCR eine Vereinheitlichung der Kriterien auf Grundlage einer liberalen Interpretation der Genfer Konvention begrüßen würde. Ich habe Zweifel, ob ohne eine solche inhaltliche Angleichung überhaupt von einer Harmonisierung des Asylrechts gesprochen werden kann. (...)

Dies zeigt zwar und dies ist positiv hervorzuheben: man hat erkannt, daß angesichts der wachsenden Flucht- und Migrationsbewegungen die Zeiten nationaler Alleingänge vorbei sind, statt dessen internationale Kooperation gefragt ist. Allerdings: Unter dem Strich ist bislang nicht allzuviel herausgekommen. Bestes Beispiel ist hierfür die Konferenz über Ost-West Migration, die im Oktober letzten Jahres in Berlin stattfand. Ziel: Die neuen Demokratien in Mittel/Osteuropa im Sinne der EG-Vereinbarungen miteinzubeziehen. Es ist sicherlich notwendig und wichtig, z. B. gegen illegale Einwanderung Vorkehrungen zu treffen. Ob allerdings die Konzentration auf dieses Thema eine angemessene Antwort auf den Gesamtkomplex Migration ist, wage ich zu bezweifeln. Denn auf diese Weise wird die aktive Gestaltung einer Migrationspolitik in den Hintergrund gedrängt. (...) Dies betrifft aber auch den Bereich Zuwanderung, der über das Asylverfahren nicht geregelt werden kann. Ich werde den Gedanken nicht los, daß die Asyldiskussion es ihren jeweiligen Protagonisten erspart, neue Antworten und kreative Konzepte in diesem Bereich zu finden. Das Politikfeld Migration bleibt weitgehend unbestellt. Vermintes Gebiet, gerade in Umbruchzeiten, in der gesellschaftspolitische Diskussionen explosive Sprengkraft entwickeln können. Der Asylstreit gerät so zur Stellvertreterdebatte.

Hans ten Feld

Anmerkung:

1) Dieses Komitee ist eine Art Aufsichtsrat des UNHCR. In ihm sind 43 Staaten vertreten (einschließlich Deutschland). Seine Aufgabe: Den UNHCR-Haushalt zu verabschieden und Beschlüsse zum internationalen Rechtsschutz von Flüchtlingen zu fassen, die durch ihre Einmütigkeit eine erhebliche völkerrechtliche Bindungswirkung aufweisen. Der Beschluß von 1983 besagt, daß Asylsuchenden die Möglichkeit gegeben wird, negative Entscheidungen von einer unabhängigen Instanz überprüfen zu lassen, ehe sie an der Grenze zurückgewiesen oder gewaltsam abgeschoben werden können. Von einer Prüfung des Antrages kann nur dann abgesehen werden, wenn der Asylsuchende bereits in einem anderen Land sicher vor Verfolgung gewesen ist und dorthin zurückkehren kann.



Die Bank, die Bäume und die Bauern

Umweltaktionspläne der Weltbank in Afrika

Auf dem "Erdgipfel" von Rio wurde über Grundlagen für eine konsensfähige globale Umwelt- und Entwicklungspolitik verhandelt. Andere handeln längst oder lassen handeln - nach ihren eigenen Vorstellungen. Allen voran die Weltbank.

Auch "der Bank" geht es angeblich um Aktionen für Entwicklung und Umwelt. Gesucht werden Lösungsszenarien für das zentrale Dilemma auf der gegenwärtigen Erde: daß einige Hundert Millionen Menschen auf einer immer brüchiger werdenden Ressourcengrundlage ihren Anspruch verfolgen, nicht nur nicht noch ärmer zu werden, sondern ihre Armut zu verringern. Die Szenarien werden gesucht für den abgekoppelten Nachzügler oder Verweigerer in Sachen Entwicklung und Fortschritt, für Schwarzafrika also.

Unter der Regie der Weltbank und mit Hilfe anderer "Geber" wurden bzw. werden in mittlerweile rund zwanzig afrikanischen Ländern "Umweltaktionspläne" (UAPs) erstellt. Diese sollen die ökologischen Probleme des jeweiligen Landes synoptisch erfassen und integrierte Lösungsstrategien entwerfen. Eine reizvolle Aufgabe bei Gesamtsituationen, die oft zum Desolaten tendieren. Aber selbst unter relativ günstigen Umständen wie im sich demokratisierenden westafrikanischen Benin tun sich die Aktionsplaner schwer.

Ein kleines Team von Weltbank- und anderen Experten verfaßt anläßlich eines kurzen Aufenthaltes im Land ein Basisdokument. Dieses programmiert die Erstellung des UAP ziemlich genau, indem es die Umweltprobleme umschreibt und Ziele und Strategien entwirft. Benins Baum- und Buschvegetation wird immer mehr zerstört, der Ackerboden weggeschwemmt oder weggeweht oder, dort wo er noch bleibt, durch Übernutzung unfruchtbar. Lagunen- und Binnengewässer werden überfischt, die Küste erodiert unter dem Druck des Ozeans.



Umweltaktionspläne: Tropfen auf den heißen Stein?

In schnell wachsenden Städten leben immer mehr Menschen im Schmutz und ohne das, was man urbane Infrastruktur nennt. Mit der Bedeutung dieser Probleme liegt Benin etwa im afrikanischen Mittel, von sahelischen Verhältnissen noch um einiges entfernt.

Vergessene Armut

Das für Benin erstellte Dokument erfaßt nicht die Konstellationen, aus denen heraus diese Probleme sowohl entstehen als auch zu bekämpfen sind. In denen spielen fast immer Menschen die entscheidende Rolle - Menschen mit Zwängen, Wünschen und Potentialen. In Benin prägt Armut diese Konstellationen. Die Grundbedürfnisse werden nur sehr bedingt befriedigt, aber auch nur relativ wenige BeninerInnen verelenden. Die meisten wollen ihre Armut verringern - vor allem durch Nutzung der ihnen erreichbaren natürlichen Ressourcen. Tatsächlich aber riskieren sie, diese in ihrem prekären Zustand zu übernutzen und dadurch in die Spirale von sich wechselseitig verschärfender Umweltzerstörung und Armut zu geraten.

Die Weltbank thematisiert in ihren Dokumenten zum beninischen UAP diese fundamentalen Zusammenhänge nicht, sie ignoriert die alltäglichen Handlungssituationen und deren Umweltrelevanz und verfehlt so den zentralen Ausgangspunkt einer problemorientierten Handlungsstrategie. Sie läßt über die Köpfe der Menschen hinweg planen - als ob die zu schützenden Bäume den Blick auf die Menschen versperrten. Sie will "die Kapazität der Humanressourcen entwickeln", und zwar durch Sensibilisierung und Ausbildung. Höhere Geldeinkommen oder bessere Nahrung kommen ihr nicht in den Sinn. Daß ein im Wohlstand Lebender die den Alltag durchdringende und das Alltagshandeln bestimmende Schärfe von Armut kaum nachempfinden, bestenfalls erahnen kann, mag ihr Versäumnis mindern.

Dem Beniner UAP-Team wird mit solchen Vorgaben der Zugang zur Umweltrealität nicht erleichtert. Zwei einheimische und ein ausländischer Umweltkenner sollen, mit Hilfe von Arbeitsgruppen und Kurzzeitexperten, den Plan erarbeiten und dabei möglichst alle Umweltakteure miteinbeziehen. Also auch die Regierung, die zudem das Vorhaben mit ihrem politischen Willen absichern und vorwärtstreiben soll. Der UAP soll nämlich aufgrund der Nachfrage des "Ziellandes" und nicht durch einen von außen drängenden Geber entstehen. Aber die Idee der UAPs entstand irgendwo im internationalen Entwicklungsbusiness, sie wurde von der Weltbank konkretisiert, die Weltbank regt mit "zwingenden" Mitteln die Nachfrage an, und sie steuert die Umsetzung. Dieses klassische Top-down-Vorgehen steht in einer doch überwunden

geglaubten Tradition außengesteuerter Entwicklungszusammenarbeit.

Andere Sorgen

Die Regierung Benins freilich hat andere Sorgen, weniger umweltpolitische als "nur" politische. Im sich demokratisch belebenden Kräftespiel muß sie ihre Position verteidigen, gegen kämpferische Gewerkschaften z.B., gegen Anhänger des alten Regimes oder gegen ausländische "Mitgestalter" ihrer Politik, darunter Weltbank und Internationaler Währungsfonds mit ihrem Strukturanpassungsprogramm (SAP).

Mit dem SAP sollen, wie in anderen runtergewirtschafteten und verschuldeten Entwicklungsländern (EL) auch, der so überdimensioniert erscheinende wie ineffizient arbeitende Staatsapparat auf ein tragbares Maß abgebaut und eine möglichst reine private Marktwirtschaft geschaffen und zu schnellem Wachsen angeregt werden. Liberalisierung soll Ressourcen mobilisieren, der UAP die Parforcetouren ökologisch abfedern, ähnlich wie soziale Notprogramme die Verarmungsfolgen. Das Land braucht Devisen zur Tilgung der Auslandsschulden, muß also mehr exportieren, vor allem mehr Baumwolle, schon jetzt wichtigstes Exportprodukt. Aber die gilt als ökologisch problematisch und ihr Preis auf dem Weltmarkt als anfällig. Die Frage taucht auf, ob SAP und UAP in ihrer jetzigen Gestalt überhaupt miteinander vereinbar sind.

An weitreichenden Programmen fehlt es nicht. Unter dem Dach des SAP konzipiert und lanciert die Bank umfassende, als Modell gedachte Projekte, die ökologisch verträgliche Entwicklung im ländlichen und im urbanen Bereich anstreben. Nur laufen die an, bevor der als richtungweisend angekündigte UAP in Kraft ist. Der angeblichen Magna Charta der Umweltpolitik bleibt so nur wenig Gestaltungsspielraum.

Schwierige "ökologische Kommunikation"...

Diese Einengung wiegt um so schwerer, als der UAP ja eigentlich partizipativ, unter Einbeziehung "aller beninischen Akteure" erarbeitet werden soll. Die Eigenwerbung der Bank stellt den UAP-Prozeß als "einen der ersten systematischen Versuche" dar, "der eine breite Öffentlichkeit einbezieht", für das Basisdokument Benin "bleibt der Mensch das Herz der Umweltdiskussion". Vorgeschlagen werden dann "Multi-Media-Kampagnen"; unter beninischen Bedingungen können die nur einseitige "Kommunikation", Belehrung in eine Richtung, in die der sogenannten Zielgruppen, bewirken; diese anzuhören, erscheint als entbehrlich.

Hingegen ist für die am Beniner UAP beteiligte Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) ein Entstehungs- und Kommunikationsprozeß, der große Bevölkerungsteile bewußtseins- und meinungsbildend aktiviert, wichtiger als ein zunächst nur auf dem Papier stehender Plan. Auf GTZ-Initiative hin fanden Seminare statt, auf denen Bauern und Viehzüchter den UAP-Machern und staatlichen Funktionären mitteilen konnten, wie sie, unmittelbar Betroffene, die Probleme ihrer Umwelt wahrnehmen, bewerten und behandeln.

Kam es auf diesen Seminaren zu "ökologischer Kommunikation"? In Ansätze schon. So, wenn sich die Bauern von den ihnen vorgegebenen Fragen lösten und die Vermengung ökologischer und sozialer Probleme, z.B. beim Kampf mit städtischen Funktionären um knappen Boden, beschrieben. Wenn sie Fetischzeremonien als Mittel,



Schwierige ...

Regen zu holen, priesen und gleich darauf die (städtischen) Intellektuellen als ihre Wegweiser, mag das nichtbäuerliche Teilnehmer als widersprüchlich verwirrt haben. Tatsächlich jedoch kamen damit Denkweisen und eine Rationalität an die Oberfläche, die anders sind als die der UA-Planer, vor allem der aus Washington. Auch über die Spezialisierung "Umwelt" verfügt dieses bäuerliche Denken noch nicht. Aber da die Kommunikationsformen und -mittel der Seminare fast immer der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation entstammten, bedienten sich die Bauern jener eben, so gut sie konnten. Manche waren sogar mutig genug, ihre jahrelange Vernachlässigung durch die staatlichen Landwirtschaftsberater zu kritisieren. Doch gegen die Meinungsführerschaft der anwesenden Funktionäre kamen sie letztlich nicht an.

Freilich plagt diese Bauern auch kaum das Bewußtsein einer akuten Umweltkrise. Dazu verläuft die Degradation noch zu schleichend, sie verursacht noch keinen erkennbaren Leidensdruck, und ein Ausweichen in noch produktive Gebiete ist, wenn Erträge einmal knapper als üblich werden, fast immer noch möglich. Die Drohung der vielen "Nochs" wird von anderen Problemen überlagert: schlechte medizinische Versorgung, kein Zugang zu modernen Produktionsmitteln wie Mineraldünger oder gar Traktoren. In ihrem Alltag denken und handeln die meisten Bauern umständebedingt eher umweltgleichgültig. Bäuerliche Eigeninitiative und Selbsthilfe bringen den Schutz der natürlichen Ressourcen vorerst nur langsam voran, als "Trittbrettfahrer" bei direkt einträglichen und deshalb attraktiven Tätigkeiten dürfte er schneller sein.

Foren wie jene Seminare, die Bauern und Funktionäre an einen Tisch bringen, sind in Afrika noch immer selten und damit wichtig. Aber die teilnehmenden Bauern sind meist willkürlich ausgewählt, also kaum repräsentativ für ihren "Stand". Zum Entstehen einer authentischen Umweltpolitik, dem sinnvollsten Ergebnis eines UAP, können diese Seminare wenig beitragen. Denn auch im kleinen Benin auf seinem Weg zur Demokratie bedurfte es zum Zustandekommen dieser noch immer rudimentären Kommunikation langer Umwegschleifen über Washington und Frankfurt als "Knotenpunkte", und die mühsam geknüpften Bänder drohen schnell wieder zu zerreißen. Kaum einer der ausländischen Kommunikatoren und UAP-Initiatoren ahnt, daß auf jenen interkontinentalen Umwegen in der Regel weniger organisatorische Hindernisse zu überwinden sind als etwa zwischen der Hauptstadt Cotonou und der Provinzhauptstadt Parakou.

Das Unternehmen UAP insgesamt ist in einigen Punkten überraschend. Ausgerechnet der "Exekutivausschuß des internationalen Kapitals", der sich "dem Geld als Wertsystem, dem Geld schlechthin und überhaupt" (H.M. Enzensberger), also einem krassen Abstraktum verschrieben hat, will sich um das ganz Konkrete in den verlorensten Winkeln der Erde kümmern.

Auf Umweltpolitik will die Weltbank mit ihren UAPs auch gar nicht unbedingt hinaus. Wichtiger ist ihr, daß die UAPs Referenzrahmen und Koordinierungshilfen für die vielen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit bieten, die sich in der Zukunftsbranche Umwelt mit Projekten engagieren wollen. Das ist einerseits praktisch, weil Projekte, verglichen mit Umweltpolitik, leicht zu realisieren sind. Andererseits werden sie in ihrer Begrenztheit und Spezialisierung der politischen Natur der Umweltproblematik, der "ökologischen Destruktivität der Gesamtgesellschaft" (M. Wöhlcke) nicht gerecht.

...und fast unmögliche Umweltpolitik

Was also müßte - wenn sie es könnte - Umweltpolitik in Afrika tun? Zunächst sich sozusagen selbst konstituieren, obwohl und weil die Gesellschaft sie noch gar nicht will,

fast noch gar nicht wollen kann. Wenigstens läßt das ein Blick auf die Entstehungsgeschichte von Umweltpolitik in Industrieländern (IL) vermuten. Die Industrialisierung war ein tiefer Schnitt im Verhältnis Mensch - Natur, der erst trennte und entfremdete, dann aber Wiederannäherungssehnsüchte weckte. Afrika hat diesen Schnitt noch kaum getan. Vorsichtig verallgemeinernd läßt sich sagen, daß "Natur" hier eher als Feind wahrgenommen wird. Die animistische Verehrung von Naturgegenständen - Steinen, Bäumen z.B. - steht dem nicht entgegen.

Umweltverhalten in afrikanischen Großstädten könnte einen gerade eingeflogenen Europäer schockieren: wie Menschen unter ihren Miniverkaufsständen an Straßenkreuzungen in dichten Abgasnebel stunden- oder tagelang dasitzen, wie unbefangen Erwachsene öffentlich urinieren, wie inmitten von dem, was nach seinen Maßstäben Schmutz und Unrat ist, einfach gelebt wird.

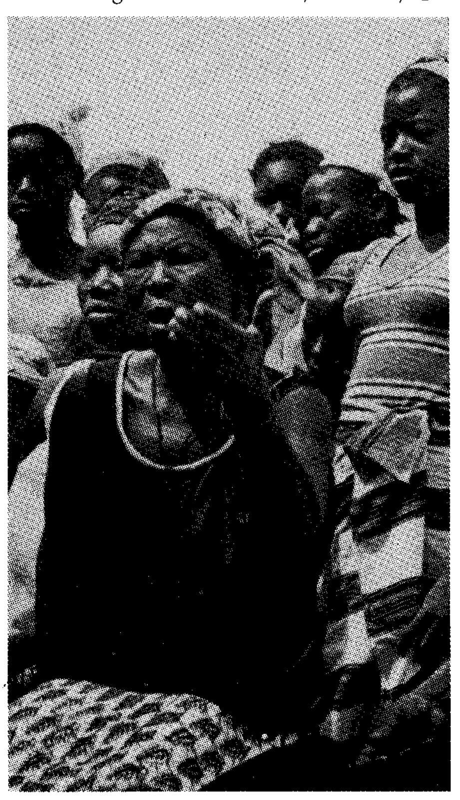
Einer "grünen" sozialen Bewegung fehlt in Afrika zumindest der mit der Industrialisierung aufgewehte historische Nährboden. Es fehlen damit auch noch die sozialen Kräfte, die sich zu einer Grünen Partei als politischer Kraft mit relevantem Wählerpotential und damit als "Motor" für Umweltpolitik sammeln könnten. Zudem dürfte der Überfluß in Industrieländern eine tragfähigere Grundlage für Ressourcenschutz sein als die Armut in Entwicklungsländern. Ökologische Kommunikation, die sich zu Umweltpolitik verdichtet, dürfte hier vorerst kaum in Gang kommen.

Es sei denn, sie wird von außen angeregt und mitgetragen, z.B. von der Entwicklungszusammenarbeit. Aber auch da drohen Blockierungen. Eine Politik für die Umwelt muß wie keine andere auf Detail- und Lokalkenntnissen aufbauen, braucht verläßliche negative Rückkopplung zwischen örtlicher Ressourcendegradation und politischen Steuerungszentren. Die dafür notwendigen Mechanismen sind in vielen afrikanischen Ländern strukturell gestört oder zerstört - soziokulturelle Schranken zwischen Ethnien und damit meist zwischen Sprachgruppen, zwischen Moslems, Christen, Animisten, zwischen technisch-wissenschaftlich orientierten Eliten und analphabetischen Massen behindern ökologische Kommunikation. Öffentlichkeit, in der gesellschaftlich relevante Umweltprobleme überhaupt erst einmal definiert werden, ist in Afrika noch kaum durchlässig genug und für Bauern kaum zugänglich.

Der bisher wohl einzige ernsthafte Versuch einer afrikanischen Umweltpolitik, unternommen von der Regierung Burkina Fasos unter dem 1988 umgebrachten Thomas Sankara, scheiterte auch an fehlender Abstimmung der von ihr geplanten Maßnahmen mit dem, was die Bauern in ihrer konkreten Lage konnten und wollten. Und mit einem "ökologischen Despotismus" konnten die erst recht nicht zur Teilnahme an den proklamierten "trois luttes", den drei Kämpfen gegen Buschfeuer, unkontrollierten Holzeinschlag und unkontrollierte Viehweidung gewonnen werden.

Anreize zu positivem Umwelthandeln

Aber welche umweltpolitischen Instrumente sind für afrikanische Regierungen brauchbar? Steuern oder ähnliche finanzielle Hebel, um zu positivem Umwelthandeln zu "reizen" bzw. von negativem abzuschrecken? Deren Akzeptanz würde bei der armen Bevölkerung gegen Null tendieren und den jungen Politikbereich schnell alt aussehen lassen; und sich dem steuerlichen Zugriff zu entziehen, haben Afrikaner jahrzehntelang trainiert. Gebote, Verbote, Gesetze dann? Selbst im kleinen Benin können Bewohner etwas abgelegener Siedlungen die bald letzten Waldbestände umlegen, ohne Angst vor der schlecht ausgerüsteten und mäßig motivierten Forstbehörde haben zu müssen.



Ökologische Kommunikation.

Umweltpolitik setzt ein gutorganisiertes Gemeinwesen voraus. Dies gab es zumindest im postkolonialen Afrika so gut wie nie, und die - vor allem im Ausland - bejubelten Anläufe zu einer Demokratisierung drohen im politischen Nichts zu enden, solange sozialer und wirtschaftlicher Niedergang die von Beginn an schwachen staatlichen Strukturen weiter aushöhlt. Französische Budgethilfe mindert im frankophonen Afrika die Abhängigkeit der Regierungen von Steuern auf landwirtschaftliche Einkommen - und damit ihr Interesse an intakten Ressourcen.

Und wieviel politischen Gestaltungsspielraum lassen die Programm- und Projektpakete der Weltbank mit Strukturanpassung, Umweltplanung und umfassender ländlicher und städtischer Entwicklung noch den beschenkten Regierungen von Benin oder Burkina Faso? Sicher, deren Handlungskompetenz ist gering, sie dient ja gerade als unausgesprochene Rechtfertigung für solche Außensteuerung; aber sie wird auch nicht gesteigert, wenn den "souveränen" Regierungen wenig mehr als das Aushandeln und Unterzeichnen der entsprechenden Verträge und das Abstellen von Projektpersonal bleibt.

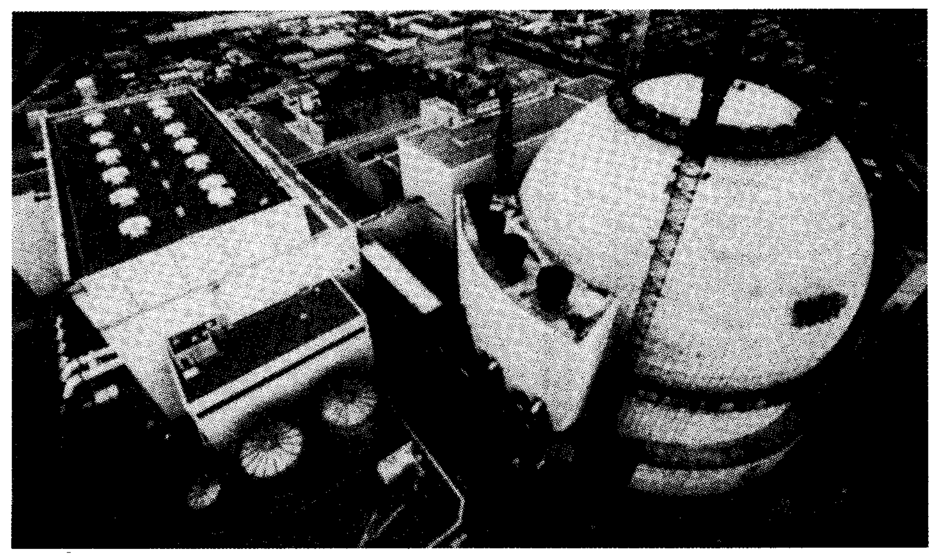
Notwendig als Kompensation für einen schwachen Staat wären leistungsfähige Kommunen und Kommunalverwaltungen; deren Wert für problemnahen Umweltschutz wird in Industrieländern immer deutlicher. In Afrika haben die traditionellen dörflichen Erdherren ihre landwirtschaftliche Regulierungsaufgabe weitgehend verloren, ohne daß kompetenter Ersatz da wäre. Oft genug sind diese Zusammenhänge der Kontrolle der Bauern und ihrer Gemeinwesen entglitten. Dem Steuerungsmechanismus Markt und seinen Deformationen sind sie meist ziemlich hilflos ausgeliefert, entsprechend oft ziehen sie sich nach schlechten Erfahrungen in die Subsistenzproduktion zurück.

Verbindung von Demokratisierung und Ökologie

Anstelle der Kommunen versuchen sich Nichtregierungsorganisationen (NRO) zu etablieren. Ausländische Geber nutzen sie gern als Relais zu ihren Zielgruppen, wie Bauern oder städtische Arme. Das bringt den NRO Geld, immer neue werden gegründet, besonders von staatlichen Funktionären oder arbeitslosen Akademikern. Viele schreiben sich "Umwelt" in das Firmenschild. Auch wenn einige NRO gute Arbeit leisten - als sich etablierende quasipolitische Struktur sind sie weder durch Gründungsverfahren noch - in dieser Masse - durch einen erkennbaren Beitrag zur Entwicklung legitimiert.

Dabei ließe sich, gerade in Benin, der UAP-Prozeß mit dem der Demokratisierung verbinden. Jener könnte dieser Substanz geben, die gemeinsamen Seminare der Bauern und Funktionäre deuten an, was alles möglich wäre mit etwas "prozessualer" Phantasie. Und wenn tatsächlich mal die Kommunen gestärkt würden - gäbe es für sie eine dringendere Zuständigkeit als ihre prekäre Umwelt?

Fast alle mit Umwelt- und Ressourcenschutz in Afrika planend/leitend Befaßten reden von Sensibilisierung. Dabei sind die noch Unsensiblen, also zu Sensibilisierenden immer die anderen, vor allem die Bauern und Slumbewohner. Ob die in ihrer konkreten Lage praktikable Handlungsalternativen haben, bedenkt kaum einer. Inzwischen



Der Schlüssel zur Lösung globaler Umweltprobleme liegt in den Industrieländern.

werden auch Funktionäre, gar politische Entscheidungsträger zur Zielgruppe gerechnet. Wer soll die sensibilisieren? Die Experten und Entwicklungshelfer? Gegen autismusverdächtige Einengungen der Wahrnehmung sind auch die nicht gefeit auf ihren Projektinseln. Und ihre "home records", die Umweltbilanzen in ihren Herkunftsländern, stärken nicht unbedingt ihre Glaubwürdigkeit. Der Weg zu mehr ökologischer Sensibilität kann, um nicht zur Sackgasse zu werden, nur in beide Richtungen beschritten werden, es bedarf einer grenzüberschreitenden ökologischen Kommunikation mit wechselseitiger Sensibilisierung.

Neben diesen auf direkte Beeinflussung von Umweltverhalten und - handeln zielenden Instrumenten bleibt die Strukturpolitik, die über bessere Rahmenbedingungen indirekt wirken soll: von der Raum- über die Eigentumsordnung bis hin zum Wirtschaftssystem und dem geltenden Entwicklungsmodell. Wer sollte dafür kompetenter sein als "die Bank", "deren Professionalität als wirtschaftspolitischer Ratgeber, Vordenker und Katalysator im Entwicklungsgeschäft allgemein anerkannt wird" (FAZ v. 23.9.1991)? Auch im "Umweltgeschäft"?

Kein Welt-Umweltbewußtsein

Das Unternehmen UAP vermittelt weder den Eindruck von Professionalität - dazu fehlt es an inhaltlicher und organisatorischer Stringenz - noch den des Vordenkens. Ein solches Denken müßte sich - als Beitrag zur Diskussion, nicht als Vorgabe - um Vorstellungen, um Visionen davon bemühen, wie eine langfristig tragfähige Umwelt wenigstens in Umrissen aussehen könnte, und sei es vorläufig auch nur im negativen Sinn der Benennung von ökologisch Untragbarem auf der gegenwärtigen Erde. Anzuregen wäre eine Suche nach Normen für das, was mit Hilfe der UAPs - und auch des ökologisch noch unsensiblen Marktes - erreicht werden soll. Wer steuern will, braucht ein Ziel.

Die Vermutung liegt nahe, daß sich die Weltbank, getreu ihrer Herkunft, am guten alten, ökonomisch-fundamentalistischen westlichen Zivilisations- oder Wohlstandsmodell mit seiner ökologischen Großzügigkeit orientiert. Während das gerade dabei ist, sich weltweit durchzusetzen, wird es auch schon wieder in seiner Leitfunktion für eine erträgliche Zukunft angezweifelt. Fragen werden gestellt, deren ehrliche Beantwortung weh tun kann: Welche Art von Wachstum für wen? "Darf", soll die Dritte Welt nachholend industrialisieren? Wenn das kleine Benin es dürfen soll, dann kann es dem riesigen Nachbarn Nigeria keiner verbieten. Nur fragt der genau so wenig um "Erlaubnis" wie Indien oder China. Warum auch.

Die "Schlüssel" zur Lösung der globalen Umweltproblematik - um die es letztlich auch in Benin, Lesotho oder Burkina Faso geht - werden sichtbar: in den Händen der IL. Aber weil die Weltbank bei ihren UAP-Spielen Wesentliches gern übersieht, ignoriert sie auch die globalen Vernetzungen der Problematik, indem sie diese in unzulässiger Weise partikularisiert. Das ließe sich vielen umweltpolitischen Akteuren vorwerfen - nur sind die nicht die Weltbank. Ein - ihr doch eigentlich angemessenes - Welt-Umweltbewußtsein scheint bei ihren afrikanischen Umweltaktionen nicht die treibende Kraft zu sein.

Freilich müßte ein Welt-Umweltbewußtsein heute noch gespalten sein, weil es die zwischen IL und EL auseinanderklaffenden, in vielem wohl auch unvereinbaren Perspektiven mit in sich aufnehmen müßte. Solange eine solche widersprüchliche Divergenz besteht, müßte sie bei gemeinsamen Nord-Süd-Aktionen wie den UAPs mitreflektiert werden, um die dominierende IL-Perspektive, die auch von EL-Eliten gern eingenommen wird, einzugrenzen.

Besorgt konstatiert die FAZ die "Gefahr...der schon heute spürbaren Überforderung...der Weltbank mit immer neuen Aufträgen". Selber nicht besonders gut orientiert, überfordert diese dann ihre orientierungsschwachen "Nehmerländer". Das Thema "Entwicklung und Umwelt" ist an Umfang, Gewicht und Komplexität kaum zu übertreffen, und die Frage drängt sich auf, ob die z.B. in Benin aufgebauten Kapazitäten ausreichen, es auch nur halbwegs adäquat zu bewältigen. Dabei gilt der dort entstehende UAP noch als einer der besten.

Erschwerte Arbeitsbedingungen

Die Arbeitsbedingungen in den meisten EL erschweren die Erarbeitung neuen Wissens. Die Versuchung ist groß, sich in vertrauter Umweltrhetorik zu ergehen und diese, in Schriftform, zu einem UAP zu kompilieren, wie überhaupt die Gefahr leerer Rituale, aufgeführt zum Gefallen und zur Beruhigung einer irgendwo vermuteten kritischen Weltöffentlichkeit, das Ganze begleitet.

Seit 1991 hat Burkina Faso einen UAP. Aber es ist schwierig, in der Bevölkerung und auch in regionalen Landwirtschaftsbehörden jemanden zu treffen, der von seiner Existenz weiß. Das umfangreiche Dokument wiederum verliert kein Wort darüber, daß eine der wenigen verbliebenen agrarökologischen Gunstzonen des Landes einem doppelten Druck und damit der Gefahr einer Übernutzung ausgesetzt ist: durch eine von der Baumwollindustrie geförderte Traktorisierung und durch ungesteuerte Binnenmigration.

Die vielerorts entstehenden Umweltministerien neigen, wie jede Bürokratie, zur Selbstgenügsamkeit. Der florierende Umwelttourismus zwischen Konferenzstätten verstärkt die eher noch. Auch haben die immer zahlreicheren Umweltorganisationen immer mehr damit zu tun, sich untereinander zu koordinieren ("Koordination" ist, nach Sensibilisierung, das zweite Lieblingswort der Szene), sich zu "vernetzen".

Das globale, alle - ohne Ausnahme - betreffende Thema ist da, ungeachtet aller UAPs. Über seiner Bearbeitung angemessene, symmetrische Kommunikationsstrukturen verfügt die Weltöffentlichkeit nicht. Keiner kann auch nur Ansätze für Lösungen andeuten, denn die dürften nicht nur ökologisch oder nur sozial oder nur wirtschaftlich oder nur kulturell, sondern müßten alles zugleich - "integriert" - sein: die Menschen müßten ihre Wohlstands- und sonstigen Selbstverwirklichungsambitionen umsetzen, ohne ihre (Um-)Welt zu überfordern, und sie müßten ihre Köpfe und Bäuche sozusagen dauernd mit dieser rückkoppeln. Für arme Länder hieße das: Umweltschutz und Armutsbekämpfung müssen zusammengehen. Und für reiche?

Volker Janssen



Umbruch in Zentralasien

Egon Erwin Kisch flog 1930 mit einem einmotorigen Grashüpfer drei Tage von Moskau nach Taschkent. Er landete auf freiem Feld, mußte noch die Benzinfässer selbst rollen und war doch begeistert. Der Schatten des Flugzeugs fiel auf Fabrikhallen und Kolchosen: "Wir fliegen über den Fünfjahresplan". Der "Rasende" mit einer Stundengeschwindigkeit von 150 km im Modernisierungsrausch. Angekommen rief er euphorisch aus: "Jahrhunderte sind übersprungen. Ohne den Kapitalismus, die Ausbeutung durch die Maschinerie kennengelernt zu haben, kommt das Land aus dem Joch des mittelalterlichen Feudalismus geradewegs in die Zeit des sozialistischen Aufbaus, aus der Naturalwirtschaft in die Kollektivwirtschaft".

Dreißig Jahre später begab sich der Schriftsteller Hans Werner Richter auf die Spuren von Kisch. Bei einigen Dingen beschlichen ihn Zweifel. So wurde zwar die Frauenbefreiung an Jahrestagen offiziell gefeiert. Bei den vielen Essen mit Wodka, zu denen Richter eingeladen wurde, waren sie allerdings nicht zugegen. Aber auch er pries eine "Generation, geprägt von der technischen Revolution Europas (...). Von den eselreitenden, koranbetenden, vielweibertreibenden und mohammedgläubigen Vätern ist diese Generation so weit entfernt wie wir von den Bauern des Dreißigjährigen Krieges".

Heute bemerkt der französische Autor Alain Minc, vor dem Hintergrund des wiederaufflammenden Nationalismus: "Die Geschichte hat uns wieder bei der Gurgel gepackt." In den Tageszeitungen lesen wir immer neue Öko-Schocker über das Verschwinden des Aral-Sees oder über Kasachstan, das 'Atomklo' der ehemaligen Sowjetunion. Es scheint nichts zu geben, was eine Euphorie à la Kisch rechtfertigen würde.

Aber Vorsicht! Zu leicht gehen wir den Greuelgeschichten, die altbekannte Kolonialbilder transportieren, auf den Leim. Nach dem Motto: "Am Pamir, dort, wo Asien am wildesten ist, schießen Partisanenbanden..." (Siegfried Kogelfranz im Spiegel 3/1993). Oder klassisch: "Denn Ost ist Ost und West ist West, nie können die beiden zusammenkommen" (Rudyard Kipling). So wie es vor sechzig Jahren falsch war zu behaupten, Marx ersetzte Mohammed, ist es heute schlicht verzerrend zu schwadronieren, Mohammed ersetzte Marx.

Es gilt genauer hinzusehen und zu fragen, wo heute die Bruchlinien gesellschaftlicher Prozesse in den neuen Staaten verlaufen.

Reinhart Kößler zeigt die historischen Gründe für die nationalen Mobilisierungsprozesse auf, die sich so noch vor wenigen Jahren kaum jemand vorstellen konnte. Dabei begleitete die Problematik der "Nationalitäten" die Sowjetunion von Anfang an.

Daran anschließend schärft uns Erhard Stölting den Blick für die aktuellen Nationalitätenkonflikte. Immer stärker werdende Koalitionen, die unter populistischen und nationalen Vorzeichen antikommunistische und postbolschewistische Fraktionen zusammenschweißen, haben bei uns Verwirrung und Ratlosigkeit gestiftet.

Der ökonomische Transformationsprozeß von einer geplanten Kommandowirtschaft hin zu einer befohlenen Marktwirtschaft ist für die Masse der Bevölkerung ein ökonomischer Crash-Kurs. Nur wenige Krisengewinnler profitieren von dem neu entstehenden Handelskapitalismus, dessen produktive, industriellen Kerne zusammenschmelzen. In diesem Zusammenhang wird von verschiedenster Seite ein zweiter Marshallplan gefordert. Kurt Hübner bewertet die Realisierungsmöglichkeiten solcher Vorschläge.

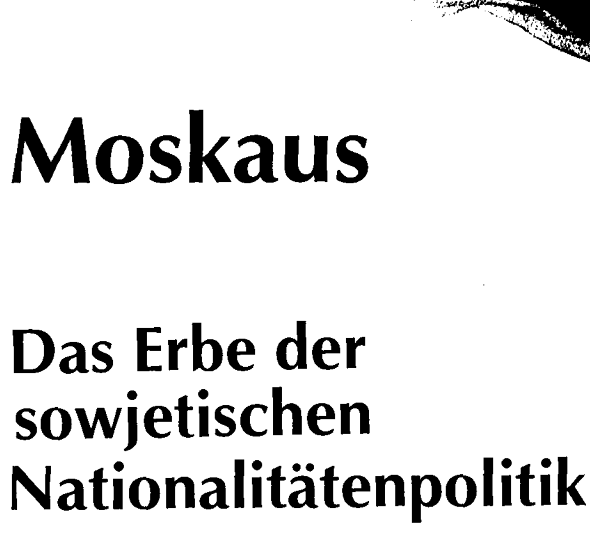
Usbekistan ist ein Land, dessen Hauptstadt Taschkent wir zunächst auf der Landkarte suchen mußten. Petra Becker stellt einen Staat vor, dessen Misere mit einem Wort zusammengefaßt werden kann: Baumwolle. Das "weiße Gold" entwickelte sich im ökologischen, politischen und ökonomischen Bereich zum Fluch für eine ganze Gesellschaft.

Dagegen bezieht Gundula Bahro eine vorsichtig optimistische Position, was die Entwicklung Kasachstans - unser zweites Länderbeispiel - angeht. Trotz oder gerade wegen einer beispiellosen ökologischen Verwüstung gab es schon Mitte der achtziger Jahre Bürgerkomitees, die die herrschende Politik öffentlich angingen. Die bekannteste ist die internationale Organisation 'Nevada-Semipalatinsk', die erreichte, daß die Atomtests in Kasachstan eingestellt wurden. Lernfähige Kader des Staatsapparats übernahmen Teile der Forderungen und können beim Wettlauf um die Integration in den Weltmarkt, neben den riesigen Rohstoffpotentialen, auch öko-technokratisches Wissen, in die Schale werfen.

Wie auf der ganzen Welt muß auch in den zentralasiatischen Staaten die Geschichte der Frauen erst noch geschrieben werden. Brigitte Heuer bewertet die bolschewistische Frauenpolitik, die Ende der zwanziger Jahre mit den Entschleierungsaktionen ihren spektakulären Höhepunkt fand, neu, indem sie Propaganda und Lebensrealitäten unterscheidet. Sie gibt uns zudem einen ersten Einblick in die heutige bittere Wirklichkeit zentralasiatischer Frauen.

Türkische Nationalisten in Ankara und extreme Islamisten in Teheran träumen von neuen Großreichen, die den südlichen Teil der ehemaligen Sowjetunion mit einschließen. Rainer Freitag-Wirminghaus hält aber nichts von vordergündiger, tagespolitischer Effekthascherei. Er analysiert die neu entstehenden Wirtschaftsräume und sondiert die realistischen Spielräume in Teheran und Ankara.

Die Redaktion





Moskaus Kolonialismus

Das Erbe der sowjetischen Nationalitätenpolitik

Der Zusammenbruch des sowjetischen Systems hat unter anderem zwei wichtige Konsequenzen gehabt: Die zuvor bereits virulente Produktions- und Versorgungskrise, die ein Moment der Systemkrise gewesen war, verschärfte sich noch durch die Folgen der eingeleiteten gesellschaftlichen Transformationsprozesse. Zugleich erleben wir im gesamten Bereich der zusammengebrochenen Gesellschaften sowjetischen Typs nationale Mobilisierungsprozesse von einem Ausmaß, wie sie vor wenigen Jahren wohl schwerlich vorstellbar schienen. Dabei hat die Problematik der "Nationalitäten" die Sowjetunion während des gesamten Zeitraums ihrer Existenz begleitet.

Der Machtantritt der Bolschewiki im Oktober 1917 war zunächst einmal das Ergebnis von politischen und sozialen Prozessen innerhalb der städtischen Arbeiterschaft Rußlands und der zu großen Teilen aus bäuerlichen Schichten rekrutierten Armee gewesen. Die Oktoberrevolution stand zudem vor dem Hintergrund einer tiefen Krise, in die der Ausbruch des Ersten Weltkriegs die damaligen sozialdemokratischen Parteien gestürzt hatte. Es ging um Frieden, Land und Brot im Russischen Imperium. Zugleich war aber mit der Etablierung der Sowjetmacht auch das sprichwörtliche zaristische "Völkergefängnis" aufgebrochen worden - mit sehr unterschiedlichen Konsequenzen.

Koloniale Expansion

Das "Erbe" des Zarismus war äußerst vielgestaltig: Im Westen hatte Rußland in einer jahrhundertelangen Expansionsbewegung Gebiete erobert, die in industriell-kapitalistischer Hinsicht weiter fortgeschritten waren als das Kernland, und deren Bevölkerung zunehmend eine eigene nationale Identität ausgebildet hatte. Das galt neben Polen, dem Baltikum und Finnland besonders für die Ukraine. In Polen hatte sich über mehr als hundert Jahre hinweg eine nationale Bewegung entwickelt. Im Osten war es, beginnend mit dem Ausgreifen des Reiches in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in das Wolgagebiet und später mit der Expansion nach Sibirien, zur Unterwerfung einer Vielzahl sehr unterschiedlicher Völker gekommen. Beginnend mit den Chanaten von Kazan und Astrachan als Nachfolgestaaten der Goldenen Horde bis zu den kleinen vorstaatlichen Gesellschaften der Polarzone. Seit dem 18. Jahrhundert war eine gezielte Expansion nach Süden erfolgt, in das ehemalige Khanat der Krim und in den Kaukasus. Schließlich hatte sich das Zarenreich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts am Wettlauf der europäischen Mächte nach Kolonien beteiligt. War es in Ostasien, in der Mandschurei und in Korea, am Widerstand Japans gescheitert, so gelang die Okkupation der zentralasiatischen Steppengebiete bis zum Altai und Pamir mit alten orientalischen Metropolen und kulturellen Zentren wie Chiva, Buchara oder Samarkand.

Zentralasien wurde in klassischer Kolonialmanier als Rohstoffbasis für die russische Baumwollindustrie, teilweise aber auch als Siedlungsgebiet benutzt. Die Modalitäten waren gekennzeichnet durch die relative Rückständigkeit des russischen Kapitalismus, der unter dem restriktiven politischen Regime im Rahmen einer Strategie nachholender Entwicklung und gleichzeitiger Sicherung überkommener Privilegien entstanden war. Als folgenreich sollte sich der Umstand erweisen, daß die Kolonien des Zarismus anders als die westeuropäischen Kolonialimperien keine überseeischen Gebiete eroberten, sondern auf dem Landweg unmittelbar mit dem "Mutterland" verbunden waren.

Die politische Bedeutung und Artikulationsfähigkeit der einzelnen Nationalitäten war zum Zeitpunkt der Revolution sehr unterschiedlich. In einigen Fällen waren mit der Loslösung von Rußland klare politische Optionen verbunden. Das galt vor allem für Polen, aber auch für die baltischen Länder und für Finnland, wo revolutionäre Anläufe blutig niedergeschlagen wurden. In Georgien konstituierte sich ein Großteil der Führungsspitze des Menschewiki-Flügels der alten russischen Sozialdemokratie als nationale Partei. In der Ukraine wechselten

sich im Verlauf des russischen Bürgerkrieges je nach den aktuellen Wendungen rechte und linke Regierungen ab, die mehr oder weniger von den Truppen abhängig waren, die gerade das Land besetzt hielten. Daneben entwickelte sich in der Süd-Ukraine mit der Machno-Bewegung eine anarchistische Bauernguerilla. Auch für die islamischen Völker des ehemaligen Zarenreichs an der Wolga, im Kaukasus und in Zentralasien schien sich nun eine Möglichkeit zu bieten, Jahrhunderte russischer Vorherrschaft zu beenden.

Die staatliche Reorganisation unter sowjetischer Ägide

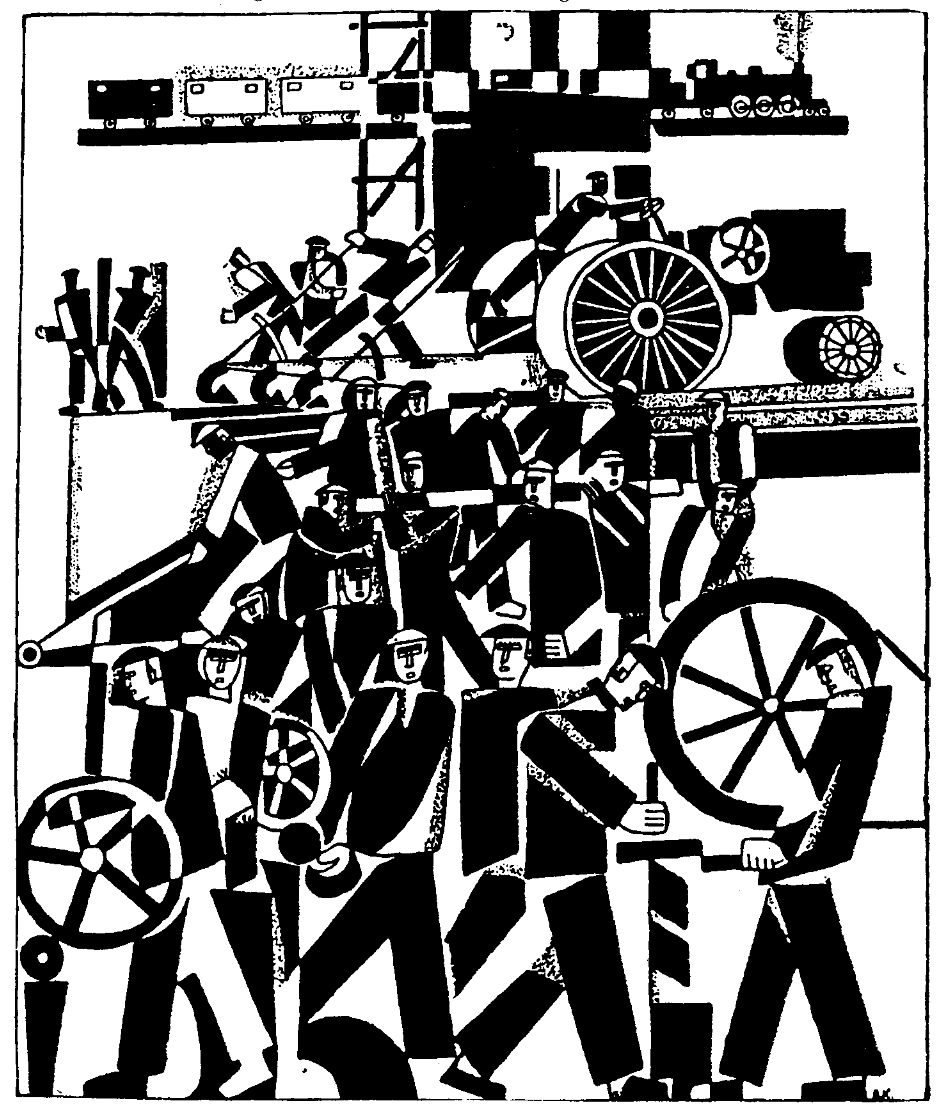
Drei Jahre nach dem Ende des Russischen Bürgerkrieges waren die meisten Bestandteile des ehemaligen Zarenreiches bis auf Polen, die baltischen Staaten und Finnland unter dem Dach der Sowjetunion wieder vereint. In einigen Fällen, vor allem Georgien, als Folge militärischer Eroberung, in anderen aufgrund einer Verbindung zwischen dem Vormarsch der Roten Armee und autochthonen Sozialbewegungen. Dies bedeutete eine tiefgreifende Reorganisation nicht nur im inneren staatlichen Aufbau, sondern vor allem auch im Hinblick auf die Rechte, die den einzelnen Nationen formal zugestanden wurden. Die hegemoniale Stellung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) gegenüber den drei anderen Gründungsmitgliedern der UdSSR - der Ukraine, Weißrußlands und der Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (ZSFSR) - stand sicher nie in Frage. Vor allem befand sich die Rote Armee unter der Kontrolle der russischen Sowjetregierung. Dennoch kam mit der Gründung der UdSSR eine tiefgehende Umgestaltung auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreiches auch in staatsrechtlicher Hinsicht zu einem ersten Abschluß.

An die Stelle des Einheitsstaates der Zaren mit seinem Netz von Gouvernements und Generalgouvernements traten nun abgestufte Formen der Eigenstaatlichkeit und Autonomie: Neben den Unionsrepubliken (SSR) wurden Autonome Sowjetrepubliken (ASSR) und Autonome Gebiete (AO) gegründet, später auch als Nationale Kreise (NO) bezeichnet. So wurden die Eigenstaatlichkeit der Unionsrepubliken, ebenso wie die autonomen Rechte der Titularnationen, formal anerkannt und damit auch die Existenzberechtigung der Nationen, auf die sie sich beriefen. Das galt ebenso für die drei transkaukasischen Einzelrepubliken Georgien, Armenien und Aserbaidschan.

Der Sonderfall Georgien machte freilich von Anfang an deutlich, daß diese Anerkennung autonomer Rechte, zumal unter der Ägide des ersten Nationalitäten-Kommissars Stalin, rein formalen Charakter hatte. In Georgien hatte nur der Einmarsch der Roten Armee zur Machtübernahme der Bolschewiki geführt, und auch die georgischen Bolschewiki waren nur unter dem massiven Druck Stalins der transkaukasischen Föderation beigetreten, anstatt ihr Land als selbständigen Staat in die geplante Union zu führen.

Ein größeres oder geringeres Maß an Eigenstaatlichkeit erhielten auch unterschiedliche Nationalitäten innerhalb der RSFSR, wie die Tataren und Baschkiren, die sich auf eine lange Geschichte eigener Staatlichkeit und des Widerstands gegen die Zarenherrschaft berufen konnten. Aber auch Jäger- und Sammler-Gesellschaften im nördlichen Sibirien erhielten "nationale Kreise" als unterste Form der Autonomie zugewiesen.

Zur RSFSR gehörte zunächst auch der größte Teil Zentralasiens, mit Ausnahme der früheren Chanate (feudalistische Staaten) Chiva und Buchara, die formal russische Protektorate gewesen waren und nun vorübergehend in Volksrepubliken umgewandelt wurden. Ihr Anschluß an die neue Sowjetunion leitete in Zentralasien eine neuerliche umfangreiche territoriale und staatsrechtliche Neuorganisation ein. Sie dauerte bis in die Mitte der 1930er Jahre. Innerhalb weniger Jahre wurden die zentralasiatischen Republiken Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Kirgisistan (heute Kirgystan) sowie Kasachstan neu gegeneinander abgegrenzt und aus der RSFSR ausgegliedert, um als vollwertige Unionsrepubliken in die UdSSR einzutreten; 1936 wurde die ZSFSR aufgelöst und ihre drei konstituierenden Bestandteile ebenfalls zu Unionsrepubliken erklärt. Als Ergebnis der Abgrenzung der Interessensphären zwischen der Sowjetunion und Deutschland im Hitler-Stalin-Pakt kamen 1940 die drei baltischen Staaten sowie Moldawien als Unionsrepubliken hinzu. Dieser Territorialstand wurde bei Kriegsende 1945 mit einigen zusätzlichen Gebietsgewinnen, insbesondere des heute noch zur RSFSR gehörenden Gebietes Kaliningrad und der Karpatoukraine, im großen und ganzen bestätigt. Danach kam es auch innerhalb der Sowjetunion nicht mehr zu ernsthaften Grenzverschiebungen, sieht man davon ab, daß die Krim 1957 der Ukraine zugeschlagen wurde oder daß die Stadt Invangorod samt dem rechten Uferstreifen der Narva von Estland an die RSFSR übertragen wurde.



Von einer tiefgreifenden Reorganisierung ... **Der 'mechanische Arbeitsmensch' von Krinski**



Zum Verfall einer Hegemonialmacht — Sowjetische Truppen in Baku 1990

Solche Gebietsverschiebungen haben aber heute nach der Konstituierung der ehemaligen Sowjetrepubliken als unabhängige Nationalstaaten einschneidende Folgen, wurde doch so eine starke russische Minderheit in die Ukraine hineindefiniert und andererseits die Vorkriegsgrenze Estlands zu dessen "Ungunsten" verschoben.

Die Aufgliederung Zentralasiens

Die wichtigste Folge der Neuorganisation der 1920er und 1930er Jahre bestand in der Aufteilung Turkestans. Die in Zentralasien zweifellos populäre Alternative wäre die Schaffung einer einheitlichen Unionsrepublik zwischen dem Kaspischen Meer und der chinesischen Grenze gewesen. Das schien sich zunächst insofern abzuzeichnen, als eine Turkestanische ASSR innerhalb der RSFSR konstituiert worden war. Ein noch durch Chiva und Buchara arrondiertes Turkestan hätte als Unionsrepublik eine starke regionale Machtstellung innerhalb der UdSSR beanspruchen können. Hinzu kam die auch heute wieder aktuelle pantürkische Strömung, die durch das kemalistische Reformprogramm in der Türkei zusätzlich angeregt wurde. Ein weiterer Schritt zu einem regionalen Zusammenschluß, im Rahmen der UdSSR, hätten engere Beziehungen der bis in die mittlere Wolgaregion verstreut lebenden islamischen Völker sein können. Immerhin war es noch während des Bürgerkrieges zunächst in Rußland zu Organisationen aller islamischen Völker gekommen. Auch diese Tendenz wäre durch eine einheitliche turkestanische Republik vielleicht gefördert worden.

Die Schaffung eines solchen potentiell konkurrierenden Machtzentrums widersprach dem Kalkül der Moskauer Zentrale, die vorrangig auf zentralistische Hierarchien ausgerichtet war. Daneben widersprach sie auch dem Konstruktionsprinzip der stalinschen Nationalitätenpolitik. Diese ging aus von einer Einheit von Territorium, Wirtschaft, Sprache und Kultur, die eine Nation eigentlich ausmachen sollten. Solche einheitlichen Verhältnisse waren in Wirklichkeit auch im östlichen Europa eher die Ausnahme. In Zentralasien wurde durch das jahrtausendealte Neben- und Miteinander unterschiedlicher Sprachen und kultureller Orientierungen die Definition und territoriale Abgrenzung einzelner "Nationen" vollends zu einem höchst problematischen Unterfangen.

Die eine Möglichkeit bestand darin, daß mit der Schaffung von staatlichen Gliederungen, die sich auf eine spezifische "Nation" bezogen, das Entstehen eines bunten Gemenges von "Minderheiten" in Kauf genommen wurde. Sie gehörten zu großen Teilen der Titularnation einer anderen Unionsrepublik oder einer ASSR an, also Armenier oder Tadschiken, aber auch Russen und Ukrainer in Usbekistan oder Tschetschenen in Kasachstan. Oder sie wurden Völker ohne eigene autonome staatliche Gliederung wie etwa Koreaner, oder wie die während des Zweiten Weltkriegs aus dem westlichen Kriegsgebiet evakuierten, aber auch deportierten Völker.

Die andere Lösung hätte in der Bereinigung des bestehenden Völker-Mosaiks gelegen - eine Möglichkeit, die mindestens massive Umsiedlung und Vertreibung impliziert, allzu leicht aber Völkermord.

Die traditionelle Gemengelage der nationalen und ethnischen Gruppen geht auch aus den Grenzen der nunmehr souverän gewordenen Einzelrepubliken in Zentralasien hervor. So erstreckt sich beispielsweise Tadschikistan quer über drei Tälersysteme mit hohen Bergzügen dazwischen, und die wichtigsten Verkehrswege zwischen ihnen führen über usbekisches Gebiet. Das Fergana-Tal, eine wichtige alte Kulturregion, ist zwischen Usbekistan, Tadschikistan und Kirgystan aufgeteilt, wobei die Grenzen mehrmals quer durch das Tal verlaufen. Vom usbekischen Teil führt nur eine Straße wiederum über hohe Berge zur Hauptstadt Taschkent, während das Tal im weiteren Verlauf Tadschikistan zugeschlagen wurde und erst noch weiter flußabwärts wieder zu Usbekistan gehört.

Solche territorialen Abgrenzungen zeigen klar, daß eines mit Sicherheit nicht intendiert war: die tatsächliche Unabhängigkeit dieser Republiken, wie sie nun eher durch den Kollaps des Moskauer Zentrums denn durch die eigenen Aktivitäten der zentralasiatischen Völker eingetreten ist. Es ging vielmehr um eine ihrem Wesenskern nach administrative, auf das allmächtige Moskauer Zentrum hin ausgerichtete Gliederung, die regionale Kommunikation oder gar Aktion unter Umgehung dieses Zentrums nach Möglichkeit verhindern sollte.

Sprache als Machtmittel

Die territoriale Abgrenzung war aber gleichbedeutend mit einer wichtigen Entscheidung: Sie führte dazu, daß nicht die gemeinsamen Elemente in der Kultur und Tradition der zentralasiatischen Völker betont wurden, sondern ihre Unterschiede. Das wurde akzentuiert durch die Sprachpolitik, insbesondere durch den zweimaligen Wechsel der Schrift, den diese Region innerhalb von anderthalb Jahrzehnten durchgemacht hat. Die überragende Bedeutung des Russischen als Sprache der Moskauer Zentrale führte dazu, daß die Sprache der hegemonialen Nation in der Sowjetunion auch in Zentralasien zunehmend zur Verkehrssprache wurde, etwa zwischen persischsprachigen Tadschiken und den turksprachigen Völkern. Ältere Formen der Kommunikation wurden zurückgedrängt.

Die Ablösung der arabischen durch die lateinische Schrift in den zwanziger Jahren wurde als Schritt zur Rationalisierung und leichteren Erlernbarkeit sowie als Akt der Öffnung zum Westen verstanden; hinzu kam der etwa gleichzeitige Übergang zur lateinischen Schrift in der Türkei. Dagegen

signalisierte der Übergang zur kyrillischen Schrift in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre die strikte Ausrichtung am russischsprachigen Zentrum Moskau. Dort waren inzwischen im Rahmen des Sowjetpatriotismus die großrussischen Traditionen neu belebt worden, und die großrussische Hegemonie in Politik und Kultur wurde nun auch durch die offizielle Ideologie sanktioniert. Zugleich bewirkte der Übergang zur kyrillischen Schrift eine Abschottung gegenüber der Türkei. Das wird dadurch unterstrichen, daß für das Armenische und Georgische, wo entsprechende Beziehungen undenkbar gewesen wären, die alten Schriften beibehalten wurden.

Kontinuität des kolonialen Verhältnisses

Die Neueinteilung der Unionsrepubliken und erst recht der nachgeordneten Autonomien zielte nicht auf eigenstaatliche Lebensfähigkeit, sondern diente der Ausrichtung auf die Moskauer Zentrale. Sie alle wurden in eine rigide regionale Arbeitsteilung einbezogen, die eine Entwicklung regional kohärenter wirtschaftlicher Strukturen nicht zuließ. So wurde Zentralasien als Baumwollbasis der UdSSR noch weiter ausgebaut und seine koloniale Stellung letztlich reproduziert.

Ansätze zu einer regional orientierten Entwicklungsstrategie wurden in den dreißiger Jahren als Abweichung verfolgt. Ebenfalls auf eine Reproduktion des alten kolonialen Verhältnisses lief die Fortführung der Teilung in weitgehend lokal bestimmte ländliche Gebiete und stärker russisch bestimmte Städte hinaus. Nicht umsonst war die Sowjetmacht 1917 in Taschkent von russischen Eisenbahnern ausgerufen und über den gesamten Bürgerkrieg verteidigt worden.

Die sowjetische Nationalitätenpolitik folgte der Form nach den Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, für das Lenin sich einmal so vehement unter anderem gegen Rosa Luxemburg eingesetzt hatte. Hinter der Fassade der einmal etablierten staatlichen Institutionen kam es jedoch zu Phasen einer rigorosen Russifizierungspolitik. Sie geht einmal auf das Interesse der Zentrale an Vereinheitlichung des Territoriums und der Kommunikationsmedien zurück. Zugleich verband sich seit den 1930er Jahren mit dem damals zuerst propagierten "Sowjetpatriotismus" immer wieder der Rückbezug auf die russische Geschichte und der Verweis auf die führende Rolle der russischen Nation innerhalb der sowjetischen "Völkerfamilie" (vgl. den nachfolgenden Beitrag von Erhard Stölting).

In der Nach-Stalin-Ära konnten sich die Nationalitäten mit eigenständiger Staatlichkeit, also die SSR und ASSR relativ gut behaupten, denn sie hatten formale staatliche Strukturen mit eigenen Regierungen, aber auch eigene Wissenschaftsakademien mit einem relativ differenzierten Bildungssystem. Die nachgeordneten Autonomiestufen und erst recht die im Staatsaufbau formell nicht berücksichtigten Nationalitäten sahen sich zunehmend der Absorption vor allem in die slawischen Völker (Russen, Ukrainer) ausgesetzt.

Wenn wir nach den praktischen Auswirkungen der sowjetischen Nationalitätenpolitik und der aus ihr resultierenden staatlichen Strukturen fragen, so zeigt sich, daß die ererbten kolonialen Verhältnisse zwischen den einzelnen Regionen während der sowjetischen Epoche nicht überwunden, sondern teilweise noch akzentuiert wurden. Diese Perspektive ist auch zu betonen gegenüber den Schwerpunkten des öffentlichen Interesses in Deutschland, das sich kaum zufällig auf die ehemaligen westlichen Randgebiete der Sowjetunion und auf die christlichen Nationen des Kaukasus, Georgien und Armenien konzentriert. Die Kolonien des Zarismus lagen aber in Zentralasien und in Sibirien, die Kolonisierten waren großenteils Moslems, und hier wurden in sowjetischer Zeit wesentliche Aspekte des kolonialen Verhältnisses reproduziert.

Die Indikatoren der offiziellen sowjetischen Statistik für Wirtschaftswachstum ebenso wie die Versorgung mit kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Diensten und Einrichtungen zeigen, daß das Gefälle zwischen den zentralasiatischen und den westlichen, aber auch den kaukasischen Sowjetrepubliken nach dem zweiten Weltkrieg deutlich zunahm. Konnten die baltischen Republiken hier unionsweit Spitzenplätze erringen und konnte etwa Moldawien von niedrigem Niveau aufschließen, so fielen die zentralasiatischen Republiken insgesamt zurück, ungeachtet erheblicher offiziell ausgewiesener Transferleistungen zugunsten von Zentralasien.

Die Risiken nationalistischer Politik nach dem Ende der UdSSR

Dieser Umstand unterstreicht zugleich, daß nationale Mobilisierung nicht unbedingt parallel mit der Entwicklung besonders krasser Notlagen verlaufen muß. In Zentralasien gab es keine konsistenten nationalen Bewegungen wie im Baltikum, eher Ausbrüche wie die Studentenproteste in Alma-Ata 1987 oder das Pogrom gegen die Mescheten in Usbekistan im Frühsommer 1989. Regungen eines tadschikischen Nationalismus, der sich auf die Bedeutung der heute in Usbekistan liegenden, alten kulturellen Zentren für die große persischsprachige Literatur und Kultur beruft, scheinen erst nach dem Zusammenbruch der UdSSR artikuliert worden zu sein.

Das heißt nicht, daß regionalistische und nationalistische Strömungen völlig gefehlt hätten. Der Afghanistan-Krieg hat noch zur Zeit der Sowjetunion Wesentliches zu Einbrüchen des islamischen Fundamentalismus und damit zur Destabilisierung beigetragen. Die Studentenproteste von Alma-Ata waren ausgelöst worden durch die Ungeschicklichkeit Gorbatschows, in Kasachstan als der einzigen Unionsrepublik, in der nicht die Titularnation, sondern die Russen die relativ größte Bevölkerungsgruppe stellten, den korrupten, aber kasachischen Staatschef gegen einen Russen auszutauschen. Diese Strömungen erreichten aber nicht die Konsistenz der Volksfronten und der an sie anschließenden Bewegungen, die sich im Zuge der Demokratisierung in den westlichen Republiken entwickelten. Nicht umsonst ist es gerade in den zentralasiatischen Republiken zu den geringfügigsten Austauschprozessen in den politischen Führungsequipen gekommen. Noch beziehen sich diese Gruppierungen auf die aus sowjetischer Zeit vorgegebenen territorialen Grenzen und bemühen sich um eine Zusammenarbeit im Rahmen der GUS. Das mit dem Ausscheren der Ukraine in greifbare Nähe gerückte Scheitern dieses Gebildes könnte aber auch latente Konflikte zwischen den übrigen, allein kaum lebensfähigen Republiken verschärfen.

Schließlich befinden sich eine Reihe nationaler Konflikte innerhalb der Russischen Föderation nach wie vor in der Schwebe. Das gilt für die Tschetschenisch-Inguschische Republik ebenso wie für Tatarstan oder Baschkirien. Auch hier wurden die alten, aus der Sowjetzeit stammenden territorialen Abgrenzungen bisher nicht angetastet, es wurde aber der Anspruch auf volle Souveränität erhoben, der im Fall der Tataren und Baschkiren eine Forderung aus der Zeit nach der Oktoberrevolution wiederaufnimmt. Sollten sich diese Bestrebungen durchsetzen, würde die Krise, in der sich die Russische Föderation befindet, durch die akute Gefahr des territorialen Auseinanderbrechens entlang des Ural verschärft werden.

Die weitere Auflösung und Zersplitterung des Territoriums der ehemaligen UdSSR sowie die Versuche zu seiner Neuorganisation nach "nationalen" Gesichtspunkten eignen sich wenig als Schauspiel für interessierte Zuschauer, die sich für die Neu- und Selbst-Konstituierung immer neuer Völkerschaften begeistern. Diese Prozesse enthalten schon angesichts der militärischen und auch nuklearen Potentiale, die den möglichen Konfliktparteien zur Verfügung stehen, völlig unwägbare Gefahrenmomente. In gewisser Weise stellen sie ebenso wie die heutigen Ansatzpunkte nationalistischer Mobilisierung in den aus der Sowjetzeit vorgegebenen Grenzen (oder gegen sie) ein hochbrisantes Erbe des stalinistischen Systems dar.

Reinhart Kößler

Der Weg in den Wahn

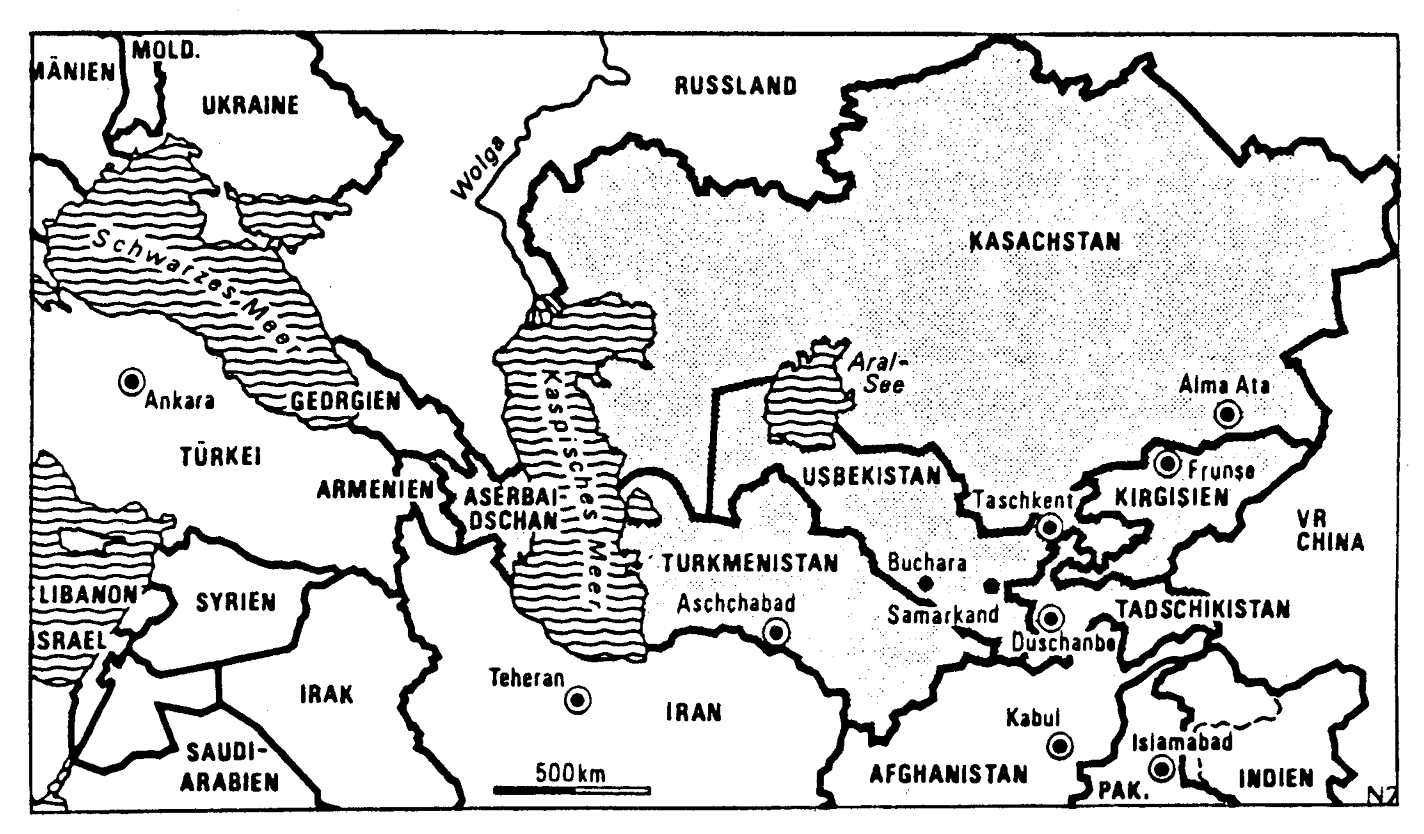
Nationalistische Denk- und Handlungsformen in der ehemaligen Sowjetunion

Die Erosion der Sowjetunion wurde durch eine Renaissance von Nationalbewegungen begleitet, deren politischen Ausformungen wir verständnislos gegenüberstehen. Unsere Augen, in der Blockkonfrontation auf schwarz-weiß getrimmt, können die Übergangsgesellschaften und ihre gewaltigen Metamorphosen kaum wahrnehmen. Offensichtlich ist nur, daß nationalchauvinistische Strömungen an Bedeutung gewinnen und die daraus ideologisch erzeugte Identität für viele Menschen zum letzten Strohhalm geworden ist. Erhard Stölting (zur Zeit Soziologe an der Universität in Berkeley, California) schaut für uns genauer hin.



Es war seit Jahrzehnten üblich zwischen einem guten und einem schlechten Nationalismus zu unterscheiden, zwischen einem befreienden, antikolonialistischen und einem imperialistischen, oppressiven. Die Identifikation mit den nationalen Befreiungskämpfen übertrug sich allerdings selten auf die Völker im sozialistischen Teil Europas, als ob die Situation der Usbeken nicht kolonial gewesen wäre oder als ob der Freiheitsdurst der Balten weniger wert wäre als der der Panamesen. Die Spiegelbildlichkeit trübte die Wahrnehmung. Wer im Westen oppositionell zum System stand, erschien im Osten als Kollaborateur der Unterdrücker, westliche Linke betrachteten östliche Regimegegner als Kumpanen des Kapitalismus.

Gesiegt hat der Westen. Sieht man jedoch von den militanten Rechtsextremisten und von ihren intellektuellen Repräsentanten ab, so hat dieser Sieg im Westen eher Verwirrung gestiftet. Die Massaker in Transkaukasien oder im ehemaligen Jugoslawien scheinen Vorboten anderer zu sein. Ob vergewaltigende und mordende Jünglinge oder mit abgeschnittenen Köpfen Fußball spielende Philosophieprofessoren – was erschreckt ist weniger, daß es überhaupt passiert, als daß es in einer Region



"Die Ehe von Demokratie und nationaler Freiheit entpuppte sich meist rasch schon als Mesalliance."

geschieht, die eben noch nach Freiheit dürstete.

Der nationale Begriffstyp

Überall in Osteuropa sind die Greuel in einen vertrauten nationalistischen Diskurs eingebettet, in dem es um Freiheit, Würde, Recht und Wahrheit geht. Die bestimmende Denkfigur ist die des mitteleuropäischen Nationalismus: Ein freies Volk ist ihm zufolge weniger eines, dessen Menschen unveräußerliche Rechte haben, sondern primär eines, das als Ganzes frei von äußerer Fremdherrschaft ist. Dieser potentielle Gegensatz von individueller und kollektiver Freiheit durchzieht die Diskurse der gesamten europäischen und außereuropäischen Revolutionsgeschichte seit 1789.

Auf der rhetorischen Ebene wurde dieser Gegensatz immer wieder in zwei Strategien aufgelöst. Entweder wurde die kollektive Freiheit als Bedingung der Möglichkeit - und daher als die Wirklichkeit - individueller Freiheit ausgegeben: Die Individuen können nicht frei sein, wo das Volk es nicht ist; sie sind frei, wenn das Volk frei ist, da sie ihr Wesen in ihm haben. Oder die nicht zu verbergende Unfreiheit wurde als Realisierung einer kulturellen Besonderheit ausgegeben und damit als Ausdruck von nationaler Freiheit. Die Diktatur erschien damit als Ausdruck des charakteristischen Volkswillens.

Bei fast allen Nationalbewegungen der ehemaligen Sowjetunion taucht diese begriffliche Konstellation wieder auf. Die sich seit dem Amtsantritt Gorbatschows im Jahr 1985 zunächst vorsichtig artikulierenden, sich dann radikalisierenden und schließlich erfolgreichen Nationalbewegungen wollten zunächst die Realisierung der bürgerlichen Freiheiten und der Menschenrechte einerseits, die Wiederherstellung der nationalen Würde, der wahren Geschichte und schließlich der wirklichen Freiheit andererseits. Beides wurde zunächst miteinander identifiziert. Das entsprach der europäischen Tradition.[1] Die Durchsetzung der Nationalstaaten sollte den vertrauensvollen Frieden ermöglichen. Denn jede Nation wollte ja nur das, was ihr rechtmäßig zukam.

Die Ehe von Demokratie und nationaler Freiheit entpuppte sich meist rasch schon als Mesalliance. Nach dem Sieg über die regierenden Kommunisten zeigte sich nicht selten sehr rasch, daß die Durchsetzung des Rechts mit der Herrschaft der Gerechten, die Demokratie mit der Herrschaft der Demokraten identifiziert wurde. Bereits verbale Kritik an den gerade Herrschenden wurde als Angriff auf die Demokratie und Freiheit verstanden und die altvertraute Unterscheidung zwischen bloß destruktiver Kritik und konstruktiver aufbauender Kritik erneut ins Spiel gebracht.

Definition von Territorium

Zu der in Mittel- und Osteuropa vorherrschenden romantischen Denkform gehörte es, die unverwechselbare individuelle Besonderheit jedes einzelnen Volkes zu behaupten.[2] Tatsächlich sind die Völker unverwechselbar in Geschichte und Kultur. Aber hinter den Beschreibungen der jeweils individuellen Besonderheit steckt doch eine Darstellungsform, die in allen Regionen Osteuropas wirkte, vom Balkan bis zum Rhein, von der Elbe bis zum Baikal. Zunächst definieren alle Nationalismen dieser Region das 'Volk' quasi-religiös.[3] Kultur und historische Menschen werden darüber hinaus als Ausdruck einer kollektiven Persönlichkeit dargestellt.[4] Das prägt nicht nur den Umgang mit der Geschichte, es ermöglicht auch die Übertragung von Kategorien des Bürgerlichen Rechts auf die - nun als juristische Person denkbare - Nation: Als solche hat sie exklusiven Anspruch auf 'ihr' Territorium. Damit ist erstens das Gebiet gemeint, das der Nation bereits jetzt gehört. Wie dieser Besitz zustande gekommen ist, bedarf keiner Rechtfertigung. Der Verlust würde die Integrität und damit das Leben der Nation gefährden. Die Krim ist entsprechend heilige ukrainische Erde, obwohl sie der Ukrainischen Sowjetrepublik erst in den fünfziger Jahren aus dem Bestand der Russischen Republik 'geschenkt' wurde. Die Kurilen sind heilige russische Erde, obwohl sie erst nach dem Zweiten Weltkrieg von Japan abgezwackt wurden.[5] Die Fälle lassen sich beliebig vermehren.

Neben dem aktuellen Bestand gehören zur heiligen nationalen Erde zweitens auch jene Gebiete der Nachbarstaaten, in denen Angehörige des eigenen Volkes mehrheitlich oder in großer Zahl leben oder einst rechtmäßig lebten. Die Krim ist daher heilige russische oder heilige tatarische Erde. Die Kurilen sind selbstverständlich nicht aufgeb-

barer Teil Japans. Schließlich besteht drittens ein legitimer Anspruch auf jene Gebiete, die einst der Nation in der Zeit ihrer größten Machtentfaltung gehört hatten. Die Armenier haben eigentlich einen Anspruch auf Kilikien, die Georgier auf ganz Transkaukasien, die Rumänen auf Odessa, die Polen auf Vilnius und Lwiw, die Mähren auf Budapest und die Serben auf Kosovo.

Angesichts der bunten Vielfalt der nationalen und historischen Landkarte Mittel- und Osteuropas würde ein ernsthaftes Bestehen auf diesen Ansprüchen Krieg bedeuten. Sein Ausbruch kann nur verhindert werden, wenn 'gemäßigte' Politiker im Interesse einer friedlichen Nachbarschaft auf die Durchsetzung der nationalen Rechte verzichten. Auf jeden Fall werden sie dann von den radikalen Nationalisten des Verrats bezichtigt. Die nationale Denkform selbst kennt keine inneren nicht-nationalen moralischen Hemmungen.

Die Minderheiten

Die juristische Definition des territorialen nationalen Eigentums hat noch eine zweite Folge, die sich überall in Mittel- und Osteuropa zeigte: Das nationale Territorium gehört dem besitzenden Volk exklusiv. Andere können auf diesem Territorium vielleicht toleriert werden. Das aber setzt voraus, daß sie sich wie Gäste wohlverhalten. Die Toleranz wird 'gewährt', sie ist anstrengend und hat Anspruch auf Dankbarkeit. Undankbare Gäste sind ungern gesehene Gäste. Zumindest aber müssen die Mitbewohner das Eigentumsrecht der Besitzer anerkennen und sich den daraus ableitbaren Rechten fügen. Und schließlich sollen die Mitbewohner möglichst unauffällig sein. Denn wie jede Familie, ist die Nation in ihrem Haus eigentlich am liebsten allein. Am besten wäre es, die einwohnenden Minderheiten schlössen sich der Familie an und übernähmen deren Sitten und Sprache. Oder sie gehen. Die 'Ermutigung zur Emigration' ist eine Vorstufe der 'ethnischen Säuberung'.

Lästig werden die Minderheiten vor allem dann, wenn sie Rechte einfordern oder gar mit territorialer Sezession drohen. Dann scheint die Substanz der Nation in Gefahr zu sein. Am Konflikt um Nagornyj Karabach wird diese Konstellation besonders deutlich. Der Konflikt wurde mit bevölkerungsstatistischen und historischen Argumenten geführt. Einerseits hatte das Gebiet eine armenische Bevölkerungsmehrheit und war einst von armenischen Fürsten regiert worden. Es gehörte daher eigentlich zu Armenien und hatte das Recht, sich dem Mutterland anzuschließen, wie ernsthafte und seriöse armenische Historiker nachwiesen. Andererseits sei die armenische Bevölkerungsmehrheit erst unter russischer Herrschaft zustande gekommen. Historisch sei das Gebiet von Aserbaidschanern bzw. Persern beherrscht worden. Es gebe hier also kein armenisches Recht. Das war zumindest die Auffassung seriöser aserbaidschanischer Historiker. Die juristisch-historischen Argumente begleiteten und begründeten einen Prozeß, der neuerdings als 'ethnische Reinigung' bezeichnet wird. In seiner Folge gibt es in Aserbaidschan keine armenische Minderheit mehr und in Armenien keine aserbaidschanische. Nagornyj Karabach ist inzwischen homogen armenisch; nur einige Bezirke im Süden sind homogen aserbaidschanisch. Der Denktypus, der diesem Konflikten zugrunde liegt, findet sich übrigens auch in anderen potentiellen Konfliktzonen der ehemaligen Sowjetunion.

Auch dort, wo keine blutigen Konflikte ausbrechen, bleiben Minderheitenprobleme. Zu Beginn der Gorbatschow-Ära forderten die Nationalbewegungen gegen die bereits zurückweichenden sowjetischen Herrschaftsapparate neben nationalen Rechten auch Demokratie und Menschrechte. Die in den damaligen Sowjetrepubliken lebenden nationalen Minderheiten reagierten unterschiedlich. Ein Teil, vor allem die Intellektuellen, unterstützten die Unabhängigkeitsbestrebungen, weil ihnen an dem Aufbau demokratischer Gesellschaften gelegen war und sie an die Ernsthaftigkeit der Toleranzversprechen glaubten. Ein anderer Teil wollte den Fortbestand der Sowjetunion und verband sich eher mit den konservativen sowjetischen Kräften. Sie fürchteten die Situation einer halbwegs anerkannten Nation in einem russisch dominierten Vielvöl-



"Die nationale Denkform selbst kennt keine inneren nicht-nationalen moralischen Hemmungen."

Die russisch- nationalchauvinistische Pamjat-Bewegung demonstriert.



Mit wem sollen sich russische Textilarbeiterinnen identifizieren?

kerstaat mit der einer Minderheit in einem Nationalstaat einzutauschen. Gerade diese Haltung aber setzte die Minderheiten dem klassischen Verdacht aus, illoyal zu sein, mit fremden Mächten zu kollaborieren, das Recht des dominanten Volkes auf sein Territorium anzugreifen. Wohl am heftigsten wurde dieser Konflikt bislang in Georgien ausgetragen; örtlich begrenzt auftreten kann er überall. Wo er ausgebrochen war, ließ er sich kaum noch eindämmen. Denn der Verdacht machte die Minderheiten zum Objekt von Diskriminierungen und potentieller Repression. Die reagierten mit Illoyalität und riefen entsprechende Gegenreaktionen der Mehrheit hervor.

Identifizierung

Was sich dem distanzierten Beobachter als Knebelung darstellt, erscheint in der Binnenperspektive des nationalistischen Diskurses als Befreiung. Der Unterschied zwischen der Befreiung von einer nationalen Minderheit und der Befreiung von einer herrschenden auswärtigen Macht kann dabei argumentativ immer wieder durch Identifizierungen aufgehoben werden: Die Armenier identifizieren die Aserbaidschaner mit den Türken und damit mit einer entsetzlichen Vergangenheit und einer andauernden Bedrohung. Die Serben kennzeichneten die muslimischen Bosnier und die Albaner nicht nur als 'Fundamentalisten' und beschwören damit Bilder eines blutigen Fanatismus, sie setzen sie auch mit den mythischen Türken und ihrem 'Joch' gleich und können so das eigene Vorgehen als Abwehr einer tödlichen Bedrohung interpretieren.[6]

In jedem Fall stehen die Minderheiten mit einer bedrohlichen Macht in Verbindung. In Rußland sind es die Amerikaner, die Juden, die Freimaurer und der Teufel, die im Hintergrund die Fäden ziehen, in den nicht-russischen ehemaligen Sowjetrepubliken die Russen.[7] Das hat eine äußerliche Plausibilität. Einerseits gab es die russische Dominanz tatsächlich. Das Zentralkomitee, dem Lenin vorstand, war im wesentlichen ein russisches, auch wenn Stalin viele seiner Mitglieder zu 'Juden' umdefinierte. Bei aller folkloristischen Pflege der verschiedenen Nationalitäten bestand de facto nie ein Zweifel daran, daß die Sowjetunion und Rußland weitgehend zusammenzudenken waren. Zwar war die Sowjetunion formell ein freiwilliger Zusammenschluß souveräner Staaten, zwar hatte jede Sowjetrepublik einen vollständigen Staatsapparat, bis hin zu den Akademien der Wissenschaften, aber die größte Sowjetrepublik, die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR), war ein Torso, der weitgehend von den zentralen sowjetischen Institutionen mitverwaltet wurde. Der Eindruck einer weitgehenden Übereinstimmung von 'Rußland' und 'Sowjetunion' mußte sich so, trotz entgegengesetzter Beteuerungen, aufdrängen. Die strukturelle Ungleichheit hatte eine ideologische Entsprechung. Spätestens seit Stalin, bzw. den ausgehenden dreißiger Jahren, war Rußland zum väterlichen Lichtbringer aller anderen sowjetischen Nationen erklärt geworden. Der Anspruch einer prinzipiellen Überlegenheit der russischen Kultur wurde mit allen repressiven Mitteln gesichert. Im Ostblock wurden verstohlen Witze ausgetauscht.

Natürlich gehörte die Ablehnung des Nationalismus in der Sowjetunion auch weiterhin zum Katechismus des Marxismus-Leninismus. 'Nationalistisch', also reaktionär waren alle nicht-russischen nationalen Bestrebungen. Als 'patriotisch', sprich progressiv galten hingegen die russisch-nationalen Strebungen.[8]

Stalins Nationalitätenpolitik griff damit nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch nationalistische Denkformen auf: Menschen und Geschichte wurden als historische Manifestationen von individuellen Nationen verstanden. Die Nationen konnten sich die großen Leistungen ihrer Genies gutschreiben; sie konnten aber auch für Missetaten ihrer Mitglieder bestraft werden. Kollektiv deportiert wurden nach dem Zweiten Weltkrieg wegen Kollaboration mit den Deutschen alle Krimtataren, alle Tschetschenen, alle Inguschen, alle Mesketen, alle Kalmücken, alle Koreaner; Deportation bedeutete immer auch den Tod etwa eines Drittels der Deportierten. Die Sowjetdeutschen wurden deportiert, bevor sie zum Kollaborieren Gelegenheit gehabt hatten.

Die wahrnehmbare Bevorzugung alles Russischen verstärkte die Tendenz, Geschichte und Gesellschaftsstrukturen sozialen Gruppen bzw. Nationen als kollektive Schuld oder kollektiven Verdienst zuzuschreiben. Das galt nicht nur in den Fällen, wo eine bewußte Russifizierungspolitik betrieben wurde. Der Aufbau neuer Industrien etwa, der Arbeitskräfte von ferne anlockte, erschien den Nicht-Russen als Versuch einer Russifizierung; die durch die Industrialisierung verursachten Umweltzerstörungen oder die Atomkraftwerke konnten schließlich sogar als russische Versuche eines Genozids gewertet werden. Wenig überraschend, daß der Sozialismus und sein unerfreulicher Alltag in allen Aspekten den 'Russen' angekreidet wurden. Nicht nur die Mißwirtschaft, der Kommunismus überhaupt erschien als 'russisch'. Die Abkehr vom Sozialismus war ein Weg aus der Fremdherrschaft.

Russische Besonderheiten

Die russischen Nationalisten konnten diese Sicht nicht vollständig nachvollziehen. Für sie war der Kommunismus selbstverständlich keine russische, sondern eine westliche oder jüdische Erfindung. Nicht die Russen bedrückten die anderen Nationen, diese saugen die Russen aus. Rußland war Opfer der eigenen Uneigennützigkeit und fremder Undankbarkeit. Das Land bedurfte einer anderen Geschichtserzählung.

Gemeineuropäisch war noch das Muster mit seiner Abfolge von Goldenen Zeiten, von Zeiten des fremden 'Jochs', der Selbstentfremdung und der Auferstehung. In wichtigen Teilen folgte die russische Nationalbiographie zunächst dem vorgegebenen Muster: Der glanzvollen mittelalterlichen Frühzeit folgt das 'Tatarenjoch', das nach unermüdlichen blutigen Kämpfen, in denen

viele heldenhafte Befreiungskämpfer und Führer Ruhm erwarben, wieder abgeschüttelt wird.

Die Zeit der aufgeklärten modernisierenden Herrscher kann dann als erneute Selbstentfremdung oder als neue Goldene Zeit interpretiert werden. Es wurde im 19. Jahrhundert zu einem Topos des russischen Nationalismus, den wahrhaftigen und tiefen Geist des echten Rußlands mit dem rationalistischen und dekadenten Westen zu konfrontieren. Die Mission Rußlands war es seither, die Welt zu einen und zu heilen. Bei Stalin erschien der Topos erneut. Der 'verfaulende Kapitalismus' entsprach dem 'verfaulenden Westen' der Slawophilen.[9] Stalin selbst ließ sich im Film als Iwan IV. und als Alexander Newskij feiern. (Newskij verteidigte im 13. Jahrhundert die westlichen Grenzen Russlands gegen den Deutschen Orden und Schweden. Iwan IV, der Schreckliche, dehnte im 16. Jahrhundert die Grenzen nach Süden aus. Beide wurden als Modernisierer und militärische Staatenlenker des russischen Reiches glorifiziert. Die Redaktion).

Die von Stalin durchgesetzte Verschmelzung eines einfachen Geschichtsschemas mit russisch-nationalen Symbolen war mehr als eine Laune. Sie stellte die Kontinuität der Sowjetgeschichte mit der des Russischen Reiches sicher. Heute macht sie verständlich, wie es zu dem zunächst überraschenden Bündnis von Offizieren, Faschisten, Monarchisten und Stalinisten kommen konnte.

Seit dem 14. Jahrhundert hatte sich das Großfürstentum Moskau fast ununterbrochen territorial ausgedehnt. Es unterwarf sich zunächst die finnischen Stämme des heutigen Zentral- und Nordrußland und erreichte als Zarenreich gegen Ende des 19. Jahrhunderts seine größte Ausdehnung. Eine historische Grenze bildete sich dabei aber nicht. Die russische Geschichte war und blieb die Geschichte der russischen Expansion. Ständig hatte sich Rußland dabei neue Völker eingegliedert. Versuche, diese Völker zu vertreiben oder rasch zu assimilieren, blieben bis Ende des 19. Jahrhunderts vereinzelt. Wo es zu Umsiedlungen, Vertreibungen oder Assimilationsmaßnahmen kam, verfolgten sie konkrete politische Ziele der Herrschaftssicherung oder - ausdehnung; sie strebten keine ethnische Homogenität oder 'Reinheit' an.

Rußland sah sich - metaphorisch gesprochen - in der Rolle eines strengen und gütigen Völkerhirten. Das russische Volk hatte danach den anderen Völkern das Licht der wahren Kultur gebracht. In uneigennütziger Fürsorge verhalf es ihnen zur Wahrheit und zu sich selbst. Vertrauensvoll und dankbar sahen die anderen Völker zum russischen auf und begannen, sich ihm allmählich anzuähneln. Rußland, das als Drittes Rom den Anspruch auf Weltherrschaft von Konstantinopel übernommen hatte, würde irgendwann die Welt unter seinem gerechten, guten und milden Zepter einen. Dieses Weltbild hatte bis 1985 in sozialistischem Gewande offizielle Gültigkeit. Die unter Führung des russischen Volkes freundschaftlich verbundenen sowjetischen Völker würden sich einander immer mehr anähneln und schließlich zu einem einheitlichen Sowjetvolk verschmelzen. Es ist klar, daß dieses Sowjetvolk nicht tatarisch oder armenisch sprechen würde.



"Die Mission Rußlands war es seither die Welt zu einen und zu heilen." Sowjetführer Mikojan und Stalin in russischer Tradition.

Dem russischen Nationalismus erwuchs aus dem sowjetischen Zusammenbruch eine besondere Krise. Denn der Untergang der Sowjetunion mußte ihm als Untergang Rußlands selbst erscheinen; er war fast unerträglich. Es gab noch keine begrifflichen Instrumente, ihn zu bewältigen. Die Russische Föderation war kein Nationalstaat. Sie war der Rest eines Zerfalls und dann eine verwaltungstechnische Konvention gewesen und als solche wiederum keine nationalstaatliche Festlegung der Grenzen Rußlands. Eine Rückbesinnung auf 'slawische' Traditionen, wie sie u.a. von Solschenizyn vorgeschlagen wurden, blieb angesichts des ukrainischen Nationalismus ebenfalls schwierig.[10] So steckt, anders als die vielen Nationalbewegungen der ehemaligen Sowjetunion, der russische Nationalismus in einer kategorialen Krise. Ihm bleibt nur eine emphatische Abgrenzung gegen den Westen, in der sich Altstalinisten, Faschisten, Antisemiten, Monarchisten und 'Eurasier' in einer unwahrscheinlichen Koalition zusammenfinden.[11] Diese Koalition genießt Sympathien in der Armee; sie könnte Versuche organisieren, die abgespaltenen Bestandteile des Imperiums wieder zu sammeln.

Rußland wird auf absehbare Zeit multiethnisch bleiben und doch niemandem zum Modell dienen. In den übrigen Staaten gilt die Vielfalt allenfalls als lästiges Übel. Die Idee einer multikulturellen Gesellschaft, die in den reichen westlichen Industrieländern viele Hoffnungen auf eine friedliche kulturelle Dynamik bündelt und oft als Gegenentwurf zu Gefahren ethnischer und rassistischer Gewalt erscheint, hat in Osteuropa gegenwärtig noch keine Chancen, obwohl viele dieser Staaten vor einigen Jahrzehnten, einigen Jahren, einigen Wochen noch multiethnisch und multikulturell waren. Wo die gewaltsamen Konflikte ausgebrochen sind, läßt sich eine Basis des Zusammelebens kaum noch denken. Das Ende der nationalen Konflikte und damit eine Abschwächung des Nationalismus sind nicht abzusehen. Wenn Westeuropa nicht doch auch von einer nationalistischen Welle ergriffen wird, dann driften West- und Osteuropa unheilbar auseinander.

Erhard Stölting

Anmerkungen:

1) Hans Kohn, Die Idee des Nationalismus, Frankfurt a.M. 1962, S. 309 ff.

2) Theodor Schieder, Der Nationalstaat in Europa als historisches Phänomen, in: ders., Nationalismus und Nationalstaat, Göttingen 1991, S. 87-101.

3) E. Stölting, Religiousness as a Type of Thinking. Influences of Religious Thinking on Social Theory. The German Case, in: Sociologia Internationalis 23, 1985, S. 181 ff.

4) Erhard Stölting, Spuren, Schichten, Heterogenität: Die Erosion des sowjetischen Imperiums und die Renaissance der Nationalismen, in: Günther Lottes (Hg.), Region, Nation, Europa. Historische Determinanten der Neugliederung eines Kontinents, Schriftenreihe der Europa Kolloquien im Alten Reichstag Bd. 1, Heidelberg 1992, S. 255 ff.

5) Stephan Foye, The Struggle over Russia's Policy in Practice, in: RFE/RL Reasearch Report 1, No. 36, 1992, S. 34-40.

6) Ivo Banac, The National Question in Yugoslavia. Origins, History, Politics, Ithaca 1984. Zanga, Louis (1975): Jugoslawische Nationalitätenpolitik am Fall Kosovos, in: Osteuropa 25, S. 503-516.

7) Yanov, Alexander, The Russian New Right, Berkeley, CA 1978; John Dunlop, The Faces of Russian Nationalism, Princeton 1983; Igor Tobakov, The 'Statists' and the Ideology of Russian Imperial Nationalism, in: RFE/RL Research Report, 1, No. 49, 1992, S. 10-16.

8) Robert Conquest, Nationality Policy in Practice, London 1987.

9) Walicki, Andrzej, The Slavophile Controversy, Notre Dame, IN 1989, S. 121 ff.

10) Roman Sochanyk, Solzhenitsyn and the Russian 'Ukrainian Complex', in: Report on the USSR, No. 40, 1990, S. 20 ff.; Alexander Solschenizyn, Rußlands Weg aus der Krise. Ein Manifest, München 1990; Bess Brown, Kazakhs Protest against Solzhenitsyn's Proposal for 'A New Russia', in: Report on the USSR, No. 40, 1990, S. 19 f.

11) Walter Laqueur, Russian Nationalism, in: Foreign Affairs 71, no. 5, 1992/93, 103-116; Halperin, Charles J., Vernadsky, Eurasianism, the Mongols and Russia, in: Slavic Review 41, 1982, S. 477-493.

Register der Nummern 179 - 186
Jahrgang 1992

Länderregister

Afghanistan
182/3 Kabul auf dem Weg nach Beirut

Afrika
180/54 Afrika in den neunziger Jahren (Rezension)
180/55 Afrika à la Scholl-Latour (Rezension)
182/35 Demokratisierung und Rassismus im Widerstreit
182/53 Demokratie und Menschenrechte in Nordafrika (Rezension)

Algerien
181/35 Zum Niedergang des algerischen Sozialismus
181/52 Ein Amoklauf durch die algerische Geschichte (Rezension)
182/27 Putsch für die Demokratie?
183/41 Militär und Herrschaft in Algerien

Angola
186/4 Der schwere Weg Angolas zum Frieden

Bangladesch
182/32 Warum eine Sturmflut zur menschlichen Katastrophe wird
182/57 Kritik am Flood Action Plan (kurz belichtet)
184/47 Völkermord durch Entwicklung

Bolivien
184/38 Nationale und ethnische Rhetorik in Bolivien

Brasilien
185/25 Kommunalpolitik in Brasilien
186/57 Indianer und Militärs in Brasilien (kurz belichtet)

Burkina Faso
179/9 Parlamentarische Demokratie oder Militärdiktatur
179/12 Das politische Spektrum (Kasten)
179/13 Politische Herrschaft in Burkina Faso (Rezension)

Burma
184/56 Burma-Büro eröffnet (kurz belichtet)
184/56 Aids-infizierte burmesischen Prostituierten droht die Exekution (kurz belichtet)

Chile
184/49 Die Räte von Peñalolén

China
180/25 China in der europäischen Wahrnehmung
183/28 Das moderne China und die Schwerkraft der Tradition

Costa Rica
184/30 Alles Banane in Costa Rica

Dominikanische Republik
179/31 Die Alternative wäre Schuheputzen - Kellner in der Dominikanischen Republik
179/32 IWF saniert die Dominikanische Republik (Kasten)

El Salvador
180/41 Zum Friedensvertrag in El Salvador
184/18 Der Friedensprozeß in El Salvador
184/20 Es lebe die europäische Gemeinschaft

Eritrea
186/7 Eritreas politische und wirtschaftliche Chancen am Vorabend der Unabhängigkeit
186/9 Interview mit dem stellvertretenden Außenminister der Provisorischen Regierung Eritreas

Ghana
184/44 Strukturanpassung und das produzierende Kleingewerbe

Guatemala
181/43 Überlebenstraining in Guatemala
184/22 Neue Verhandlungen in Guatemala
184/25 Interview mit Comandante P. Monsanto (FAR)

Indien
179/37 Goa im 'Visit India Year'
180/18 Indiens Kolonialgeschichte - Von den portugiesischen Kolonisierungsversuchen bis zur britischen Expansion
183/56 Folter in indischen Polizeistationen an der Tagesordnung (kurz belichtet)

Indonesien
179/5 'Kapan Pulang'- Wann gehst Du nach Hause? (Osttimor)
181/39 Osttimor gibt keine Ruhe
185/8 Jakarta - eine Stadt, zwei Welten

Irak
179/3 Nach dem militärischen der ökonomische Krieg - Die Situation im selbstverwalteten irakisch Kurdistan
182/16 Über die Geburt der kurdischen Demokratie
182/17 Interview mit zwei ZK-Mitgliedern der 'Partei der Werktätigen' (Kurden)
183/9 Südkurdistan reorganisiert seine Landwirtschaft
185/29 Der Volksaufstand und das Versagen der irakischen Opposition (Irak Dossier)

Iran
184/10 Die Islamische Republik hat kein Lösungsmodell für die Kurdenfrage parat (Interview mit einem Kurden)
185/29 Der Volksaufstand und das Versagen der irakischen Opposition (Irak Dossier)
185/38 Über die Hintergründe des Mordes an Dr. Scharafkandi

Israel
179/42 Israel verstehen (Rezension)
180/52 Neues Kino in Israel
183/3 Wahlergebnis gibt Anlaß zu vorsichtigem Optimismus
185/54 Ein Gespräch mit M. Warschawski (Alternatives Informationszentrum Jerusalem)
186/22 Zur Situation der arabischen Staatsbürger Israels
186/25 Die aschkenasische Dominanz und der sephardische Pragmatismus
186/30 Die israelischen Friedenskräfte nach Rabins Wahlsieg
186/32 Das schwierige Verhältnis von Religion, religiösen Parteien und Staat
186/36 Die israelische Parteienlandschaft und die Trennlinie des religiösen Spektrums (Kasten)
186/37 Der Kampf der religiösen Parteien um das Schulwesen
186/42 Frauen in Israel
186/48 Roman zum Thema Araber in Israel (Der Peptimist)

Japan
180/29 Der Fall Japan - Nachholender Kolonialismus in Asien

Jemen
179/46 Jemens Weg in die Vereinigung

Kenia
179/54 Widerstandsliteratur oder Agit Prop?

Korea, Nord- und Süd-
179/56 Analysen zu Südkorea (Rezension)
186/17 Die Wiedervereinigungsproblematik Koreas

Kurdistan/Kurden
179/3 Nach dem militärischen der ökonomische Krieg - Die Situation im selbstverwalteten irakisch Kurdistan
181/3 Massaker in Kurdistan (Kommentar)
182/16 Über die Geburt der kurdischen Demokratie (Irak)
182/17 Interview mit zwei ZK-Mitgliedern der 'Partei der Werktätigen' (Irak)
183/9 Südkurdistan reorganisiert seine Landwirtschaft
184/10 Die Islamische Republik hat kein Lösungsmodell für die Kurdenfrage parat (Interview)
185/29 Der Volksaufstand und das Versagen der irakischen Opposition (Irak Dossier)
185/38 Über die Hintergründe des Mordes an Dr. Scharafkandi
185/39 Die kurdische Parteienlandschaft (Kasten)
185/56 Schutz für Journalisten in Türkei-Kurdistan (kurz belichtet)
186/11 Kurdistan - Spielball der türkischen Elite

Marokko
180/10 USA und EG dulden Hassans Sabotage des UNO-Friedensplans
180/15 Chronik einer Kolonialgeschichte ohne Ende

Mauretanien
182/35 Demokratisierung und Rassismus im Widerstreit
182/38 Chronologie eines Konflikts

Zentralasien
180/46 Türkei umwirbt GUS-Republiken

Namibia
181/44 Die Rössing-Uranmine

Nicaragua
184/14 Nicaragua im vierzehnten Jahr der Revolution
184/34 Indianer-'Nationalismus' in Nicaragua

Niger
186/14 Das veränderte Gesicht der Tuareg-Rebellion im Niger

Nigeria
186/49 Frauen in der islamischen Gesellschaft Nordnigerias (Interview)

Osttimor
179/5 'Kapan Pulang'- Wann gehst Du nach Hause?
181/39 Osttimor gibt keine Ruhe

Palästina
182/7 Warum wir verhandeln (Interview mit Sami al-Kilami)
182/9 Die Konferenzziele aus palästinensischer Sicht
182/12 Herausforderung Wasser
182/56 Keine Berufsausbildung für Palästinenser!? (kurz belichtet)
183/17 Nationale Befreiung und Fundamentalismus
183/45 Schreiben unter Patriarchat und Besatzung
185/54 Ein Gespräch mit M. Warschawski (Alternatives Informationszentrum Jerusalem)
186/30 Die israelischen Friedenskräfte nach Rabins Wahlsieg

Peru
179/14 Geheimdienste und Aufstandsbekämpfung
184/56 Infostelle jetzt in Hamburg (kurz belichtet)

Philippinen
181/4 Aquinos Erben sind zerstritten
181/54 Guerilla und Revolution (Rezension)

Somalia
185/3 Spendengelder verlängern den Bürgerkrieg

Südafrika
183/24 Nationalismus und Apartheid

Südostasien
181/51 Demokratie und Umwelt in Südostasien (Tagungsbericht)
185/41 Vietnam im asiatischen Wirtschaftsraum

Thailand
179/21 Wer Golf spielt, fährt nicht Auto - Sanfter Tourismus oder ökologische Katastrophe?
179/26 Massentourismus auf Phuket
183/6 Kampf um Demokratie

Türkei
179/40 'Sanfter Tourismus' in der Türkei
180/46 Türkei umwirbt GUS-Republiken
185/20 Hausfrauen produzieren für den Weltmarkt (Türkei)
185/24 Gecekondus in Istanbul
185/56 Schutz für Journalisten in Türkei-Kurdistan (kurz belichtet)
186/11 Kurdistan - Spielball der türkischen Elite

Uruguay
183/54 Der Schatz im Silberfluß (kurz belichtet)

USA
182/19 Über die sozialen Hintergründe des Bürgerkrieges (Los Angeles)
185/57 Empörung über US-Bundesgerichtsentscheidung (kurz belichtet)
186/56 USA forcieren ihr Vorgehen gegen Migranten (kurz belichtet)

Venezuela
184/41 Notizen zur Entstehung eines politischen Mythos in Venezuela

Vietnam
184/3 Was ist kapitalistischer Sozialismus?
184/7 Wie vietnamesische Hochschulen mit der chronischen Finanznot zurechtkommen
185/41 Vietnam im asiatischen Wirtschaftsraum
186/54 Neue vietnamesische Literatur (Liebesgeschichten vor der Morgendämmerung erzählt)

Westsahara
180/10 USA und EG dulden Hassans Sabotage des UNO-Friedensplans
180/15 Chronik einer Kolonialgeschichte ohne Ende
180/16 Forderungskatalog zum Westsaharakrieg
180/53 Der lange Kampf der Sahrauis (Rezension)

Zentralamerika
180/41 Zum Friedensvertrag in El Salvador
184/14 Nicaragua im vierzehnten Jahr der Revolution
184/18 Der Friedensprozeß in El Salvador
184/20 Es lebe die europäische Gemeinschaft
184/22 Neue Verhandlungen in Guatemala
184/25 Interview mit Comandante P. Monsanto (FAR) [Guatemala]
184/27 Wandmalprojekt Amerika-Europa 1992
184/28 Kulturelle Identität und Nationalismus in Lateinamerika
184/30 Alles Banane in Costa Rica
184/34 Indianer-'Nationalismus' in Nicaragua

Zimbabwe
181/40 Ex-Guerillera berichtet über ihre Erfahrungen (Interview)
181/41 Die Guerilla nach der Unabhängigkeit (Kasten)

Sachregister

Alternativhandel
181/55 Beitrag zu GEPA-Diskussion

Asyl
179/51 Schutz für politisch Verfolgte nicht preisgeben
180/7 Kurzer Prozeß mit Flüchtlingen in der BRD
181/57 Wahlrecht für Flüchtlinge (kurz belichtet)
181/57 Ausbildungsverbot für Flüchtlinge (kurz belichtet)
182/23 Die Suche nach der positiv definierten Asylfrage
186/3 Rassismus à la Weizsäcker (Kommentar)

Befreiungsbewegungen
179/5 'Kapan Pulang' - Wann gehst Du nach Hause (FRETELIN)
180/16 Forderungskatalog zum Westsaharakrieg
180/53 Der lange Kampf der Sahrauis (Rezension)
181/40 Interview mit Ex-Guerillera aus Zimbabwe
181/41 Die Guerilla nach der Unabhängigkeit (Zimbabwe)
181/54 Guerilla und Revolution (Rezension)
183/34 Nationalismus, nationale Befreiung und Internationalismus
184/14 Nicaragua im vierzehnten Jahr der Revolution
184/18 Der Friedensprozeß in El Salvador
184/22 Neue Verhandlungen in Guatemala
184/25 Interview mit Comandante P. Monsanto (FAR) [Guatemala]

Bevölkerungspolitik
181/49 Arme Menschen abschaffen (Tagungsbericht)

Bildungspolitik
182/56 Keine Berufsausbildung für Palästinenser!? (kurz belichtet)
184/7 Wie vietnamesische Hochschulen mit der chronischen Finanznot zurechtkommen

Demokratisierung
179/9 Burkina Faso nach den Präsidentschaftswahlen
180/41 Zum Friedensvertrag in El Salvador
180/54 Afrika in den neunziger Jahren (Rezension)
182/35 Demokratisierung und Rassismus im Widerstreit (Mauretanien)
182/53 Demokratie und Menschenrechte in Nordafrika (Rezension)
183/6 Kampf um Demokratie
184/14 Nicaragua im vierzehnten Jahr der Revolution
184/18 Der Friedensprozeß in El Salvador
184/22 Neue Verhandlungen in Guatemala

EG
179/29 EG finanziert Massentourismus auf Gomera
185/45 Die Neuregelung des EG-Bananenmarktes

Entwicklungspolitik
179/6 Die Haltung des Nachbarn Australien (Osttimor/Kasten)
179/8 BRD - Osttimor - Indonesien (Kasten)
179/61 Neuorientierung in der personellen Zusammenarbeit
180/10 USA und EG dulden Hassans Sabotage des UNO-Friedensplans
184/8 Baden-Württemberg als Vorreiter für die deutsche Entwicklungshilfe (in Vietnam) [Kasten]
184/20 Es lebe die europäische Gemeinschaft (EG-El Salvador)

Entwicklungstheorie
184/52 Der Abschied von Ulrich Menzel
185/45 Vom Wohlstand und Mißstand der Nationen (Interview mit Elmar Altvater)
185/50 Die Einsamkeit der Dritten Welt (Rezension)

Flüchtlinge /MigrantInnen
179/55 Europa aus der Sicht Ghanas (Rezension)
179/62 Unterstützung guatemaltekischer Flüchtlinge (kurz belichtet)
180/7 Kurzer Prozeß mit Flüchtlingen in der BRD
182/23 Die Suche nach der positiv definierten Asylfrage

Frauen
180/34 Von der Kuli-Migration zu den Weltmarktfabriken
180/56 Ausländische Studentinnen an deutschen Hochschulen (kurz belichtet)
180/57 Frauen im Blickpunkt (kurz belichtet)
181/40 Interview mit Ex-Guerillera aus Zimbabwe
183/37 Frauen können sich Nationalismus nicht leisten
183/39 Nationale Befreiung und Feminismus
183/45 Schreiben unter Patriarchat und Besatzung
183/53 Afrikas Filmemacherinnen gründen Interessenvertretung (kurz belichtet)
184/57 Menschenrechte auch für Frauen (kurz belichtet)
185/20 Hausfrauen produzieren für den Weltmarkt
185/49 Ich, Prinzessin aus dem Hause al-Saud (Rezension)
186/42 Frauen in Israel
186/49 Frauen in der islamischen Gesellschaft Nordnigerias (Interview)

Islam
180/46 Türkei umwirbt GUS-Republiken
181/35 Vom algerischen Sozialismus zum Fundamentalismus
183/17 Nationale Befreiung und Fundamentalismus (Palästina)
183/41 Militär und Herrschaft in Algerien
184/54 Ausgekonzelt? (Rotter: Allahs Plagiator)
185/49 Ich, Prinzessin aus dem Hause al-Saud (Rezension)
186/49 Frauen in der islamischen Gesellschaft Nordnigerias (Interview)

Katastrophenhilfe
182/32 Warum eine Sturmflut zur menschlichen Katastrophe wird
185/3 Spendengelder verlängern den Bürgerkrieg

Kino
180/52 Neues Kino in Israel

Kirche
180/38 Rezensionen: Kirche und 500 Jahre Kolonialismus
180/56 Pharmaindustrie geht neue Wege (kurz belichtet)

Kolonialismus
180/15 Chronik einer Kolonialgeschichte ohne Ende
180/18 Indiens Kolonialgeschichte - Von den portugiesischen Kolonisierungsversuchen bis zur britischen Expansion
180/23 Deutsche Beteiligung im ersten Jahrhundert des Kolonialismus
180/25 China in der europäischen Wahrnehmung
180/29 Der Fall Japan - Nachholender Kolonialismus in Asien
180/34 Von der Kuli-Migration zu den Weltmarktfabriken
180/38 Rezensionen: Kirche und 500 Jahre Kolonialismus
180/39 Medienliste und Adressen zu '500 Jahre'
182/47 Spanien und die Menschenrechte (Expo 92)
183/12 Nationalismus und Nationalstaat in der Dritten Welt
184/34 Indianer-'Nationalismus' in Nicaragua

Kultur
180/52 Neues Kino in Israel
181/52 Tombeza. Roman aus Algerien (Rezension)
183/45 Schreiben unter Patriarchat und Besatzung (Palästina)
183/53 Afrikas Filmemacherinnen gründen Interessenvertretung (kurz belichtet)
184/27 Wandmalprojekt Amerika-Europa 1992
186/49 Frauen in der islamischen Gesellschaft Nordnigerias (Interview)
186/54 Neue vietnamesische Literatur (Liebesgeschichten vor der Morgendämmerung erzählt)

Landwirtschaft
185/50 Die Einsamkeit der Dritten Welt (Rezension)

Medien
180/25 China in der europäischen Wahrnehmung

Medizin, Gesundheit
180/56 Pharmaindustrie geht neue Wege (kurz belichtet)
182/40 Gesundheit und Entwicklung (Vortrag von D. Werner)

Menschenrechte
179/14 Geheimdienste und Aufstandsbekämpfung (Peru)
179/18 Tourismus in menschenrechtsverletzenden Ländern
179/62 Versöhnung... Menschenrechte in Lateinamerika (kurz belichtet)
181/3 Massaker in Kurdistan (Kommentar)
181/39 Osttimor gibt keine Ruhe
182/47 Spanien und die Menschenrechte (Expo 92)
182/53 Demokratie und Menschenrechte in Nordafrika (Rezension)
184/57 Menschenrechte auch für Frauen (kurz belichtet)
186/57 Menschenrechtsverletzungen in Osttimor (kurz belichtet)

MigrantInnen
181/57 Wahlrecht für Flüchtlinge (kurz belichtet)
181/57 Ausbildungsverbot für junge Flüchtlinge (kurz belichtet)

Minderheiten
181/56 Indigenas fürchten um Nahrungsmittel (kurz belichtet)
184/47 Völkermord durch Entwicklung (Bangladesch)

Modernisierung
180/29 Der Fall Japan - Nachholender Kolonialismus in Asien

Nahostkonferenz
182/7 Warum wir verhandeln (Interview mit Sami al-Kilami)
182/9 Die Konferenzziele aus palästinensischer Sicht
182/12 Herausforderung Wasser

Nationalismus
183/12 Nationalismus und Nationalstaat in der Dritten Welt
183/17 Nationale Befreiung und Fundamentalismus (Palästina)
183/21 Der besondere Weg Jugoslawiens zum Nationalismus
183/24 Nationalismus und Apartheid
183/28 Das moderne China und die Schwerkraft der Tradition
183/31 Für einen nationalen Nihilismus
183/34 Nationalismus, nationale Befreiung und Internationalismus
183/37 Frauen können sich Nationalismus nicht leisten
183/39 Nationale Befreiung und Feminismus
184/28 Kulturelle Identität und Nationalismus in Lateinamerika
184/34 Indianer-'Nationalismus' in Nicaragua
184/38 Nationale und ethnische Rhetorik in Bolivien
184/41 Notizen zur Entstehung eines politischen Mythos in Venezuela

Nichtregierungsorganisationen (NGOS)
179/37 Goa im 'Visit India Year'
179/63 Aktivitäten und Aktionen in Nordrhein-Westfalen koordiniert (kurz belichtet)
179/63 Wanderausstellung zu '500 Jahre Eroberung und Widerstand' (kurz belichtet)
181/32 Parallelveranstaltungen der NGOs zu UNCED
181/33 Interview mit Jean Pierre Geroy (brasilianisches Forum)

Ökologie
179/21 Wer Golf spielt, fährt nicht Auto - Sanfter Tourismus oder ökologische Katastrophe?
179/29 EG finanziert Massentourismus auf Gomera
179/40 'Sanfter Tourismus' in der Türkei
179/58 UNCED-Info (3)
179/60 Suchbewegungen der Ökologie-, Friedens- und Dritte-Welt- Gruppen (Tagungsbericht)
180/3 Deutsche Regenwaldpolitik weiter ohne klare Linie
180/51 UNCED-Info (4)
181/8 Umwelt und Entwicklung. Geschichte einer widersprüchlichen Beziehung
181/13 Ausstieg aus der Industriegesellschaft als letzte Chance
181/17 Umwelt und Entwicklung aus chaostheoretischer Sicht
181/21 Über die Notwendigkeit einer neuen Energiepolitik
181/25 Der Glaube an die Macht des Geldes
181/28 UNCED - Chance oder Risiko?
181/32 Parallelveranstaltungen zu UNCED
181/33 Interview mit Jean Pierre Geroy (brasilianisches Forum)
181/50 Zweites Wassertribunal in Amsterdam (Tagungsbericht)
181/51 Demokratie und Umwelt in Südostasien (Tagungsbericht)
181/56 Wohin mit den Altlasten? (kurz belichtet)
182/43 Wider die Ökodiktatur (Replik auf S. Sarkar)
184/50 Ist die Megamaschine aufzuhalten? Zwei Antworten. (Rezension) [Umwelt und Entwicklung]

Rassismus
182/19 Über die sozialen Hintergründe des Bürgerkrieges (Los Angeles)
182/35 Demokratisierung und Rassismus im Widerstreit (Mauretanien)
183/49 Rassismus und kolonialer Blick (Rezension)
186/51 Wider den staatlichen Rassismus (zwei Rezensionen)

Regenwald
180/3 Deutsche Regenwaldpolitik weiter ohne klare Linie
186/56 Erdölkonzerne bedrohen Ecuadors Regenwälder (kurz belichtet)

Rezensionen
179/13 Politische Herrschaft in Burkina Faso
179/42 Israel verstehen
179/42 Literatur zum Thema Tourismus
179/53 Die Erstgeborenen (Roman/Südliches Afrika)
179/54 Widerstandsliteratur oder Agit Prop?
179/55 Europa aus der Sicht Ghanas
179/56 Analysen zu Südkorea
180/38 Kirche und 500 Jahre Kolonialismus
180/53 Der lange Kampf der Sahrauis
180/54 Afrika in den neunziger Jahren
180/55 Afrika à la Scholl-Latour
181/52 Tombéza. Amoklauf durch die algerische Geschichte
181/54 Philippinen: Guerilla und Revolution
182/53 Demokratie und Menschenrechte in Nordafrika
183/48 Kinderprostitution und Tourismus in Asien
183/49 Rassismus und kolonialer Blick
184/50 Ist die Megamaschine aufzuhalten? Zwei Antworten. (Ökologie)
184/52 Der Abschied von Ulrich Menzel
184/53 Kreuzzug oder Dialog. Die Zukunft der Nord-Süd Beziehungen
184/54 Ausgekonzelt? [Rotter: Allahs Plagiator]
185/49 Ich, Prinzessin aus dem Hause al-Saud
185/50 Die Einsamkeit der Dritten Welt
185/51 Odranoel - Eine Zustandsbeschreibung der internationalistischen Linken
186/48 Roman zum Thema Araber in Israel (Der Peptimist)
186/51 Wider den staatlichen Rassismus
186/54 Neue vietnamesische Literatur (Liebesgeschichten vor der Morgendämmerung erzählt)

Rohstoffe
181/44 Die Rössing-Uranmine in Namibia
185/45 Die Neuregelung des EG-Bananenmarktes

Rüstung
179/61 Aus dem Golfkrieg nicht gelernt (kurz belichtet)

Solidaritätsbewegung
179/60 Suchbewegungen der Ökologie-, Friedens- und Dritte-Welt-Gruppen (Tagungsbericht)
182/51 Cuba-Solidaritätskongreß (Tagungsbericht)
182/52 BUKO hält an der Basis fest (Tagungsbericht)
183/47 WWG 92: Solidarität - Nein Danke! (Tagungsbericht)
185/51 Odranoel - Eine Zustandsbeschreibung der internationalistischen Linken (Rezension)

Tourismus
179/18 Tourismus in menschenrechtsverletzenden Ländern
179/21 Wer Golf spielt, fährt nicht Auto - Sanfter Tourismus oder ökologische Katastrophe?
179/26 Massentourismus auf Phuket
179/29 EG finanziert Massentourismus auf Gomera
179/31 Die Alternative wäre Schuheputzen - Kellner in der Dominikanischen Republik
179/37 Goa im 'Visit India Year'
179/40 'Sanfter Tourismus' in der Türkei
179/42 Literatur zum Thema Tourismus (Rezensionen)
179/44 Adressen tourismuskritischer Gruppen
181/43 Ungewöhnliche Aktion auf der Tourismusbörse in Berlin
183/48 Kinderprostitution und Tourismus in Asien (Rezension)

Transnationale Konzerne
181/44 Die Rössing-Uranmine in Namibia

Verstädterung
185/8 Jakarta - eine Stadt, zwei Welten
185/12 Überleben in den Städten
185/17 Stadtentwicklung von unten
185/20 Hausfrauen produzieren für den Weltmarkt (Türkei)
185/24 Gecekondus in Istanbul
185/25 Kommunalpolitik in Brasilien

Weltwirtschaft/Welthandel
180/34 Von der Kuli-Migration zu den Weltmarktfabriken
181/13 Ausstieg aus der Industriegesellschaft als letzte Chance
181/56 Multilaterale Handelsorganisation gefordert (kurz belichtet)
182/43 Wider die Ökodiktatur (Replik auf S. Sarkar)
185/45 Vom Wohlstand und Mißstand der Nationen (Interview mit Elmar Altvater)

Kann sich Geschichte wiederholen?

Realisierungsmöglichkeiten eines zweiten Marshall-Plans



Seit den politischen Umbrüchen in Ost- und Mitteleuropa wird in der internationalen Öffentlichkeit heftig über das Für und Wider einer Neuauflage des Marshall-Plans diskutiert. Nur mit tatkräftiger finanzieller Unterstützung durch den Westen, so die Befürworter, wäre ein erfolgreicher Übergang zu kapitalistischen Markt- und Geldwirtschaften vorstellbar; jegliche Hoffnung, die mit einem Marshall-Plan für Osteuropa verknüpft werde, so die Skeptiker, sei auf Sand gebaut, weil die weltwirtschaftlichen Konstellationen von 1948 mit denen der neunziger Jahre nicht zu vergleichen seien und heute jede nationale Modernisierungsanstrengung an den Schranken des Weltmarktes scheitere.
In seinem Beitrag bewertet Kurt Hübner (FU-Berlin) die Realisierungschancen und analysiert die möglichen weltwirtschaftlichen Konsequenzen eines zweiten Marshall-Plans.

Die osteuropäischen Transformationsökonomien (Albanien, Bulgarien, CSFR, Ungarn, Polen, Rumänien, Jugoslawien und die ehemalige Sowjetunion) befinden sich, auch vier Jahre nach den tiefgreifenden politischen Umbrüchen, in einer ausgeprägten strukturellen ökonomischen Krise.

In allen Ländern ist die Industrieproduktion in den Jahren 1990 und 1991 absolut zurückgegangen: Die negativen Wachstumsraten reichen von 1,2 % (ex-UdSSR) über 3,7 % (Ungarn) und 20-25 % (ex-Jugoslawien) bis hin zu 32 % für Bulgarien.

Das reale Bruttoinlandsprodukt ist auch im Jahr 1992 absolut gesunken: in Bulgarien um 12 %, in Polen um 1 %, in Rumänien um 10%, in Rußland um 20 %, in der ehemaligen CSFR um 6% und in Ungarn um 4%. Völlig zerrüttet präsentiert sich die Ökonomie des auseinandergefallenen Jugoslawiens.

Dramatisch sind die Einbrüche bei den Bruttoanlageinvestitionen, die im Jahr 1991 um durchschnittlich ein Fünftel gesunken sind. Rückläufige Produktionsergebnisse gehen mithin Hand in Hand mit einer Schrumpfung des Kapitalstocks. Trotz leichter Verbesserungen in Ländern wie Ungarn und Polen hat sich an der dramatischen Abwärtstendenz auch im Jahr 1992 nichts Grundlegendes geändert.

Prekär ist auch die Rate der Geldentwertung, die an Beschleunigung gewinnt: 11 % in der CSFR, 45 % in Polen und 110% in Bulgarien, 220% in Rumänien und 1000% in Rußland. In allen Transformationsökonomien sind die staatlichen Haushaltsdefizite enorm groß, wenn man sie mit dem jeweils erwirtschafteten BIP ins Verhältnis setzt.

Bedenklich stimmen schließlich auch die Außenhandelsbilanzen der osteuropäischen Volkswirtschaften, die mit Ausnahme Ungarns und Polens alle mit einem Defizit im Jahr 1990 abschlossen. Im Vergleich zum Revolutionsjahr 1989 hatten insbesondere Rumänien, Jugoslawien und die CSFR eine fundamentale Verschlechterung ihrer Export-Import-Relationen mit den westlichen Ländern zu verzeichnen: Steigenden Importen stand ein wertmäßiger Rückgang der Exporte gegenüber. Infolge der grassierenden Devisenknappheit ist freilich nicht davon auszugehen, daß sich aus diesem Mißverhältnis ein stabiler Trend in Richtung tiefgreifender struktureller Handelsbilanzdefizite ergeben könnte. Angesichts des geringen Niveaus der Arbeitsproduktivität und des technisch völlig überalterten Kapitalstocks nahezu aller Industriesektoren dieser Länder ist andererseits aber auch kein "export-led-growth" (über Exporte stimuliertes Wachstum) zu erwarten, das eine strukturelle Verbesserung der Außenhandelsbilanzen bringen könnte. Die außenwirtschaftlichen Beziehungen dürften vielmehr eine offene Flanke der Reformprozesse bleiben, nicht zuletzt auch deshalb, weil alle Transformationsökonomien als hoch verschuldet eingestuft werden müssen (vgl. Tabelle).

Aus der Tabelle ist auf den ersten Blick ersichtlich, daß die Außenschulden der osteuropäischen Transformationsökonomien lange vor den Reformprozessen eingegangen wurden. Es handelt sich bei diesen Schulden mithin um "Erblasten", die sich infolge der mit ihnen verbundenen Zins- und Tilgungsleistungen in negativen Leistungsbilanzen niederschlagen. Mit Ausnahme Rumäniens, das seine im Verhältnis zur Exportkraft des Landes hohen Außenschulden über drakonische Einsparmaßnahmen und rigorose Importdrosselung während der achtziger Jahre hat reduzieren können, sind alle osteuropäischen Länder zu den Staaten

mit mittleren oder schweren Schuldendienstproblemen im Sinne der Weltbank-Definitionen zu zählen. Angesichts des hohen Kreditbedarfs dieser Länder im Zuge der Transformation, der primär über supranationale Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der neugegründeten Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie über bi- und multilaterale Kreditvereinbarungen abgedeckt werden wird, dürfte in nächster Zukunft mit keiner substantiellen Verringerung der Schuldendienstlasten zu rechnen sein.

Parallelen zur Dritten Welt?

Die knapp skizzierten ökonomischen Strukturkonstellationen der osteuropäischen Transformationsökonomien weisen auf den ersten Blick starke Ähnlichkeiten mit denen vieler Länder der sogenannten Dritten Welt auf. Es wäre aber irreführend, die Entwicklungsprobleme beider Ländergruppen gleichzusetzen. Zum ersten ist in Rechnung zu stellen, daß die Länder Osteuropas vor einem bislang einmaligen historischen Experiment stehen, für dessen Verlauf nicht einmal angemessene sozialwissenschaftliche Blaupausen existieren. Umgebaut wird nicht allein ein zentraler Sektor der Ökonomie oder ein Subsystem der Politik, sondern ganze Gesellschaften inklusive des in den letzten vierzig bzw. siebzig Jahren aufgebauten Institutionensystems und des Sozialverhaltens der Bevölkerungen.

Zum zweiten gilt es zu berücksichtigen, daß die meisten Transformationsökonomien im Unterschied zu vielen Ländern der Dritten Welt über jahrzehntelange industrielle Erfahrungen und breit ausgebaute Industriesektoren verfügen, die allerdings unter den spezifischen Bedingungen einer protektiven Abschirmung gegenüber dem Weltmarkt operiert haben und sich heute als technisch wie qualifikatorisch wettbewerbsunfähig erweisen. Für die osteuropäischen Länder besteht mithin die Notwendigkeit, simultan die konkurrenzschwachen und technisch obsoleten Industriesektoren abzubauen und neue, weltmarktkonkurrenzfähige Produktionslinien inklusive der dazugehörigen Arbeitsqualifikationen aufzubauen. Ein Stopp der Deindustrialisierung muß also verbunden werden mit einer Neuindustrialisierung unter Bedingungen einer offenen Weltwirtschaft.

Zum dritten unterscheiden sich die osteuropäischen Länder von denen der Dritten Welt durch ihre geographische Nähe zu Europa, die sich - jedenfalls im Vergleich zu den Ländern der Dritten Welt - im weiteren Verlauf der Transformation noch als politische Trumpfkarte erweisen könnte: Traditionelle Austauschbeziehungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus Gründen des Blockgegensatzes gekappt wurden, können wiederbelebt werden; perspektivisch könnte ein einheitlicher europäischer Markt angestrebt werden, innerhalb dessen den osteuropäischen Ökonomien ein politisch gleichberechtigter Status zuerkannt würde. Dies ist im Bereich des Denkbaren, weil die Transformationsökonomien gegenüber den europäischen Kernökonomien mit einer "Ressource" - dem gewaltigen Migrationspotential - effektiver als die Drittweltstaaten "drohen" können[1].

Zum vierten schließlich unterscheiden sich beide Ländergruppen hinsichtlich eines Merkmals ihrer in beiden Fällen dramatischen Außenverschuldung. Während die Länder der Dritten Welt und hier wiederum insbesondere die lateinamerikanischen Ökonomien in beträchtlichem Maße bei dem privaten westlichen Bankensystem verschuldet sind, hat sich Osteuropa - nicht zuletzt dank der zurückhaltenden Kreditvergabepolitik der privaten Banken - hauptsächlich bei nationalen Regierungen und supranationalen Institutionen verschuldet. Es sind genau auch diese Akteure, auf die die Transformationsökonomien auch heute noch setzen - und so in eine intensive Konkurrenz mit den Drittweltländern um knappe internationale Liquidität eintreten.

Gegenüber dieser Aufzählung von Differenzen sind die Gemeinsamkeiten ins Feld zu führen. Die osteuropäischen Transformationsökonomien sind hinsichtlich ihres Niveaus der 'Reichtumsproduktion' näher bei der Gruppe der Drittweltländer als bei der der entwickelten Industrieländer angesiedelt. Auch wenn internationale Vergleiche der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen schon wegen der zahlreichen methodischen Probleme der Wechselkurs- und Kaufkraftparitätenbestimmungen mit Vorsicht zu interpretieren sind, dürften jüngste, gemeinsam von der OECD, der Weltbank und dem Währungsfonds vorgenommene Berechnungen für Osteuropa doch ein realistisches Bild der Situation vermitteln. Danach bewegte sich beispielsweise das Pro-Kopf-Einkommen der früheren UdSSR (einschließlich der baltischen Republiken) im Jahr 1989 auf etwa 1780 US-Dollar, und damit etwa auf dem Niveau von Ländern wie Peru, Chile oder Costa Rica[2]. Entwicklungsländer und die osteuropäischen Transformationsökonomien teilen zudem bei allen Unterschieden ein Entwicklungsproblem: Beide Ländergruppen haben unter den Bedingungen einer abhängigen Weltmarktintegration eine Modernisierung ihrer politischen und ökonomischen Systeme voranzutreiben. In diesem Sinne sind sie Konkurrenten: Sie konkurrieren um Positionen innerhalb der Hierarchie der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung, und sie konkurrieren um öffentliche wie private Ressourcen des kapitalistischen Zentrums.

Tabelle : Nettoverschuldung der osteuropäischen Ökonomien in konvertiblen Währungen (in Mrd. $)

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992
Bulgarien	1.65	3.57	5.13	6.14	7.96	10.5	10.4	14
CSFR.	3.60	4.35	5.06	5.61	5.72	7.0	7.2	9
Ungarn	11.53	14.73	18.09	18.25	19.44	20.2	18.2	23
Polen	28.21	31.87	35.81	34.12	37.47	44.0	40.2	46
Rumänien	6.49	6.35	5.13	1.99	-1.25	0.7	2.0	4
Jugoslawien	-	-	-	-	-	11.0	10.5	-
UdSSR	15.84	16.63	25.07	27.75	39.32	53.9	54.0	60

Legende: Nettoverschuldung = Bruttoverschuldung minus Einlagen bei Banken, die der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich berichten. 1991: Januar bis Juni. Zusammengestellt nach: OECD Financial Market Trends February 1991, S.18f.; Economic Commission for Europe 1991, S. 105; für 1992: SVR Jahresgutachten 1992/93, S. 54; UdSSR: Schätzung.

Bisherige finanzielle Hilfeleistungen

Die politischen und ökonomischen Umbrüche in Osteuropa waren von Beginn an begleitet von finanziellen und technischen Hilfeleistungen der westlichen Industrieländer und der supranationalen Institutionen. Dazu zählen Maßnahmen zur Sicherung des Zutritts zu westlichen Märkten, Darlehen zur Zahlungsbilanz- und Wäh-

rungsstabilisierung sowie diverse Projektfinanzierungen und humanitäre Notfallprogramme. Nach Angaben der Europäischen Kommission wurden den osteuropäischen Ländern allein von der Gruppe der entwickelten Industrieländer (G-24) bis Mai 1991 insgesamt 31 Mrd. US-Dollar zugesagt. Dazu kommen Nettoausleihungen des Internationalen Währungsfonds in der ersten Hälfte des Jahres 1991 in Höhe von 2,8 Mrd. $; die Weltbank hat ihre Ausleihungen in die Region von etwas mehr als 500 Mio. $ im Jahr 1989 auf 3,5 Mrd. $ im Jahr 1991 ausgeweitet; zu erwähnen sind schließlich noch verschiedene außerordentliche Finanzhilfen im Rahmen der Umschuldungsvereinbarungen, die sich beispielsweise im polnischen Falle allein auf ca. 4 Mrd. $ im ersten Halbjahr 1991 belaufen haben[3], sowie diverse bilaterale Kredite und Importdarlehen.



Die Forderungen

Ein Hauptproblem der westlichen Hilfeleistungen, so die UN-Economic Commission for Europe, bestehe darin, diese Hilfsmaßnahmen so zu koordinieren, daß Doppelvergaben und vor allem eine Vergeudung von Ressourcen ausgeschlossen werden. Für die deshalb von der UN-Commission wie auch von anderen Institutionen und Personen erhobene Forderung nach einem "master programme" in Gestalt eines "Zweiten Marshall-Plans" werden verschiedene Vorteile reklamiert:

1. Da die Transformationsprozesse sehr lange Zeiträume, in einzelnen Fällen Jahrzehnte, benötigen, wirkt eine verpflichtende Zustimmung zu konzertierten Aktionen als vertrauensstiftendes Signal für alle Beteiligten.

2. Da der Übergangsprozeß eine terra incognita darstellt und deshalb flexible und pragmatische Reaktionen der Politik auf neue Situationen erforderlich macht, können aus regierungsoffiziellen und technischen Experten aus Ost und West zusammengesetzte Gremien wichtige Politikberatungsdienste leisten.

3. Die Kohärenz sowohl der westlichen Hilfeleistungen als auch der nationalen Transformationsprogramme kann durch eine koordinierende Institution sichergestellt werden.

4. Die selbständig entwickelten nationalen Transformationsprogramme können im Rahmen eines solchen Forums abgeglichen und besser aufeinander abgestimmt werden.

5. Durch solche Koordinationsmaßnahmen wird Vertrauen bei den Bevölkerungen auch für den Fall erzeugt, daß die Transformationsprozesse langsamer verlaufen als erwartet und höhere soziale Kosten verursachen.

6. Da ein solches "master programme" alle osteuropäischen Länder zu umfassen hätte, würde der möglichen Furcht einzelner Länder begegnet, vor den Türen des "westlichen Clubs" warten zu müssen[4].

Mythos Marshall-Plan

Das Vorbild für ein solches "master programme" ist das von den USA nach dem Zweiten Weltkrieg lancierte European Recovery Program, das unter dem Namen Marshall-Plan bekannt wurde. Vergegenwärtigt man sich die Modalitäten und Absichten dieses ersten Marshall-Plans noch einmal, dann zeigt sich freilich, daß mit der Forderung nach einer Neuauflage mehr an den Mythos des Marshall-Plans als an dessen konkrete Ausgestaltung angeknüpft werden soll. Zwischen 1948 und 1951/52 wurden als Hilfe zum Wiederaufbau der kriegszerstörten Volkswirtschaften sechzehn europäischen Ländern insgesamt etwa 12,4 Mrd. $ zur Verfügung gestellt, davon nahezu 90% in Form von Schenkungen. Die größten Empfängerländer waren Großbritannien (2,5 Mrd $), Frankreich (2,8 Mrd. $), Italien (1,5 Mrd. $) und Westdeutschland (1,4 Mrd. $). Die restlichen Gelder teilten sich vierzehn weitere Länder. Die eigentliche Bedeutung des Marshall-Planes ist nicht in den ausgelösten kurzfristigen ökonomischen Wirkungen, deren quantitative Ausmaße heute als relativ gering angesehen werden können, sondern in den strukturellen Festschreibungen und politischen Zielsetzungen zu sehen. Faktisch war der Marshall-Plan Bestandteil einer globalpolitischen Strategie der USA. Dank ihres technologisch überlegenen Produktionsapparates und der hohen Arbeitsproduktivität mußten sie die internationale Konkurrenz nicht fürchten; mit der Geldvergabe im Rahmen des Marshall-Plans übernahmen sie darüberhinaus ihre Rolle als Weltgläubigernation und trugen dadurch noch zu einer Verstärkung der Konjunkturdynamik bei. Indem sie die Länder Westeuropas, aber auch einige Länder der Dritten Welt mit dem Weltgeld Dollar versorgten, wurden so die Grundlagen eines internationalen Warenaustausches und damit auch eines spezifisch- internationalen Kapitalismus bereitet.

Die Dollargeschenke wurden durchaus eigennützig verteilt. Im Economic Cooperation Act von 1948, der gesetzlichen Grundlage des Marshall-Plans, wurden äußerst detailliert die Bedingungen für die Verteilung der Gelder festgeschrieben. Die Geschenke waren nicht umsonst. Jedes Empfängerland mußte einen bilateralen Vertrag mit den USA abschließen und sich darin verpflichten, den marktwirtschaftlichen Zielsetzungen des Gesetzes zu unterwerfen. Auf diese Weise konnten die USA die Verwendung der Dollargeschenke nicht nur kontrollieren, sondern in wesentlichen Teilen sogar selbst festlegen. Im Falle der Hilfeleistungen an Westdeutschland wurde sogar eine Regelung getroffen, wonach die aus den sogenannten "Gegenwertfonds" entnommenen Mittel erst nach einer Prüfung und Genehmigung seitens einer extra eingerichteten US-amerikanischen Administration einer Verwendung zugeführt werden konnten. Bei diesen Gegenwertfonds handelte es sich um Finanzmittel, die Importeure in deutscher Währung abführen mußten, soweit sie Waren aus dem ERP-Programm nach Westdeutschland einführten.

Konsequenzen eines zweiten Marshall-Plans

Obzwar die Forderung nach einem Zweiten Marshall-Plan weit verbreitet ist, wird die Größenordnung der damit verbundenen Finanzströme und deren Finanzierung nur selten präzise angegeben. Um eine solche

Präzisierung im strikten Sinne des als Vorbild dienenden ersten Marshall-Plans vorzunehmen, bietet es sich an, die damals zur Verfügung gestellten 12,4 Mrd. $ in heutige Dollar-Beträge umzurechnen. Vier Möglichkeiten, die zu unterschiedlichen Ergebnissen führen, lassen sich vorstellen: 1. Korrigiert man den ursprünglichen Betrag um den US-amerikanischen Bruttoinlandsprodukt-Deflator[5] des Jahres 1989, dann ergibt sich ein Betrag von 65,4 Mrd. $. Umgerechnet auf vier Jahre, der Laufzeit des ersten Marshall-Plans, ergibt sich ein jährlicher Transfer von 16,4 Mrd. $.

2. Folgt man dem Vorschlag der UN-Economic Commission for Europe aus dem Jahr 1990, dann wird nicht nur der Ursprungsbetrag deflationiert, sondern auch das Kriterium eines gleichen Pro-Kopf-Transfers zugrundegelegt. In diesem Falle ergibt sich ein Gesamtbetrag von 66,8 Mrd. $ oder 16,7 Mrd. $ pro Jahr.

3. Geht man davon aus, daß der neue wie der erste Marshall-Plan im Durchschnitt zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Empfängerländer abdecken muß, dann ergibt sich - wiederum auf deflationierter Basis - ein jährlicher Transfer von 48 Mrd. $.

4. Stellt man schließlich in Rechnung, daß der erste Marshall-Plan etwa ein Prozent des durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukts der USA zur Verfügung gestellt hat, dann würde diese Marge, angewandt auf die deflationierten BIPs der OECD-Länder, einen Transfer von jährlich 136 Mrd. $ implizieren[6].

Bereits diese einfachen Aktualisierungen der finanziellen Dimensionen eines Marshall-Plans für Osteuropa machen deutlich, wie groß die Spannweite eines solchen Vorschlags sein kann. Ob die damit jeweils mobilisierbaren Finanzressourcen auch nur annähernd ausreichen würden, um den Aufholprozeß zum Erfolg zu bringen, darf bezweifelt werden. Erste Berechnungen des notwendigen Kapitalaufwands, um diese Länder innerhalb von zehn Jahren an das durchschnittliche westliche Niveau der Arbeitsproduktivität heranzuführen, haben ergeben, daß dazu über einen Zeitraum von zehn Jahren jährlich Investitionen von 1,58 Billionen US-$ erforderlich wären[7]. Selbst wenn man einmal von der weitestgehendsten Marshall-Plan-Interpretation mit einem Transfer von 136 Mrd. $ pro Jahr über vier Jahre und einer - unrealistisch hohen - fünfzigprozentigen Eigenfinanzierungsquote ausgeht, bliebe immer noch ein jährlicher Investitionsbedarf von etwa 650 Mrd. $, der über private Operationen des westlichen Auslandes gedeckt werden müßte. Stellt man in Rechnung, daß die osteuropäischen Ökonomien (ohne UdSSR) im Jahr 1990 mit Ausnahme Jugoslawiens Nettoabflüsse von Finanzmitteln zu verzeichnen hatten und auch die Verbesserung im ersten Halbjahr 1991 mit einem Nettozufluß von insgesamt weniger als 1,6 Mrd.$ äußerst bescheiden ausgefallen ist, dann darf mit Recht vermutet werden, daß die privaten westlichen Sektoren nicht in der Lage sein werden, diese Investitionslücke auch nur annähernd zu schließen.

Zu bedenken ist schließlich, daß die Mittelvergabe im Rahmen eines Marshall-Plans hauptsächlich in Form einseitiger Übertragungen zu erfolgen hätte, wenn sich die prekäre Verschuldung der Region nicht noch weiter zuspitzen soll. Dies wiederum hätte eine starke politische Bereitschaft bei den westlichen Regierungen und vor allem den Wahlbevölkerungen zur Voraussetzung, weil derartige Finanztransfers zum einen nicht ohne weiterreichende Umstrukturierungen der öffentlichen Budgets bewerkstelligt werden könnten und zum anderen Schenkungen schnell Probleme der politischen Legitimität aufwerfen dürften.

Zudem ist zu beachten, daß Schenkungen, wären sie innenpolitisch in den Geberländern durchzusetzen, in den Empfängerländern den Absichten zuwiderlaufende Wirkungen zeitigen können und der Druck in Richtung harter Konditionalitäten wachsen würde: "Weil Schenkungen bekanntermaßen immer das Problem mangelhafter oder auch falscher Anreize beinhalten und Gefahr laufen, eher merkantile Händlerstrukturen denn produktives Verhalten anzuregen, kann es zu Zweckentfremdungen kommen, die in den Geberländern öffentlichen Druck in Richtung harter Auflagen zeitigen können, bis hin zu Vorschlägen nach einer "Treuhandschaft für die Dritte Welt" (Ulrich Menzel). Mit anderen Worten: Ein zweiter Marshall-Plan könnte zwar initiierende Wirkungen haben, aber die grundlegenden Probleme der Transformation osteuropäischer Volkswirtschaften nicht lösen. Befördert werden könnten im ungünstigsten Falle sogar die mafiosen Strukturen bzw. die Interessen der Apparatschiks in Verwaltung und staatlichen Betrieben.

Die Forderung nach einem zweiten Marshall-Plan begegnet noch einem weiteren Problem, das unmittelbar mit der Frage der Finanzierung solcher Transfers zusammenhängt. Prinzipiell kann der auf verschiedenste Weise berechnete West-Ost-Transfer auf zwei Wegen aufgebracht werden: Durch eine Erhöhung der Sparquote in den westlichen Ökonomien und durch Umschichtungen in den staatlichen und suprastaatlichen Haushalten.

Betrachten wir zunächst die Option einer steigenden Nettosparquote in den westlichen Industrieländern. Ein solcher Anstieg setzt eine Steigerung der Realzinsen voraus, weil nur unter dieser Voraussetzung ein zusätzliches Sparmotiv gegeben ist. Erste ökonometrische Simulationsrechnungen zeigen, daß im Falle der Finanzierung eines jährlichen West-Ost-Transfers in Höhe von 90 Mrd. $ ein Anstieg des Realzinses um einen Prozentpunkt in den Industrieländern sich in einen Anstieg der Realzinsen um drei Prozentpunkte in den Entwicklungsländern übersetzen würde. Ein solcher Zinsanstieg hätte zur Folge, daß sich in den Entwicklungsländern Investitionen und Kredite real verteuern, die Produktion gedrosselt wird und vor allem die Schuldendienstbelastungen gegenüber dem westlichen Ausland deutlich ansteigen. Der durch den Schuldendienst bedingte Ressourcenabfluß würde auf diese Weise in immer stärkerem Maße die binnenökonomische Akkumulationsfähigkeit beeinträchtigen.

Versuchen die westlichen Transferländer einen solchen Zinsschock zu vermeiden und im Sinne der zweiten Option die Bereitstellung finanzieller Ressourcen für Osteuropa durch eine Umverteilung ihrer internationalen Leistungen zu Lasten der Dritten Welt zu finanzieren, dann würde dieser Simulation zufolge das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt der Dritten Welt um drei Prozentpunkte pro Jahr zurückgehen.[8] Ein solcher Wachstumseinbruch hätte nicht nur einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen und eine Verringerung der staatlichen Steuereinnahmen zur Folge, sondern würde die Fähigkeit, den Schuldendienst zu leisten, weiter abbauen.

Weitere nachteilige Auswirkungen

Beide Optionen der Finanzierung eines Zweiten Marshall-Plans zeitigen mithin



nachteilige Auswirkungen zu Lasten der Länder der Dritten Welt: Potentielle Wohlfahrtsgewinne der osteuropäischen Länder würden mit Wohlfahrtsverlusten der Länder der Dritten Welt bezahlt. Schon ein nur einprozentiger Anstieg der internationalen Zinssätze infolge einer Kreditfinanzierung der West-Ost-Transfers würde für die fünfzehn höchstverschuldeten Länder der Dritten Welt eine jährliche Erhöhung des Zinsendienstes um 3,3 Mrd. $ bedeuten; selbst die Länder südlich der Sahara, die einen relativ hohen Anteil öffentlicher und damit zinsverbilligter Kredite aufweisen, hätten in einem solchen Falle noch 360 Mio. $ jährlich mehr an Zinsen an ihre westlichen Gläubiger zu überweisen[9].

Die politisch rationale und einsichtige Forderung nach einem Zweiten Marshall-Plan steht mithin vor einem globalen makroökonomischen Dilemma, das unter den gegebenen Umständen einer nur geringen internen Umverteilungsbereitschaft der westlichen Geberländer nur abgemildert werden könnte, wenn der geforderte West-Ost-Transfer vom Umfang her entsprechend kleingehalten würde. Gemäß den idealen Sollgrößen verringerte Transfers von West nach Ost implizieren freilich längere Zeiträume für die Transformationsprozesse. Sollen die Entwicklungsinteressen der Länder der Dritten Welt in der nächsten Zukunft nicht völlig verspielt werden, wird sich jede Marshall-Plan-Initiative mit solchen längeren Zeithorizonten zu arrangieren haben. In diesem Falle wird allerdings jede Bezugnahme auf den ursprünglichen Marshall-Plan, der über den Zeitraum von vier Jahren angelegt war, absurd.

Perspektiven

Angesichts der manifesten Staatshaushaltsprobleme der entwickelten kapitalistischen Industrieländern ist selbst ein solcher zeitlich gestreckter, kleiner dimensionierter und auf gleichsam freiwilliger Basis verlaufender Transfer wenig wahrscheinlich. Zu vermuten ist andererseits, daß die weitere Zuspitzung der Probleme in den Transformationsökonomien, von denen sich die OECD-Länder schon aus geographischen, noch mehr aber aus sicherheitspolitischen Gründen nicht isolieren können, Handlungen erzwingt. Vieles spricht heute dafür, daß die OECD-Länder sich nur in einem konfliktbeladenen Auseinandersetzungsprozeß zur Installation eines langfristig angelegten Mechanismus zum Transfer von Nettoressourcen werden entschließen können. So zustandegekommene West-Ost-Transfers entsprächen dann im besten Falle einem (erzwungenen) eigennutzorientierten internationalen Solidarausgleich, von dem schon allein unter universalistischen Gesichtspunkten die verschuldeten Länder der Dritten Welt nicht ausgenommen werden könnten. Dieser Universalismus, daran gilt es zu erinnern, wird jedoch politisch eingeklagt werden müssen.



Ein solches globales Programm hätte neben technischen und koordinierenden Funktionen vor allem die Aufgabe, sowohl den östlichen als auch den Ländern der Dritten Welt solide außenwirtschaftliche Bedingungen zur Umsetzung ihrer nationalen Umstrukturierungsprogramme zu schaffen. Zu diesen außenwirtschaftlichen Bedingungen zählen nicht nur die Beseitigung von Marktzutrittsbarrieren auf westlichen Märkten und die Bereitstellung neuer finanzieller Mittel, wie sie etwa von der UN-Economic Commission for Europe favorisiert werden, sondern vor allem Maßnahmen zur drastischen Erleichterung der Schuldendienstverpflichtungen. Gerade weil Osteuropa und den Ländern der Dritten Welt die hohe und zum Teil überhohe Verschuldung gegenüber dem westlichen Ausland gemeinsam ist, und gerade weil die Außenschulden ein wesentliches Hindernis für den Aufbau eigenständiger Akkumulationsregime darstellen, drängt sich eine konzertierte Aktion der westlichen Gläubigerländer zur entwicklungs- und transformationsfördernden Lösung des Altschuldenproblems geradezu auf. Was die westlichen Gläubiger im Falle der deutschen Außenschulden mit dem Londoner-Schuldenabkommen des Jahres 1952 gleichsam in Verlängerung der Marshall-Plan-Initiative vorgemacht haben, sollte heute den Kreditgebern der osteuropäischen und der Länder der Dritten Welt nur billig sein: Großzügige Schuldendiensterleichterungen und Schuldenstreichungen stehen auf der politischen Tagesordnung der neunziger Jahre. So gesehen könnte der chaotische Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen in Ost- und Mitteleuropa Konturen einer neuen Weltordnung ans Licht bringen, die ihren Namen verdient hätte.


Kurt Hübner

Anmerkungen:

1) Freilich ist sofort in Rechnung zu stellen, daß heute die Tendenzen in der Bundesrepublik wie in anderen EG-Staaten stark sind, die "Schotten dichtzumachen", und sei es um den Preis einer militanten Grenzverteidigung. Noch ist aber keineswegs entschieden, welcher Weg eingeschlagen wird. Genauso denkbar ist es, daß - siehe den Fall Polen - die Unterdrückung individueller Mobilität vom Westen mit ökonomischer Assistenz und Ressourcenransfer belohnt wird.
2) Frankfurter Rundschau vom 24.1.1991
3) Vgl. zu den Daten und Maßnahmen Economic Commission for Europe: Economic Bulletin for Europe, November 1991, S. 99.
4) Vgl. op.cit. S. 8f.
5) Faktor, der die in der Zwischenzeit erfolgte Inflation bereinigt.
6) Vgl. dazu Susan M. Collins, Dani Rodrik: Eastern Europe and the Soviet Union in the World Economy, Institute for International Economics, Washington D.C., May 1991, S. 82.
7) Ebd.
8) Vgl. zu diesen Simulationsrechnungen Susan M. Collins, Dani Rodrik, op.cit., S. 98ff.
9) Ebd.



UsbekInnen besichtigen ihr kulturelles Erbe in China

Foto: Petra Becker

Der Fluch des weißen Goldes

Der neue Staat Usbekistan steht vor fast unlösbaren Problemen

Die sowjetischen Planer in den zwanziger und dreißiger Jahren hatten einen Traum. Auf ihren Reißbrettern entstanden aus den weiten Steppen Usbekistans weißglänzende Baumwollreiche. Die US-amerikanische Baumwolle sollte vom Markt gefegt werden. 1971 konnten die Funktionäre Krimsekt trinken - die nordamerikanische Ernte wurde übertroffen. Aber zu was für einem Preis ! Heute ist das Land ökologisch verwüstet und seine politischen Strukturen sind über die Baumwoll-Mafia klientilistisch bestimmt.

Usbekistan ist der zweitgrößte Staat in der Zentralasiatischen Region. Kaum erst - im Zuge der allgemeinen Loslösung der Republiken im Sommer 1991 - in die Eigenstaatlichkeit entlassen, gehört Usbekistan, wie auch die übrigen Zentralasiatischen Staaten heute schon zu den neu entstandenen Entwicklungsländern der Erde.

Das Klischee einer sozialistischen Sowjetrepublik paßt kaum zu diesem Land, das traditionell dem Islam verbunden ist, das zu drei Viertel aus unfruchtbarer Erde besteht, dessen Wirtschaft agrarisch geprägt ist und dessen Entwicklungsstand in vielen Bereichen an Länder wie Afghanistan erinnert.

Die ökonomische Lage

Die Einführung des Sozialismus und die defacto koloniale Anbindung an die Sowjetmacht hat das ökonomische Gleichgewicht nachhaltig gestört. Die zentral gelenkte Politik band das Land in die Allunionswirtschaft ein und verwandelte es in einen Rohstofflieferanten. Das vorrangige Interesse der Zentrale an der Baumwollproduktion äußerte sich in der Umstellung der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf den monokulturellen Baumwollanbau, was zur Zurückdrängung aller anderen landwirtschaftlichen Produkte führte.

Auch bei der Errichtung der industriellen Struktur fand im Interesse des Zentrums eine starke Spezialisierung statt. Beispielsweise wurde der Aufbau einer primärverarbeitenden Industrie vorangetrieben, während die Weiterverarbeitung im europäischen Teil der Sowjetunion erfolgte. Die riesigen, nach sowjetischem Muster erbauten Industriekomplexe befinden sich in den fruchtbaren östlichen Landesteilen, in denen Lebensstil und Komfort den slawischen Ansprüchen angepaßt sind.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zeigen sich die fatalen Folgen der zentral geplanten Nutzung des "Wirtschaftsraums" Usbekistan. Der junge Staat ist stark auf den Import von Nahrungsmitteln und Fertigwaren angewiesen. Der Baumwollwirtschaft droht der Kollaps. Nicht nur die Ernteerträge nehmen stetig ab, sondern auch die Qualität der Fasern hat schon zu Beschwerden der Abnehmerländer geführt. Der Erlös der Fasern fließt komplett in den Ankauf anderer benötigter Produkte. Für den weiteren wirtschaftlichen Aufbau bleibt nichts übrig.

Auch die Errichtung einer industriellen Struktur, in der stets slawische Arbeitskräfte dominierten, rächt sich heute. Scharenweise verläßt der russischsprachige Bevölkerungs-

teil Usbekistan, ohne daß die freiwerdenden Plätze in der Industrie von einheimischen Arbeitskräften besetzt werden können. Einige Bereiche der Industrie und des Kommunikationswesens erleben einen starken Rückgang an Effizienz und Zuverlässigkeit, weil Fachkräfte fehlen. Hier sei nur der häufige Stromausfall im letzten Jahr erwähnt. Die Elektrizitätswerke schraubten 1992 den Betrieb enorm zurück, da 90 % des Personals der slawischen Bevölkerungsschicht angehörten. Die usbekische Elite hingegen bevorzugt die Sektoren Bildung und Wissenschaft.

Folgen der jahrzehntelangen Mißwirtschaft

In Taschkent, dem Regierungssitz, herrscht Ratlosigkeit angesichts der augenblicklichen Situation. Politische Konzepte einer Neuorientierung und Umstrukturierung in Wirtschaft und Politik können kaum Wirkung erzielen, da dem Land durch langfristige Mißwirtschaft Schäden zugefügt wurden, die mit eigenen Mitteln nicht behoben werden können:

- Die Wasserwirtschaft des wüstenhaften Staates steht vor dem Kollaps. Das knappe Gut Wasser wird vornehmlich für Bewässerungszwecke sowie für den industriellen Bedarf genutzt. Vor allem im Norden des Landes, am Unterlauf des Hauptwasserspenders Amu-Darja, sind Engpässe bei der Wasserversorgung der Bevölkerung kein Fremdwort mehr. Der fahrlässige Umgang mit dem Wasser sowie ineffiziente Bewässerungsmethoden haben zur Versalzung und Versumpfung weiter Flächen geführt, die somit der landwirtschaftlichen Nutzung unwiederbringlich entrissen wurden. Selbst in westlichen Ländern ist die Umweltkatastrophe des Aralsees bekannt geworden. Heute sind zwei Drittel des einst viertgrößten Binnengewässers der Welt ausgetrocknet. Ein Ende des Dramas ist bislang nicht absehbar.
- Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist fast flächendeckend verseucht, da die empfindliche Baumwollkultur den massiven Einsatz von Pestiziden und Düngern erforderlich macht. Völlig überhöhte Dosen, die menschlicher Fahrlässigkeit, aber auch weitverbreiteter Unwissenheit zuzuschreiben sind, tun das ihre dazu. Auch läßt der durch die Monokultur ausgelaugte Boden den Anbau anderer landwirtschaftlicher Produkte häufig nicht zu.
- Die Gesundheitsmisere resultiert aus den beiden oben angeführten Punkten. Am schlimmsten gestaltet sich die Lage in den aralseenahen Gebieten. Luft, Wasser und Boden sind irreversibel verseucht. Dort sind 80% der Bevölkerung ernsthaft krank. Am häufigsten sind Hepatitis, Speiseröhrenkrebs, Magen-Darm-Erkrankungen und Erkrankungen der Atemwege anzutreffen. In besonders betroffenen Regionen liegt die Lebenserwartung bei vierzig Jahren; jedes neunte Kind stirbt bevor es ein Jahr alt ist, was etwa mit der Sterberate Tansanias vergleichbar ist. Die von der Regierung für einige aralseenahe Gebiete in Kraft gesetzten Umsiedlungsprogramme greifen kaum. Denn ein Neuanfang bietet für die Bevölkerung, die nur einen geringen Bildungsstand aufweist, und die in ihrem Sozialzusammenhang verwurzelt ist, keine Perspektive.


Landarbeiter in der Baumwollwirtschaft

Die strukturelle Ausbeutung des Landes zeigt heute verheerende Folgen, die in zwei Landesteilen aktuelle Brisanz erhalten. Der unfruchtbare Nordwesten des Landes wurde bei dem wirtschaftlichen Aufbau von der zentralen Planung vernachlässigt. Durch die ökologische Katastrophe geschädigt, bleibt der von jeher rein landwirtschaftlich genutzte Landstrich äußerst rückständig. Auch die infrastrukturelle Erschließung sowie die Entwicklung des Bildungswesens sind in den ländlichen Gebieten unzureichend. Die Armut ist erschreckend, Mangelernährung ist an der Tagesordnung. Um die drohende Ernährungskrise abzuwenden, fördert die Regierung die Vergabe privater Gartenparzellen. Während mit den Erträgen in den reichen Gebieten die Bazare gefüllt werden, reicht in diesen Landstrichen der Ertrag kaum zum Überleben.

Eine anders geartete Problematik weist das äußerst fruchtbare Fergana-Tal im Osten des Landes auf, wo die Republiken Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan aneinanderstoßen und die Nationalitäten grenzübergreifend vermischt sind. Hohes Bevölkerungswachstum verbunden mit hoher Arbeitslosigkeit sowie soziale und ethnische Konflikte führen seit einigen Jahren zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, vor allem zwischen verschiedenen Ethnien. Auslöser der gewalttätigen Ausschreitungen gegen die Mescheten 1989 war vor allem vermeintliche wirtschaftliche Bevorzugung. Aber auch Auseinandersetzungen über Land- und Wasserrechte, zu denen es 1990 in der kirgisischen Stadt Osch zwischen Kirgisen und Usbeken kam, sind an der Tagesordnung.

Zusätzliche Brisanz erhält die Lage durch eskalierende Konflikte: Der Bürgerkrieg in Tadschikistan birgt die Gefahr, schwelende Konflikte in den Nachbarstaaten ebenfalls zum gewaltsamen Ausbruch zu bringen. Usbekistan schloß im August 1991 die Grenzen zur Nachbarrepublik Tadschikistan für Angehörige der tadschikischen Nationalität, um einem Eskalieren des Konflikts vorzubeugen, und als Reaktion auf angebliche Übergriffe gegen in Tadschikistan lebende

Allgemeine Angaben

Fläche: 447. 400 qkm. (annähernd doppelt so groß wie die alte Bundesrepublik)
Bevölkerung: etwa 20 Mio. Davon 68,7% Usbeken, 4,2% Tataren, 4,0% Kasachen, 3,9 % Tadschiken, 10,0% Russen, 1,1% Koreaner, 0,7% Ukrainer und 0,6% Juden.
Hauptstadt: Taschkent (etwas über 2 Mio. Einwohner)
Landesnatur: Die Grenzen sind nach ethnischen und wirtschaftlichen Kriterien willkürlich festgelegt worden. Der größere nördliche Teil besteht fast ausschließlich aus Steppe und Sandwüste; der Süden umfaßt die westlichen Ausläufer des Tianshan (höchste Erhebung: 5.000 m); zahlreiche Tal- und Kessellandschaften sind bestimmend ; Kennzeichnend sind heiße Sommer und strenge Winter.
Bodenschätze: Stein und Braunkohle (Angren Gebiet), Erdöl und Erdgas im Fergana Gebiet (bisher wenig ergiebig) Marmor, Kupfer und Uran.
Industrie: Maschinen für Baumwollproduktion und verarbeitete Öl- und Erdgasprodukte.
Landwirtschaft: Baumwolle (Monokultur), Obst und Gemüse (reichen nicht für den Eigenbedarf). Zugunsten der Baumwollerzeugung ist die traditionelle Oasenwirtschaft völlig zurückgedrängt.



Traditioneller Bazar unter offenem Himmel — Foto: P. Becker

Usbeken. Erste Übergriffe von Tadschiken auf kirgisisches Gebiet zu Beginn dieses Jahres verdeutlichen die enge Verzahnung der gesamten Region.

Soziales Gefälle

Die soziale Struktur enthält gesellschaftlichen Sprengstoff. Die Gesellschaft Usbekistans ist infolge der Überstülpung sozialistischer Wertvorstellungen auf die traditionelle islamische patriarchalische Region tief gespalten. Besonders kraß offenbart sich der Gegensatz zwischen dem Traditionalismus der Landbevölkerung und der Fortschrittlichkeit der vom slawischen Einfluß geprägten Städter.

Die Kluft zwischen Stadt- und Landbevölkerung wird sich ohne gezielte Hilfestellungen noch weiter vertiefen. 70% der einheimischen Bevölkerung leben in ländlichen Gebieten. In Usbekistan fand nie, im Unterschied zu vielen anderen Entwicklungsländern, eine Landflucht statt. Denn die Sprachbarriere (Verkehrssprache in den Städten war Russisch) und eine gezielte Beschäftigungspolitik Moskaus, die die Städte zu slawischen Domänen machte, grenzte die Landbevölkerung von vornherein aus. Aber auch Traditionalismus und die damit verbundene Abneigung gegen die großen, auf europäischen Maßstab zugeschnittenen Industriekomplexe hielt die Usbeken auf dem Land. Hierdurch wuchs der Bevölkerungsdruck in den ländlichen Gebieten, die sich zudem durch traditionell hohe Kinderzahlen auszeichnen, stark an. Der Ausbau der sozialen Institutionen hat mit dem rapiden Bevölkerungswachstum in keinster Weise Schritt gehalten. Das von der Sowjetmacht in den 20er Jahren eingeführte säkulare Bildungswesen, das die traditionell geistlichen Schulen vollständig ablöste, ist in ländlichen Gebieten nur unzureichend entwickelt.

Während der gesellschaftlichen Entwicklung der Städte nichts vergleichbares im Wege steht, wird die Rückständigkeit der ländlichen Gebiete zum scheinbar unüberwindbaren Hindernis. Insgesamt wurde die patriarchalische Familienstruktur der ländlichen Gebiete nur formell aufgelöst. In den Kolchosen fanden sich alte Clans und Familienverbände oft in ihren alten Rollen wieder. Die Männer beherrschen die lukrativen Posten, wie z.B. im Dienstleistungssektor, während die Frauen einen Großteil der äußerst arbeitsintensiven Handarbeit beim Baumwollanbau verrichteten. Bis heute werden Kinder während der Schulzeit zur Arbeit herangezogen; dies drückt den Bildungsstand der Landbevölkerung zusätzlich. Obwohl in den 20er Jahren der Schleier abgeschafft und offiziell die Gleichberechtigung der Frau eingeführt wurde, hatte die Frau stark unter der Doppelbelastung von Arbeit am Arbeitsplatz und Erledigung der arbeitsintensiven Hausarbeit bei großer Kinderzahl zu leiden. Dies ist nie zu einem Politikum geworden, da die Belastung der Frau zu den selbstverständlichen Traditionen der Region gehörte, die auch manche Russen gerne übernommen haben.

Erst seit Mitte der 80er Jahre fand die Lage der Frau über die Grenzen der Republik hinaus Beachtung, als die überaus große Zahl von Selbsttötungen verzweifelter Frauen in ländlichen Gebieten bekannt wurde. Bis heute steigt die Zahl der Selbstverbrennungen, hervorgerufen nicht zuletzt durch den sich verschärfenden wirtschaftlichen Druck.

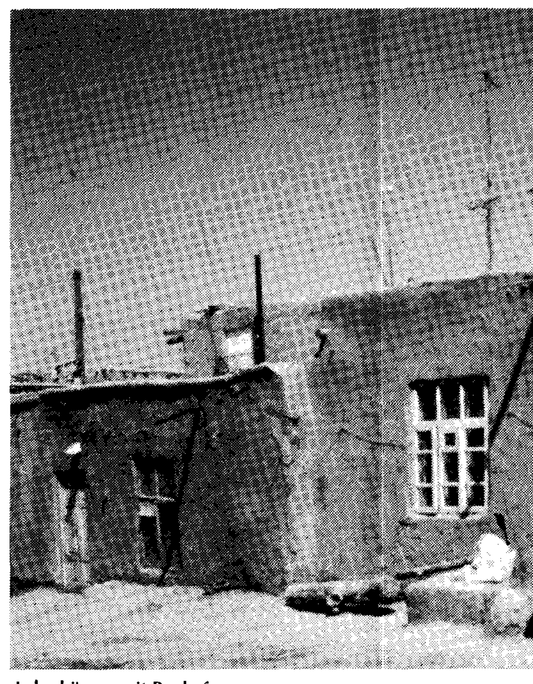
Im Vergleich zur Landbevölkerung ist die Lage der Bevölkerung in den wenigen größeren Städten besser. Die Städte waren die Machtbasen der russischen Bevölkerung, die in den Bereichen Politik, Administration, Bildung und Industrie als qualifizierte Kräfte schnell Arbeit fanden. Es ist kaum verwunderlich, daß die von der Moskauer Zentralmacht für den Ausbau des sozialen Bereichs vorgesehenen Gelder vornehmlich in die Städte flossen. Heute macht dem selbständigen Usbekistan die Abwanderung der russischsprachigen Bevölkerung schwer zu schaffen. Diese verläßt das Land als direkte Folge des aufkeimenden Nationalismus, der sozialen Spannungen und des wirtschaftlichen Niedergangs.

Die Investitionen, die zum Ausbau - um nicht von einem Neuaufbau zu sprechen - der Infrastruktur nötig wären, kann Usbekistan aus eigener Kraft nicht leisten. Mit Schwierigkeiten kämpft der junge Staat auch bei dem Versuch, ein Sozialversicherungsnetz aus dem Boden zu stampfen. Aus Mangel an eigener Erfahrung werden unterschiedlichste Länder wie z.B. die USA, Frankreich, Deutschland, Süd-Korea, Nigeria, Türkei auf ihren Modellcharakter untersucht. Daß ein solcher Neuaufbau vieler Korrekturen bedarf ist nur zu verständlich.

Vorrangiges Anliegen ist den lokalen Planern die Eindämmung des Bevölkerungswachstums. Dies soll durch Aufklärung sowie durch ein Versicherungssystem, das die Bedeutung der Familie mindern kann, gebremst werden.

Entwicklungsperspektiven

Obwohl die alte Nomenklatura, die aus dem vorsozialistischen feudalen Machtgefüge des Landes erwachsen ist und die sowohl die Perestrojka, als auch den Zerfall der Sowjetunion fast unbeschädigt überstanden hat, weiterhin das Land regiert, wurden in der kurzen Periode der Eigenstaatlichkeit auf Ebene der Ministerien von einigen Techno-



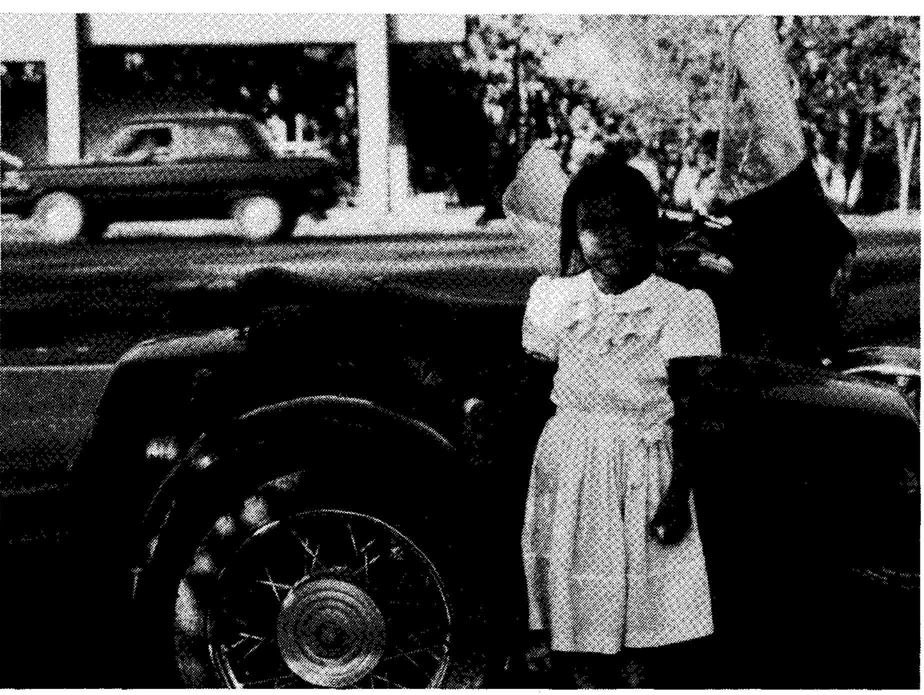
Lehmhäuser mit Backofen

kraten durchaus vernünftige Schwerpunkte gesetzt. Es bleibt allerdings fraglich, inwieweit diese verwirklicht werden können.

- Die Regierung hält zwar prinzipiell an der Baumwollwirtschaft fest, jedoch soll der Obst- und Gemüseanbau ausgeweitet werden.
- Usbekistans Entwicklungsperspektiven liegen vor allem in den reichen Rohstoffvorkommen, unter denen viele Energieträger sind. Diese müssen allerdings erst mobilisiert werden.
- Aus- und inländische Investoren sollen Vorgaben für ihre Produktionspalette erhalten, damit der billige Standort Usbekistan nicht mißbraucht wird.
- Ausländische Investoren sollen Standortvorgaben erhalten, was zu einer Dezentralisierung der Industrie führen soll.
- Die eigene staatliche Währung, die bereits gedruckt ist, soll erst in Umlauf gebracht werden, wenn Usbekistan verbindliche Zusagen der Weltbank hat. Zudem werden wohl die Erfahrungen des Nachbarstaates Kasachstan abgewartet.

Die Strukturverbesserung der ländlichen Gebiete ist ein vorrangiges Problem. Eine Alternative zum derzeitigen Haupterwerbszweig, der Baumwollwirtschaft, könnte die Wiederbelebung des traditionellen Handwerks und Handels darstellen. Positiv für die Entwicklung des Landes ist der traditionell hohe Prozentsatz der in privaten Erwerbssektoren Beschäftigten, wodurch die Abkehr von der sozialistischen Wirtschaftsform erleichtert wird. Die industrielle Entwicklung, die durch soziokulturelle Barrieren gehemmt wird, könnte durch die Errichtung kleinerer dezentraler Produktionsstätten gefördert werden. Es bieten sich besonders arbeitsintensive und wassersparende Industriezweige, wie z.B. die Elektronikindustrie, an.

Die Auflagen des IWF zur Eindämmung der Inflation und Neustrukturierung der Wirtschaft beinhalten unter anderem Massenentlassungen und Betriebsstillegungen. Würden diese Forderungen ad hoc erfüllt, um höhere Kredite zu erhalten, käme es zu Unruhen, wie in anderen Fällen der Vergangenheit. Wie viele Entwicklungsländer der Erde steht auch Usbekistan vor einem ökonomischen Dilemma und unter massivem politischen Druck der Bevölkerung, die zwar kaum organisiert ist, jedoch sehr empfindlich auf soziale Einschnitte reagiert. So kam es bei der Preisfreigabe im Januar 1992 zu gewalttätigen Ausschreitungen mit Todesopfern.



Noch ist die Zukunft sehr ungewiß — Foto: P. Becker

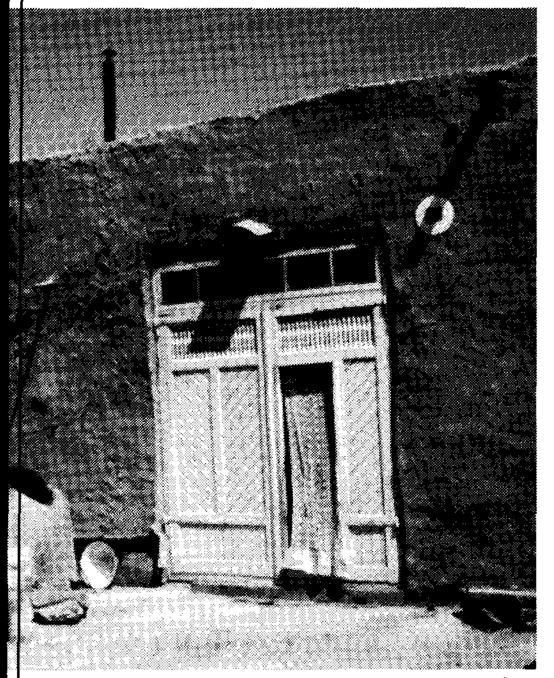


Foto: P. Becker

Usbekistan hat in der kurzen Periode seiner Eigenstaatlichkeit bereits rege nach Kontakten gesucht und hat verschiedene zwischenstaatliche und multinationale Beziehungen aufgenommen: Zu den verschiedenen Beziehungsgeflechten gehören:

- die islamische Staatenorganisation
- Wirtschaftsgemeinschaften wie die ECO (Economic Cooperation Organisation), zu deren Mitgliedern die Türkei, Pakistan, Iran und einige GUS Länder zählen.
- die Mitgliedschaft in der KSZE

Die fast ziellos erscheinende Suche Usbekistans nach Handelspartnern resultiert aus dem Versuch, die befürchtete wirtschaftliche Isolation abzuwenden. Eine Wirtschaftskooperation mit Staaten, die den ökologischen Problemen nicht Rechnung tragen, würde sich jedoch schon mittelfristig als Desaster herausstellen. Die westlichen Industrienationen reagieren nur sehr zögerlich, die Handelsbeziehungen beschränken sich häufig auf die Ausbeutung der Rohstoffe. Während von den westlichen Medien der Wettlauf zwischen dem Iran und der Türkei um die Einflußnahme in der Region hochstilisiert wird, handelt es sich vornehmlich um die Suche nach Wirtschaftspartnern. Schon längst hat sich Usbekistan eher für das türkische Modell entschieden. Nicht nur die sprachlichen und ethnischen gemeinsamen Wurzeln waren hierfür maßgebend, sondern auch die (leider irreführende) Vorstellung von dem "Wirtschaftswunderland" Türkei.

Petra Becker

Absturz oder take-off

Kasachstan: Vom Atomtestgelände zur grünen Republik?

Im Industrialisierungskonzept der ehemaligen Sowjetunion spielte Schewtschenko (heute Aktau), die Stadt auf der Halbinsel Mangyschlak am Kaspischen Meer, für lange Zeit eine zentrale Rolle. Neben der geheimgehaltenen Anreicherungsanlage für waffenfähiges Uran und dem Brutreaktor wurden hier petrochemische und Metallurgiebetriebe angesiedelt, die die Rohstoffe aus der angrenzenden Erdölförderung und dem Bergbau weiterverarbeiteten. Es zeigt sich heute allerdings - nach dem Untergang der UdSSR und dem Wegfall der damit verbundenen Informationsmanipulation -, daß diese ökonomische 'Inwertsetzung' mit einem ökologischen Desaster erkauft worden ist: Nahe der Stadt, bei Koschgar-Ata, existiert ein riesiger Abwassersee. Alle haben hier ihre - zum Teil radioaktiv verseuchten - Abfälle eingeleitet. Sollte das Meer weiter ansteigen, droht sich dieser Öl-Schadstoffsee über den Schutzdamm hinaus ins Meer zu ergießen. In den Hochhaus-Vierteln der Stadt wird das Atmen durch eine stechend riechende, rosarote Wolke erschwert, die ungehindert von den Fabriken herüberzieht. Wie in den meisten Städten wurde auf eine Sicherheitszone verzichtet.



Vom Meer zur Salzwüste: Das einstige Ufer des Aralsees ist gesäumt von den rostigen Wracks der aufgegebenen Fischerboote **Foto: rufo**

Das Leid der Bewohner Aktaus teilen fast alle der rund 17 Millionen Einwohner Kasachstans. Die nach Rußland flächenmäßig zweitgrößte der ehemaligen Sowjetrepubliken ist nach sieben Jahrzehnten sozialistischer Fremdherrschaft ein ökologisches Katastrophengebiet apokalyptischen Ausmaßes:

Die vielbesungene Wolga ist heute nur noch eine einzige große Kloake: Jahr für Jahr trägt sie 367.000 Tonnen organische Stoffe, 13.000 Tonnen Erdölrückstände, 45.000 Tonnen Stickstoff und 20.000 Tonnen Phosphor ins Kaspische Meer.

Aufgrund der total veralteten Fabrikanlagen kommt es immer wieder zu Explosionen, Bränden und anderen Havarien. Im Jahr 1990 betrug die Zahl der Störfälle 57.900, wovon allein auf die Petrochemie rund 16.000 entfielen.

Als größte Gefahrenquelle für Kasachstan wird vielfach die Austrocknung des Aralsees bezeichnet. Die Bewässerung ausgedehnter Baumwollfelder hatten den Syr-Darja und den Amu-Darja - beides ehemalige Zuflüsse des Aral - zum Versiegen gebracht. Der See büßte bis heute rund ein Drittel seiner Wasservorräte ein und wird schätzungsweise im Jahre 2005 völlig verschwunden sein.

Zudem begegnet man überall in Kasachstan den Spuren sowjetischer Militärpräsenz. Das Land war Testgelände für Atomraketen, Zentrum für die Urangewinnung und -verarbeitung. Hier wurden bakteriologische und chemische Waffen ausprobiert, Atomsprengköpfe vernichtet und ausgemusterte Atomreaktoren endgelagert. Neben dem berühmt-berüchtigten Gelände von Semipalatinsk hat es mindestens noch weitere 25 Atomtestgebiete in dieser Republik gegeben.

Das tatsächliche Ausmaß der Katastrophe läßt sich hier jedoch nur exemplarisch nachzeichnen, die Liste könnte um ein Vielfaches verlängert werden.

Der verbrecherische Umgang mit der Natur hat tiefe Spuren in der Gesundheit der in Kasachstan lebenden Menschen hinter-

lassen. Die Stadt Atyrau, die über den Uralfluß und den Ili mit Wasser versorgt wird, welches stark chromhaltig und radioaktiv verseucht ist, hält einen traurigen Rekord. Nirgendwo in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) gibt es so viele Krebs- und Tuberkuloseerkrankungen. Seit 1983 hat sich die Zahl der angeborenen Anomalien verdreifacht.

Am Aralsee verursacht das stark kontaminierte Trinkwasser die höchste Kindersterblichkeit ganz Kasachstans. Von 1.000 Kindern sterben 120 im ersten Lebensjahr. 80 Prozent aller jungen Frauen können wegen hochgradiger Anämie überhaupt nicht mehr gebären.

Rund 1,3 Millionen Menschen waren von den 467 ober- und unterirdischen Atomtests direkt betroffen, 500.000 von ihnen sollen Strahlenschäden davongetragen haben. Die durchschnittliche Lebenserwartung in Kasachstan liegt mit 47 Jahren sogar noch zehn Jahre unter der russischen.

Entstehung des ökologischen Widerstandes

Diese direkte Betroffenheit der Bevölkerung hat, stärker als in den anderen mittelasiatischen Republiken das Umweltbewußtsein geschärft. Bereits im Herbst 1986 versammelten sich die ersten Öko-Initiativgruppen in der Form lockerer Diskussionsclubs, denn die Umweltdaten und -berichte zählten zu dieser Zeit noch zu den Staatsgeheimnissen. Im Juni 1987 verhinderten die Öko-Gruppen aus Pavlodar den Bau eines gesundheitsschädigenden Vitamin-Eiweiß-Kombinats. Gleichzeitig etablierte sich in der Hauptstadt das 'Komitee zur Rettung des Aralsees, des Balchasch und der Ökologie Mittelasiens'. Alle diese Gruppen konnten nur deshalb agieren, weil sie zum Teil wichtige 'Schutzherren' hatten wie den Komsomol (die kommunistische Jugendorganisation der UdSSR), die Naturschutzgesellschaften, die Teil des Establishments waren oder den Schriftstellerverband.

Im Frühjahr 1988 begann - als ein Ergebnis des liberalen Klimas der ersten Regierungszeit Gorbatschows - ein enormer Aufschwung der Öko-Gruppen und ihr Übergang in die 'Grüne Front', wo sie sich an lokalen Veränderungen der Umweltsituation beteiligten. Als dann nach dem Vorbild im Baltikum und in Moskau innerhalb des linken Flügels der 'Grünen Front' die 'Volksfront' mit eindeutig politischer Orientierung ins Leben gerufen wurde, war die Politisierung der ökologischen Bewegung nicht mehr aufzuhalten. Seit November 1988 sind Ökologen aus den Bürgerbewegungen in der Regierung und im Parlament vertreten.

1989 gründete sich 'Nevada-Semipalatinsk'. Diese Umweltgruppe, die sich ihren Namen in Anlehnung an die Atomtestgelände der beiden Supermächte USA und Sowjetunion gab, entwickelte sich zur größten und erfolgreichsten Umweltbewegung der ganzen ehemaligen Sowjetunion. Sie stützt sich nicht nur auf die sogenannte Intelligenz, sondern auch auf die Bergleute aus Karaganda, die Maschinenbauer aus Pavlodar, die Hüttenwerker aus Ust-Kamenogorsk und die Erdölarbeiter aus Gurjew. An dieser Aufzählung ist zu erkennen, daß die Zentren des ökologischen Widerstandes in Kasachstan mit den ökologischen Katastrophengebieten zusammenfallen. Die Bewegung konnte Tausende von Menschen zu Demonstrationen und 'sit-ins' gegen die Testgelände mobilisieren und die Stillegung des Geländes von Semipalatinsk erreichen. Bis 1995 wollen sie die Schließung sämtlicher Testgelände durchgesetzt haben. Ferner drängen sie auf die Stillegung der beiden Atomkraftwerke des Landes in Aktau und Alma-Ata.

Seit Mitte 1992 existiert auch eine 'Grüne Partei'. Sie hat sich aus den unterschiedlichsten Assoziationen zusammengeschlossen - heute sind in Kasachstan rund 35 Ökobewegungen aktiv - und firmiert unter dem Namen 'Tabigat' (d.h. Natur).

Dieser erstaunliche Aufschwung der kasachischen Ökobewegung kann sicherlich nur zum Teil mit der im Verhältnis zu den übrigen mittelasiatischen Republiken überdurchschnittlich stark verseuchten Umwelt erklärt werden. Die Umweltbewegung hat zudem bei den zahlreichen kasachischen und russischen Naturwissenschaftlern Rückhalt, die - zumeist in Moskau ausgebildet - früher als Geologen und Geographen im Bereich der Rohstofferschließung tätig waren.

Überspitzt formuliert kann man sagen, daß in Kasachstan die Nationalbewegung aus der Ökobewegung entstanden ist. So artikuliert beispielsweise die Bewegung zur Rettung des Aralsees - wo in erster Linie kasachische Bevölkerung beheimatet ist - ihre Betroffenheit aus dem nationalen Gefühl heraus, daß ihre Nation durch den Ökozid zu einem Genozid verurteilt würde, wie vielerorts in der ehemaligen UdSSR, etwa in Belorußland nach dem GAU in Tschernobyl.

Was haben Ökologie und Nationalismus miteinander zu tun?

Kasachstan ist die einzige Region Zentralasiens, in der versucht wird, mit den dort lebenden Russen in friedlicher Koexistenz zu leben. Sie machen rund 38 Prozent der Gesamtbevölkerung Kasachstans aus. Seit 1986 ist allerdings eine zunehmende antirussische Stimmung zu spüren. In jenem Jahr sollte der kasachische Parteichef Kunajew durch den Russen Kolbin ersetzt werden, worauf es zu schweren Ausschreitungen gegen russische Geschäfte und Mitbürger kam. Der populäre Präsident Nasarbajew konnte die Wogen vorerst glätten. Die nationalistischen Parteien 'Asat' und 'Allasch' sind bisher recht schwach geblieben. Am einflußreichsten ist die 'Volkskongreß'-Partei, die über etwa 2,5 Millionen Anhänger verfügt und 1991 von Nasarbajew mitbegründet wurde. Sie wird von dem Schriftsteller Olschas Sulejmenow geleitet, der zwei Jahre zuvor die Ökobewegung 'Nevada-Semipalatinsk' ins Leben gerufen hat.

Das sich die beiden Bereiche 'Ökologie' und 'Nationalismus' nicht voneinander trennen lassen, geht unter anderem aus einer Einschätzung von 'Nevada-Semipalatinsk' hervor. Dort heißt es in einem Mitte 1992 veröffentlichten Strategiepapier:" Die kritische ökologische Situation ist zeitweilig auch der Auslöser für nationale und ethnische Auseinandersetzungen, wie sie in Ust-Kamenogorsk, Kulsary, Novyj Usen und Leninsk bereits vorgekommen sind. Folglich kann die ökologische Situation in Kasachstan als destabilisierender Faktor auch in bezug auf die benachbarten GUS-Republiken wirken." Bislang haben die Appelle an den Bürgerfrieden gefruchtet, eine Eskalation wie in Tadschikistan scheint hier noch ausgeschlossen.

Die Umweltbewegung selbst ist ein Beispiel des konstruktiven Miteinander. Unabhängig von der geographischen Schwerpunktsetzung wird sie von allen der in Kasachstan lebenden Nationalitäten getragen und dies sind immerhin rund 100.

Dies ist sicherlich mit ein Verdienst der Integrationsfigur Sulejmenow, des russischschreibenden kasachischen Autors.

Der administrative Rahmen und die Rolle des Präsidenten

Seit dem 1. Januar 1992 ist ein Umweltschutzgesetz in Kraft. Ökologische 'Sünder' werden erstmals bestraft. So wurden beispielsweise die Braunkohlegruben von Ojkaragaj im Februar 1992 geschlossen, weil die staatliche Expertise eine für die Beschäftigten unzumutbar hohe Radioaktivität ermittelt hatte. Die Firma Medeo, die Betreiberin der Braunkohlegruben, wird gerichtlich zur Verantwortung gezogen. Auch im Alltag soll mit Umweltsündern radikal verfahren werden. Wildes Müllabladen wird mit 100 Rubeln Strafe geahndet, für überhöhte Abgaswerte bei PKW soll die Polizei direkt 30 Rubel Strafe kassieren. Die Unternehmen müssen nun zum ersten Mal Steuern für die Nutzung von Naturressourcen und für die Schadstoffbelastung entrichten.

Bemerkenswert ist auch, daß, im Unterschied zum geplanten russischen Umweltgesetz, der Grund und Boden gemäß Artikel 3 Eigentum des kasachischen Staates bleibt, um so zu verhindern, daß er zum Objekt einer möglichen Spekulation verkommt.

Am 11. Februar 1992 wurde das 'Mini-

sterium für Ökologie und Bioressourcen' ins Leben gerufen. Der zuständige Minister Swajatoslaw Medwedjew ist damit Rechtsnachfolger des früheren 'Staatskomitees für Ökologie'. Medwedjews Versprechen vor der UNCED-Konferenz in Rio im Juni 1992, sein Land wolle schnell und effektiv das Umweltengagement vom Ausland lernen, scheint sich bereits auszuzahlen. Eine Schweizer Firma stellt umfangreiche Analysen der Schadstoffbelastung Kasachstans zur Verfügung und am 31. August 1992 wurde in Alma-Ata ein 'Memorandum über die Zusammenarbeit auf dem Energiesektor' mit amerikanischen Umweltschützern unterzeichnet.

An der Spitze der Regierung steht mit Nursultan Nasarbajew ein Mann, der einer ökologischen Umgestaltung Kasachstans durchaus Vorschub leistet und hier auch seine Prioritäten setzt. Nach Einführung des Präsidialsystems im Juni 1990 ist die politische Macht noch stärker auf seine Person zentriert. Nasarbajew, der bereits seine Dissertation zum Thema 'Natürliche Ressourcen Kasachstans und ihre effektive Nutzung' verfaßte, versucht ein Wirtschaftskonzept durchzuführen, welches im Mai 1992 veröffentlicht und auf 15 Jahre perspektivisch angelegt wurde. Hiernach soll Kasachstan in ein 'hochindustrialisiertes, weltmarktfähiges Land mit ökologisch reiner Produktion' verwandelt werden. Angesichts der skizzierten Krisensituation ist dies jedoch zum augenblicklichen Zeitpunkt reine Utopie.

Vorreiter in Zentralasien?

Im Vergleich zu Kasachstan ist die Umweltbewegung in den anderen zentralasiatischen Republiken noch sehr schwach. Es herrscht zumeist eine massive Unwissenheit über ökologische Probleme und eine grundsätzliche Passivität in politischen Fragen. In Usbekistan gelang es zwar der Bewegung 'Birlik' Umweltfragen aufzuwerfen, sie hat sich aber inzwischen immer massiver in eine streng nationalistische Bewegung verwandelt. Die usbekischen Komitees zur Rettung des Aral und anderer Regionen besitzen eine reine Alibifunktion und sind ein Zufluchtsort für ausrangierte Bürokraten und Partei-Funktionäre. Ein Grund für diesen Mißstand ist sicherlich das Fehlen von demokratischen Institutionen und Oppositionsparteien, die als stimulierendes Element der autoritären Stimmung der Partei und der Regierung entgegentreten könnten.

In Usbekistan sind beispielsweise im Zeichen der Restauration durch Altkommunisten alle demokratischen Kräfte - zu denen vor allem auch die Umweltschützer zu zählen sind - einer zunehmenden Repression ausgesetzt.

Die übrigen Republiken Zentralasiens sind zudem durch ein starkes Klansystem und durch Großfamilien bis zu zwanzig Personen gekennzeichnet. Politisches Engagement, etwa in Bürgerinitiativen, ist nur dann möglich, wenn der Mullah bzw. der Familienälteste zustimmt.

Trotzdem haben sich auch dort in den letzten Jahren einige Umweltgruppen formiert. In Kirgistan gibt es den Klub 'Ökologie' und eine Bürgerinitiative zum Schutz des Issyk-Kul-Sees; in Tadschikistan den 'Sozial-ökologischen Bund', welcher besonders gegen das Ragunsker Wasserkraftwerk auftritt und in Turkmenistan kämpft eine Initiativgruppe für den Kaplangyrsker Nationalpark.

Anspruch und Wirklichkeit

Es ist leicht nachvollziehbar, daß nach siebzig Jahren sorglosen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen erst ein Sensibilisierungsprozeß in der Bevölkerung, aber vor allem auch in der staatlichen Bürokratie vonstatten gehen muß, um dem angestrebten Ziel eines 'ökologischen Umbaus' näherzukommen.

Erste Erfolge sind allerdings bereits zu erkennen. So wird bei allen Großprojekten die Umweltverträglichkeit durch mindestens drei ausländische unabhängige Gutachten überprüft, beispielsweise bei der Erschließung der Ölvorkommen in Tengis, einige Kilometer nordöstlich des Kaspischen Meeres, bei der schließlich die kanadische Firma Chevron den Zuschlag erhielt. Wenn man den Absichtserklärungen des Ministers Medwedjew folgt, dann ist Kasachstans Engagement im Umweltschutz maßstabsetzend für die gesamte GUS. Doch der Sozialökologe Wassilij Wassilenko bleibt kritisch:" Bislang wird in Kasachstan nur geredet. Die ökologische Gesetzgebung hat keinerlei Wirkung, die angegebenen Reformen finden keine Beachtung. Darin sind sich alle gleich. Alle Institutionen, von der Wirtschaft, der Jurisprudenz über die Politiker bis in die Staatsführung."

Viele, die vor den Wahlen den Umweltschutz in ihr Programm geschrieben haben, haben auf dem erstrebten Posten sämtliche Versprechen vergessen. Die Ökobewegung hat mittlerweile ihre Vertreter in sämtlichen Verwaltungsebenen sitzen und dennoch sind hochaktuelle Diskussionen, etwa die über die Rettung des Aralsees, noch keinen Schritt vorangekommen.

Für effektive Maßnahmen fehlt zumeist das nötige Geld. So verfügt 'Nevada-Semipalatinsk' zwar über ein ausgereiftes Programm und kann auf das Know-how von mehr als 500 hochqualifizierten Wissenschaftlern zurückgreifen, aber ohne einen angemessenen Finanzrahmen bleiben ernstgemeinte Projekte, wie etwa die Umsetzung des 'Bioressourcenverfahrens' zur Reinigung von Gewässern und zum Ausfällen von Radioaktivität, nur Papiertiger. Mit Sicherheit wird dies eines der Hauptthemen auf der für Mai dieses Jahres geplanten Konferenz der Ökobewegung sein.

'Die Katze beißt sich in den eigenen Schwanz'

Die ökonomischen und ökologischen Perspektiven für die nächsten Jahre sind widersprüchlich. Vieles hängt vom Ausland ab: In viele Erwerbszweige wird aus Konkurrenzgründen kein ausländisches Kapital fließen, z.B. in die Landwirtschaft oder in den Flugzeugbau und die Weltraumforschung. Das gleiche Bild wird sich auch in den Bereichen Zinn- und Kohlegewinnung, Energie und Metallurgie zeigen, da hier die Märkte bereits gesättigt sind. Die ausländischen Anleger investieren bevorzugt im Baugewerbe und in arbeitsintensiven Branchen wie der Textilindustrie. Kasachstan soll für lange Zeit die Rolle einer 'Rohstoffkolonie' zugewiesen werden, unter Hinnahme aller fatalen Folgen, die aus den sogenannten Dritte-Welt-Ländern bekannt sind. Um einer solchen Entwicklung entgegenzusteuern wurde am 4. Januar 1993 die 'Zentralasiatische Union' gebildet. In diesem gemeinsamen Markt, der bereits im Oktober letzten Jahres in Ankara beschlossen worden ist, sollen im Austausch Rohstoffe weiterverarbeitet werden.

Der erhoffte ausländische Geldsegen könnte zudem zu einem Bumerang werden, denn mit der Öffnung für den Zufluß von Finanzen hat sich gleichzeitig ein neues Problem entwickelt:

Etwa seit September 1992 existiert ein Geheimabkommen, daß US-amerikanischer Atommüll in Semipalatinsk und an anderen Stellen in Kavernen[1] gelagert werden soll. Diesen Deal hat noch die damalige Zentrale Moskau mit dem Ausland ausgehandelt.

Hier beißt sich die Katze in den eigenen Schwanz. Während einerseits die Öko-Gruppen bemüht sind, die Umweltschäden so weit als möglich einzudämmen, ist die Endlagerung von Giftmüll wohl eine der wenigen Möglichkeiten Kasachstans, Devisen zu erwirtschaften.

Während das souveräne Kasachstan dank besserer Einsicht den ökologischen Umbau zumindest versucht, wird es dennoch von der Vergangenheit immer wieder eingeholt. Anfang dieses Jahres meldete die Presse, daß das Land aufgrund der katastrophalen Umweltverschmutzung gezwungen sein könnte, seine Hauptstadt aus Alma-Ata im Süden nach Zelinograd im Norden zu verlegen.

Gundula Bahro

Anmerkung

1) künstlich angelegte unterirdische Hohlräume zur Unterbringung technischer oder militärischer Anlagen oder zur Müllablagerung

"Ihre Geschichte muß erst noch geschrieben werden"

Die Stellung der Frauen in den Zentralasiatischen Republiken



Usbekische Landarbeiterinnen bei der Produktion des 'weißen Goldes'

Strahlende junge Mädchen und Frauen in ihrer Nationaltracht, einem Gewand aus schwerer, bunt gemusterter Atlasseide; in den Händen eine Kapsel Baumwolle, einen Seidenraupenkokon oder einen appetitlichen Apfel. Solche Bilder waren und sind beliebter Schmuck in Zeitschriften, wenn über Usbekistan berichtet wird. Doch hinter dem Klischee verbirgt sich viel Elend, stellte Doktor Hakimova, Direktorin des tadschikischen Forschungszentrums zum Schutz von Mutter und Kind traurig und anklagend fest: "Es ist die weibliche Bevölkerung Zentralasiens, die mit ihrer Gesundheit und dem Leben ihrer Kinder für jene Orden bezahlt hat, die die führenden Politiker der baumwollproduzierenden Republiken erhalten haben".
Im folgenden wird versucht, die Lebenssituation von Frauen zu skizzieren, doch sollte man immer im Auge behalten, daß sowohl die räumliche als auch die kulturelle Ferne dieser Region, zu der sich noch Sprachbarrieren und Informationslücken gesellen, eine Darstellung und Analyse dessen, was dort vor sich geht, erschwert. Zum besseren Verständnis, was die sozialistische Periode dem weiblichen Teil der zentralasiatischen Bevölkerung beschert hat, ist ein Rückblick auf die sowjetische Politik der "Frauenbefreiung im Osten" hilfreich, die ihren Höhepunkt Ende der 20er Jahre hatte. Im anschließenden Teil werden die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen untersucht, wie sie sich am Ende der Perestroika-Periode und zu Beginn der staatlichen Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten darstellen.

Wenn pauschal von *den* muslimischen Frauen Zentralasiens die Rede ist, so stellt sich die Frage, ob die in dieser Region vorhandene außerordentliche Vielfalt von Völkern, Stämmen, ethnischen Überlagerungen, verschiedenen Sprachfamilien etc. als Einheit behandelt werden darf. Mit Recht könnte eingewendet werden, daß hier von den Angehörigen verschiedener Staaten geredet wird, bei denen es strittig ist, ob ihre Titularnationen sich überhaupt schon als Nationen im modernen Sinne begreifen oder ob nicht die Zugehörigkeit zu einzelnen Stämmen ausschlaggebender ist, deren Traditionen vielfältig und ungleichartig sind, wie ethnographische Quellen bezeugen. Nicht vergessen werden darf auch, daß bis vor sechzig Jahren entscheidende Unterschiede in der Lebensweise der Bewohner dieser Region bestanden, nämlich der Gegensatz zwischen seßhafter und nomadisierender Bevölkerung, der Kontrast zwischen hochentwickelten Stadtkulturen und Wanderhirtentum, das sich nach Stammes- und Clanprinzipien organisierte. Zu erinnern ist auch an den stärkeren Grad der Islamisierung der Oasengebiete gegenüber den nomadischen Regionen zum Zeitpunkt der russischen Eroberung. Diese differenzierten Lebensformen, die ich hier nur grob andeuten kann, implizierten ebenfalls Unterschiede im Status der Frauen. Doch brachten die sowjetische Periode und ihre Modernisierungsschübe vereinheitlichende Tendenzen in vielen Bereichen mit sich und überlagerten formal und oberflächlich bestimmte nationale Besonderheiten. Damit sind einige strukturelle Gemeinsamkeiten in den Lebensbedingungen der einheimischen weiblichen Bevölkerung geschaffen worden, die es unter soziologischem Gesichtspunkt und für Zwecke eines ersten Überblicks erlauben, die soziale Situation der Frauen dieser Region zusammenfassend darzustellen.

Die Sowjetische Frauenpolitik der 20er Jahre

Aus der Sicht der Europäerin ist es nicht immer leicht, Objektivität und Unvoreingenommenheit zu bewahren, wenn man die Schranken betrachtet, die das traditionelle islamische Milieu den Frauen häufig auferlegt. Eine amerikanische Islamwissenschaftlerin hat betont, daß es aus dem Blickwinkel unserer Kultur schwer zu vermeiden ist, bei

der Analyse der Stellung muslimischer Frauen in Familie und Gesellschaft nicht in Schwarz-Weißmalerei zu verfallen, d.h. einseitig entweder "dignity-research" oder "misery-research" zu betreiben. Häufig werden entweder nur die positiven Seiten des Frauenlebens glorifiziert, zum Beispiel die dem Blick der Öffentlichkeit entzogenen weiblichen Subkulturen und die vielbeschworene Solidarität im Harem; oder es werden ausschließlich die Frustrationen und Entbehrungen thematisiert, die Frauen in islamischen Gesellschaften angeblich stärker als in den europäischen Ländern erdulden müssen. Bis in die jüngste Gegenwart hinein war ein großer Teil der sowjetischen Darstellungen der vorrevolutionären Situation zentralasiatischer Frauen am Modell des "misery-research" orientiert. Im Gegensatz dazu wurden bis vor wenigen Jahren die Lebensumstände der weiblichen Bevölkerung unter sowjetischen Verhältnissen fast ausschließlich positiv und optimistisch dargestellt.

Die Stellung muslimischer Frauen im vorrevolutionären Zentralasien wurde überwiegend in den düstersten Farben ausgemalt. Es wurde das Bild einer lebenslangen Unterdrückung entworfen, die mit der Geburt beginnt und mit dem Tode endet. Diese negative Sicht entsprach einer Betrachtungsweise, die der traditionellen islamischen Lebenswelt grundsätzlich ablehnend und verständnislos gegenüberstand, und sie von einem eurozentristischen Standpunkt aus als barbarisch und unzivilisiert verwarf. Daher vermischte man häufig die Beschreibung tatsächlicher Zustände, falsche Interpretationen und unzulässige Verallgemeinerungen. Die tatsächliche Situation der Frauen Zentralasiens dürfte wohl weit komplizierter und facettenreicher gewesen sein. Doch hätte es das Bild der "unterdrückten Frau des Ostens" gestört, wenn man festgestellt hätte, daß es Frauen auch innerhalb patriarchalischer Gesellschaften gelingt, sich eigene Macht- und Lebensbereiche zu schaffen, (z.B. bei der Anbahnung von Heiraten und Verwandtschaftsverhältnissen sowie dem Aufbau eigener Netzwerke) ihre Interessen zu wahren und Einfluß auszuüben.

Das Urteil der frühen sowjetischen Autoren und Autorinnen über die Lage der Frauen war allerdings in einem wichtigen Punkt zutreffend. Die Lebensbedingungen von Frauen wiesen bestimmte Grundstrukturen auf, die ihre sozialen und individuellen Entfaltungsmöglichkeiten prinzipiell einschränkten. Die Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Rollen waren tiefgreifend, ihre Lebenssphären in der Regel strikt voneinander getrennt. Die herrschende Kultur erlaubte Frauen nur selten, von den Rollenerwartungen abzuweichen, die Brauch und Religion diktierten. Außerhalb dieser Verhaltensmuster gab es für sie eigentlich keine Alternative - es sei denn die der Prostitution - , jedenfalls nicht im Sinne offen ausgelebter und öffentlich gebilligter Abweichung von den Regeln. Die Beachtung der Normen konnte gegebenenfalls mit drakonischen Maßnahmen gegen Frauen durchgesetzt werden.



Usbekische Hochzeit 1928 - der Chudzum war nicht überall erfolgreich

Von hier aus gesehen zielte die sowjetische Emanzipationsstrategie auf eine radikale Veränderung der Stellung der Frauen. Die starre Rollenteilung sollte durchbrochen, den Frauen sollten durch Einbeziehung in die Produktion, in das gesellschaftliche Leben und die Politik vielfältige Selbstverwirklichungschancen geboten werden. Als wichtigste Voraussetzung der Emanzipation wurde die ökonomische Unabhängigkeit, also Erwerbstätigkeit, angesehen, die durch Bildungs- und Qualifikationschancen gefördert werden sollte. Zwar hatte es auch im zentralasiatischen Islam gegen Ende des 19. Jahrhunderts Reformbewegungen gegeben, deren Vertreter, die Jadidisten, ebenfalls eine Veränderung des Status der Frau anstrebten und beispielsweise Mädchenschulen gründeten, doch traf die sowjetische Strategie der Frauenbefreiung in Turkestan mehrheitlich auf ein konservatives soziales Milieu, das diesen Ideen verständnislos gegenüberstand (und das galt nicht nur für die männliche Bevölkerung). Es handelte sich hier außerdem um Gesellschaften, deren soziale Beziehungen einer ganz anderen historischen Entwicklungsstufe entsprachen. Der Versuch, unter solchen Bedingungen die Situation der Frauen rasch und radikal zu verändern, war in der Tat revolutionär.

Hinzu kommt, daß es der Bevölkerung bis dahin teilweise gelungen war, sich einer umfassenden politischen Kontrolle und Sowjetisierung auf subtile Weise zu entziehen. In diesem Zusammenhang gewann in der zweiten Hälfte der 20er Jahre der Emanzipationsgedanke eine besondere politische Bedeutung: Er wurde zum zentralen Instrument des revolutionären Wandels. In Ermangelung eines echten Proletariats wurden Frauen, die "Unterdrücktesten der Unterdrückten" als ein revolutionäres Potential behandelt, und damit zu einem "Stellvertreter-Proletariat" gemacht, wie das Gregory Massell nennt, der diese Phase gründlich untersucht hat.

Der 'Sturmangriff auf den Schleier'

Vom Aufbegehren der Frauen, und damit der Veränderung der Machtstrukturen zwischen den Geschlechtern und Generationen, versprach man sich revolutionäre Kettenreaktionen. Das Aufbrechen des Kernbereichs der traditionellen Gesellschaft, der patriarchalischen Familie, sollte wie ein Ferment die Sowjetisierung und Modernisierung aller sozialen Strukturen beschleunigen. Ihren Höhepunkt fand diese Politik in den Jahren 1927/28 in der "Chudžum-Kampagne", dem "Sturmangriff auf den Schleier". Der regionale Schwerpunkt der Aktionen lag in Usbekistan. Die Frauen sollten sich vom Schleier als Symbol ihrer Unsichtbarkeit in der Öffentlichkeit, ihrer Beschränkung auf den Binnenraum der Familie, trennen und gleichzeitig symbolisch die Straße, als bisher verbotenes Territorium, in Besitz nehmen (Der Schleier ist jedoch - im Gegensatz zur Türkei - nie per Dekret verboten worden). Tatsächlich reagierte ein Teil der Frauen positiv auf die Agitation, mit der der Chudžum vorbereitet wurde. Den dramatischen Höhepunkt fand er am 8. März 1927, dem Internationalen Frauentag. Usbekinnen entschleierten sich öffentlich auf den großen Plätzen der Städte, wie bespielsweise dem Registan in Samarkand, verbrannten Parandža und Čačvan und zogen anschließend unverhüllt durch die Straßen. Angeblich haben allein im Frühsommer des Jahres 1927 in Usbekistan insgesamt 90 bis 100.000 Frauen den Schleier abgelegt.

Um so unverständlicher bleibt auf den ersten Blick, daß der Chudžum ungefähr nach

zwei Jahren abgebrochen wurde und man zu behutsameren Methoden zurückkehrte. Die Gründe sind wohl in den Begleiterscheinungen und Mängeln der Aktion zu suchen: Zum Teil wurden Entschleierungsaktionen mit "Gewehr im Anschlag" durchgeführt. Frauen, die aus ihren Familien flohen oder verjagt wurden, fanden im sowjetischen Milieu nicht unbedingt den erhofften moralischen und materiellen Schutz. Nicht nur große Teile der männlichen Bevölkerung verhielten sich den entschleierten Frauen gegenüber feindselig und gewalttätig, sondern auch viele einheimische Kommunisten der unteren Ränge, die der Aktion im Grunde verständnislos gegenüberstanden. Außerdem fehlte die nötige soziale Infrastruktur, z.B. Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten für Frauen, die unabhängig leben wollten. Vielfach sahen Frauen keinen anderen Ausweg, als sich zu prostituieren. Enttäuscht verließen viele Frauen, die sowjetischen Organisationen, kehrten in die Geborgenheit ihres traditionellen Milieus zurück und legten den Schleier wieder an. Der Preis, den andere Frauen für ihre Emanzipation zu zahlen hatten, war jedoch noch höher: sie wurden nicht nur vergewaltigt, sondern wurden, manchmal auf barbarische Weise, von ihren Ehemännern, Vätern und Brüdern ermordet. Zu den Opfern gehörten auch einheimische und russische Aktivistinnen mitsamt ihren Angehörigen, männliche Sympathisanten der Frauenbewegung und Funktionäre des sowjetischen Apparats. 1928 und im ersten Halbjahr 1929 wurden allein in Usbekistan 368 Morde an Frauen registriert und strafrechtlich verfolgt ; wir können dabei von einer hohen Dunkelziffer ausgehen.

Weitere Erschütterungen des sozialen Gefüges folgten: Die zweite Hälfte der 20er Jahre ist ebenfalls die Zeit des Kulturkampfes gegen muslimische Institutionen, wie Schulen und Gerichte. Ende der 20er Jahre wurde auch in Zentralasien die Kollektivierung verordnet, die als Seßhaftmachung bei den Nomaden einen radikalen Bruch in ihrer traditionellen Lebensweise mit sich brachte und bei den Kasachen Millionen Menschenleben forderte.

Nach offizieller Lesart verlief die Chudžum-Kampagne erfolgreich, es gab damals nur wenige kritische Stimmen. Der Erfolg wurde auch noch anläßlich der Siebzigjahrfeier im Jahre 1987 unterstrichen. Mitte der 30er Jahre war angeblich auch in Zentralasien - wie in den übrigen Regionen der früheren Sowjetunion - der Prozeß der Frauenbefreiung erfolgreich abgeschlossen.

Die heutige Situation

Ich möchte nun einen Sprung zur Gegenwart machen. Dieser Bruch in der Darstellung entspricht durchaus der Quellenlage - zwischen dem Bild der unterdrückten Muslimin, das uns die sowjetische Forschung bis in die Mitte der 80er Jahre präsentiert hat, und der idealtypischen Vorstellung von der gleichberechtigten usbekischen Bürgerin gibt es kaum Vermittlungsschritte. Welche sozialen und bewußtseinsmäßigen Prozesse diesen Wandel bei Frauen in wenigen Jahrzehnten bewirkt haben sollen, blieb bisher weitgehend im dunkeln.

Zu bedenken ist auch, ob die in den zentralasiatischen Republiken verfolgte Modernisierungsstrategie dem Emanzipationsziel überhaupt förderlich gewesen ist. Das Schwergewicht der Entwicklung hat eindeutig im Agrarbereich gelegen. Eine Tendenz, die schon in der zaristischen Zeit zu beobachten ist, setzt sich massiv fort: Zentralasien erhält in der innersowjetischen Arbeitsteilung die Rolle des Erzeugers landwirtschaftlicher Rohstoffe. Diese Entscheidung hatte Konsequenzen für die sozialstrukturelle Entwicklung: Während in den europäischen Regionen Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozesse einsetzten und die Lebensgrundlage der Bevölkerung sich von der Landwirtschaft auf die industrielle Produktion verlagerte, was zum Funktionswandel der Familie beitrug, blieb in Zentralasien mit Ausnahme einiger Industriezentren alles beim alten.


Kluft zwischen Propaganda und Realität

Die überlieferten Wertstrukturen und Lebenszusammenhänge der ländlichen Bevölkerung, die Familien- und Gemeinschaftsbindungen eine hohe Bedeutung zumißt, veränderten sich nur langsam. Tradierte Bräuche und religiöse Vorstellungen wurden konserviert. Außerdem ließ der Wille, die ethnisch-kulturelle Identität vor der Sowjetisierung, Europäisierung und Säkularisierung zu bewahren, große Teile der Bevölkerung um so hartnäckiger an den überlieferten Werten und Normen festhalten, unter anderem auch an den überkommenen Beziehungen zwischen den Geschlechtern und den Generationen. Russische und zentralasiatische Soziologen zweifeln heutzutage an der Existenz eines "neuen Menschen des Ostens", an dessen Entstehung man lange Zeit geglaubt hatte, und betonen um so mehr den Traditionalismus der einheimischen ländlichen Bevölkerung.

Für Frauen bedeutete die agrarische Entwicklungsstrategie, daß ihnen primär die Landwirtschaft mit ihrem wachsenden Bedarf an Arbeitskräften potentielle Arbeitsplätze bot. "Zarte Frauenhände umsorgen die Baumwolle", das "weiße Gold" - den "Reichtum des Volkes", hieß es in einschlägigen Artikeln. Diese Arbeiten verlangten keine höheren beruflichen Qualifikationen. Soweit industrielle Arbeitsplätze entstanden, waren sie in den Städten angesiedelt und wurden von Männern besetzt, die mobiler waren, ebenso wie von Immigrantinnen aus den europäischen Republiken. Die Masse der Bäuerinnen besaß außerhalb der Landwirtschaft keine realistischen Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten.

Wie sieht nun in der Gegenwart die Situation der Frauen aus? Lange wurde diese Region in der ehemaligen Sowjetunion als Vorbild für ein erfolgreiches "Überspringen des Kapitalismus" dargestellt. Doch seit einem halben Jahrzehnt hat sich das innersowjetische Zentralasienbild radikal gewandelt: Aus dem Paradebeispiel für eine erfolgreiche Modernisierungspolitik ist inzwischen ein Musterfall für soziale und ökonomische Unterentwicklung geworden. Zwar schnitten noch in den 60er und 70er Jahren die zentralasiatischen Völker in bezug auf viele Indikatoren, mit denen man gewöhnlich den Lebensstandard mißt, recht gut ab, verglichen mit ihren südlichen Nachbarn. Doch die Baumwollmonokultur ist inzwischen an ihre wirtschaftlichen und ökologischen Grenzen gestoßen - das "weiße Gold" ist nun zum Fluch geworden. Die Sozialwissenschaftler sehen die Hauptursachen der Rückständigkeit und der gegenwärtigen sozialen Krise in Zentralasien darin, "daß drei gesellschaftlich-historische Prozesse von größter Bedeutung nicht abgeschlossen sind - die Industrialisierung, die Urbanisierung und die demographische Revolution." (Veränderung des Reproduktionsverhaltens und Orientierung auf eine 2-3-Kind-Familie) Dieses Urteil kann dahingehend ergänzt werden, daß ein Prozeß von ebenso großer historischer Wichtigkeit, der eng mit diesem sozialen Wandel verbunden ist und seinen Erfolg bedingt, nämlich die Anpassung des Status der islamischen Frauen an moderne soziale Normen und Werte, ebenfalls steckengeblieben ist.

Hoch gebildet und schlecht genährt

Betrachten wir nun die Lebensumstände der weiblichen Bevölkerung. Um nicht selber in "misery-research" zu verfallen, will ich zunächst die positiven Veränderungen

schildern, die die sowjetische Periode für die Frauen Zentralasiens mit sich gebracht hat. Ich weise hier auf den hohen Alphabetisierungsgrad und Bildungsstand der einheimischen Frauen hin, der besonders ins Auge springt, wenn man ihn mit den Nachbarländern vergleicht. 1980 hatten fast alle erwachsenen Frauen in Zentralasien Lese- und Schreibkenntnisse - in Afghanistan nur 6 %, im Iran 30 % und in der Türkei 50 %.

Usbekinnen, Turkmeninnen etc. sind heute in allen Bereichen des Wirtschaftslebens, der Wissenschaften, der Politik und Öffentlichkeit ihrer Staaten vertreten. Die bekannteste Wirtschaftswissenschaftlerin Zentralasiens ist eine Frau, die Usbekin Rano Achatowna Ubajdullaeva. Theoretisch stehen den einheimischen Frauen im Berufsleben alle Wahlmöglichkeiten offen - wie sonst den Frauen in den Ländern der früheren Sowjetunion, d.h. in der Realität haben sie Schwierigkeiten, prestigeträchtige und einflußreiche Spitzenpositionen in der Produktion, den Universitäten, im Partei- und Staatsapparat zu erklimmen - ein bekanntes Phänomen. Der Grad der Frauenerwerbstätigkeit ist zwar niedrig, verglichen mit den europäischen Republiken, im internationalen Maßstab aber hoch. In gewissen Wirtschaftsbereichen gibt es interessante Abweichungen gegenüber den europäischen GUS-Republiken - der Dienstleistungssektor ist beispielsweise nicht so stark feminisiert.

Vom "weißen Gold zum weißen Tod"

Die Palette dieser Wahlmöglichkeiten ist jedoch, nach meinem Eindruck, dem größeren Teil der autochthonen weiblichen Bevölkerung weitgehend verschlossen; für die große Gruppe der Landfrauen hat sich wahrscheinlich in siebzig Jahren Sowjetherrschaft nur wenig geändert, ihre Belastungen sind möglicherweise größer geworden. Sie können von qualifizierter Berufsausbildung, wirtschaftlicher Unabhängigkeit, Mobilität, Karrieren, städtischem Komfort, geregelten Arbeitszeiten und Freizeit in den meisten Fällen nur träumen. Die Lebensverhältnisse auf dem Lande haben sich drastisch verschlechtert. Ich denke hier an die zum Teil katastrophale Mangelernährung, ja Hungersnot, von der beispielsweise aus Turkmenien berichtet wurde, an die Belastung der Nahrungsmittel mit Umweltgiften, an das verseuchte Trinkwasser und an den schlechten Gesundheitszustand der Einwohner. Die alten Oasengebiete sind auf Grund des enormen Bevölkerungszuwachses, dessen Konsequenzen nicht vorausplanend aufgefangen wurden, überbesiedelt. Der Ausbau der sozialen Infrastruktur - der Schulen, der Kindergärten und Krippen, des Gesundheitswesens und des Dienstleistungsbereichs - hat mit diesem Wachstum nicht Schritt gehalten. Viele Indikatoren des Lebensstandards sind inzwischen auf das Niveau der Dritten Welt gefallen.

Der vielzitierte Kinderreichtum ist allerdings nicht nur dem islamischen Faktor zuzuschreiben, er ist auch ein Indiz für Unterentwicklung und Armut: Die hohen Geburtenraten müssen auf dem Hintergrund einer erschreckend hohen Säuglingssterblichkeit gesehen werden. Außerdem haben Kinder auch heute noch für die Familien ökonomische Bedeutung. Hinzu kommt, daß offenbar bestimmte Praktiken und Einstellungen, die mit dem Gebären verbunden waren, verloren gegangen sind: die Abstände zwischen den Schwangerschaften haben sich verringert - in abgelegenen Bezirken Tadschikistans bringen 15 % der Frauen alle 11-12 Monate ein Kind zur Welt. Es heißt, daß 95 % der Schwangeren aus tadschikischen Dörfern, soweit sie überhaupt die Möglichkeit haben, eine Poliklinik aufzusuchen, krank oder schwerkrank sind.

Die Raten der Säuglingssterblichkeit in Zentralasien sind sehr hoch - in Usbekistan starben 1989 über 37 von 1000 Neugeborenen im ersten Lebensjahr, in Tadschikistan - 43, in Turkmenien - 54!

Statt vom "weißen Gold" ist nun die Rede vom "weißen Tod" in den Baumwollanbaugebieten.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bäuerinnen sind hart. Soweit die Landfrauen eine Arbeit in der sogenannten gesellschaftlichen Produktion haben, sind sie ganz überwiegend mit schwerer körperlicher Feldarbeit beschäftigt, in erster Linie also mit der Produktion des "Weißen Goldes", also der Baumwolle. Die Einhaltung der Arbeits- und Mutterschutzgesetze ist eher die Ausnahme. Baumwolle ist eine der arbeitsintensivsten Nutzkulturen, doch die Entlohnung ist gering, denn die Arbeit auf den Baumwollfeldern gehörte bis vor kurzem zu den billigsten Arbeitsplätzen in der ehemaligen Union. Zudem ist auch die Arbeit von Kindern in den Plantagen sehr verbreitet. Verschwindend gering ist der Anteil von Frauen in qualifizierteren, weniger anstrengenden und besser bezahlten landwirtschaftlichen Berufen, wie Agronomin, Tierzüchterin, Brigadeleiterin.

Junge Frauen stehen unter einer hohen Belastung im Haushalt. Mehrere Kleinkinder sind zu versorgen, evtl. zu pflegen; es gibt wenig Hilfsmittel für den Haushalt, die sanitären Verhältnisse sind unzulänglich - dies zieht wiederum Erkrankungen der Kinder nach sich. Gas-, Strom- und Wasseranschlüsse sind noch lange nicht in allen Dörfern die Regel. Die Versorgung der kleinen Nebenwirtschaften - soweit sie nicht erbarmungslos der Ausweitung der Baumwollfelder zum Opfer gefallen sind - mit Garten, Kühen, Schafen etc. gehört auch zu den Aufgaben der weiblichen Familienangehörigen. Von den jungen Schwiegertöchtern wird die Bedienung der Schwiegermutter, des Mannes sowie der übrigen Verwandtschaft, soweit sie im selben Haushalt wohnt, erwartet.

Wenn man nach einem Bild sucht, das die Lage der zentralasiatischen Frauen, insbesondere in den ländlichen Gebieten, versinnbildlichen kann, drängt sich das Phänomen der Selbstverbrennungen auf, über die seit 1987 in der zentralen und republikanischen sowjetischen Presse berichtet wurde, und die plötzlich ein grelles Licht auf die angeblich gleichberechtigte Position der Frauen in einigen zentralasiatischen Republiken warfen. Die Ursachen dieser Selbstmorde sind komplex und vielschichtig und noch kaum gründlicher untersucht. Verschiedene Motive kristallisieren sich heraus. Zum einen ist es die Gesamtheit der beschriebenen Lebens- und Arbeitsbedingungen insbesondere der Bäuerinnen - hier könnte man vom "Suizid aus Erschöpfung" sprechen. Zum anderen sind es die Schranken, die die traditionellen Vorstellungen von der weiblichen Rolle, von Familienleben und Verwandtschaftsbeziehungen Frauen und jungen Mädchen aufzwingen, und aus denen sie - auch aus subjektiven Gründen - häufig nicht ausbrechen können, sondern gegen die sie nur ohnmächtig mit dem Fanal der Selbstverbrennung protestieren.

Brigitte Heuer

***Gekürzte und veränderte Fassung eines Vortrags, erscheint in: Zwischen Anpassung und Widerspruch. Frauen und Frauenthemen in der Forschung am Osteuropa-Institut, herausgegeben von Uta Grabmüller u. Monika Katz, Berlin 1993 (Osteuropa-Institut a. d. FU Berlin. Multidisziplinäre Veröffentlichungen, Bd. 3); im Druck.**

Wer hat die besseren Karten?

Der Einfluß Irans und der Türkei in Aserbaidschan und Zentralasien

Die Unabhängigkeit der neuen Nationalstaaten im Transkaukasus und in Zentralasien hat unter neuen Vorzeichen zur Wiederherstellung eines alten, zusammengehörigen Kulturraumes geführt. Vom Westen wird diese Entwicklung mit Unbehagen verfolgt. Daß die Muslime der ehemaligen Sowjetrepubliken auf ihrer Suche nach der eigenen Identität als Identifikationsgrundlagen an Islam und ethnischem Nationalismus anknüpfen, weckt unterschwellige Ängste, die durch einen Sensationsjournalismus, der Islam mit Fundamentalismus gleichsetzt, verstärkt werden. Besonders die Rolle Irans wird in diesem Zusammenhang überschätzt, während auf der anderen Seite die umtriebigen Aktivitäten türkischer Diplomaten und Geschäftsleute diffuse Ängste vor einem wie auch immer gearteten Panturkismus hervorrufen.

Natürlich träumen extreme Islamisten in Teheran von einem islamischen Großreich, ebenso wie die Sehnsüchte türkischer Nationalisten von einem Groß-Turan von China bis zum Bosporus neue Nahrung erhalten haben. Eine nüchterne Analyse der Aktivitäten von Türkei und Iran darf aber weder von Wunschträumen noch von den blumigen Äußerungen der Repräsentanten der neuen Staaten - fast ausnahmslos ehemalige Kommunisten - ausgehen, mit denen sie die islamische Einheit, die Verbundenheit der türkischen Völker oder die Vorbildfunktion der Türkei bei öffentlichen Anlässen preisen.

Da der Islam immer ein Bestandteil der nationalen Identität ist, wird seine Bedeutung als wesentliches Element der wiederzuentdeckenden eigenen Kultur auch weiter zunehmen, dies auch angesichts der Ereignisse in Tadschikistan, wo es der alten Machtelite mit Hilfe des russischen Militärs im Bürgerkrieg offensichtlich erst einmal gelungen ist, der Bedrohung durch islamische Kräfte Herr zu werden. Ob damit der Einfluß der islamistischen Bewegung in ganz Zentralasien vorerst zurückgedrängt wurde, wie man dies besonders in Usbekistan hofft, bleibt abzuwarten. Ebenso wie man Zentralasien nicht als monolithische Einheit sehen darf, ist auch der Islam keineswegs einheitlich ausgeprägt, in Usbekistan ist er wesentlich bedeutender als in Kasachstan und Kirgistan. Auf jeden Fall ist die Wirkung Irans geringer als im Westen angenommen; zumindest für Tadschikistan ist der Einfluß afghanischer Fundamentalisten wichtiger.

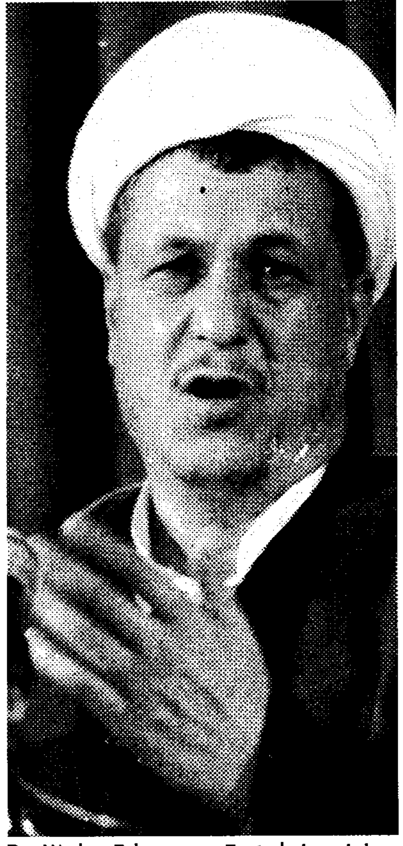
Als wirksamste Kraft im Streben nach Unabhängigkeit hat sich nicht der Islam, sondern der ethnische Nationalismus erwiesen. Dieser Nationalismus artikuliert sich in erster Linie auf der Basis der vom Sowjetregime künstlich geschaffenen Republiken und ist heute die Ursache für die gewaltsamen ethnischen Konflikte. Umstrittene Grenzen und Minderheitenprobleme bilden angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs reichlichen Konfliktstoff für die nächsten Jahre.

Die Rückkehr Aserbaidschans und der zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan in die islamische Welt verändert zwangsläufig deren inneres Gleichgewicht. Der Türkei und Iran, in abgeschwächter Form auch Pakistan, eröffnet sie neue wirtschaftliche und politische Perspektiven, z.B. den Aufstieg zu neuen Regionalmächten.

Auch wenn die Führungen beider Staaten ihre Rivalität herunterspielen, ist es unverkennbar, daß zwischen ihnen ein Rennen um Einfluß eingesetzt hat, das durch die latenten Spannungen zwischen Ankara und Teheran zusätzliche Brisanz erhält. Es ist dies aber auch ein Wettbewerb der politischen Systeme, der entgegengesetzten Pole der gesellschaftspolitischen Entwicklungskonzepte der islamischen Welt: auf der einen Seite die laizistische Demokratie Kemal Atatürks, die sich am Westen orientiert, auf der anderen Seite die antiwestliche Islamische Republik Ayatollah Khomeinis.

Die Türkei im Wettlauf mit dem Iran

Daß sich die turksprachigen Republiken am politischen Modell der Türkei orientieren, hatte sich schon vor der Erlangung der Unabhängigkeit abgezeichnet, wobei naturgemäß die ethnische und sprachliche Verwandtschaft eine Rolle, wenn auch nicht die



Das Werben Teherans um Zentralasien wird hierzulande mit Sorge beobachtet

wichtigste, spielt. Zwar richtet sich das persischsprachige Tadschikistan stärker zum Iran aus, ein islamischer Staat nach iranischem Modell wurde aber auch bisher von der islamischen Opposition nicht angestrebt. Daß ein Export der islamischen Revolution von den überwiegend säkularistisch geprägten Eliten in Zentralasien und besonders Aserbaidschan und von der an der Macht gebliebenen kommunistischen Nomenklatura abgelehnt wird, wird auch in Teheran eingesehen.

Wirklich ernst mit der Verwirklichung des laizistischen, demokratischen Modells ist es bisher allerdings nur Aserbaidschan, wo türkische und iranische wie auch russische Interessen am heftigsten aufeinanderprallen. Es war der blutige Einmarsch der Roten Armee am 20. Januar 1990 in Baku, der deutlich machte, daß sich das Gesicht der Region von nun an verändern sollte. Als unter dem Vorwand, die armenische Bevölkerung Bakus schützen zu wollen, sowjetische Panzer gegen unbewaffnete Menschen vorgingen und 130 Opfer zu beklagen waren, ging eine Welle der Solidarität mit dem aserbaidschanischen Volk durch die türkische Öffentlichkeit. Ein empfindlicher Nerv war getroffen worden. Jahrelang durch die europäische Zurückweisung in ihrem Selbstwertgefühl gekränkt, fand die türkische Bevölkerung in der Wiederentdeckung der Verbundenheit mit den "Auslandstürken" der Sowjetunion ein Gefühl neuer Bedeutung und Stärke.

Nach der Machtübernahme durch die Volksfront ist die Bindung Aserbaidschans an die Türkei noch enger geworden; in der Folge des armenisch-aserbaidschanischen Krieges ist die Türkei zur Schutzmacht und zum internationalen Fürsprecher Aserbaidschans geworden. Gerade im mehrheitlich schiitischen Aserbaidschan ist der politische Einfluß Irans äußerst gering, während man die Beziehungen Teherans zum christlichen Armenien als gut bezeichnen kann. Folgende Gründe für diese Spannungen können angeführt werden:

1. Teheran fürchtet den pantürkischen Nationalismus, weniger aus Gründen der Konkurrenz bei der Einflußnahme in den neuen Staaten als vielmehr aus innenpolitischen Gründen.

2. Ein Überspringen des nationalen Funkens auf die 20 Mio. iranischen Aseris könnte Iran von Grund auf erschüttern.

3. Die türkisch-aserbaidschanische Allianz im Verein mit den USA sieht man als eine Hauptbedrohung der iranischen Interessen.

Tatsächlich sind die Türkei und die USA übereingekommen, durch ihre Kooperation in Zentralasien das politische Gleichgewicht zu halten sowie die Annäherung der neuen Staaten an den Westen über die Brücke Türkei zu bewirken und den iranischen Einfluß einzudämmen. Die Bedeutung dieser Brückenfunktion der Türkei, in Teheran als Instrumentalisierung des panturkistischen



Die gemeinsame Grenze der Türkei und Aserbaidschans (Teilrepublik Nachitschewan) ist gerade zwölf Kilometer lang

Traumes eines "Großturkestan" gegen die islamische Revolution charakterisiert, ist zu einem bestimmenden Element der Türkei-Politik der NATO geworden.

Auch im Westen wird diese Politik nicht von allen Experten befürwortet, da der Iran durch sie noch weiter in die Isolation getrieben werden könnte, was den radikalen Kräften in Teheran zugute kommen würde. Eine Gefahr liegt auch in der Zusammenarbeit chauvinistischer Kräfte in der Türkei und Aserbaidschan (Graue Wölfe). Extreme Panturkisten sind jedoch in beiden Ländern eine Minderheit, wenn auch eine einflußreiche und lautstarke. Gegen eine risikoreiche, vom türkischen Nationalismus bestimmte Außenpolitik spricht, daß die Türkei in ihrer Zentralasienpolitik auf Zusammenarbeit und finanzielle Unterstützung durch den Westen angewiesen ist, und sich zum anderen keinen gefährlichen Konflikt mit Rußland leisten kann und will. Der moderne Panturkismus ist heute nicht mehr ein politisch expansionistischer, sondern in erster Linie ein kultureller und wirtschaftlicher Panturkismus.

Auch das türkische Wirtschaftsmodell wurde von den Führungen der Turkrepubliken zum Vorbild erklärt. Während man die Türkei als erfolgreiches Industrieland sieht, hat das iranische Modell keine Anziehungskraft, sondern gilt als gescheitert. Dagegen erscheint das türkische Modell nachvollziehbar, da es der Türkei unter den Gegebenheiten einer autoritären Demokratie gelang, sich von einem unterentwickelten Land zu einem Exportland zu entwickeln, wobei auch heute noch beträchtliche Teile der Wirtschaft vom Staat gelenkt werden. Von der Türkei erwartet man die Vermittlung westlichen Kapitals und moderner Technologie, was bisher allerdings erst in geringem Umfang realisiert wurde. Die Türkei ist eher als Iran in der Lage, beim Aufbau von Handelsstrukturen, bei der Errichtung eines Bankensystems sowie beim Aufbau von Infrastruktur, in erster Linie der Telekommunikation, behilflich zu sein.

Der Türkei kommt dabei das erwachte nationale Bewußtsein in Aserbaidschan und Zentralasien zugute, das Bewußtsein, der großen Familie der Turkvölker anzugehören. In Zentralasien, besonders aber in Aserbaidschan werden türkische Delegationen und Geschäftsleute auch nach inzwischen eingetretenen Irritationen immer noch mit familiärer Herzlichkeit aufgenommen. Mit einem Aserbaidschaner kann sich ein Türke fließend, mit einem Usbeken gebrochen verständigen. Für türkische Geschäftsleute ergibt sich allerdings das Problem des Transportes. Aufgrund von Sicherheitsproblemen kann man durch Georgien und Armenien keine Güter transportieren, die Straßen durch Iran sind für türkische Transporte auch nicht nutzbar. In den geographischen Gegebenheiten liegt der Vorteil Irans gegenüber der Türkei. Mit Aserbaidschan und Turkmenistan hat man gemeinsame Grenzen, durch das Kaspische Meer ist man mit diesen ebenso wie mit Kasachstan verbunden. Dagegen besitzt die Türkei keinen direkten Zugang zu Zentralasien. Es gibt lediglich eine zwölf Kilometer lange Grenze mit Nachitschewan, einer zu Aserbaidschan gehörenden Republik, die jedoch von Aserbaidschan durch einen armenischen Korridor getrennt ist.

Blicke in andere Richtungen

Obwohl das türkische Wirtschaftsmodell - vom Westen empfohlen und gefördert - noch immer als das wichtigste Vorbild angesehen wird, schauen die neuen Staaten auch in andere Richtungen. Während für Kasachstan und Kirgistan der wirtschaftliche Erfolg Südkoreas attraktiv erscheint, scheint sich Usbekistan, das bevölkerungsreichste Land Zentralasiens, das von den zentralasiatischen Staaten die engsten Beziehungen zur Türkei aufgenommen hat, neuerdings an

den autoritären Gesellschaftskonzeptionen Asiens zu orientieren. China und Indonesien stellen, so Präsident Kerimow, weitere für Usbekistan relevante Entwicklungsmodelle dar. Das türkische Modell mit seinem ungleichen Wachstum und seiner hohen Inflationsrate scheint für schnelle Erfolge doch nicht so geeignet zu sein, darüber hinaus erscheint das Experiment mit der Demokratie dem diktatorischen Regime Usbekistans zu gewagt. China z.B. will auch die ökonomische, nicht aber die politische Initiative stärken. Auch das indonesische Modell verspricht zugleich ökonomischen Erfolg und politische Stabilität, eine aufstrebende Wirtschaft auf der Grundlage autoritärer Herrschaftsstrukturen. Während die Türkei das Tor zum Westen ist, könnte Indonesien das Tor zum Osten werden. Zumindest will man sich alle Türen offenhalten.

Ein weiterer Grund, einen großen (russischen) Bruder nicht durch einen neuen (türkischen) zu ersetzen, liegt in den begrenzten Hilfsmöglichkeiten der Türkei aufgrund eigener Wirtschaftsprobleme.

Wie der Iran ist die Türkei nicht in der Lage, sämtlichen Wünschen nach Kapitalhilfe und Investitionen nachzukommen. Erwartungen nach der Formel "Was Westdeutschland für Osteuropa, ist die Türkei für Zentralasien" müssen zwangsläufig enttäuscht werden. So ist nach nicht eingehaltenen oder nur langsam verwirklichten Versprechungen inzwischen eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Angesichts der immensen Probleme sucht man Hilfe von allen Seiten. Jedoch kann auch ausländische Hilfe den wirtschaftlichen Zusammenbruch und die tägliche Verschlechterung der Lebensbedingungen nicht aufhalten. Dazu kommt, daß aufgrund der fehlenden Infrastruktur, der unsicheren politischen Situation und der ungenügenden gesetzlichen Garantien erst wenige ausländische Unternehmen zu Investitionen bewegt werden konnten. Das gilt gerade auch für türkische und iranische Investoren.

Wegen seines Rohstoffreichtums hat Kasachstan (Erdöl, Kohle) bisher das meiste ausländische Kapital angezogen. Auch Turkmenistan (Erdgas) und zum Teil Aserbaidschan (Erdöl) haben wegen ihrer Energievorkommen bessere Aussichten als die armen Länder Tadschikistan und Kirgistan, die im Energiesektor auf Einfuhren angewiesen sind, während in Usbekistan die Erdölvorkommen zur Deckung des Eigenbedarfs reichen.

Trotz der vielbekundeten Absicht, marktwirtschaftliche Verhältnisse einzuführen, sind wirkliche Transformationen des Wirtschaftssystems bisher wenig zu erkennen. Dies gilt auch, wenn auch in geringerem Maße, für Kasachstan und Kirgistan, wo man sich deutlich um die Verwirklichung von Privatisierungsprogrammen bemüht, bisher aber in der Bevölkerung wenig Resonanz gefunden hat. Bei der in Angriff



Die Türkei kann für Zentralasien nicht die Rolle spielen, die Westdeutschland für Osteuropa spielt

genommenen Landreform geht es allerdings nicht um eine Privatisierung des Bodens. Dieser bleibt Staatseigentum, das verpachtet wird. Die usbekische Führung schreckt vor Maßnahmen, die eine weitere Verschlechterung der Lebensverhältnisse und politische Unruhe nach sich ziehen würden, zurück. Aserbaidschan plant eine Bodenreform, wegen des Krieges mit Armenien steht sie aber nicht auf der Tagesordnung. In allen Fällen scheitern konsequente Reformen noch an den alten Machtstrukturen auf Regionalebene.

In allen Republiken ist die Industrie- und landwirtschaftliche Produktion im letzten Jahr deutlich zurückgegangen, 80% der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze; der Außenhandel muß aufgrund des Devisenmangels mit Rohstoffgütern abgewickelt werden.

Eine unabhängige Wirtschaftspolitik der neuen Staaten ist wegen ihrer strukturpolitischen, kolonialistischen Ausrichtung auf das ehemalige Zentrum und die ehemaligen Sowjetrepubliken nicht möglich. Die veralteten Produktionsanlagen sind von der russischen Zulieferindustrie abhängig, wobei viele dieser Verbindungen durch die Unabhängigkeit zerstört wurden. Bis zuletzt hatten die Führungen der zentralasiatischen Republiken versucht, die Union zu retten.

Iranische und türkische bilaterale Wirtschaftsaktivitäten in Zentralasien

Mit allen zentralasiatischen Staaten hat Iran intensive Handelsbeziehungen aufgenommen, wobei die direkt angrenzenden Länder Aserbaidschan und Turkmenistan - zwischen ihnen und Iran blüht ein reger Grenzhandel - und Tadschikistan von besonderer Bedeutung sind.

Aufgrund der ethnischen und sprachlichen Nähe legen Iran und Tadschikistan besonderes Gewicht auf den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Kooperation. Iran gewährte Tadschikistan einen Kredit in Form von materiellen Produkten im Werte von $ 50 Mio. für den Aufbau einer Leichtindustrie unter Verwendung iranischer Technologie.[1] Unter der Bezeichnung "Tajiran" wurde im Rahmen eines Wirtschaftsabkommens ein gemeinsames Unternehmen mit Sitz in Duschanbe gegründet, das die Zusammenarbeit zwischen beiden koordinieren soll.

Obwohl Turkmenistan sich am säkularisierten Modell der Türkei orientieren will, hat es die engsten Beziehungen zum Nachbarn Iran aufgenommen. Auf der Grundlage von im Februar 1992 geschlossenen Abkommen über Kultur- und Handelsaustausch sind die Beziehungen rein ökonomischer Natur ohne ideologischen Ballast.

Trotz der gespannten Situation zwischen Teheran und Baku ist Iran für Aserbaidschan der wichtigste Handelspartner (36% des aserbaidschanischen Außenhandels). Durch die Verbesserung der Infrastruktur sollen diese Beziehungen weiter ausgebaut werden. Ebenso wie mit Turkmenistan und Kasachstan wurde Zusammenarbeit auch auf dem Energiesektor vereinbart. (Pro Jahr sollen 300 Mio. Kubikmeter Erdgas gegen 100.000 Tonnen aserbaidschanisches Öl getauscht werden).[2]

An den türkischen Wirtschaftsbeziehungen beteiligt ist die staatliche türkische Export- und Importbank (Eximbank), die bei der Errichtung einer Central Asian Bank mitarbeitet. Von den von der Eximbank garantierten Krediten im Werte von $ 1.200 Mio. für die GUS-Staaten, die beim Besuch von Ministerpräsident Demirel im April/Mai 1992 in den neuen muslimischen Staaten versprochen wurden, sollen dringende Importe finanziert werden.[3] Die Zusammenarbeit türkischer und amerikanischer Unternehmen wird koordiniert vom Turkish-American Cooperation Council, während eine führende Rolle bei der Errichtung von jointventures die Medsan Holding in Istanbul spielt, die an der Organisierung von 60 joint-ventures beteiligt sein soll, die insge-

samt $ 2 Mrd. auf der Grundlage von Tauschhandel beinhalten.[4]

Mit Aserbaidschan wurden die wirtschaftlichen Kontakte schon 1990 intensiviert, als der Türkei die Lieferung von 5 Mio. Tonnen Erdöl pro Jahr zugesagt wurden. Geplant ist der Bau einer Pipeline von Baku ans Mittelmeer. Die hochgesteckten politischen und wirtschaftlichen Erwartungen Aserbaidschans an die Türkei haben ihren letzten Niederschlag in sechs Verträgen gefunden, die beim Besuch Präsident Elçibeys Anfang November 1992 geschlossen wurden. Sie sehen Kooperation in den Bereichen Wirtschaft und Handel, Verkehr, Infrastruktur, Tourismus, Wissenschaft, Technologie und Erziehung vor.

Während über den Verlauf einer Pipeline von Kasachstan ans Schwarze oder ans Mittelmeer - die Türkei bevorzugt eine Verbindung über Aserbaidschan - noch keine Übereinkunft getroffen wurde, wurde von der staatlichen Türkischen Petroleum Gesellschaft (40%) und der türkischen Pet Holding (10%) zusammen mit der kasachischen Nationalen Petroleum Gesellschaft (50%) ein joint-venture über die Ausbeutung von fünf kasachischen Ölfeldern vereinbart.

Turkmenistan wird in erster Linie Erdgas an die Türkei liefern. Über den Bau einer Gaspipeline über die Türkei nach Europa wurde ein Abkommen geschlossen, wobei die wahrscheinlichste Route die an der Küste des Kaspischen Meeres entlang durch Iran nach Anatolien sein wird.

Zukünftige Wirtschaftsgemeinschaften und neue Sicherheitspartnerschaften

Als eine Grundlage der verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben die Führungen in Ankara und Teheran die Erweiterung der ECO (Economic Cooperation Organization) vorgesehen. Diese 1964 zwischen der Türkei, Iran und Pakistan gegründete Wirtschaftsgemeinschaft (früher Regional Cooperation for Developement - RCD) besaß in der Vergangenheit eine eher untergeordnete Rolle. Durch die Eingliederung der zentralasiatischen Staaten soll sie eine neue Bedeutung bekommen. Beim ersten Gipfeltreffen im Februar 1992 in Teheran nahmen Aserbaidschan, Usbekistan und Turkmenistan als neue Mitglieder teil. Im November 1992 wurden auch Afghanistan, Kirgistan, Kasachstan und Tadschikistan in die Organisation aufgenommen. Beschlossen wurden Maßnahmen zur Beseitigung der Handelsbarrieren, der gemeinsamen Nutzung der Rohstoffvorkommen, des Ausbaus der Infrastruktur und der Gründung einer Investitions- und Entwicklungsbank. Vorrangige Ziele sind die Vervollständigung einer transasiatischen Eisenbahnlinie von Istanbul bis Alma-Ata, der Ausbau von Straßen, die auch die anderen



Aserbaidschan und die Türkei planen eine Pipeline von Baku bis ans Mittelmeer

Hauptstädte miteinander verbinden, insbesondere die Verbindung zwischen Iran und Turkmenistan aufgrund der wichtigen geographischen Position Turkmenistans sowie der Bau einer Gaspipeline, die turkmenisches Erdgas über Iran und die Türkei nach Europa transportieren soll.

Obwohl die neue Wirtschaftsgemeinschaft mit mehr als 220 Mio. Einwohnern den größten gemeinsamen Markt islamischer Staaten bildet, sollte man ihre Möglichkeiten nicht überschätzen. Hauptproblem dieser Gemeinschaft dürfte die Rivalität zwischen Ankara und Teheran sein. Während der iranische Präsident Rafsanjani die Gemeinschaft als eine "islamische politisch-wirtschaftliche Organisation, die sich zu einer Weltmacht entwickeln könne", ansieht, sehen die Türken sie "nicht als einen muslimischen, sondern als einen wirtschaftlichen Block".[5] Auch Pakistan betonte mehrfach die ausschließliche Kooperation zum Zwecke der wirtschaftlichen Entwicklung, eine Auffassung die auch von den zentralasiatischen Ländern geteilt wird. Besonders Turkmenistan beharrt auf seiner Eigenständigkeit - auch gegenüber der GUS -, und unterstützt nach Aussage Präsident Nijasows keine neuen "künstlichen Strukturen, die mehr politische als wirtschaftliche Bedeutung" hätten.[6] Dennoch kann man in Zukunft durch die Aufnahme der Krisengebiete Aserbaidschan, Tadschikistan und Afghanistan eine Erweiterung auf ein politisches Aufgabenfeld im Sinne Irans nicht ausschließen.

Große Fortschritte in Richtung einer regionalen Kooperation konnten von den beteiligten Staaten aufgrund ihrer unterschiedlichen Intentionen bisher noch nicht gemacht werden. Die Wiederannäherung an Rußland, die auf der Sitzung des Rates der GUS-Präsidenten am 15.Mai 1992 in Taschkent zu beobachten war, hat ihre Gründe auch in dieser Tatsache. Wichtigstes Ergebnis dieser Konferenz war die Unterzeichnung eines kollektiven Sicherheitspaktes von sechs GUS-Staaten, dem neben den vier zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan auch Rußland und Armenien beitraten. Die Eingriffsmöglichkeiten dieses Paktes sind allerdings begrenzt, denn die muslimischen Staaten würden ihrer Verpflichtung gegenüber Armenien im Krieg gegen Aserbaidschan niemals nachkommen. Hauptziel dieses Abkommens ist angesichts des Bürgerkrieges in Tadschikistan die innere Stabilität in der Region gegenüber der Bedrohung durch die islamistische und nationalistische Opposition. Angesichts der ökonomischen Krise scheint allein Rußland die politische Stabilität zu gewährleisten. Auch der gegenwärtige Trend, die Bildung neuer Allianzen auf bilateraler Ebene, das heißt vor allem bilaterale Freundschafts- und Kooperationsverträge mit Rußland, zeigt, daß man zwar nicht mehr an die Zukunft der GUS glaubt, daß aber andererseits durch die geopolitische Orientierung auf Rußland der Spielraum der Türkei und Irans für die Formierung eines neuen politischen Blocks eingeschränkt ist.

Eine ökonomische Union der turksprachigen Länder?

Auch auf dem sogenannten türkischen Gipfeltreffen auf Initiative der Türkei konnte man dies beobachten. Ende Oktober 1992 trafen sich in Ankara die Staatschefs der turksprachigen Länder (Aserbaidschan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan, Kasachstan) und gaben in der sogenannten Erklärung von Ankara in allgemein gehaltener Form ihre gemeinsamen Absichten wieder, das heißt bilaterale und multilaterale Kooperation auf dem Gebiet der Infrastruktur, ihre Verpflichtung gegenüber den Prinzipien der Demokratie, Menschenrechte, Säkularismus und Marktwirtschaft sowie Zusammenarbeit im kulturellen, insbesondere im sprachlichen Bereich.[7] Die Tatsache, daß zum ersten Mal nur die Vertreter der Staaten der türkischen Welt zusammenkamen, mag man als ersten symbolischen Schritt zu einer zukünftigen wie auch immer gearteten Einheit der Turkvölker werten. Konkrete Absprachen über die Ziele, wie sie von türkischer Seite formuliert wurden, nämlich über die Liberalisierung des Handels, Zollabbau und den Bau von Erdgas- und Erdölpipelines konnten allerdings nicht getroffen werden. Ein von türkischer Seite vorbereiteter Text über wirtschaftliche Kooperation wurde von den Präsidenten nicht unterzeichnet. Zwar wurde auch vom türkischen Außenminister unter Rücksichtnahme auf Rußland betont, daß sich die Vereinbarungen nicht gegen andere richteten, doch war es vor allem der kasachische Präsident Nasarbajew, der auf die russischen Interessen und den großen russischen Bevölkerungsanteil in seinem Lande Rücksicht nehmen mußte.

Nasarbajew und Kerimow (Usbekistan) schlossen zwar eine zukünftige politische und ökonomische Union der türkischen Welt nicht grundsätzlich aus, wandten sich aber zum jetzigen Zeitpunkt gegen jegliche

supranationale politische Mechanismen auf Grundlage ethnischer Gruppierung, da diese gegen die GUS gerichtet wären.

Der Wirtschaftsblock um das Schwarze Meer

Bei aller Bedeutung, die die Türkei den wirtschaftlichen Beziehungen mit den zentralasiatischen Turkrepubliken beimißt, sollte man nicht vergessen, daß der wichtigste Handelspartner der Türkei innerhalb der GUS immer noch Rußland ist; dies gilt übrigens auch für Iran. Realistischer und weiter fortgeschritten ist die Formierung eines Wirtschaftsblocks rund um das Schwarze Meer. Die Wirtschaftsgemeinschaft der Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres (Black Sea Economic Cooperation Zone) wurde auf Initiative von Staatspräsident Özal im Juni 1992 in Istanbul gegründet. Vorgesehen ist der Aufbau einer Freihandelszone mit Istanbul als Mittelpunkt. Die Türkei sieht sich als Brücke dieses aus ihrer Sicht natürlichen wirtschaftlichen Blocks mit einer Bevölkerung von 100 Mio. zur EG. Mitglieder sind neben der Türkei Albanien, Griechenland, Bulgarien, Moldavien, Rumänien, die Ukraine, Rußland, Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Angesichts der tiefgreifenden Konflikte zwischen einigen der Mitgliedstaaten erhofft man sich über die Wirtschaftsbeziehungen eine gewisse politische Stabilität in der Region. Langfristig soll die Gemeinschaft als Brücke zum zentralasiatischen Markt ausgebaut werden.

Als Reaktion auf die Schwarzmeer-Kooperationszone überraschte Teheran die Türkei noch am Rande der ECO-Tagung im Februar 1992 mit der Ankündigung, eine Kooperationsgemeinschaft der Anliegerstaaten des Kaspischen Meeres mit dem Zentrum Teheran zu gründen, die Zusammenarbeit in den Bereichen Schiffahrt und Fischerei vorsieht. Obwohl neben Iran, Aserbaidschan, Turkmenistan und Kasachstan auch Rußland dazugehört, ist für Teheran das Kaspische Meer damit endlich wieder zu einem "Islamischen Meer" geworden.

Perspektiven

Obwohl Iran aufgrund seiner geographischen Lage Vorteile auf dem Gebiet des Kleinhandels besitzt, ist insgesamt ein Übergewicht der türkischen Wirtschaftsaktivitäten festzustellen. Dennoch werden trotz aller politischen Distanz die wirtschaftlichen Kontakte mit Iran intensiviert und versucht, eine Balance in der Region zu halten. Das gilt in erster Linie für Turkmenistan, aber auch trotz der gespannten Beziehungen für Aserbaidschan.

Aufgrund der Bürgerkriegs in Tadschikistan und der Bedrohung der Machtposition der alten Nomenklatura ist aber auch eine Reorientierung auf den einzigen Garanten dieser Strukturen, auf Rußland mit seiner militärischen Macht zu beobachten. Der rapide Niedergang der Wirtschaft und die Verschlechterung der Lebensverhältnisse sowie die Erkenntnis, daß die Mittel der Türkei begrenzt sind, unterstützen diese Tendenz und dämpfen die anfängliche pantürkische Euphorie. Auch eine verstärkte Hinwendung an die ostasiatischen Länder ist zu beobachten. Besonders für Kasachstan und Kirgistan wird das Nachbarland China wichtiger werden. Eine andere Tendenz angesichts der Unwirksamkeit von GUS-Mechanismen und der unterschiedlichen Interessen ist die zunehmende Bilateralisierung der Beziehungen unter den GUS-Staaten. Durch die Bildung eines interrepublikanischen Koordinationsrates am 5. Januar 1993 mit dem Ziel einer einheitlichen Zoll-, Preis- und Exportpolitik, bei Verbleib in der Rubelzone, haben die zentralasiatischen Staaten (einschließlich Tadschikistans) darüberhinaus die erste Stufe auf dem Weg zu einem einheitlichen gemeinsamen Markt Zentralasiens betreten.

Eine Wirtschaftsgemeinschaft der türkischen Welt ist zwar auf lange Sicht nicht auszuschließen, in naher Zukunft jedoch nicht zu erwarten. Eher wird es vielleicht ein wirtschaftlicher Block auch unter Einschluß der übrigen islamischen Länder der Region. Mitentscheidend für die weitere Entwicklung wird der Ausgang des Machtkampfes zwischen den alten Kadern und der aus nationalistischen und islamischen Kräften gebildeten Opposition sein.

Ungeachtet dieser augenblicklichen Tendenzen ist das weitere Zusammenwachsen der etablierten islamischen Länder mit den neu hinzugekommenen nicht aufzuhalten. Ebenso wichtig wie die wirtschaftlichen Verbindungen sind die Aktivitäten im kulturellen und sozialen Bereich. So wird etwa die Entsendung von zehntausend Studenten aus den turksprachigen Staaten in die Türkei, die Ausbildung von Finanzbeamten, Managern, Diplomaten und Offizieren durch türkische Experten ihre Spuren hinterlassen. Mitentscheidend wird sein, ob die von den neuen islamischen Nationalstaaten mit Ausnahme von Tadschikistan, angestrebte Einführung des lateinischen Alphabets in den nächsten Jahren realisiert werden kann. Auf jeden Fall wird die laufende Ausstrahlung türkischer Fernsehprogramme ihre Wirkung auf Sprache und Weltbild der zentralasiatischen Völker nicht verfehlen.

Rainer Freitag-Wirminghaus

Anmerkungen:

1) The Commonwealth of Independent States. Jerusalem,June 1992. S.8.
2) Middle East Economic Digest (MEED). London, 4.Dezember 1992.
3) MEED, 30.Oktober 1992. Turkey plays for high stakes.
4) Turkish Daily News, 20. Juli 1992
5) P. Stobdan. Central Asian Regional Security. In: Strategic Analysis. New Delhi, August 1992. S. 465-485.
6) ebd.
7) Vgl. Türkiye. Istanbul, 2. November 1992.

Jürgen Zimmer, Vertreter der sogenannten 'situationsbezogenen Pädagogik', hat in den letzten Jahren mit städtischen Basisgruppen in Asien und Lateinamerika 'workshops' durchgeführt. Wir wollen einige seiner Reportagen in den 'blättern' unter der Rubrik 'Pädagogische Verwüstungen' veröffentlichen. Nach den Erfahrungen des Movimento Negro in Brasilien (blätter Nr.187 im Themenschwerpunkt Alternative Pädagogikansätze), geht es dieses Mal um Manilas Straßenkinder.

Ein Restaurant für die Straßenkinder Manilas

Recherchen in Ermita, Manilas Red Light District. Ich bin mit Victor unterwegs, einem aus einem kleinen Häuflein von Sozialarbeitern, die Dämme errichten wollen. Die Flut kommt von weit her. Es sind die customers, die Pädophilen, Sextouristen, denen Manila nach Bangkok zum zweiten Mekka wurde. Seit Francis Ford Coppola irgendwo draußen im Dschungel vor Jahren und über Jahre seinen Film 'Apocalypse now' abgedreht hat, haben Pädophile in seinem Troß die Dörfer jener Gegend umgedreht und die Kinder zu Prostituierten gemacht. Heute leben in der Metropole Manila ein paar tausend Kinder auf den Straßen, viele von der Prostitution.

September 1986

Anfahrt der Kunden in Ermita kurz nach 18.00 Uhr. Ein Junge, Diego, begrüßt Victor. Sie kennen sich. Diegos Job ist nicht die Prostitution, er hilft vielmehr Kunden aus den Autos, paßt auf die Wagen auf. Wie die Strichjungen schläft auch er auf der Straße. Er holt Ronny, einen zweiten Jungen. Wir gehen zum Essen in eine der offenen Küchen. Von hier aus läßt sich die Straße gut überblicken. "Mein Besucher kommt gleich", sagt Ronny, "er wird drüben auf der anderen Seite auf mich warten." Drüben ist ein Fast-food-Betrieb, ein Marktplatz für den Kauf und Verkauf von Liebe.

Wann sind die Zeiten schlecht und wann gut? "Am Wochenende ist bei uns rush hour." Das ist die gute Zeit, sie bringt Geld, und viel vom Geld geht an die Familien. Schlechte Zeiten sind nicht nur am Wochenanfang, sondern auch dann, wenn die Gangs der älteren Kinder von den jüngeren zu viel Schutzgelder verlangen. Was sie mal werden wollen, wenn sie älter seien und die Besucher keine Lust mehr auf sie hätten? "Ingenieur", sagt der eine. "Im Büro arbeiten", der andere. Büro: Top Management, ein Mercedes mit Bordtelefon und viel Geld. Wie sie das werden wollen? Na ja, meint Diego, vielleicht wieder zur Schule gehen.

Victor, die Jungen und ich haben eine Idee. Eine andere Schule in Ermita, eine Schule, die auf die Zeit danach vorbereitet, das ist unser Gesprächsthema für eine Stunde. Also eine Montag- und Dienstagschule aufmachen, eine mit offener Planung, eine, die an den Fähigkeiten der Kinder anknüpft, eine Schule, in der man Geld verdienen und noch etwas dazulernen kann. Das Konzept von der Productive Community School im Red Light District von Manila gewinnt erste, noch undeutliche Konturen.

Oktober 1987

Ein paar Tage später am heißen Nachmittag. Straßenkinder und Prostituierte, der Priester, Sozialarbeiter, Zuhälter und Polizisten sind unserer Einladung zu einem Workshop gefolgt, um Ideen über die Schule für die Zeit danach zu sammeln. Es ist die Geburtsstunde der Idee vom Straßenkinder-Restaurant: Schule als ein Lokal voller Leben. Die Kunden, finden die Kinder, kämen von weit her und suchten das Abenteuer. Also müsse man ihnen Abenteuerliches bieten. Essen als Erlebnis. Neben dem Restaurant, meinen die Teilnehmer, müßte es eine Artistenschule geben und im Restaurant eine Bühne. Hier könnten sie, die Kinder, Akrobatik vorführen, tanzen, singen und Theater spielen.

November 1987

Der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) liegt in Eschborn ein Antrag auf Förderung von Productive Community Schools (PCS) in den Philippinen vor. In ihnen, heißt es in dem Antrag, könnten Unternehmer von unten ausgebildet werden, Unternehmer mit soziologischer Phantasie und ökonomischem Wissen. Productive Community Schools würden sich als denkende Betriebe ihren Produkten gegenüber nicht gleichgültig verhalten, sondern in sozialer Verantwortung produzieren und sich an hoher Qualität, nicht an 'sub standards' orientieren. Sie könnten konventionellen Betrieben in der Aneignung notwendigen Wissens überlegen werden und ihre Marktchance wahrnehmen. Den Mangel an Kapital durch ein Mehr an Wissen kompensieren.

Der Satz 'the big fishes eat the small ones' ließe sich dann relativieren. Millionen kleiner Fische mit scharfen Zähnen können großen Fischen das Terrain streitig machen. Je mehr kleine Unternehmer auf dem Markt antreten, desto weniger wird es den Großen gelingen, feudale Verhältnisse zu verteidigen. Wird dies die Stunde der vielen kleinen Unternehmer, der Ökonomie von unten?

August 1991

Die GTZ braucht knappe vier Jahre, um den Antrag zu verdauen, ihn kräftig zu kürzen und die erste Rate zu überweisen. Man sei sich, meint ein wohlwollender Referent, über den Ansatz nicht einig gewesen. Drüben auf den Philippinen versucht die Association for Productive Community Schools (APCS), einen Manager für das Projekt zu gewinnen. Der Manager wird in den nächsten Monaten sein Geld kassieren und nichts bewegen. Gesucht werden besessene Erwachsene. Who will be the entrepreneur? Wer ist bereit, selbst mit den Straßenkindern zu arbeiten und diese Arbeit nicht zu delegieren? Wer nimmt das Risiko auf sich, mit Kindern ein Restaurant zu eröffnen und es gegen die zahlreiche Konkurrenz zum Erfolg zu führen? Die Investitionsmittel der GTZ reichen, zeigt sich später, nicht vorne und nicht hinten.

Februar 1992

Grand Opening am 14. des Monats. Come and dine at one of the most unusual restaurants in town, Hapag Kalinga! Der Name bedeute soviel wie caring banquet, lädt ein, sich zusammenzusetzen und füreinander zu sorgen. Es sei, heißt es im Prospekt, ein professionell geführtes Restaurant mit philippinischer und internationaler

Küche. Aber es sei mehr als das: It is a street children restaurant where children learn how to be first class entrepreneurs with social responsability.

Who will be the entrepreneur? Imee Castaneda hat den Sprung ins kalte Wasser gewagt. In ihrem bürgerlichen Zweitberuf leitet sie eine Abteilung für Business Administration im Trinity College. Jetzt ist sie fast mehr hier am Rande von Ermita als dort auf dem weiträumigen Campus. Ihr Kollegium toleriert das Projekt. Luis, Benito, Ana Liza, Eman, Julieta und Michael heißen die Kinder, die zu Unternehmern werden wollen. Sechs sind es jetzt, achtzehn sollen es bald sein.

Drei Generationen arbeiten hier zusammen: Erwachsene, die mit ihrer anfangs noch unbezahlten Arbeit dafür sorgen, daß Hapag Kalinga ohne Probelauf starten kann, Werkstudenten einer nahen Hotelfachschule und die Kinder, die nach einem Jahr die Studenten ersetzen und später das Management des Lokals übernehmen sollen. Zwischen den Öffnungszeiten am Nachmittag ist Zeit für das, was noch am ehesten an Schule erinnert. Geübt wird, wie man Bestecke richtig hinlegt, Servietten faltet, die Speisekarte erläutert, die Qualität von Obst und Gemüse, Fleisch, Fisch und Reis prüft, Rechnungen liest und nach und nach das kleine Universum rings um Hapag Kalinga erschließt. Später wird unternehmerisches Handeln im Mittelpunkt stehen, das langfristige strategische Denken, der Umgang mit Risiken und Konkurrenten. Zwar sind die Kinder keine Anteilseigner, wohl aber am Gewinn beteiligt. Sie sollen später, wenn sie Hapag Kalinga verlassen, über zumindest bescheidene Investitionsmittel für ihr eigenes mini enterprise verfügen.

Geboten werden vor allem philippinische Gerichte mit wechselnden regionalen Schwerpunkten. Panama ni Nanay, literally mother's legacy, because this is grandmother's recipe handed down through generations: pork braised in a piquant sauce of soya, vinegar, spices and a secret ingredient distinctly Hapag Kalinga. Oder: Kayamanan ng Magdaragat, Fisherman's Treasure a delicious array of the sea's bounty grilled and served with green mangoes and tiny fermented fish. Gegen den Durst gibt es von der Kalinga Serenade bis zum Kalinga Vegee Sparkler um die sechzig Getränke, darunter viele Frucht- und Gemüsesäfte. Kein Zweifel, essen und trinken kann man gut in Hapag Kalinga.

Horst Bauer, in Japan ansässiger Manager, der in Manila zu tun hat und das Lokal mehr durch Zufall und in Erwartung eines einsamen Abends betritt, erlebt, was die eigentliche Qualität dieses Restaurants ausmachen kann: daß hier nicht Kellner mit Kunden, sondern Menschen mit Menschen umgehen, daß man miteinander reden und sich wohlfühlen kann, daß die Kinder die Gäste einbeziehen, als seien sie Teil der extended family. Dies ist nicht selbstverständlich, sondern verlangt Pädagogen, die den wilden Charme der Kinder nicht so domestizieren, daß am Ende wohlerzogene Routine übrigbleibt. Gastfreundschaft ist eine Qualität, die nicht von der Höhe des Trinkgeldes abhängen darf.

Juni 1992

Viele haben in den ersten Wochen geholfen. Studenten der Freien Universität Berlin haben Böden geschrubbt, Fenster geputzt und Werbezettel nach Theaterveranstaltungen verteilt, um Nachtschwärmer anzulocken. Imee's Schwester Florita organisiert die Küche und riskiert den Konflikt mit ihrem seefahrenden Mann. Die junge Psychologin Gladys wirkt als guter Geist der Kinder, sie ist die Haus- nein eher wohl: die Lokallehrerin. William kontrolliert die Bücher und legt die Stirn in Falten. Amihan Abueva, im Vorstand von APCS und Generalsekretärin der für das Projekt unmittelbar zuständigen Salinlahi Foundation, bekniet ihren Vater, den bedeutenden Bildhauer des Landes und schon zu Lebzeiten ernannten National Artist, sich der Gestaltung von Hapag Kalinga anzunehmen und seine Freunde mitzubringen. Corazon Aquino besucht das Lokal, solange sie noch Präsidentin der Philippinen ist. Die Planungen für die East Side Story, die nicht diesen, sondern einen philippinischen Titel bekommen soll, werden aufgenommen; Francisco Feliciano, langjähriger Dirigent des Philippine Philharmonic Orchestra, will das Musical komponieren. Dirk Angelroth, neuer Leiter des Goethe-Instituts, hilft beim Druck und der Verteilung von Prospekten und bei der Beschaffung eines Klaviers.

Müssen Restaurants, mit einer nur mageren Starthilfe ausgerüstet, dem raschen Ende zusteuern? Sie müssen nicht. Die Qualität des unternehmerischen Handelns kann sich auch unter den Bedingungen der Knappheit entfalten. Also gilt es, der Vision nicht abzuschwören, die Fahnen der Gastfreundschaft hochzuhalten, authentische regionale Küche anzubieten, in der wechselnden Gestaltung des Lokals die Regionen sichtbar zu machen, Kinder als Künstler zu begreifen und nicht der Versuchung zu erliegen, schlechte cultural shows anderer Restaurants durch noch schlechtere zu imitieren.

Hapag Kalinga ist eine Station auf dem mühsamen Weg der Erkenntnis von Pädagogen dieser Welt, daß die soziale Frage nicht nur neu gestellt, sondern mit neuen Versuchen beantwortet werden muß. Nicht, indem sie Spenden sammeln, den Markt meiden und antiökonomischen Affekten anhängen, helfen sie den Armen, sondern indem sie höchstpersönlich die Ökonomie von unten mitentwickeln und Zugänge zum Markt durchsetzen.

Imee Castaneda ist das Herz und die Seele von Hapag Kalinga. Oft lastet ein Packen grauer Sorgen auf ihrer Seele. Mag sein, daß die nächste Katastrophe gerade eingetroffen ist. Imee weiß, daß ein Lernen in Unsicherheit nicht im rettenden Hafen münden muß. Oft ist das Lokal gähnend leer, wirkt der Kampf um die Kunden aussichtslos, drücken die Mietschulden. Dann wieder pulsiert das Leben, ist die Welt in Ordnung, wirkt Hapag Kalinga, als sei es immer schon ein Treffpunkt vieler freundlicher Menschen gewesen.

Die Kinder sind das Prinzip Hoffnung. Kein Kulturschock hat sie getroffen. Ihre Schule ist wie Theater und Kino zugleich. Nur sitzen sie nicht und schauen zu, sondern gestalten die Rollen selbst. "There might be some facial scars", schreibt Nancy T. Reyes, "a few crooked teeth (or some missing), pockmarks on the legs, and telling marks of manual labor from the roughness of their hands. Not talent material for a McDonald's commercial. But take a second look. You might catch a confident smile, a responsive nod, and an emerging cheerful disposition. The sparkle in their eyes reveal the beauty of their newfound worth. What picture can ever paint that?"

Jürgen Zimmer



Sie haben noch kein Restaurant gegründet

Foto: Axel Krause/laif



Ist die "demokratische Weltrevolution" - oder schlichter: sind die weltweiten Demokratisierungstendenzen unaufhaltbar? Das Fragezeichen steht realistischerweise nicht nur hinter einigen Beiträgen in dem Sammelband **Perspektiven der Demokratisierung in Entwicklungsländern.** Vor allem Rainer Tetzlaffs Einleitung und die Zusammenfassung einer gemeinsamen Diskussion der Autoren mit Dieter Nohlen lassen deutliche Skepsis erkennen. Zwar scheint das Konzept der pluralistischen Demokratie in weiten Teilen der Welt in nicht gekanntem Ausmaß normative wie faktisch-formale Anerkennung gefunden zu haben, doch eröffnen sich damit noch keineswegs automatisch völlig neue Perspektiven. Vielmehr wird der ganze Komplex der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen (Weltmarktordnung, Handelshemmnisse, Verschuldung etc.) eher als problematisch vor allem in seiner Rückwirkung auf in die jüngste Zeit eröffnete Demokratisierung gesehen.

Ein weitreichendes Spektrum der verschiedenen Schwierigkeiten (neben wirtschaftlichen auch kulturelle), die dem "globalen Trend" zur pluralistischen Demokratie entgegenstehen, spricht der Herausgeber in seiner Einleitung an. Die Beiträge zu verschiedenen Ländern dreier Kontinente dokumentieren auch in längerfristiger Perspektive die widersprüchlichen Prozesse der Konsolidierung einer Demokratie in Entwicklungsländern. Allerdings werden dabei die einzelnen Autoren nicht immer den einleitenden Ansprüchen gerecht, die "sozialen Trägergruppen" der Demokratisierung (und ihre Gegner) in den Vordergrund der Betrachtung zu stellen. Auch manches Urteil, etwa über die Entwicklungen in Lateinamerika, scheint inzwischen überholt und der Entstehungszeit des Buches geschuldet, das aus einer Ringvorlesung an der Hamburger Universität 1990 hervorgegangen ist. Tatsächlich ist die Grundtendenz des Buches als eine Warnung vor voreiligen Urteilen im Zusammenhang mit Demokratisierungsprozessen und ihrer Konsolidierung zu verstehen. Probleme der "politischen Konditionalität" und der "nationalen Souveränität", wie sie seither im entwicklungspolitischen Kontext diskutiert werden, sind in dem Sammelband noch nicht thematisiert.

Rainer Tetzlaff (Hrsg.): Perspektiven der Demokratisierung in Entwicklungsländern; Schriften des Deutschen Übersee-Instituts Nr.13, Hamburg 1992, 287 Seiten, DM 28,-



Seit 1991 ist eine Region der sogenannten 'Dritten Welt' in die Schlagzeilen der Medien gerutscht, die zuvor eher stiefmütterlich behandelt wurde: Das Horn von Afrika. Befreiung von Despoten, wie Mengistu oder Barre, das Auseinanderfallen von Staaten und daran anschließend tribalistische Konflikte, Hungerkatastrophen ohne Ende, aber auch die neue Hoffnungsregion Eritrea geraten zunehmend in das Blickfeld der entwicklungspolitisch interessierten Öffentlichkeit.

Dem Informationsdefizit über die Staaten Äthiopien, das bald unabhängige Eritrea, Somalia und Djibouti Abhilfe zu verschaffen; diesem Ziel hat sich Volker Matthies in seinem vorliegenden Buch verschrieben. Bereits im Vorwort wird klar: Der Autor will nicht kleckern, sondern klotzen. Er möchte "auf elementare Weise zur Kenntnis und zum Verständnis" der Region beitragen. Bevor man jedoch in den eigentlichen Text eingestiegen ist, fragt man sich allerdings, wie Matthies dieses Versprechen auf gerade einmal 120 Seiten zwischen Vorwort und Anhang einlösen will, zumal in dem dann folgenden 'Rundumschlag' - zugegebenermaßen - keiner der 'elementaren' Aspekte unter den Tisch fällt.

In einem Überblick werden die ethnische und kulturelle Vielfalt sowie die touristischen Reize ebenso thematisiert, wie die gesellschaftlich-politische Historie seit dem 'Reich von Axum' im ersten nachchristlichen Jahrhundert und die ökonomischen und ökologischen Folgen von Kriegen und Naturkatastrophen. Auch die Rolle Deutschlands (Ost wie West) bleibt nicht außen vor.

Im zweiten Teil wird dann die 'jüngere' Geschichte - separat für jedes Land abgearbeitet, wobei sich partiell inhaltliche Überschneidungen zum ersten Teil ergeben.

Am Ende der Lektüre hat der Leser den Eindruck, viel erfahren zu haben und doch wenig zu wissen.

Daß das Buch gut strukturiert und leicht verständlich ist, darf meines Erachtens nicht darüber hinwegtäuschen, daß die "Stiefkinder weltöffentlicher Aufmerksamkeit" es verdient gehabt hätten, umfassender und analytischer präsentiert zu werden. Der interessierte Leser wäre sicherlich mit einer aktualisierten Neuauflage des 1990 erschienenen Bandes 'Krisenregion Horn von Afrika' von Stefan Brüne und Volker Matthies besser bedient gewesen.

diko

Volker Matthies: Äthiopien, Eritrea, Somalia, Djibouti - Das Horn von Afrika, Verlag C.H. Beck, München 1992, 146 Seiten, DM 19,80



Im Frühjahr 1991 trafen sich im schönen östereichischen Burgenland in Schlaining, auf Einladung des Renner-Institut, etwa zwei Dutzend Politiker und Intellektuelle aus Lateinamerika, um die triste Situation der neoliberalen Wirklichkeit zu bilanzieren und Alternativen für die Zukunft zu denken. Der nun vorliegende Sammelband dokumentiert die Vorträge und Diskussionen der Tagung an denen so illustre Persönlichkeiten wie Antonio Navarro Wolff (Kolumbien), Hugo Blanco (Peru), Xabier Gorostiaga (Nicaragua) und Rubén Zamora (El Salvador) teilnahmen. Hinzu gesellten sich einige östereichische und deutsche Lateinamerika-expertInnen.

Das Treffen steht im politischen Rahmen des Foro de Sao Paulo, das ein Mitte-Links-Spektrum lateinamerikanischer Bewegungen abdeckt und sich seit 1990 trifft, um der vorherrschenden Politik Alternativen entgegensetzen zu können, die aus einem "kühnen Pragmatismus" (Gorostiaga) heraus entstehen sollen.

Übereinstimmung herrschte darüber, daß die neoliberalen Prinzipien in Lateinamerika zum Scheitern verurteilt sind, da erstens die Lehrbuchvorstellungen zu klassischen Marktmechanismen in einem Land wie El Salvador "reine Phantasiegebilde" (Zamora) sind und zweitens staatliche Regulierungsmöglichkeiten, die ein potentieller gesellschaftlicher Aufschwung benötigen würde, laufend abgebaut werden. Allesamt mehr oder weniger bekannte Einschätzungen und berechtigte Anklagen gegen neoliberale Positionen, die hier nochmals gut zusammengefaßt werden. An den Punkten, wo es spannend wird, offenbarte sich allerdings die bekannte Ratlosigkeit, die in Europa und Lateinamerika vorherrschend ist.

Zwei Beispiele: Da wird zwar immer wieder betont, daß allein aus ökologischen Gründen der Entwicklungsweg der Industrieländer nicht universell werden kann. Gleichzeitig prägen den ökonomischen Diskurs, auch in Schlainig, Theoreme wie "Wettbewerbsfähigkeit Lateinamerikas" und "Integration in den Weltmarkt".

Aus Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben die Linksparteien gelernt, daß nur ein Bündnis zwischen den fortschrittlichen Wahlparteien und den aufkommenden sozialen Bewegungen die katastrophalen Fehler der Vergangenheit verhindern hilft. Dies aber laufend mit dem Topos der "zivilen Gesellschaft" (Blanco) zu belegen ist bedenklich. Da man genau in die realpolitische Falle läuft die der "Gründer" des Begriffs Antonio Gramsci vermeiden wollte. Das Beispiel Osteuropa zeigt zudem wie schnell der Begriff hochgejubelt und zwei Jahre später wieder begraben wurde.

Was tun? steht so weiter auf der Tagesordnung. Und die Euphorie der Veranstalter, "daß Schlaining selbst zum Symbol für den Beginn eines nachhaltigen Reflexionsprozesses werden würde, an dessen Ende eine historische Wende im politischen Prozeß Lateinamerikas erwartet wird" muß wohl etwas gedämpft werden.

gelu

Herbert Berger/Leo Gabriel (Hrsg.): Alternativen zum Neoliberalismus in Lateinamerika; Passagen Verlag, Wien 1992, 265 Seiten, DM 39,80.



Faschismus betrifft nicht nur den Anderen. Für faschistische Verhaltensmuster sind wir alle anfällig. Wer das begreift, hat es leichter, faschistischen Tendenzen zu widerstehen. Um der wachsenden Unsicherheit, wie dem Problem des zunehmenden Rassismus unter Jugendlichen zu begegnen sei entgegenzutreten, hat der Verlag an der Ruhr unter dem Motto "Es brennt!" eine Mappe mit Spielen, Anregungen für Gespräche im Unterricht, Projektbeschreibungen und einem Buch herausgegeben. Mit dem Buch "Die Welle" von Morton Rhue , werden Voraussetzungen für die Alltäglichkeit rassistischen Denkens analysiert.

Die Materialien sind in der Schule oder in der Fortbildung einzusetzten. Die gut gegliederten vierzig Arbeitsbögen der Mappe bereiten auf das Lesen des Buches vor. Die SchülerInnen können nachvollziehen, wie leicht es ist, selbst zu blinder Gefolgschaft im Gefühl eines "mächtigseins in der Gruppe", verführt zu werden. Die Materialsammlung bietet so denjenigen Lehrenden, die über das blanke Entsetzen über die zunehmende Gewalt gegen Fremde hinaus kommen wollen einen sinnvollen Ansatzpunkt, wie man mit konkreter Antifaschismusarbeit in der Schule beginnen kann.

Seidler/Wagner: Die Welle und andere Bewegungen; Verlag an der Ruhr, Mühlheim/Ruhr 1992, A4, 70 Seiten, DM 30,-



Zeitschriften mit dem Anspruch, Debatten innerhalb der radikalen Linken voranzutreiben, sind heutzutage nicht gerade populär. Umso erfreulicher, daß von zwei Projekten berichtet werden kann, die sich jenseits der gegenwärtigen Tendenz fürs Machbare, sprich für die Realpolitik, einer Neubestimmung linker Theorie und Praxis verschrieben haben.

Die "Bahamas" entstand als internes Zirkular der Gruppe K - zum großen Teil ehemalige Mitglieder des KB - die bis Juli 1992 den "ak" (ehemals Arbeiterkampf) mitherausgaben. Nach dem Bruch mit dem KB, der immer mehr zu einem Fanclub der PDS verkam, hat sich die Gruppe K nun der "radikalen Deutschland-Kritik, dem Antinationalismus" sowie der "theoretischen Aufarbeitung der Imperialismustheorie, des Antisemitismus und der Kritik des 'traditionellen Marxismus'" verschrieben. Die erste Ausgabe trägt den programmatischen Titel "Zur Hölle Deutschland" und auch wer die von ihnen prognostizierte Entwicklung hin zu einem expansiven, großdeutschen Reich gewagt findet, bekommt darauf einen lesenswerten Überblick über die Diskussionen der radikalen, antinationalen Linken.

"Arranca" - im Spanischen etwa "leg endlich los" - heißt die aus der Berliner Gruppe "FeLS" (Für eine Linke Strömung) entstandene Zeitung. Die Gruppe, deren Vergangenheit im autonomen Spektrum zu verorten ist kritisierte in verschiedenen Beiträgen die Politikunfähigkeit der Szene. Und Nomen est Omen: die Nullnummer behandelt - neben einem breitangelegten Kulturteil - schwerpunktmäßig die Organisationsdebatte innerhalb der Linken; weitere Hefte zur "Erfahrungsvermittlung in der Linken, antifaschistischer Politik und der Geschichte des bewaffneten Kampfs sind in Planung. Ihr Ziel ist, jenseits reiner Flugblattsammlungen à la "Interim", ein Forum für theoretische Auseinandersetzungen zu bieten und gegen den linken Gedächtnisschwund zu arbeiten. Allerdings mutet es schon sonderbar an, daß die Organisationsdebatte ohne eine Bestimmung dessen, was organisiert werden soll, zum ersten Themenschwerpunkt erkoren wird. Für die HerausgeberInnen scheint es ein rein technisches Problem zu sein, daß die Linke die "Definitionsmacht" (Vorwort) verloren hat - Inhalte der Organisierung kommen in diesem Heft jedenfalls nicht zur Sprache.

CP

Gruppe K (Hrsg.): Bahamas; Hamburg 1992. Bestelladresse: Karolinenstr. 21 Hs. 2, 2000 Hamburg 36. Erscheint dreimal im Jahr, Einzelpreis DM 6,-

FeLS (Hrsg): ARRANCA; Berlin 1993 Bestelladresse: FeLSc/o LAZ, Crellestr. 22, 1000 Berlin 62, erscheint drei bis viermal im Jahr, Einzelpreis DM 6,-



Gegen Rassismus, Für eine BürgerInnen- und Menschenrechtsbewegung in Deutschland heißt eine Broschüre, die vom Kölner Appell herausgegeben wurde. "Schafft zwei, drei... viele Tausend Initiativen gegen Rassismus" ist das Motto auf dem Rückumschlag. Praktische Fragen zur antirassistischen Politik werden beantwortet. Dies ist ohne Frage eine Lücke in der Masse der Veröffentlichungen zu Rassismus und Anti-Rassismus. Die vielen Menschen, die in den letzten Monaten mit Kerzen auf den Straßen standen, sollen ermutigt werden neue Organisations- und Aktionsformen zu finden. Die Spannbreite der Anregungen und Tips reicht von Fragen der Finanzierung über Aktionstips zu Beispielen von Gruppen, die vorgestellt werden. Zudem macht eine umfangreiche Adressen- und Materialliste die Broschüre zu einem äußerst praktischen Handbuch.

Kölner Appell e.V. (Hrsg.): Gegen Rassismus und Gewalt. Für eine BürgerInnen- und Menschenrechtsbewegung in Deutschland; Edition der Andere Buchladen Köln, Köln 1993, 87 Seiten, DM 12,- (incl. Versand).



Die Bundeskoordination gegen Lager und Abschiebung hat eine Broschüre mit dem Titel "Fight racism!" herausgebracht. Dahinter verbergen sich Einschätzungen und Erfahrungen mit den neuen Sammellagern. Neben einem einleitenden Thesenpapier und einem Aufruf der Bundeskoordination werden beispielhaft die Bedingungen in den "Zentralen Anlaufstellen" beschrieben. Die Berichte, u.a. aus Hamburg, Bremen, Köln, Tambach-Dietharz (Thüringen) und Reutlingen, belegen, daß mit der Verabschiedung des neuen AsylVfG die rigiden Verordnungen und die Entrechtung eine Systematik angenommen hat, die nur noch als bewußte und eklatante Mißachtung der Menschenrechte bezeichnet werden kann. Die Dokumentation hat 47 Seiten und kostet DM 5,- (ohne Porto).

Bestelladresse: Anti-Rassismus-Büro, Sielwall 5, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/706444

Vom Antizionismus zum Antisemitismus

Gerade in den ehemaligen realsozialistischen Ländern, die nach außen einen programmatischen Antifaschismus und Internationalismus vertraten, erstaunt das neue "Völkererwachen", samt seinen antisemitischen Implikationen. Die Erklärungen für die Aktualität der antisemitischen Bewegungen beschränken sich - insofern sie überhaupt die Frage nach dem "Warum" stellen - auf das Konstatieren eines latenten "Antijudaismus" der osteuropäischen Völker. Will man den aktuellen Antisemitismus nicht nur als ein traditionell vorhandenes, in Krisenzeiten stets reaktivierbares Ressentiment begreifen, ist es ratsam, die ideologischen Metamorphosen des Antisemitismus in Osteuropa unter die Lupe zu nehmen.

Léon Poliakov, Professor an der Sorbonne, ist durch seine achtbändige Geschichte des Antisemitismus - die inzwischen als Standardwerk gilt - bekanntgeworden. 1969 erschien in Frankreich ein weiteres Buch "Vom Antizionismus zum Antisemitismus", in dem er die Geschichte des Antizionismus in Osteuropa verfolgt. Im Mittelpunkt steht dabei die Affinität zwischen der antizionistischen Ideologie, die die junge Sowjetmacht im Rahmen ihrer Nationalitätenpolitik gegen den jüdischen Nationalismus formulierte, und einer antisemitischen Rethorik. Letztere gewann die Oberhand, als Stalins Doktrin des "Sozialismus in einem Land" die weltrevolutionäre Perspektive mehr und mehr in den Hintergrund drängte.

Poliakov beschreibt äußerst kenntnisreich, wie nach 1945 der Antisemitismus - der sich als Antizionismus 'tarnen' mußte, da Antisemitismus selbst als ein Relikt der reaktionären Zarenzeit angesehen wurde - zur Staatspolitik wird. Parallel zur außenpolitischen Unterstützung Israels, durch die sich die SU als antifaschistische Vorkämpferin profilieren wollte, wurde die "Kampagne gegen den Kosmopolitismus" initiiert, hinter der sich unschwer eine Kampagne gegen die Juden ausmachen ließ. Die in der Bevölkerung vorhandenen Ressentiments wurden angeheizt und zur Konsolidierung der nach dem zweite Weltkrieg ökonomisch darniederliegenden SU instrumentalisiert: Alle jüdischen Kultureinrichtungen mußten geschlossen werden, Publikationen wurden eingestellt, die meisten Mitarbeiter verhaftet. Assimilierte Juden demaskierte man als 'wurzellose Kosmopoliten'. Sie wurden unter dem Vorwand der 'Verschwörung' oder 'Spionage' verhaftet, deportiert und umgebracht. Traurige Berühmtheit erlangte der sogenannte Slansky-Prozeß. Dem tschechischen Generalsekretär wurde Waffenhilfe für Israel zum Verhängnis, die er allerdings auf Anweisung Moskaus geleistet hatte.

Zwar verschwindet nach dem Tod Stalins 1953 der Antizionismus kurzfristig aus der offiziellen sowjetischen Propaganda. Aber im Rahmen des Sechs-Tage-Kriegs initiiert die sowjetische Führung eine eigenständige Kampagne gegen den 'Zionismus'. Unter Stalin waren noch alle kapitalistischen Länder Ausgeburten des Bösen, nach 1967 avancierte Israel zur "Inkarnation der kapitalistischen Hölle"(S.69). Auch das beliebte antisemitische Stereotyp, daß letztlich die Juden selbst Schuld hätten an ihrer Vernichtung, erfreute sich zunehmender Beliebtheit. In der ukrainischen Zeitschrift Perets konnte man im Oktober 1967 lesen: "Die deutschen zionistischen Bankiers haben Hitler großzügig ihre Tresore geöffnet. .. Die Gaskammern von Treblinka wurden mit dem Geld der 'arischen' Zionisten gebaut . .. Heute könnten selbst die orthodoxesten Zionisten nicht mehr leugnen, daß die größten Verbrechen gegen die Menschheit unter Beteiligung von Zionisten stattfanden." (zit. nach Poliakov S. 90)

Was aber Poliakov letztlich zur Niederschrift der Polemik veranlaßt, ist die Reaktion der neuen und alten Linken auf den Sechs-Tage-Krieg: Wurden noch in der Nachkriegszeit die Kibbuzim gefeiert und die jüdischen Pioniere heroisiert, bildete sich nach 67 eine "antizionistische Internationale". Poliakov beschreibt diese in Frankreich; in Deutschland trägt - wie Thomas Haury in seinem Nachwort ausführt - der Antizionismus wesentlich zur Identitätsbildung einer Linken bei, die von "metropolitaner Revolutionsromantik und nationalistischen Bedürfnissen"(S.126) geprägt ist. Die Zauberformel des Antizionismus bot der Linken eine Weltanschauung, die die widersprüchliche Realität im Nahen Osten handhabbar machte: die antizionistische Rethorik ermöglichte es sauber zwischen gut und böse zur trennen; die Palästinenser wurden zum Opfer des "imperialistisch-faschistischen Staatengebildes" Israel. Israel -"die blutrünstige und machtgierige Bastion gegen die Völker"(Roter Morgen (KPD/ML 1974) oder der Zionismus - "der Feind aller Menschen" (Autonome Nahostgruppe Hamburg 1989) oder "'Israel' muß weg" (Interim 1992): Die antisemitischen Implikationen streitet ein großer Teil der antiimperialistischen Linken auch heute noch ab.

Auf diesen sich seit 1967 herausbildenden "revolutionären Antisemitismus" aufmerksam zu machen, ist ein Verdienst von Poliakov. Leider verdunkelt der bewußt anekdotenhaft gehaltene Text mancherlei Zusammenhänge und macht es schwer, den roten Faden zu finden. Ohne KennerIn der sowjetischen Geschichte zu sein, gelingt es kaum, die verschiedenen Entwicklungsstränge, Personen und Ereignisse zusammenzubringen. Dies mag zum Teil an Arbeitsweise und Stil liegen; zum Teil ist dies auch Poliakovs theoretischem Ausgangspunkt geschuldet. Er begreift den modernen Antisemitismus nicht als integrale "Alltagsreligion" kapitalistisch-etatistischer Gesellschaften. Eine judenfeindliche Tendenz zieht sich als Kontinuum durch die europäische Geschichte. Die Differenz zwischen christlich begründetem und motiviertem Antijudaismus und dem modernen Antisemitismus, der auf den abstrakten Vergesellschaftungsformen der Moderne basiert, verschwindet.

Damit formuliert Poliakov die eingangs kritisierte These des "ewigen Antisemitismus", der für ihn jedoch nicht ein spezifisch östliches, sondern ein europäisches Phänomen ist. Trotzdem wird nach der Lektüre klarer, wie in den staatskapitalistischen Staaten Osteuropas durch den antifaschistischen Gestus hindurch der Antisemitismus qua Antizionismus überlebt hat und warum es deshalb nicht verwunderlich ist, daß heute Bewegungen wie Pamjat in Rußland neuen Aufwind haben.

Christine Parsdorfer

Léon Poliakov: Vom Antizionismus zum Antisemitismus/ Mit einem Vorwort von Detlev Claussen; Ca-Ira-Verlag, Freiburg 1992, 162 Seiten, DM 18,-.

Zeit der Angst

Peruanische Gesellschaft und der "Leuchtende Pfad"

Mit "Peru: Time of Fear" liegt jetzt erstmals ein Nachschlagewerk für das Verständnis der peruanischen Politik der 80er Jahre vor. Den Autoren Deborah Poole von der "New School for Social Research" und dem ebenfalls in New York lehrenden Peruaner Gerardo Rénique ist es gelungen die wesentlichen Ereignisse und Fakten der jüngeren peruanischen Geschichte gut lesbar zu präsentieren.

Time of Fear ist eine Fleißarbeit. Die zusammengetragenen Informationen sind zwar nicht neu, aber den Autoren kommt das Verdienst zu, sie in sechs Kapiteln übersichtlich zusammengestellt zu haben. In den ersten drei Abschnitten wird das Werden des "Leuchtenden Pfades" - "Kommunistische Partei Perus" (PCP-SL) und seine politisch-militärische wie geografische Strategie sowie der von beiden Seiten, Armee wie Sendero, geführte "schmutzige Krieg" beschrieben. Für das Verständnis der von Sendero ausgehenden politischen Gewalt und des ideologischen Schematismus, der dieser zugrunde liegt, werden Originalzitate und Beispiele aufgeführt. Ärgerlich ist, daß alle Zitate ohne Quellenangabe sind.

Die Stärke der ersten Kapitel ist die beispielreiche Beschreibung des Verhältnisses Senderos zu den linken Volksorganisationen und Parteien. Gerade dies hat bei der europäischen Linken immer wieder zu Unverständnis und Fehlurteilen geführt. Time of Fear macht deutlich, daß für Sendero Polarisierung und Abgrenzung absoluten Vorrang vor Bündnis und politischer Konfliktlösung haben.

Das vierte Kapitel gibt eine kurze Zusammenfassung der politischen Geschichte Perus im 20. Jahrhundert. Stellenweise drängt sich allerdings der Eindruck einer tendenziellen Überschätzung linker Organisationen bzw. Gewerkschaften auf.

Die Kapitel "neoliberale 'Revolution'" und "Coca-Kapitalismus" greifen zwei bestimmende ökonomische Faktoren der peruanischen Gegenwart auf. Unter Einbeziehung sozio-kultureller und ethnischer Aspekte wird der Wahlsieg des derzeitigen Diktators Fujimori erläutert und werden die Brüche und Unwägbarkeiten peruanischer Politik deutlich.

Die herausragende Rolle der Koka-Wirtschaft - mit Abstand wichtigster Arbeitgeber und Produzent des wichtigsten Exportproduktes Perus - und die Bedeutung der Narcodollars analysiert das Schlußkapitel. Gut gelungen ist den Autoren die detaillreiche Beschreibung der US-amerikanischen Intervention in der Koka-Zone am Huallaga-Fluß. Wem bislang Belege für die neue alte Interventionspolitik der USA fehlten, kann hier die Fakten nachlesen.

Trotzdem weist "Manchay Tiempo" - so lautet der Titel im Quechua-Spanisch - Lücken und Schwächen auf. Dem Spannungsverhältnis zwischen Maoismus und andinen Heilsvorstellungen, zwischen Dogmatismus, Führerkult und Mystizismus wird nicht nachgegangen. Die Brutalität senderistischer Gewalt wird nicht in die Geschichte feudaler und antikolonialer Gewalt im Andenraum eingeordnet. Beispiele wie der "Pistaco-Mythos" hätten hier den europäischen LeserInnen Erklärungshilfe geben können.

Über die Ziele der PCP-SL erfährt man wenig. Lediglich die Beschreibung der zweijährigen Sendero-Herrschaft in der Zeit der "Huallaga-Republik" im letzten Kapitel läßt einige Rückschlüsse zu.

Die Schuld Senderos am wirtschaftlichen Niedergang ist von den materiellen Schäden her gesehen fast ebenso groß wie die des IWF. Aber Sendero indirekt auch noch die Schuld an der Hyperinflation Ende der 80er Jahre zuzuschreiben geht sicher zu weit.

Schwach ist die Beschreibung der sozialen Basis des Senderismus. Für die Erklärung des Zulaufes, den die Organisation gefunden hat, sind die Folgen der Agrar- und Bildungsreform während der Militärjunta unter General Velasco (1968-75) entscheidend. Die Schwächung der "gamonales", des Landadels, hinterließ ein politisch-ideologisches Vakuum, in das Sendero mit seiner Organisation eindringen konnte. Eine herausragende Rolle spielten hierbei die LehrerInnen und Jugendlichen in den Provinzen, allen voran Ayacuchos.

Die größte Schwäche ist aber die völlig unzureichende Beschreibung der Situation der Menschenrechte. Obwohl im ersten und dritten Kapitel viele Beispiele senderistischen wie staatlichen Terros genannt werden, fehlt doch ein Überblick und eine Gesamteinschätzung.

Auch diese Veröffentlichung kann sich Fujimoris Strategie, mit simplen Losungen wie "Sendero hat an allem Schuld" einen Sündenbock zu kreieren, nicht ganz entziehen. Eine Politik, die leider auch die peruanischen Menschenrechtsorganisationen getroffen und kaltgestellt hat. Menschenrechtsverletzungen werden nur noch publiziert, wenn eindeutig klar ist - und dies bestimmt die Armee - daß der oder die Beschuldigte nicht einer der beiden bewaffneten Organisationen (PCP-SL oder MRTA) zuzurechenen ist. Folgerichtig beschränkt sich die Presse, mit wenigen Ausnahmen auf den Abdruck der Militärkommuniqués. Wo kann man lesen, daß nach wie vor systematisch von den Sicherheitskräften gefoltert wird, daß täglich Menschen vor allem in den vom Militär besetzten Universitäten Lima, Hunacayo und Junin verschwinden und viele später auf Geheimfriedhöfen auftauchen? Daß nach wie vor die "impunidad" (Straflosigkeit) für Militärangehörige gilt oder daß der Großteil der Bürger- und Zivilrechte seit dem "autogolpe" (Selbstputsch) von Fujimori außer Kraft gesetzt sind? Diese Fakten hätten durchaus in die aktuelle Beschreibung, die bis zur Verhaftung des Sendero-Führers Abimael Guzman im September 1992 reicht, aufgenommen werden können.

Dem englischsprachigen Publikum, und das ist in Deutschland sicher größer als das spanischsprachige, liegt mit Time of Fear ein nützliches Nachschlagewerk vor. Bedeutung und Rolle des "Leuchtenden Pfad" wird plastisch dargestellt. Daß einige Aspekte nicht ausreichend vertieft werden und man dem Buch an einigen Stellen anmerkt, das es mit heißer Feder geschrieben wurde, ist schade, verändert aber nicht das positive Gesamturteil. Sollte es einmal zu einem deutschsprachigen Werk über Sendero und die jüngere peruanische Geschichte kommen, ist "Time of Fear" eine gute Ausgangsbasis.

Albert Recknagel

Deborah Poole & Gerardo Rénique: Peru, Time of Fear; Latin American Bureau, London 1992, 214 Seiten DM 27,80. Bezug über LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Malawi - Jetzt auch auf Demokratiekurs?

Die Ausgabe Nr. 176 der 'blätter des iz3w' vom September/Oktober 1991 beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der Demokratisierungsbewegung in Afrika. Malawi, das Land im Südosten, ist hiervon bis heute weitgehend ausgeschlossen geblieben. Noch immer steht der greise Präsident Kamuzu Banda an der Spitze des Einparteienstaates und dies nun bereits seit 1966, dem Jahr, in dem Malawi sich zur Republik erklärte.

Doch seit März 1992 ist auch in Malawi einiges in Bewegung geraten. Katholische Bischöfe prangerten erstmals öffentlich die Übel des Regimes an und in Sambia beschloß die Konferenz malawischer Exilgruppen, den Kampf für Freiheit und Demokratisierung von innen aufzunehmen. In diesem Zusammenhang erklärte sich Chakufwa Chihana, Gewerkschafter und Generalsekretär des 'Southern African Trade Union Coordination Council' bereit, die Opposition im Land zu organisieren und forderte ein Referendum über die politische Zukunft Malawis. Auch die Kirchen unterschiedlicher Konfessionen schlossen sich der Opposition an. Als wichtigstes Instrument zur Erlangung einer Mehrparteiendemokratie wurde die 'Alliance for Democracy' (AFORD) gegründet und Chihana zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

Die Regierung versucht bis heute, die Opposition durch Massenfestnahmen - zu den Inhaftierten zählt auch Chakufwa Chihana -, Drohungen und Folter einzuschüchtern. Doch die Bewegung arbeitet im In- und Ausland weiter. Das Oppositionsbündnis fordert von der malawischen Regierung die Einrichtung einer unabhängigen Wahlkommission, die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen, die Einhaltung der Menschenrechte, eine Amnestie für alle Exil- MalawierInnen sowie eine Beaufsichtigung der Wahl durch die internationale Völkergemeinschaft.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, ist die Solidarität des Auslandes besonders gefragt. Die AFORD hat bereits in Australien, Großbritannien, USA, Kanada und einigen afrikanischen Ländern Netzwerke aufgebaut, um auf die Situation in Malawi aufmerksam zu machen. Auch Deutschland hat, als eines der wichtigsten Geberländer, die Fähigkeit und die Verantwortung, auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene auf Veränderungen in diesem Staat einzuwirken.

Weitere Informationen bei:

Christiane Luckhardt
Am Frankfurter Tor 18
6450 Hanau
Tel.: 06181/252832

'Die Ärmsten sollen den Gürtel noch enger schnallen'

Der am 13. Januar vom Kabinett der Bundesregierung beschlossene 9. 'Bericht zur Entwicklungspolitik' ist auf heftige Kritik seitens der Oppositionsparteien gestoßen. Der entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ingomar Hauchler sprach von '400 Seiten lobender Selbstdarstellung':

"Der Verschuldung, dem eigentlichen Hauptproblem und zentralen Entwicklungshemmnis der Länder des Südens und Ostens, wird noch nicht einmal für Lösungsansätze ein eigenes Kapitel gewidmet. Die Schuld an den Schulden wird den Entwicklungsländern selbst zugewiesen und damit die Radikalkur Strukturanpassung über IWF und Weltbank begründet.

Beim Abschnitt 'Umweltschutz und die Ergebnisse von Rio' werden noch einmal die vollmundigen Absichtserklärungen des Kanzlers in Rio wiederholt, obwohl die Realität des Bundeshaushalts den zugesagten 0,7-Prozent-Anteil am Bruttosozialprodukt für Entwicklungshilfe mit 0,34 Prozent in weite Ferne gerückt hat. In internationalen Gremien, in denen die Bundesregierung Mitverantwortung trägt, wurde die Aufstockung der Mittel für Umweltschutz (Globale Umweltfazilität, GEF) abgelehnt. Damit entfallen auch die dafür im Entwicklungshaushalt vorgesehenen Mittel.

Die immer wieder gepriesenen Kriterien der Entwicklungszusammenarbeit (z.B. Menschenrechte, Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, Rechtssicherheit) sollten schon lange selbstverständlich für ein demokratisches Geberland sein. Wenn dies laut Bericht für die Bundesregierung erst seit Oktober 1991 gilt, wird hier indirekt bestätigt, daß die Vergabepraxis für Entwicklungshilfemittel an der politischen Opportunität ausgerichtet war.

Wie ernst die Bundesregierung Entwicklungspolitik und die dargelegten entwicklungspolitischen Grundsätze nimmt, zeigt sich an der zugesagten Wirtschaftshilfe für China. Sprangers 100-Millionenzusage für das Staudamm/Kraftwerk-Projekt Manantali, widerspricht allen gepriesenen entwicklungspolitischen Schwerpunkten und Vergabekriterien: natürliche Lebensgrundlage wird vernichtet, Menschen werden vertrieben, Armut wird nicht bekämpft, sondern die Verschuldung wächst, wirtschaftliche Entwicklung wird nicht gefördert, sondern die deutsche Industrie erhält Lieferaufträge.

In der Vorbemerkung zum Bericht heißt es, neue Akzente in der Entwicklungspolitik seien "Orientierungslinien der Entwicklungspolitik", "Förderung der privatwirtschaftlichen Entwicklung" und "Frauenförderung in der Entwicklungszusammenarbeit". Minister Spranger hat sie bei Amtsantritt verkündet. Aber auf den 400 Seiten muß man diese Akzente suchen.

Sprangers Politik gibt der Entwicklungszusammenarbeit keinen gewichtigen Stellenwert in der Politik der Bundesregierung. Er läßt es ja auch zu, daß der Anteil seines Haushalts am Gesamthaushalt bis 1996 unter zwei Prozent sinken soll."

(aus: Sozialdemokratischer Pressedienst vom 22. Januar 1993)

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft

Eines der wichtigsten Ziele der 1986 von Deutschen und Palästinensern gegründeten Organisation mit Sitz in Trier ist es, die gegenwärtige Not in Palästina zu lindern. Sie unterstützt außerdem die politischen Forderungen der Palästinenser und Palästinenserinnen nach einem eigenen Staat:" Wir glauben, man kann von der Bundesrepublik aus die Palästinenser in ihren Bemühungen unterstützen, als freie Menschen in einem eigenen Staat mit gutnachbarlichen Beziehungen zu allen Völkern im Nahen Osten zu leben", heißt es in der Selbstdarstellung der Gesellschaft.

Als Saddam Hussein während des Golfkriegs versuchte, die Palästinenserfrage für seine Zwecke zu mißbrauchen, setzte sich die Organisation wiederholt bei der Bundesregierung für ein Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ein. Im schwelenden Palästina-Konflikt sieht die Gesellschaft nicht nur eine Gefahr für den Frieden in Nahost, sondern auch für den Weltfrieden. Kontakte zwischen Deutschen und Palästinensern sollen eine Freundschaft zwischen den beiden Völkern entstehen lassen.

Die Gesellschaft veranstaltet Vortragsreihen, Tagungen und Studienreisen, die einen Einblick in die Situation der Menschen in den von Israel besetzten Gebieten geben. Sie gibt einen Info- Brief heraus und Sonderveröffentlichungen zu wichtigen Nahost-Themen. Neben einer Einzelmitgliedschaft ist auch die Mitarbeit in einer Regionalgruppe möglich. In Frankfurt, Köln, Bonn, Leer, Münster, Trier, Saarbrücken und München haben sich bereits regionale Zusammenschlüsse von Deutschen und Palästinensern gebildet. Zu dem Anliegen der Gesellschaft gehört auch die Verbesserung der Lebensbedingungen der in der Bundesrepublik lebenden Palästinenser und Palästinenserinnen.

Wiltrud Rösch-Metzler

Weitere Informationen bei der:

Deutsch-Palästinensischen
Gesellschaft e.V.
Postfach 1640
5500 Trier

Handels- und Waffenembargo gegen den Nord-Sudan gefordert

Ein totales Handels- und Waffenembargo gegen die sudanesische Regierung und den Abbruch der deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran hat der Bundesvorsitzende der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Tilman Zülch, auf einer Pressekonferenz mit nord- und südsudanesischen Oppositionspolitikern in Göttingen gefordert. Der Sprecher der Widerstandbewegung im Süd-Sudan, Costello Garang Ring Lual, berichtete, daß in dem Krieg des fundamentalistisch-islamischen Nordens gegen den christlich- animistischen Süden seit Anfang der achtziger Jahre unbeachtet von der Weltöffentlichkeit etwa eine Million Südsudanesen ermordet wurden, verhungerten oder nach Folterungen starben. Unterstützt würde dieser Völkermord vom Iran, der die Armee des Sudan mit modernsten Waffensystemen, darunter Kampfflugzeuge, ausrüste. Der Iran habe bereits 120 Panzer geliefert und entsende Militärberater in den Sudan, so Costello Garang. Das Massensterben könne nur beendet werden, wenn die sudanesische Regierung isoliert und der Iran sanktioniert werde.

Seit dem Militärputsch der fanatischen Nationalen Islamischen Front (NIF) 1989 eskalierte auch im Norden die gewaltsame Unterdrückung der gemäßigt islamischen Opposition, bestätigte Mohamed Osman Abdallah, einer der Führer des Allparteien-Oppositionsbündnisses 'Nationale Demokratische Allianz'. Inhaftierte Regierungsgegner würden reihenweise hingerichtet oder zu Tode gefoltert.

Ziel der NIF sei die Zwangsislamisierung und Arabisierung des schwarzafrikanischen Südens, sagte Zülch. In der südsudanesischen Hauptstadt Juba seien 300.000 Zivilisten von Regierungstruppen eingeschlossen. Die Militärs ließen Massenexekutionen durchführen. Tausende verhungerten oder fielen Krankheiten zum Opfer, da ihnen humanitäre Hilfe vorenthalten wurde. Ganze Regionen würden durch Massenvertreibungen entvölkert. Bereits jetzt sei jeder zweite Südsudanese auf der Flucht.

(Presseerklärung der GfbV vom 19. Februar 1993)

Kritische AktionärInnen gesucht

Wie in den Jahren zuvor werden auch 1993 die großen Hauptversammlungen der bundesdeutschen Geschäftsbanken im Mai stattfinden. Neben den 'normalen' Anteilseignern melden sich - vor allem bei der Deutschen und der Dresdner Bank - seit Jahren immer wieder sogenannte 'Kritische Aktionärinnen und Aktionäre' zu Wort. Ihnen geht es vorrangig um die moralische und politische Verantwortung der Banken, vor allem im Zusammenhang mit der internationalen Schuldenkrise.

Da die Banken - allen voran die Deutsche Bank - jegliche Kooperation in Richtung auf eine Lösung des Verschuldungsproblems ablehnen, haben sich mehrere Initiativen aus dem kirchlichen und dem Entwicklungs- und Solidaritäts- Bereich mit den 'Kritischen AktionärInnen' der Deutschen Bank zusammengetan, um die größte deutsche Geschäftsbank unter noch größeren Druck zu setzen.

In diesem Jahr findet die Hauptversammlung der Deutschen Bank am Mittwoch, den 19. Mai in Frankfurt a. M. statt.

Wer die Anstrengungen unterstützen möchte und weitere Informationen benötigt, kann sich wenden an:

Kritische AktionärInnen der Deutschen Bank
c/o K. Milke, Haakestr. 83, 2100 Hamburg 90;

Neue Geschäfte durch den Golfkrieg

Das norddeutsche Unternehmen 'Umweltschutz GmbH', eine Tochterfirma der Ruhrkohle AG, hat den Auftrag bekommen, ölverseuchten Boden in Kuwait zu reinigen. Mit ihrem Projekt 'Desertplant' will die 'Umweltschutz GmbH' zunächst 5.000 Kubikmeter Ölsande im Burgan-Ölfeld südlich von Kuwait-Stadt durch den Einsatz von Bakterien und Mikroorganismen in fruchtbaren Boden zurückverwandeln. In Kuwait ist nach Ansicht von Fachleuten durch die irakische Sprengung von Bohrstellen eine Fläche von 100 Quadratkilometern verseucht. Die Kosten für die Sanierung werden auf 300 Millionen DM geschätzt. Der Auftrag zeigt, daß die deutschen Unternehmen von ihrer Beteiligung am Golfkrieg doppelt profitieren. Nachdem sie dem Irak mit allen Mitteln bei der Aufrüstung behilflich waren, kümmern sie sich nun um die Beseitigung der Schäden.

nada

Kriegsschiffe der ehemaligen NVA für Indonesien

Anläßlich der Asien-Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl, bei der er auch Indonesien besuchte, protestierten die TeilnehmerInnen einer Konferenz von Osttimor-Solidaritäts-Gruppen, die vom 19. bis 21. Februar in Amsterdam stattfand, entschieden gegen die Absicht der Bundesregierung, 39 modernste Kriegsschiffe der ehemaligen NVA zu einem Spottpreis an Indonesien zu liefern. Mit diesem Verkauf ignoriere Deutschland nicht nur wiederholte Resolutionen der UNO-Vollversammlung, des Europaparlaments und der Außenministerkonferenz der EG, sondern stärkt gleichzeitig eines der brutalsten Regime der Region.

Auf der Konferenz, an der neben den über 50 TeilnehmerInnen von 26 Organisationen aus Europa, den USA, Kanada und Japan auch fünf Vertreter des osttimoresischen Widerstandes teilnahmen, wurde übereinstimmend festgestellt, daß sich in den letzten Monaten die Repression in Osttimor merklich verschärft habe. So wurden unzählige Widerstandskämpfer verhaftet, unter ihnen auch der Führer der Bewegung, Xanana Gusmao. Dennoch sei der militärische Widerstand, entgegen offiziellen indonesischen Meldungen, keineswegs gebrochen. So konnte beispielsweise die Befreiungsarmee FALINTIL unter ihrem neuen Führer Mau Huno reorganisiert werden. Obwohl der Krieg seit nunmehr 17 Jahren andauert, gelang es nicht, die FALINTIL zu besiegen.

Die TeilnehmerInnen der Konferenz brachten ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß die im April in Rom stattfindenden Gespräche zwischen Portugal (der früheren Kolonialmacht) und Indonesien unter der Schirmherrschaft von UN-Generalsekretär Butros Ghali Fortschritte bringen mögen, mit dem Ziel eines Referendums über die Unabhängigkeit des Landes. Der Vorschlag Ghalis, Vertreter der osttimoresischen Bevölkerung in die Verhandlungen miteinzubeziehen, stieß jedoch auf Ablehnung Indonesiens.

In diesem Prozeß ist eine weitere Lieferung von Kriegsmaterial an die indonesischen Besatzer mit Sicherheit kontraproduktiv.

(aus: Info-Blatt der Initiative für die Menschenrechte aller BürgerInnen der ASEAN-Staaten, IMBAS)

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 169, Februar/März 1993:
Aus dem Inhalt: Schwerpunkt "Die Kampagne Südströmungen stellt sich vor" * Die Frau-Privatkolonie des europäischen Mannes * Zur Lage kolumbianischer Prostituierter in Deutschland * "Ausländerinnen" in Deutschland - das Beispiel Ghanaerinnen; Gespräch: "Viele Leute meinen so viel von Migrantinnen zu wissen, im Grunde wissen sie sehr wenig", außerdem: Kampagne "Keine Lagerunterbringung von Flüchtlingen" * Tribunal: Zeugen der Anklage - Abschlußresolution * Utopiedebatte: Der Kauf entscheidet * Rubriken: Protokolle; Notizen aus der Szene, Aus der Medienszene * Termine.
Bezug: FORUM, Buchstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/325156.

ila 162 (Februar '93) "BANANEN"
Auf ca. 25 Seiten Wissenswertes, Amüsantes, Ärgerliches über "die deutsche Frucht" schlechthin: zur Lage der Bananenproduzierenden Länder angesichts des EG-Binnenmarkts, zur besonderen Situation der ProduzentInnen auf den Kleinen Antillen und - weitgehend übersehen - auf den Kanarischen Inseln, über die Gefahren für die BananenarbeiterInnen und die ökologischen Folgen der Monokultur, das Länderbeispiel Costa Rica, ein Portrait der Mitbegründerin der Schweizer "gebana", Ursula Brunner, Ansätze alternativer Bananen-Vermarktung und die Ziele des Bananen-Bündnis '92.
Aktuelles und Hintergründiges zu: Venezuela nach dem zweiten Putschversuch innerhalb eines Jahres, Oppositionssieg bei den Wahlen, Interview mit dem neuen Bürgermeister von Caracas * Uruguays Bevölkerung mehrheitlich gegen Privatisierungspläne. * Brasilien nach dem "Collorgate". * Argentinien: Neue Gewitterwolken am Horizont. * El Salvador: Wandel zum unkritischen Realismus in der FMLN-Politik. * Ein Diskussionsbeitrag zum Wirtschaftsmodell APT in Nicaragua. * Mexicanische Frauen im Kampf gegen AIDS. * Die Rückkehr der Cholera in Lateinamerika. * Karneval in Uruguay: die Murgas. * Hoechst weltweit gegen kritische Betriebsräte. Ländernachrichten zu Guatemala, Haiti, Paraguay und USA-Cuba. Bucherscheinungen und Notizen aus der Bewegung, Termine und Zeitschriftenschau. 68 Seiten, Einzelpreis 7,- DM,
Abo: 10 Ausgaben pro Jahr, 60 DM, erm. 50 DM.
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1.

Lateinamerika Nachrichten Nr. 224
Schwerpunkt Guatemala: Rückkehr in verbranntes Land * Solidarität: Eine Kette für die Flüchtlinge * Der Psychoterror greift nicht mehr - neue Kriegserklärung an JournalistInnen * Maya-Widerstand: Volksbewegung und indianistische Tendenzen * Chile: Solidarität im Gegenverkehr - Honecker in Chile * Brasilien: Der Abgang des Schrumpfpopulisten * Sterilisation und Aggression: zwei Gesichter der Gewalt "Ein großer Fortschritt für unsere Arbeit" - Interview mit Maria Amelia Teles von der "Union der Frauen" aus Sao Paulo. * Uruguay: Abgestimmt und abgelehnt - Referendum gegen die Regierungspolitik * Nicaragua: Krise gelöst - Neues beim Alten. FSLN regiert wieder mit * Nicaragua/BRD: SOS - Der Kaffeeberg muß weg * El Salvador: Nach dem Krieg * NAFTA / Ökologie: Freihandel blockiert ökologische Landwirtschaft * Bolivien / Ökologie: Der Bettler auf dem dürren Ast * BRD/Ausstellung: Selbstauslöser - Werkstätten für soziale Fotografie aus Peru * Haiti: Die Diktatur in Bedrängnis * Augenzeuge der Diktatur - Bischof Romélus zur Menschenrechtssituation * Rezension: Die Wilden und die Barbarei - Lateinamerika-Jahrbuch 1993 * (Öko-) Zeitschriftenschau / Neue Bücher / Termine
Doppelheft: DM 6,50,- Einzelheft: DM 5,- / Jahresabo: DM 55,-,
Bezug: Lateinamerika Nachrichten Vertrieb, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Tel. 030 / 6 94 61 00, Fax: 030 / 6 92 65 90

"Freire-Brief - Rundbrief bewußt: päd." 54/55-1992 - Dez. 1992
Aus dem Inhalt:
Abschlußbericht zur "Indio-Delegation", 1992 - "Die Hoffnung sind wir selbst"; Lernen für eine menschlichere Welt - P. Freire-Päd. heute - Bewußtseinsbildung und Jugendarbeit - Fakten zur Versachlichung der Diskussion zu AsylbewerberInnen - Tips - Hinweise ..."

FREIRE-BRIEF - bewußt: päd" Nr. 55-56
Aus dem Inhalt:
Schwerpunktthema: Anton Makarenko - Paulo Freire - ein Vergleich.
Sonst: Aktion: Paulo Freire für den Friedensnobelpreis 1993 vorgeschlagen * Straßenkinder - Experten im Überleben (Seminarbericht) * Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe * Seminarberichte *Rezensionen * Zeitschriftenschau ...

Jahresabo:DM 10,-
Einzelheft inkl. Versand DM 5,00
Bezug: AG SPAK/AK Freire, Adlzreiterstr. 23, 8 München 2

KOLUMBIEN - RUNDBRIEF Nr. 28/29, Januar 1993
1992: "Blick zurück im Zorn" - Und was erwartet uns 1993? * Ausnahmezustand und zunehmende Militarisierung: "Anti-Guerilla-Offensive" gegen die Basisbewegungen * Für einen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit" - Aufruf der kolumbianischen Basis- und Menschenrechtsbewegungen zum Ausnahmezustand * Offener Brief der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien an die kolumbianische Regierung * Der zivile kolumbianische Verteidigungsminister - ein Wolf im Schafspelz? hierzu ein Artikel von Antonio Caballero * Gastkommentar einer kolumbianischen Menschenrechtsaktivistin * Vergewaltigung als Methode des Schmutzigen Krieges - zwei Beispiele * Beiträge der IndianerInnenorganisation Antioquias zum Erdbeben im Nordwesten Kolumbiens * Briefaktion: Terror gegen die Jugend Medellins im Schatten des Drogenkonflikts * 1982-1992: 10 Jahre Kolumbiengruppe * Unsere Aktivitäten im Jahr 1992 * Kolumbienbundestreffen in Bonn * Beilage 500 Jahre Kolonialismus * Standortbestimmung der Kolumbien-Solibewegung: Woher kommt sie und wohin führt sie? * Kolumbien-Solidaritätsarbeit ist kein Spiel - Reisebericht des BDKJ * Eindrücke der Kolumbienreise des AK Frieden und Entwicklungspolitik des DGB Heidelberg * Anmerkungen zu einer Reise zweier Indígena-Delegierter durch Europa * 10 Jahre Volksbildungszentrum IPC in Medellín - "Ist das vielleicht nichts?" * Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien * Infos zu Gruppen in Kolumbien, Materialhinweise, u.v.a.m.
Preis: einzeln DM 5,- zuzgl. Porto, Abo DM 20,-,
Schnupper-Angebot: die letzten 2 Ausgaben für DM 10,- incl. (Nr. 27, Aug. 92 war ein Schwerpunktheft zum Thema Guerillabewegung in Kolumbien)
Bezug: Kolumbiengruppe e.V., Postfach 1347, 7440 Nürtingen, Tel. 07022/36242

Partnerschaft, Nr. 131, Febr. 1993
Ein Überblick über die Entwicklungshilfeausgaben in zehn westeuropäischen Ländern zeigt, daß fast überall bei der Entwicklungsarbeit gekürzt wird, allerdings nirgends so drastisch wie (im Vergleich mit der ursprünglichen Budgetierung)in der Schweiz. Nur Dänemark nimmt die Lehren des Erdgipfels von Rio auch in finanzieller Hinsicht wirklich ernst und erhöht die Drittweltausgaben, speziell für Umweltmaßnahmen.
Die "Partnerschaft" informiert weiter über die politischen Unruhen im Himalaya-Königreich Bhutan, wo Helvetas seit Jahren eingagiert ist. Im Dossier "Bhutan und seine Flüchtlinge" wird auf die Flüchtlinge in Nepal eingegangen, aber auch auf die Sorgen Bhutans, dessen Chancen für eine nachhaltige Entwicklung durch den Einwanderungsdruck aus den südlichen Ebenen gefährdet erscheinen. Weiter untersucht die "Partnerschaft" die Geschichte der eher verzerrten Wahrnehmung des "exotischen Südens" durch die Entdecker und Eroberer vor 500 Jahren - wie auch heute noch teilweise, etwa in Reiseprospekten: "Die Suche nach dem Paradies im Süden".
Bezug: M. Heiniger, Red. Partnerschaft, Helvetas, Postfach, 8042 Zürich, Tel. 01/363 50 60.

medico international (Hrsg.): **Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan 1991.** Nach Berichten des Menschenrechtsvereins IHD; Frankfurt 1993, 121 Seiten

ASA-Studien 26: **Unterwegs in Sachen Reisen.** Tourismusprojekte und Projekttourismus in Afrika, Asien und Lateinamerika; Breitenbach Publishers, Saarbrücken 1993, 396 Seiten

Gunnar Theißen: **Die Sicherheitskräfte, de Klerk und der geheime Krieg.** Soziale und politische Ursachen der Gewalt in Südafrika; Evangelisches Missionswerk in Deutschland, Normannenweg 17-21, Hamburg 1992, 91 Seiten

Bierschenk/Elwert (Hrsg.): **Entwicklungshilfe und ihre Folgen.** Ergebnisse empirischer Forschungen in Afrika; Campus Forschung Band 684, Frankfurt 1992, 280 Seiten, 58.-DM

Susan George: **Der Schuldenbumerang.** Wie die Schulden der Dritten Welt uns alle bedrohen; Rowohlt, Hamburg 1993, 249 Seiten, 16.90DM

Deutscher Volkshochschulverband (Hrsg.): **Organisationshandbuch der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit.** A4, 95 Seiten, kann kostenlos beim DVV, Fachstelle Internationale Zusammenarbeit, Obere Wilhelmstr.23, 5300 Bonn 1 bestellt werden

Mechtild Maurer: **Tourisme, Prostitution, SIDA.** CETIM, Genève 1993, 24.50Sfr

Fian Dossier 7: **Kampf um den 'heiligen Stein'.** Die Kaxarari verteidigen ihre Landrechte im Amazonasgebiet. Zu beziehen über Fian, Postfach 10 22 43, 6900 Heidelberg

Informationszentrum Afrika: **Schwarz weiße Zeiten. AusländerInnen in Ostdeutschland vor und nach der Wende.** Erfahrungen der Vertragsarbeiter aus Mosambik. Interviews, Berichte, Analysen. IZA Bremen 1993, 170 Seiten, 12.-DM. Zu bestellen bei: IZA, Schildstr.28, 2800 Bremen 1

Feldmann/Gruszczynski/Overwien (Hrsg.): **Was boomt im informellen Sektor?** Berufsbildung im informellen Sektor: Beispiele aus Asien, Afrika und Lateinamerika; Breitenbach Publishers, Saarbrücken 1992, 230 Seiten

K. Friedrich Schade (Hrsg.): **Frankfurt mein. Wirtschaft dein. Dritte Welt laß' ferne sein.** Eine Expedition zu 'Global Denken - lokal Handeln'; IKO-Verlag, Frankfurt 1992, 207 Seiten

Sherko Bekas: **Geheimnisse der Nacht pflücken.** Unionsverlag Zürich 1993, 95 Seiten, 24.00DM

EG und Dritte Welt. BUKO-Seminar vom 26. bis 28.3.1993 im Jugendgästehaus in Köln. TeilnehmerInnenbeitrag 50.-/70.-DM. Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/ 39 31 56

Europa und die Dritte Welt. Studientag in der Informations- und Bildungsstätte der Comboni-Missionare Ellwangen/Jagst vom 26.3. bis 28.3.93. Anmeldung bis zum 22.3. bei Bildungsstätte der Comboni-Missionare, Johannes Holz, Postfach 1252, 7090 Ellwangen/ Jagst

Weltbeziehungen: Politik, Wirtschaft und Migration. Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Baden-Württemberg (STUBE - Werkstatt). Vom 31. März bis 7. April 1993 in Bederkesa bei Bremen. Anmeldung bei STUBE, c/o EAiD, Kniebisstr.29, 7000 Stuttgart 1. Teilnahmebedingungen: Tel.: 0711/ 26 58 53

Afrika hilft sich selbst. Prozesse und Institutionen der Selbstorganisation. Jahrestagung der Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland. Vom 20. bis 22. Mai in Mainz. Gebühr: 50.-DM, Anmeldung: Institut für Ethnologie und Afrika Studien, Joh. Gutenberg-Universität Mainz, Forum 6, Postfach 3980, 6500 Mainz. Tel.: 06131/39-2798

KUBA ist (k)eine Insel - Solidarität mit KUBA oder/aber wie? Im ersten Teil des Seminars, daß vom 16. bis 18. April 1993 in Bielefeld stattfindet, soll als Grundlage der Diskussion über die Entwicklungsphasen der kubanischen Revolution und die aktuelle Einschätzung der kubanischen Gesellschaft informiert und diskutiert werden. Im zweiten Teil soll dann über die Aufgaben der Soli-Bewegung geredet werden. - Dürfen/müssen wir mit Kuba solidarisch sein, wie kritisch darf/muß Soli-Arbeit sein? usw. Anmeldung und Bestellung der Vorbereitungsmaterialien bei der BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040 / 393156, Fax.: 040 / 3907520.

Pflanzengenetische Ressourcen - Erhaltung und multiple, nachhaltige Nutzung. Vom 2. bis 4. Juni 1993 führt die Gesamthochschule - Universität Kassel eine Vortrags- und Diskussionstagung durch. Redner aus dem In- und Ausland werden unter anderem zu folgenden Themen sprechen: Technische Aspekte der Erhaltung pflanzengenetischer Diversität / Rolle der Pflanzenzüchtung in der Nutzung der Biodiversität / Bedeutung der Biotechnologie in diesem Kontext / Potentielle Konflikte zwischen Nord und Süd über die Sammlung und Verwendung solcher Ressourcen / Neue Möglichkeiten des umfassenden Gebrauchs von Nutzpflanzen. Weitere Informationen bei: Prof. Dr. S. Jutzi, Fachbereich für internationale Agrarwissenschaft der GhK, Steinstr. 19, D-3430 Witzenhausen 1, Tel.: 05542 / 503 228.